Universität Trier
Fachbereich III/Politikwissenschaft
Erstgutachter: Prof. Dr. Hanns W. Maull
Zweitgutachter: Prof. Dr. Adolf Kimmel

Die Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik

Magisterarbeit im Fachbereich
Politikwissenschaft – Internationale Beziehungen/Außenpolitik

vorgelegt von:

Sonja Schwarz
Trierer Straße 3a
54317 Gutweiler

Trier, im April 2003

Inhaltsverzeichnis:

1) Einleitung 1
1.1 Ausgangssituation 1
1.2 Zentrale Fragestellung 2
1.3 Wahl eines theoretischen Ansatzes 2
1.4 Relevanz des Themas und Forschungsstand 4
1.5 Vorgehensweise 5

2) Theoretische und methodische Grundlagen der Arbeit 7
2.1 Konstruktivistische Ansätze in der Außenpolitikanalyse 7
2.2 Diskursive Ansätze in der Außenpolitikanalyse 9
2.3 Der Kopenhagener Schichten-Diskurs-Ansatz 12
2.3.1 Entwicklung des Ansatzes und Grundannahmen 12
2.3.2 Das Schichtenmodell 14
Erste Schicht 15
Zweite Schicht 16
Dritte Schicht 17
2.3.3 Stärken und Schwächen des Ansatzes 17
2.4 Anwendung auf die Forschungsfrage und Implikationen für die Vorgehensweise 19

3) Französische Amerikapolitik seit 1945 22
3.1 Grundelemente/„Basic Codes“ französischer Außenpolitik (Level 1) 22
3.1.1 Außenpolitische Diskursstruktur Frankreichs 22
3.1.2 Außenpolitische Identitätselemente Frankreichs als „Basic Codes“ der französischen Außenpolitik 24
3.2 Französische Konzeptionen von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen (Level 2) 36
3.2.1 Die französische Konstruktion: „Amerika ist anders“ 36
3.2.2 Französische Konstruktionen der französisch-amerikanischen Beziehungen 42
Französisch-amerikanische Freundschaft 44
Französisch-amerikanische Rivalität 44
Kein französisch-amerikanisches Bündnis 45

Französisch-amerikanische Partnerschaft 47
3.3 Französisches außenpolitisches Verhalten gegenüber Amerika (Level 3)
als Ausprägung der Basic Codes aus Level 1 und der Konzeptionen aus Level 2 49
3.3.1 Französisches Verhalten gegenüber Amerika in verschiedenen Politikfeldern 49
Sicherheitspolitik 49
Wirtschaftspolitik und Auswärtige Kulturpolitik 54
3.3.2 Erkennbare Verhaltensmuster in der französischen Amerikapolitik 57
Unabhängigkeit von Amerika 57
Kooperation mit Amerika 58
Opposition gegen Amerika 59
3.4 Fazit..... 62

4) Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik 64
4.1 Der 11. September 2001 als „formatives Ereignis“ für die französische Außenpolitik? 64
4.2 Erste Phase: Französische Amerikapolitik unmittelbar nach den Anschlägen des
11. September 2001 68
4.2.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3) 68
Solidarität mit Amerika.....68
Kampf gegen den Terrorismus.....70
4.2.2 Französische diskursive Konstruktionen (Level 2 und 1) 72
11. September 2001 - „Rien ne sera plus comme avant“.....72
„L’Amérique vulnérable et hyperfragile“ (Subdiskurs Level 2) 75
„Nous sommes tous Américains“ (Level 2).....79
„La France - un pays civilisé“ (Level 1) 82
4.2.3 Zwischenergebnis 84
4.3 Zweite Phase: Französische Amerikapolitik nach den Militärschlägen der USA
(Oktober bis Dezember 2001)..... 87
4.3.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3) 88
Militärische Partizipation Frankreichs 88
Der Kampf gegen den Terrorismus geht weiter.....89
4.3.2 Französische diskursive Konstruktionen (Level 2 und 1) 91
4.3.3 Zwischenergebnis 94
4.4 Dritte Phase: Französische Amerikapolitik in der Irak-Krise (ab Januar 2002)..... 96

4.4.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3) 96
4.4.2 Französische Diskurskonstruktionen (Level 2 und 1) 100
Der 11. September als „Illusion“ 101
Frieden, Recht und Moral anstatt Krieg und Gewalt im Irak 102
Amerika = Unilateralismus ≠ Multilateralismus = Frankreich
(Subdiskurs L. 2) 103
„La divorce?“ (L. 2) 105
Französisches Selbstverständnis auf dem Prüfstand: „Qui est la France?“ (L. 1) 108
4.4.3 Zwischenergebnis 111
4.5 Zusammenfassung 113

5) Ergebnis und Schlußfolgerungen 115

Anhang 120

Literaturverzeichnis 125

Abkürzungsverzeichnis 142

1) Einleitung

1.1 Ausgangssituation

Die französisch-amerikanischen Beziehungen sind geprägt durch eine Mischung aus Rivalität und Kooperation. Auf der einen Seite wird der französischen Außenpolitik gegenüber den Vereinigten Staaten häufig ein „anti-amerikanischer Reflex“ vorgeworfen, auf der anderen Seite zeigt sich Frankreich immer wieder kooperativ, arbeitete es besonders im Krisenmanagement auf dem Balkan eng mit den USA zusammen.[1] Bei der Untersuchung der französischen Amerikapolitik wird man häufig eine Politik der Widersprüche finden, das französische Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten erscheint uns häufig als erratisch und ist schwierig nachzuvollziehen. Wie kann man ein solches Verhalten besser verstehen und welche Faktoren spielen dabei eine Rolle? Hierzu müßte man zunächst die Grundelemente französischer Außenpolitik und das französische Verhältnis zu Amerika genauer betrachten.

In eine ziemlich schwierige Phase der französisch-amerikanischen Beziehungen, die geprägt wird durch eine französische Politik der Opposition, wie z.B. die harsche französische Kritik an der amerikanischen Politik bezüglich der nationalen Raketenabwehrpläne, an Amerikas Haltung bzgl. des Kyoto-Protokolls, des Internationalen Strafgerichtshofs sowie an dem unilateralen Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag, fallen die Terroranschläge des 11. September 2001 auf New York und Washington. Sie werden als Anschlag gegen die gesamte zivilisierte Welt betrachtet und scheinen die Weltpolitik auf einen Schlag verändert zu haben. „Nichts ist mehr so wie es einmal war“, ist aus dem Munde aller außenpolitischen Entscheidungsträger fast auf der ganzen Welt zu hören. Frankreich ist dabei einer der ersten Staaten, die spontan ihre Solidarität mit den USA bekunden und ihre militärische Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zusagen.[2] Bedeutet dies zugleich eine Politikveränderung? Es wird von einer neuen Phase der transatlantischen und auch der französisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen.[3] Wie sieht diese „neue“ Amerikapolitik Frankreichs aus? Welche Auswirkungen haben die Terroranschläge auf die französische Amerikapolitik und wie nachhaltig sind diese? Aus diesem allgemeinen Problemaufriß wird die zentrale Forschungsfrage der Magisterarbeit entwickelt.

---

[1] Vgl. Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume, Reconcilable Differences. U.S.-French Relations in the New Era, Washington 2002, S.1.

[2] Vgl. Gordon, Philip H./Benedict Suzan, France, the United States and the War on Terrorism, Washington 2001 (http://www.brookings.edu/fp/cusf/analysis.terrorism.htm [20.03.2002].

[3] Michael H. Armacost im Vorwort von: Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. vii.

1.2 Zentrale Fragestellung

Hauptsächliches Ziel der Arbeit ist es, die Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik zu analysieren. Unter dem Begriff „Amerika“ sollen dabei im Nachfolgenden allerdings ausschließlich die USA verstanden werden, und außerdem soll die reine Außenpolitik Frankreichs gegenüber den USA und nicht die gesamten französisch-amerikanischen Beziehungen Gegenstand der Untersuchung sein. Die Forschungsfrage zielt primär auf die Analyse französischen außenpolitischen Handelns ab; um dieses jedoch besser nachvollziehen zu können, wird auf die Analyse französischer diskursiver Konzeptionen von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen als theoretischen Ansatz zurückgegriffen.[4]

Die zentrale Forschungsfrage läßt sich wie folgt in aufeinander aufbauende Teilfragen untergliedern: Welches sind die Grundelemente der französischen Außenpolitik? Welche französischen Konzeptionen von den französisch-amerikanischen Beziehungen gibt es? Lassen sich diese auch im außenpolitischen Verhalten Frankreichs gegenüber Amerika nachweisen? Welchen Einfluß haben die Terroranschläge des 11. September auf die französische Amerikapolitik?

Diese Fragen sollen im Folgenden untersucht werden, und die Arbeit soll damit einen Beitrag zum besseren Verständnis des französischen Handelns gegenüber den USA leisten. Durch die Analyse der Auswirkungen des 11. Septembers könnte man auch Rückschlüsse auf das französische Verhalten gegenüber den USA in internationalen Krisensituationen ziehen. Da die Terroranschläge des 11. September jedoch als historisch einmalig angesehen werden und in ihrer Ursache, ihrem Ausmaß und ihren Konsequenzen nicht mit anderen Ereignissen, die die internationale Welt in gewissem Maße verändert haben, zu vergleichen sind, beschränkt sich die Arbeit auf dieses Ereignis. Allerdings wird der Untersuchungszeitraum in verschiedene Phasen eingeteilt, um den möglichen Wandel der französischen Amerikapolitik besser analysieren zu können.

1.3 Wahl eines theoretischen Ansatzes

Fraglich ist, welcher theoretische Ansatz geeignet ist, um mit der oben formulierten Fragestellung umzugehen. In Betracht kommen dabei hauptsächlich konstruktivistische oder

[4] Die umgekehrte Seite, d.h. amerikanische diskursive Konstruktionen von Frankreich und den amerikanisch-französischen Beziehungen, wird analysiert in: Vaïsse, Justin, Etats-Unis: le regain francophobe, in: Politique Internationale 97/2002, S. 97-114.

reflexive Ansätze, die den 11. September als „formatives Ereignis“[5] betrachten, an dem sich politische Diskurse entzünden und durch das es zu einer außenpolitischen Umorientierung kommen kann. Solche Ereignisse, die Krisensituationen auslösen und im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert werden, werden auch als „critical junctures“[6] für die Außenpolitik eines Staates bezeichnet. Daher sollte ein diskursiver Ansatz gewählt werden, um die französische Amerikapolitik durch Diskursanalyse besser nachvollziehen zu können. Aufgrund der Fragestellung sollte der Ansatz des weiteren eine Analyse in bezug auf Kontinuität und Wandel von Außenpolitik ermöglichen. Bei Konzepten von Kontinuität und Wandel handelt es um „Zwillingskonzepte“, eines kann ohne das andere nicht gedacht werden.[7] Die meisten Konzepte von Wandel unterscheiden dabei unterschiedliche Abstufungen und Radikalitätsgrade.[8] Diesen Anforderungen wird am ehesten der Schichten-Diskurs-Ansatz von Ole Waever[9] gerecht, der davon ausgeht, daß sich im politischen Diskurs eines Landes bestimmte Grundelemente nationaler Außenpolitik nachweisen lassen. Auf einer weiteren Ebene werden diese Grundelemente im Verhältnis zu einem anderen Land – in diesem Falle Amerika – gesehen, so daß sich verschiedene französische Konzepte der französisch-amerikanischen Beziehungen ergeben. Die Ausgestaltung spezifischer Außenpolitik, die in einem dritten Level untersucht wird, muß in dem Rahmen bleiben, der sich durch die Grundelemente aus Level 1 und den spezifischeren Konstruktionen aus Level 2 ergibt. Durch externe formative Ereignisse kann es aber zu einem Politikwandel kommen, wobei sich durch die spezifische Schichtenstruktur des Ansatzes besonders gut Kontinuität und Wandel analysieren lassen. Dieser Ansatz soll daher der vorliegenden Arbeit zum Verständnis französischer Amerikapolitik zugrunde gelegt werden und fallbezogen untersucht werden, inwieweit sich die französische Amerikapolitik nach dem 11. September verändert hat und wie sich dies im politischen Diskurs Frankreichs abzeichnet.

---

[5] Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard/Boekle, Henning, Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise. PAFE-Arbeitspapier 1, Trier Dezember 2000, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm [18.09.02], S. 22 und S. 24.

[6] Siehe Risse, Thomas, Regionalism and Collective Identities: The European Experience, Paper zum Workshop “El estado del debate contemporáneo en Relaciones Internacionales”, Buenos Aires/Argentina, 27.-28. Juli 2000 sowie Cruz, Consuelo, Identity and Persuasion. How Nations remember their Pasts and make their Futures, in: World Politics 52/2000 2, S. 276f.

[7] Siehe: Medick-Krakau, Monika, Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse , in: Dies. (Hsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S.4.

[8] Vgl. dazu das Schaubild in Medick-Krakau, Monika 1999, S. 12, in dem Konzepte von Kontinuität und Wandel mit verschiedenen Abstufungen von Holsti, Hermann, Rosati, Koslowski/Kratochwil und Risse dargestellt werden.

[9] Waever, Ole, Identity, Communities and Foreign Policy: Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Waever, Ole/Hansen, Lene (Hsg.), European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States, S. 20-49.

Die Auswahl eines konstruktivistischen Ansatzes ist zum einen in der Tatsache begründet, daß andere Theorien, die beispielsweise den französischen Staat als reinen rationalen Nutzenkalkulierer ansehen, das französische Verhalten oftmals nur unzureichend erklären können, und zum anderen darin, daß reflexive Ansätze komplementär zu anderen Theorien anwendbar sind. Der theoretische Anteil der Arbeit wird jedoch eher gering sein, er dient lediglich dazu, die Herangehensweise mittels Diskursanalyse zu verdeutlichen und theoretisch zu untermauern. Das bedeutet, der gewählte diskurs-konstruktivistische Ansatz kann für diese Arbeit nutzbar gemacht werden, die Arbeit selbst ist jedoch nicht als Theorietest angelegt.

1.4 Relevanz des Themas und Forschungsstand

Die Haupterkenntnisziele dieser Arbeit sind analytischer und empirischer Natur. Die Ereignisse des 11. September liegen noch nicht lange zurück und sind noch in unzureichendem Maße von politikwissenschaftlicher Seite bearbeitet worden. Die Tragweite dieser Ereignisse für die internationale Politik ist immer noch umstritten, ebenso wie die Zusammenhänge zwischen dem 11. September und dem aktuellen Krieg gegen den Irak. Daher ist es sehr relevant, der Frage nachzugehen, inwiefern dieses Ereignis, welches man als „formative event" deuten könnte, die französische Amerikapolitik beeinflußt hat.[10] Im allgemeinen ist die französische Amerikapolitik außerdem von zentraler Bedeutung, da französische Vorstellungen oftmals eine große Rolle bei der Formulierung einer gemeinsamen europäischen Haltung gegenüber den USA und in den transatlantischen Beziehungen spielen.[11] Angesichts des wie folgt dargestellten Forschungsstands besteht auch weiterer Bedarf an Erforschung der französischen Amerikapolitik, die ebenfalls nur unzureichend aus Sicht konstruktivistischer Ansätze analysiert worden ist.

Über die französische Außenpolitik allgemein existiert in umfangreichem Maße Forschungsliteratur, die meistens nach den französischen Staatspräsidenten in verschiedene Epochen unterteilt wird. Der hohe Stellenwert der französischen Amerikapolitik wird darin immer wieder thematisiert, da gerade das französische Verhältnis zu den Vereinigten Staaten angeführt wird, um die französische Europapolitik, insbesondere die französische Deutschlandpolitik zu erklären. Allerdings wird die französische Amerikapolitik selbst in der

[10] Hierzu gibt es einen einzigen Artikel, der genau diese Fragestellung untersucht, jedoch ist dieser auf dem Stand von Dezember 2001 und kann somit keine Aussagen über längerfristige Auswirkungen machen, siehe: Hennekinne, Loic/Fitchett, Joseph, La relation franco-americaine apres le 11 septembre 2001, in: La Revue Internationale et Stratégique 45/2002, S. 13-20.

[11] Vgl. Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 17.

Literatur nur in sehr geringem Maße analytisch bearbeitet.[12] Neben den zahlreichen Arbeiten, die sich mit den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigen, gibt es auch eine geringere Anzahl von Arbeiten, die sich mit den französisch-amerikanischen Beziehungen beschäftigen. In diesen wird jedoch meistens verstärkt die amerikanische Außenpolitik analysiert[13], oder sie sind auf eine bestimmte Epoche - meistens die Regierungszeit de Gaulles - beschränkt.[14] Die Mehrzahl der Arbeiten untersucht in besonderem Maße die transatlantischen Beziehungen, wobei die französische Amerikapolitik oft mituntersucht, aber nur selten als spezifischer Aspekt dargestellt wird.[15] Die französische Außenpolitik gegenüber den USA wird nur dann hervorgehoben, wenn die französische Position von der der anderen europäischen Staaten erheblich abweicht und Forscher einen „anti-amerikanischen Reflex" in der französischen Außenpolitik feststellen oder aber wenn die meisten europäischen Staaten in verschiedenen Bereichen eine eher USA-kritische Haltung einnehmen und Frankreich als Vorreiter dieser Tendenzen bezeichnet wird.

Bei der Diskursanalyse liegen hauptsächlich Primärquellen vor, d.h. Reden und Interviews sowie die veröffentlichte Meinung außenpolitischer Entscheidungsträger, die allesamt über Internet (Homepages des Elyséepalastes, des Premierministers, des Parlamentes, der zuständigen Ministerien sowie der verschiedenen Parteien) zugänglich sind. Zur Berücksichtigung der öffentlichen Meinung dienen die französischen Tageszeitungen wie *Le Monde*, *Le Figaro* und *Libération*. Darüber hinaus ist diese aktuelle Thematik auch von verschiedenen Aufsätzen in den Fachzeitschriften *Politique Etrangère, Politique Internationale*, *Défense Nationale* und *Esprit* behandelt worden.

1.5 Vorgehensweise

Nach einer allgemeinen Einleitung und einer Einführung in die theoretischen Grundlagen der Arbeit gliedert sich die Arbeit hauptsächlich in zwei Teile. In einem historischen Teil soll zunächst die französische Amerikapolitik seit 1945 in Form von Vorstudien untersucht werden. Hier sollen zunächst Grundelemente der französischen Außenpolitik herausgearbeitet werden, wobei sich die Arbeit neben einigen grundlegenden Dokumenten zur französischen

[12] Herbert Tint läßt die Amerikapolitik in seiner Abhandlung über französische Außenpolitik absichtlich aus, mit der Begründung: „*there seemed to be no good reason for giving extended and consecutive treatment to French relations with the United States*". (Tint, Herbert, *French Foreign Policy since the Second World Wa*r. London 1972, S.1.)

[13] So z.B. bei Brinton, Crane, The Americans and the French, Cambridge/Massachusetts 1968 oder Costigliola, Frank, France and the United States. The Cold Alliance since World War II, New York 1992.

[14] Siehe z.B. Ledwidge, Bernard, De Gaulle et les Américains, Flammarion 1984 oder Toinet, Marie-France, Valéry Giscard d'Estaing et les Etats-Unis, in : Cohen, Samy/Smouts, Marie-Claude (Hsg.), La politique exterieure de Valéry Giscard d`Estaing, Paris 1985, S. 45-66.

[15] So z.B. Mélandri, Pierre, Une certaine alliance. Les Etats-Unis et l'Europe 1973-1983, Paris 1988.

Außenpolitik und grundlegenden Reden außenpolitischer Entscheidungsträger auch auf ein breites Spektrum an Sekundärliteratur stützen kann. In einem nächsten Schritt sollen französische Konzeptionen der französisch-amerikanischen Beziehungen – von nationaler Eigenständigkeit über transatlantische Partnerschaft hin zum Konzept des „Westens“ – herausgearbeitet werden, die sich seit 1945 im politischen Diskurs Frankreichs niederschlugen. Hierzu kann sowohl auf Sekundärliteratur zurückgegriffen als auch zusätzlich eine eigenständige Analyse von wichtigen Texten und Dokumenten durchgeführt werden. In einem weiteren Schritt werden dann die Auswirkungen dieser Konzeptionen auf der außenpolitischen Handlungsebene aufgezeigt, das heißt konkretes außenpolitisches Verhalten nachgewiesen. Der thematische Schwerpunkt wird hier eher auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik liegen, aber auch wirtschaftspolitische Themen werden mit in die Untersuchung einfließen. In diesen Vorstudien soll also die Empirie bezüglich der französischen Amerikapolitik seit 1945 aufgearbeitet und zugleich gezeigt werden, inwiefern sich französische Außenpolitik diskursiv niederschlägt.

Der historische Teil soll als Grundlage dienen, auf der die Analyse der Auswirkungen des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik aufbauen kann. Diese verfolgt den Zweck, Kontinuität und Wandel in der französischen Amerikapolitik nach dem 11. September nachzuweisen und mit Hilfe einer Diskursanalyse, in der die verschiedenen französischen Konzeptionen der französisch-amerikanischen Beziehungen auf Diskurshegemonie hin untersucht werden, nachvollziehbar zu machen. Hierbei stützt sich die Arbeit vor allem auf die Auswertung von empirischem Material, d.h. eine Quellenanalyse wird in Form einer Diskursanalyse vorgenommen. Untersucht werden die Terroranschläge des 11. September nicht als „reales Ereignis“, sondern als „diskursives Ereignis“[16], da sich hieran Diskurse entzünden, die die französischen Konzeptionen der französisch-amerikanischen Beziehungen offenbaren. Die amerikanische Außenpolitik wird in der Analyse daher nur in dem Maße berücksichtigt, in dem sie in den französischen Diskursen verwendet wird. Am Anfang der Untersuchung wird zunächst einleitend eine Einordnung in den internationalen Kontext durch Herausarbeiten der Bedeutung des 11. September 2001 für die französische Außenpolitik vorgenommen. Die erste Phase des Untersuchungszeitraums beschränkt sich auf die französische Amerikapolitik unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September, die zweite Phase beginnt bei den Militärschlägen der USA im Oktober 2001, und die dritte Phase umfaßt die Irak-Krise seit Januar 2002. Als Schlußpunkt der Betrachtungen wird der 20. März gewählt, der Tag, an dem der Krieg im Irak begann. Diese Einteilung des

[16] Nadoll, Jörg, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. PAFE-Arbeitspapier 2, Trier Dezember 2000, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm [18.09.02], S.7.

Untersuchungszeitraums in mehrere Phasen erscheint sinnvoll, da der Einfluß des 11. September so auf kurz-, mittel- und längerfristige Sichtweise untersucht werden kann. Inhaltlich wird es dabei um spezifische Politikfelder gehen, die durch die Terroranschläge des 11. September impliziert sind, wie z.B. Unilateralismus versus Multilateralismus, Verteidigung innerhalb von NATO versus ESVP, Umgang mit Terrorismus, Umgang mit regionalen Konflikten sowie politische versus militärische Konfliktlösung. In einem abschließenden Teil der Arbeit wird versucht, eine Antwort auf die zentrale Fragestellung zu formulieren, welchen Einfluß die Terroranschläge des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik haben.

2) Theoretische und methodische Grundlagen der Arbeit

2.1 Konstruktivistische Ansätze in der Außenpolitikanalyse

Während sie in früheren Jahren eher vernachlässigt und bloß als Randgebiet der Internationalen Beziehungen wahrgenommen wurde, erlebt die Außenpolitikforschung in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung.[17] Voranstellen möchte ich eine gängige Definition von Außenpolitik, die besonders auf außenpolitisches Verhalten abhebt.

> „*Foreign policies consist of those actions which, expressed in the form of explicitly stated goals, commitments and/or directives, and pursued by governmental representatives acting on behalf of their sovereign communities, are directed toward objectives, conditions and actors – both governmental and non-governmental – which they want to effect and which lie beyond their territorial legitimacy*“.[18]

Den Konstruktivismus als homogenen Ansatz in der Außenpolitikanalyse gibt es nicht. Hinter diesem Begriff verbergen sich verschiedene Theorien und Ansätze, die nach Keohane auch als „reflexive Ansätze“[19] bezeichnet werden. Sie grenzen sich vom Positivismus ab und werden daher ferner als „post-positivistische“ Ansätze bezeichnet. Sie gehören zur sogenannten „Dritten Debatte“[20], die nach dem Ende des Kalten Krieges aufgrund der nachlassenden Erklärungskraft realistischer und rationalistischer Theorien entstand. Seitdem finden konstruktivistische Ansätze in immer stärker werdendem Maße Verwendung in der

[17] Eine sehr gute Überblicksdarstellung zur theoriegeleiteten Außenpolitikforschung liefert: Harnisch, Sebastian, Außenpolitiktheorie nach dem Ost-West-Konflikt. Stand und Perspektiven der Forschung (Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr.7), Trier 2002.
[18] Carlsnaes, Walter, Foreign Policy, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hsg.), Handbook of International Relations, London 2002, S.335.
[19] Keohane benutzte diesen Begriff erstmals 1988 bei seiner Rede vor der International Studies Association.
[20] Dieser Begriff wurde geprägt von Lapid, siehe: Lapid, Yosef, The Third Debate: On the prospects of international theory in a post-positivist era, in: International Studies Quarterly 33/1998 3, S. 235-254.

Außenpolitikanalyse. Trotz der Vielzahl an konstruktivistischen Ansätzen[21] lassen sich dennoch einige Grundannahmen feststellen, die fast allen Ansätzen zugrunde liegen. Die Hauptannahme konstruktivistischer Ansätze ist die soziale Konstruktion von Wissen und die Konstruktion sozialer Realität.[22] Konstruktivistische Ansätze weisen das naturwissenschaftliche Konzept von Ursache und Wirkung zurück und argumentieren statt dessen: „*To ask for a reason for action is to try and find the rule that led to the action*“[23]. Es geht daher nicht um kausale, sondern konstitutive Theoriebildung. Ziel dieser Ansätze ist demnach eher das „*Verstehen*“, nicht so sehr das „*Erklären*“.[24] Eine weitere Annahme konstruktivistischer Ansätze ist, daß sich Strukturen und Akteure wechselseitig reproduzieren.[25] Daher ist es bei einer konstruktivistischer Analyse besonders wichtig, das Umfeld des Akteurs in die Analyse miteinzubeziehen, um sein Handeln besser zu verstehen. Des weiteren beziehen alle konstruktivistischen Ansätze ideelle Faktoren neben materiellen Faktoren mit in die Außenpolitikanalyse ein. Diese Grundannahmen finden sich in fast allen konstruktivistischen Ansätzen, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung.

Harnisch unterteilt die ideenbezogenen Ansätze in kognitive versus handlungsanleitende, individuelle versus kollektive sowie in allgemeine versus spezielle Ansätze.[26] Auf die gesamte Breite dieser Ansätze kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Für die vorliegende Arbeit von Bedeutung sind hauptsächlich identitäre oder kulturelle Ansätze[27], jedoch gibt es keine einheitliche Vorgehensweise, wie Identität und Kultur analysiert werden. Viele Identitätsstudien beschäftigten sich mit „Self/Other“-Studien[28], die dem in der Friedensforschung verbreiteten „Feindbild“-Ansatz sehr nahekommen. Sogenannte „poststrukturalistische Ansätze“ betonen vor allem die Überwindung des Gegensatzes zwischen Idealismus und Materialismus. Demnach sind Ideen und Interessen keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander, d.h. Politik wird von Interessen und Ideen bestimmt, wobei davon ausgegangen wird, daß Interessen selbst konstruiert sind und von

---

[21] Überblicksdarstellungen über konstruktivistische Ansätze finden sich z.B. in Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 139-169 und in Adler, Emanuel, Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3/1997 3, S. 319-363.

[22] Adler, Emanuel, Constructivism and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hsg.), Handbook of International Relations, London 2002, S.95.

[23] Smith Steve, Wendt’s World, in: Review of International Studies 26/2000 1, S.159.

[24] Zur Problematik *Erklären* versus *Verstehen*, siehe: Hollis, Martin/Smith, Steve, Explaining and Understanding International Relations, Oxford 1990.

[25] Für eine ausführliche Beschreibung der „Agent-Structure“-Debatte siehe: Adler, Emanuel 2002, S. 104f.

[26] Vgl. Harnisch, Sebastian 2002, S. 27.

[27] Zur Bedeutung kulturalistischer Ansätze siehe: Jetschke, Anja/Liese, Andrea, Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 149-179.

Normen, Werten, Ideen, Kultur oder Identitäten beeinflußt werden.[29] Sie grenzen sich damit besonders gegenüber rationalistischen Ansätzen ab, bei denen Interessen im Vordergrund stehen und Ideen zweitrangig sind.[30] Eine weitere Unterscheidung dieser Ansätze erfolgt in ideenbezogene Ansätze[31] und diskursive Ansätze, deren Hauptanalysekriterium diskursive Konstrukte[32] sind.

2.2 Diskursive Ansätze in der Außenpolitikanalyse

Von einer einheitlichen Diskurstheorie kann man kaum reden, es existieren zahlreiche diskurstheoretische Ansätze nebeneinander.[33] Innerhalb der Außenpolitikanalyse haben sie die Bedeutung und Reichweite konstruktivistischer Ansätze stark ausgedehnt.[34] Diskursive Ansätze werden meist als alternative Ansätze zur „traditionellen" Außenpolitikanalyse gesehen. Diese „traditionellen" Ansätze sind eher fokussiert auf den einzelnen Entscheidungsträger (z.B. Denkbildansätze), Überzeugungen werden meist positivistisch gehandhabt, d.h. eher als Variablen denn als struktureller Rahmen aufgefaßt, und Sprache spielt zwar in der Analyse eine Rolle, aber dient nur zur Vermittlung und entwickelt keine eigene Dynamik.[35] Diskursive Ansätze dagegen sind holistische, linguistische Ansätze, die der Sprache einen hohen Stellenwert bei der Konstruktion sozialer Realität einräumen. Allerdings wird auch in reflexiven Ansätzen davon ausgegangen, daß die Welt nicht alleine aus Sprache besteht:[36] „*[...] there can be no meaning in language alone*"[37]. Diskurs wird

---

[28] Siehe z.B. Neumann, Iver B., Collective Identity Formation: Self and Other in International Relations, in: European Journal of International Relations 2/1999 2, S.139-174.
[29] Vgl. Weldes, Jutta, Constructing National Interests, in: European Journal of International Relations 2/1996 3, S. 281f.
[30] So z.B. beim liberalen Intergouvernementalismus von Moravscik
[31] Siehe z.B. Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca 1993.
[32] Zu „diskursivem Konstruktivismus" siehe: Diez, Thomas, Perspektivenwechsel. Warum ein „postmoderner" Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 143f.
[33] Zur Diskursanalyse in verschiedenen Disziplinen, siehe: Dijk, Teun A. van, Handbook of discourse analysis Vol.I, London 1988. Zur Analyse des politischen Diskurses, siehe: Donati, Paolo R., Political Discourse Analysis, in: Diani, Mario/Eyerman, Ron (Hsg.), Studying collective action, London 1992, S. 136-167. Einen guten Überblick speziell zur "Kritischen Diskursanalyse" bieten: Jäger, Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993 und Hülsse, Rainer, The discursive construction of identity and difference – Turkey as Europe's Other? Discussion paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Mannheim, 26-31. März, 1999.
[34] Zehfuß, Maja, Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 109-137. Zehfuß analysiert hier die Hauptvertreter Onuf, Kratochwil und Wendt. Bei allen steht Sprache im Mittelpunkt, einmal als Medium der Kommunikation und einmal als Medium der Wirklichkeitskonstruktion.
[35] Vgl. Larsen, Henrik, Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe, London/New York 1997.
[36] Shapiro, Michael J., Textualizing Global Politics, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J., International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989, S. 13f.
[37] Larsen, Henrik 1997, S.13.

dabei nicht als Variable, eher als „Referenzrahmen“ gesehen, der die Außenpolitik eines Landes maßgeblich beeinflußt. Jedoch wird eingeräumt, daß Diskurs hier nur ein struktureller Faktor unter anderen ist. *„(Discourse) makes us understand certain problems in certain ways, and pose questions accordingly. It thereby limits the range of alternative policy options, and it enables us to take on others.“*[38] Die meisten Ansätze betrachten daher Diskurs als handlungsrestringierende Bedingung („constraint“). Bei Diskurs geht es aber immer um einen gemeinsamen Bezugsrahmen, nicht um individuelle Realitätsauffassungen.[39]
Diskursive Ansätze sind insofern poststrukturalistisch, als sie auch den materiellen Charakter diskursiver Strukturen nicht leugnen und im Gegensatz zum Strukturalismus eher veränderbar und fließend als stabil sind. Je stärker materielle Faktoren im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert und damit mit Bedeutung versehen werden, desto relevanter sind sie für das außenpolitische Verhalten.

Nach dieser Einordnung diskursiver Ansätzen muß aber auch gesagt werden, daß es bei diskursiven Ansätzen keine einheitliche Definition von „Diskurs“ gibt. Nach Nadoll umfaßt ein Diskurs den Gebrauch von Sprache, eine kommunikative Transmission von Wertvorstellungen sowie Interaktion in sozialen Situationen in spezifischen Kontexten.[40]
Den diskurstheoretischen Ansätzen liegen hauptsächlich die Ausführungen von Michel Foucault, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe sowie Jacques Derrida zugrunde. Nach Foucault sind Diskurse *„coherent, self-referential bodies of statements that produce an account of reality by generating knowledge about particular objects or concepts and also by shaping the rules of what can be said and known about those entities.“*[41] Oder etwas einfacher ausgedrückt: Diskurs ist ein „*system for the formation of statements*“[42]. Demnach besteht ein Diskurs aus einzelnen Aussagen, die untereinander zusammenhängen. Er transportiert Wissen und begrenzt damit, was gesagt werden kann und was nicht.
Die Diskursanalyse deckt genau diese Regeln auf, die bestimmen, was gesagt werden kann und was nicht.[43] Der Ansatz setzt also dort an, wo Bedeutung erzeugt wird, nämlich im diskursiven Raum. Daher ist Ziel der Diskursanalyse also hauptsächlich das Verstehen, denn:

---

[38] Diez, Thomas, Speaking „Europe“: The Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6/1999 4, S. 603.
[39] Vgl. Zehfuß, Maja 1998, S. 132.
[40] Nadoll, Jörg, 2000, S. 5.
[41] So zusammengefasst in: Childers, Joseph/Hentzi, Gary, The Columbia Dictionary of Modern Literary and Cultural Critcism, New York 1995.
[42] Foucault, Michel, The Archeology of Knowledge, London 1972, S. 49.

> *„To understand how human actions and practices are constituted – to apprehend the rules that give them meaning – is to understand not the activity of knowing subjects or the interests they pursue, but the practices embedded in discourse that create subjects, objects and relationships among them.*“[44]

Es kann und soll dabei nicht bestimmt werden, ob Diskurse falsch oder richtig sind, sondern lediglich, welchen Stellenwert die Diskurse im Vergleich mit anderen Diskursen innehaben. Akteure werden dabei als Diskursträger gesehen. Bei einer Diskursanalyse kommt es deshalb nicht auf die inneren Motive und „objektive Interessen“ der Akteure an, sondern nur auf die Interaktionen der Diskursträger als Elemente des diskursiven Systems.[45] Diskurs ist demnach auf keinen Fall mit Rhetorik zu verwechseln, auch Perzeptionen spielen bei diskursiven Ansätzen keine Rolle. Diskursanalyse ermöglicht so, besser mit „Überzeugungen“ der Akteure in der Außenpolitikanalyse umzugehen und außenpolitisches Handeln nachvollziehbar zu machen.[46] Die konstruktivistische Diskursanalyse arbeitet mit öffentlichen Texten und öffentlichen Debatten, bei rationalistischen Ansätzen dagegen steht die Analyse von Verhandlungen im Vordergrund.

Es werden verschiedene Arten von Diskurs unterschieden, für die Außenpolitikanalyse ist dabei der „politische Diskurs“ innerhalb eines Nationalstaats von Bedeutung. Bei der Analyse des politischen Diskurses wird deutlich, daß Diskurse nicht im herrschaftsfreien Raum stattfinden und demnach einige Amtsträger einen Diskurs stärker prägen als andere. Daher muß bei der Analyse eines politischen Diskurses immer untersucht werden, wer die *„privileged story-tellers“* sind.[47] Innerhalb der diskursiven Ansätze lassen sich auch wieder verschiedene Varianten unterscheiden. So analysieren die einen Ansätze eher „Elitendiskurse“, während bei anderen eher „Gesellschaftsdiskurse“ im Vordergrund stehen.[48] Eine weitere Unterscheidung liegt in der Betrachtung von Diskurs einmal als Quelle für Außenpolitik, einmal als Legitimation von Außenpolitik, d.h. der Diskurs geht entweder dem Verhalten voraus, oder er wird post factum durchgeführt und dient auf diese Weise als Legitimationsbasis.[49] Trotz der verschiedenen Ausprägungen bleibt dennoch festzuhalten, daß weitgehend alle diskursiven Ansätze in der Außenpolitikanalyse Diskurs als

---

[43] Zu konkreten Methoden der Diskursanalyse wie z.B. prädikative Analyse oder metaphorische Analyse siehe: Milliken, Jennifer, The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research Methods, in: European Journal of International Relations 5/1999 2 S. 231-235 oder Jäger, Siegfried 1993, S. 187-201.
[44] Shapiro, Michael J., Language and Political Understanding. The Politics of Discursive Practices, New Haven/London 1981, S. 141.
[45] Vgl. Holm, Ulla, The French Garden Is No Longer What It Used To Be, in: Jørgensen, Knud Erik (Hsg.), Reflective Approaches to European Governance, London 1997, S. 128-145.
[46] Larsen vermeidet den Begriff „explain“ und wählt statt dessen den Begriff „explicate“, was zwischen „Verstehen“ und „Erklären“ liegt, siehe: Larsen, Henrik 1997, S. 2 und S. 32.
[47] Milliken, Jennifer 1999, S. 236.
[48] Zur Unterscheidung und Problematik von Eliten- und Gesellschaftsdiskursen siehe: Nadoll, Jörg 2000, S.9.

Handlungsrahmen und somit als *„reason for action“* und nicht als *„cause for action“* auffassen.[50] Diskursive Ansätze werden meistens mit Identitätsansätzen[51] kombiniert, der folgende Ansatz von Ole Waever tut dies in gewissem Sinne auch, legt aber seinen Schwerpunkt auf Diskurs und bezieht noch weitere Analyseebenen mit ein.

2.3 Der Kopenhagener Schichten-Diskurs-Ansatz

2.3.1 Entwicklung des Ansatzes und Grundannahmen

Der Drei-Schichten-Diskurs-Ansatz zur Analyse von Außenpolitik wurde von Ole Waever 1989 in Kopenhagen erstmals entwickelt und seitdem in mehreren Studien von ihm verwendet und weiterentwickelt.[52] Er wurde jedoch auch in verschiedenen Forschungsprojekten aus dem Waever-Kreis angewandt[53], so daß Moravsik auch den Begriff „Kopenhagener Schule“ zur Beschreibung dieses Diskurs-Schichten-Modells verwendet hat.[54] Der Begriff „Kopenhagener Schule“ ist aber zur Beschreibung des Diskurs-Schichten-Modells nicht ganz korrekt, da er sich ursprünglich auf die Studien von Waever und Buzan im Bereich Sicherheit bezog.[55] Neumann bezeichnete diesen Ansatz in seinen Studien daher als *„The Copenhagen coterie“*[56]. Der Ansatz wurde von Ole Waever aus einem Projekt heraus entwickelt, das sich hauptsächlich mit deutscher, französischer und britischer Europapolitik beschäftigte. In diesem Projekt arbeiteten auch Ulla Holm und Henrik Larsen, die beide diesen Ansatz benutzten und geringfügig modifizierten[57]. In dem von Hansen und Waever 2002 herausgegebenen Sammelband wird er auf die Politik der nordischen Staaten angewandt.[58]

---

[49] Nadoll, Jörg 2000, S.11.
[50] Ebd., S.12.
[51] Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identitäten siehe: Wodak, Ruth/Ludwig, Christoph, Challenges in a changing world – issues in critcal discourse analysis, Wien 1999, S. 13f.
[52] So z.B. Waever, Ole, Three Competing Europes: German, French, Russian, in: International Affairs 66/1999 3, S. 477-499 oder Waever, Ole, Explaining Europe by decoding discourses, in: Wivel, Anders (Hsg.), Explaining European Integration, Copenhagen 1998, S. 100-146.
[53] Viele davon am Centre for Peace and Conflict Research in Kopenhagen
[54] Vgl. Moravcsik, Andrew, Is something rotten in the state of Denmark? Constructivism and European integration, in: Journal of European Public Policy 6/1999 4, S. 669.
[55] So erklärt es Lene Hansen in: Hansen, Lene/Waever, Ole (Hsg.), European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States, London 2002, S. 15. Vgl. Buzan, Barry et al., Security: A new Framework for Analysis, Boulder 1998.
[56] Vgl. Neumann, Iver B. 1999, S. 162.
[57] Vgl. z.B. Holm, Ulla, The French Europe. A discourse analysis of the relation between the concept of State-Nation and Europe, PhD thesis, University of Aarhus 1999 sowie Larsen, Henrik 1997 oder Larsen, Henrik, British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach, in: European Journal of International Relations 5/1999 4, S. 451-483.
[58] Hansen, Lene/Waever, Ole (Hsg.) 2002.

Des weiteren existieren auch einzelne Monographien, in denen er z.B. zu Studien über Rußland und Slowenien benutzt wird.[59]

Waever entwickelt eine eigene Diskurstheorie, bei der - wie bei allen diskursiven Ansätzen - Sprache im Mittelpunkt steht. Der Ansatz versteht Sprache als ein paradoxes System mit Eigendynamik, das als eher instabil und zerbrechlich angesehen wird – im Unterschied zu Konstruktivisten, die eher die Stabilität untersuchen und bei denen Sprache als solche nicht unbedingt Gegenstand von Analysen ist. Ebenso wird auch nicht das traditionelle referentielle Verständnis von Sprache zugrunde gelegt, das auf einer Beziehung zwischen Wort und Objekt aufbaut. Dieses referentielle Verständnis von Sprache liegt den meisten konstruktivistischen Studien zugrunde, die sich mit Perzeptionen, Images und „belief systems" beschäftigen. Waever beruft sich dagegen auf ein differentielles Verständnis von Sprache, nach dem die Bedeutung eines Wortes erst durch die Unterscheidung von anderen Objekten zustande kommt. Darüber hinausgehend übernimmt er in Anlehnung an Foucault die Grundannahmen aller diskursiven Ansätze, die beispielsweise von der Existenz bestimmter Regeln ausgehen, die festlegen, was in welchem Kontext welche Bedeutung besitzt. So kann es z.B. sein, daß Worte in bestimmten Kontexten einen Sinn ergeben, in anderen nicht. Sprache wird hier als unabhängiges System betrachtet.[60]

Bei der Außenpolitikanalyse eines bestimmten Landes untersuchen Waever, Holm und Larsen nun zunächst das diskursiv konstruierte nationale Konzept von „Nation" und „Staat" und dessen Einfluß auf die nationalen Europadebatten. Die Kernaussage dieses Ansatzes zielt auf den strukturellen Einfluß des Konzepts von Staat und Nation auf die Konstruktion von Europa in nationalen Debatten.[61] Spezifische Europakonstruktionen werden so nur begrenzt möglich, und der Diskurs, der festlegt, was gesagt werden kann und was nicht, wirkt damit handlungsweisend im Sinne eines Referenzrahmens. Der Ansatz verbindet in dieser Weise eine poststrukturalistische Auffassung von Sprache und Bedeutung mit einem eher strukturalistischen Erkärungsansatz.[62] Hansen definiert diesen Ansatz als poststrukturalistisch: „*We (..) define ourselves as poststructuralist in the sense that our primary and most abstract concern is with the production of structures of meaning*".[63] Gleichzeitig beansprucht der Ansatz aber eine gewisse Anlehnung an den Strukturalismus. Eine genaue Einordnung des

[59] Vgl. Neumann, Iver B., Russia and the Idea of Europe. A study in Identity and International Relations, London 1996 sowie Hansen, Lene, Slovenian Identity: State Building on the Balkan Border, in: Alternatives 21/1996 4, S. 473-495 und Morozov, Viatcheslav, The Baltic States in Russian foreign policy discourse: can Russia become a Baltic country?, St. Petersburg 2001.

[60] Zu den Grundannahmen des Ansatzes, siehe: Waever, Ole, Identity, Communities and Foreign Policy. Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Hansen, Lene/Waever, Ole (Hsg.) European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States, London. 2002, S. 20-49.

[61] Hansen, Lene 2002, S. 2.

[62] Waever, Ole 2002, S. 23.

Ansatzes zwischen Strukturalismus und Poststrukturalismus soll aber an dieser Stelle nicht vorgenommen werden, da Waever selbst die Frage der Einordnung offenläßt.[64]

Aufgrund der poststrukturalistischen Anlehnung werden Konzepte aus der Theorie der Internationalen Beziehungen wie z.B. nationale Interessen als strittig gesehen und auf die gleiche Stufe wie diskursive Prozesse gestellt. Nach Hansen geht es aber nicht bloß darum, *„that ideas are important, too“*,[65] sondern der Ansatz geht davon aus, daß politische Diskurse sowohl materielle Interessen widerspiegeln als auch Ideen und Werte. Die Beziehung zwischen Ideen und Interessen ist demnach nicht unbedingt gegensätzlich. Interessen werden durch Konzepte, die in einer politischen Kultur verankert sind, erst konstruiert, und eine interessengeleitete Argumentation kann nicht im diskursfreien Raum stattfinden. Die in dem Ansatz identifizierten „Konzeptionen“ werden nicht so sehr als Ideen, vielmehr als Strukturen verstanden, unabhängig davon, ob Interessen oder Ideen vorrangig sind. Auch Variablen wie „Einfluß“ und „Macht“ werden als diskursive Konstrukte innerhalb nationaler Debatten angesehen. Das vorliegende Konzept von „Diskurs“ ist zugleich Prozeß und Struktur, Realisierung und Bedingung.[66] Der Fokus liegt dabei auf Diskurs als Struktur und demnach als akzeptablem Verhaltensrahmen.[67] Aufgrund dieser essentiellen Annahmen liegt der Ansatz zwischen „Verstehen“ und „Erklären“, er beansprucht teilweise Erklärungskraft.[68]

2.3.2 Das Schichtenmodell

Waevers Ansatz geht von einer Schichtenkonstruktion diskursiver Strukturen aus.[69] Dies bedeutet nicht, daß Diskurse entweder auf der ersten oder der zweiten Stufe stattfinden, vielmehr umfaßt ein Diskurs meist alle drei Level. Besonders in der zweiten Schicht kann es zu einer Konkurrenz von verschiedenen diskursiven Konstruktionen kommen, die sich in öffentlichen Debatten widerspiegeln. In anderen Worten: ein spezifisches außenpolitisches Handeln („policy“, Level 3) enthält zur gleichen Zeit eine spezifische Konstruktion von z.B.

---

[63] Hansen, Lene 2002, S. 4.
[64] Waever bezeichnete sich selbst 1994 als *„post-structuralist with structuralist leanings and a deconstructivist interested in recent attempts in constructivism“* (Waever, Ole, Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hsg.), European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London 1995, S. 272.)
[65] Hansen, Lene 2002, S. 6.
[66] Waever, Ole 2002, S. 44. Diese Definition ist sehr vage, viele andere diskursive Ansätze unterscheiden zwischen Diskursformation (Struktur), Diskurspraxis (Prozess) und dem eigentlichen Diskurs als spezifischer historischer Abschnitt in einer spezifischen Diskursformation.
[67] Der Unterschied zum PAFE-Ansatz ist, daß Diskurs hier als eigenständige Quelle für Außenpolitik angesehen wird (vgl. Nadoll, Jörg 2000, S. 7.)
[68] Waever, Ole 2002, S. 26.
[69] Dies ähnelt Foucaults Vorstellungen von einem „Diskursbaum“, siehe Foucault, Michel 1972, S. 147.

„Europa“ oder „Amerika“ oder der „Weltordnung“ (Level 2), die gleichzeitig auf den nationalen Basis Codes aufbauen (Level 1).[70] Diskursive Strukturen bedingen hier mögliche Politiken, ähnlich dem neorealistischen Ansatz von Kenneth Waltz.[71]

Erste Schicht

Die erste Schicht bildet die grundlegende Diskursschicht. Diese ist vergleichbar mit einem „Sediment“, d.h. sie kann nur unter sehr erschwerten Umständen verändert werden, aber eine Veränderung ist nicht unbedingt ausgeschlossen. Sie ist historisch verankert, der Analyseschwerpunkt liegt hier auf der Konstruktion der Vergangenheit. „*The historical experience always has to be constructed and mediated as historical experience in the political language and the political discourse of a period*“.[72] Bei der Anwendung des Ansatzes auf die Europapolitik der europäischen Staaten wird in dieser Schicht das grundlegende Konzept von Staat und Nation untersucht. Da diese Schicht einen sehr hohen Abstraktionsgrad aufweist, definiert Waever die Analyseeinheiten abstrakt als sogennannte „Basic Codes“. Sie sind fest in der Gesellschaft verankert und beeinflussen mögliche Konstruktionen in der zweiten Schicht. Es wird ein „common sense“[73] geschaffen, der von der Gesellschaft anerkannt ist und der als Legitimationsbasis für die Verwendung dieser Elemente im Diskurs dient. Die erste Schicht dient somit als *„specific set of constraints and possibilities [...] in terms of how foreign policy has to be presented*“[74] , d.h. dem Staatshandeln werden enge Grenzen gesetzt.

Inhaltlich gesehen sind diese Basic Codes „We-concepts“, mit denen sich eine Gesellschaft gegenüber der restlichen Welt abzugrenzen versucht, sie kommen daher einer außenpolitischen Identität gleich. Diese Basic Codes ähneln den Analysekriterien anderer konstruktivistischer Ansätze, die z.B. von „principled beliefs“, Weltbildern oder Ideen ausgehen, die von Checkel definiert werden als *„broad concepts and basic beliefs that can play a central role in organizing politics and shaping public policy“*[75]. An dieser Stelle ist es wichtig festzustellen, daß es hier aber nicht um individuelle Ideen wie z.B. Weltbilder geht, sondern um kollektive Überzeugungen. Im Unterschied zu einer außenpolitischen Rolle geht es hier auch nicht um Fremdzuschreibungen.[76] Hier geht es vielmehr um konstruierte

[70] Waever, Ole 2002, S. 33.
[71] Eine weitere Gemeinsamkeit mit Waltz ist die Unterteilung in 3 Level, die Waltz im internationalen System vornimmt, vgl.: Waltz, Kenneth, Theory of International Politics, New York 1979.
[72] Vgl. Larsen, Henrik 1997 und dazu auch Hoffmann, Arthur/Knowles, Vanda, Germany and the Reshaping of Europe. Identifying interests – the role of discourse analysis, ESCR-IGS Discussion Paper 99/9, S. 4.
[73] Vgl. dazu Milliken, Jennifer 1999, S. 237f. Bei Foucault wären dies sog. „governing statements“ (vgl. Foucault, Michel 1972, S. 147.)
[74] Waever, Ole 2002, S. 34.
[75] Checkel, Jeffrey T., Ideas and International Political Change. Soviet/Russian Behavior and the End of the Cold War, New Haven/London 1997, S. 5.
[76] Vgl. Unterschied Rolle – Identität in: Nadoll/Stahl/Boekle 2000, S. 17.

außenpolitische Grundorientierungen, in die die nationale Identität[77] sowie die politische Kultur[78] miteinfließen. Für die Außenpolitik maßgeblich ist die außenpolitische Identität: *„The external part of the state idea refers to the state's projection of itself onto the world".*[79] In diesen außenpolitischen Grundorientierungen findet sich das nationale Repertoire von politischen Schlüsselbegriffen wieder.[80] Dabei kann es vorkommen, daß solchen Konzeptionen realistische Annahmen, wie z.B. ein klassisches Mächtegleichgewicht oder auch ein rationales Handeln, zugrunde liegen.

Zweite Schicht

Die zweite Schicht wird auch als die „relationale Schicht" bezeichnet, weil sie die Konstruktionen umfaßt, in denen die in der ersten Schicht analysierte Nation im Verhältnis zu etwas anderem gesehen wird. Bei Holms Ansatz waren dies Konzeptionen über das Verhältnis Frankreich – Europa. Der zweite Level ermöglicht nun auch mehrere Kombinationen oder mehrere Ausprägungen des ersten Levels. Hier kann es also auch zu einer Konkurrenz verschiedener Diskurse kommen *(„competing discourses")*, bei der in vielen Fällen ein „dominanter Diskurs" festgestellt werden kann. Unter einem dominanten Diskurs versteht man *„the discourse which has the strongest grip on the government, the political parties, the administration, interest groups and the media".*[81] Dieses Phänomen wird von Jäger in Anlehnung an Huntington als „Kampf der Diskurse" bezeichnet.[82]

Der zweite Level umfaßt sozusagen den ersten, denn wenn z.B. die externe Dimension im Level 1 diskursiv auf Machtpolitik abzielt, so muß im zweiten Level der in Beziehung gesetzte Gegenstand auch über Machtpolitik definiert werden. Ein politischer Diskurs im zweiten Level, der die Grundkonstanten des ersten Levels nicht miteinbezieht, ist nach diesem Ansatz sehr unwahrscheinlich oder nahezu ausgeschlossen. Anders ausgedrückt, politische Diskurse sind nur dann erfolgreich, wenn sie mit den Grundkonstanten der ersten Schicht in Einklang stehen. Oder wie Holm dies treffend formuliert:

> *„Of course new stories can be produced [...] but new stories have to be told in specific ways. Unintended effects of the specific way the new stories are constructed can of course occur; but these effects cannot be established in a meaningless web."*[83]

---

[77] Zum Konzept nationaler Identät siehe: ebd., S. 13.
[78] Im Unterschied zu den „political culture"-Ansätzen spielt hier Sprache die zentrale Rolle, Kultur wird nicht an sich untersucht.
[79] Waever, Ole 2002, S. 35.
[80] Vgl. Waever, Ole 1994, S. 255.
[81] Vgl. Larsen, Henrik 1997, S. 31.
[82] Jäger, Siegfried 1993, S. 153.
[83] Holm, Ulla 1997.

Dritte Schicht

Der Ansatz Waevers geht davon aus, daß nur solche außenpolitischen Maßnahmen möglich sind, die sich als kompatibel mit den diskursiven Konstrukten aus Level 1 und Level 2 erweisen. Dies bedeutet andersherum, daß sich jedes spezifische Verhalten auf Konzeptionen des ersten und zweiten Levels zurückführen läßt. Unter diesem Blickwinkel beleuchtet nun die dritte Schicht konkret die Außenpolitik[84] eines Staates. Hier geht es um „policies", d.h. konkrete außenpolitische Aktivitäten von spezifischen Akteuren, meistens der Regierung oder politischen Parteien. Erst in dieser äußersten Schicht werden konkrete politische Akteure relevant, und erst hier geht es um spezifische Projekte und spezifisches außenpolitisches Verhalten, auch einzelne außenpolitische Maßnahmen. In dieser Schicht wird ein dynamisches Element in ein eher strukturelles Modell eingebracht. Das geschichtete Modell ist also nicht statisch und damit besonders geeignet, mit dem Konzept von Kontinuität und Wandel umzugehen, was sich im Folgenden als eine der größten Stärken dieses Ansatzes herausstellen läßt.

2.3.3 Stärken und Schwächen des Ansatzes

Ein wirklich großer Vorteil dieses Schichtendiskurs-Ansatzes von Waever liegt darin, daß er gut ermöglicht, mit der bereits unter 1 geschilderten Problematik von Kontinuität und Wandel umzugehen. Das Modell dient nicht nur, wie von Kritikern häufig angeprangert, zum Verstehen bzw. Erklären von Kontinuität, sondern auch von Wandel. Ziel des Ansatzes ist *„to create a theoretical model which by being layered is capable of incorporating change and confrontation".*[85] Wandel kann sowohl durch interne Machtverschiebungen, die meist einen Wechsel von Diskursträgern nach sich ziehen, als auch durch externe Entwicklungen entstehen. Durch interne Machtverschiebungen kann es zu einer Verschiebung der konkurrierenden Diskurse und dadurch zu einem Politikwechsel kommen. Wichtig ist hier ebenso die Annahme, daß Versuche von Konstruktionen im zweiten Level, die die Basic Codes des ersten Levels nicht enthalten, unwahrscheinlich werden. Wandel ist jedoch nach diesem Ansatz nicht nur möglich, sondern auch nachvollziehbar.[86] Aufgrund des Schichtenmodells kann sogar spezifischer Wandel bei allgemeiner Kontinuität nachgewiesen

[84] Vgl. hierzu die unter 2.1 erwähnte Definition von Außenpolitik.
[85] Waever, Ole 2002, S. 40.
[86] Waevers Definition von kompletten Wandel in allen Schichten ähnelt der Definition von Risse. Dieser versteht unter Wandel „grundlegende Veränderungen in den internationalen Orientierungen eines Landes", die kollektive Identitäten, Handlungsorientierungen, Leitideen und Situtationsdefinitionen umfassen (Risse, Thomas, Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hsg) 1999, S. 44), der Unterschied zu Waever liegt in dem dreistufigen Modell.

werden. „*Change is not an either/or question, because we are not operating at one level only*“.[87] Wandel muß also kein vollständiger Wandel sein, denn *„a change **in** discourse is not a complete change **of** discourse“.*[88] Was zunächst oberflächlich als Wandel aussieht, kann dennoch auf einem tieferen Niveau unveränderte Basic Codes als Grundlage haben. Dies vergleicht Waever mit einer „Sedimentation“: je tiefer die Schicht, desto fester verwurzelt sind die Konzeptionen, und umso weniger ist Wandel möglich. Bei externem Druck auf das System ist es möglich, sich dem Druck durch bloße Veränderung der konkreten Politiken anzupassen, ohne daß sich die diskursiven Konzeptionen in den anderen Ebenen ändern. Bei anhaltenden Krisen kann es durchaus sein, daß sich die Veränderung auch in tiefere Schichten fortsetzt. Eine Veränderung in allen Schichten ist grundsätzlich nicht völlig ausgeschlossen, jedoch sind bestimmte Veränderungen sehr unwahrscheinlich. Das Modell ist daher für negative Voraussagen besonders geeignet.[89]

Wie bei allen konstruktivistischen und diskursiven Ansätzen werden auch bei diesem Ansatz von Kritikern einige Schwachstellen aufgedeckt. Das beginnt bei allgemeinen Einwänden gegen diskursive Ansätze im Sinne von: *„language isn't everything“*, *„events are not constructed, they are caused“* oder *„where is the space for agency?“*[90] Hinzu kommt das berühmte Problem der Unterscheidung zwischen bloßer Rhetorik und wirklichen Überzeugungen. Hier lautet der Einwand, daß die wahren Motive der Akteure nicht erkennbar seien, denn *„Talk is cheap“* und *„How do you find out if they really mean what they say? What if it is only rhetoric?“*[91] Dem könnte man entgegenhalten, was Nadoll so formuliert: *„Diskurse sind eo ipso ‚trügerisch', denn der Empfänger einer Sprachhandlung – in diesem Fall die Gesellschaft – entscheidet über den Sinn der Kommunikation.“*[92] Somit ist diese schwierige Unterscheidung auch für den Ansatz von Waever belanglos.

Darüber hinaus ist bei allen konstruktivistischen Ansätzen fraglich, ob sie wirklich den Kriterien einer Theorie gerecht werden oder bloß eine Methode sind.[93] Ihre Erklärungskraft ist insofern eingeschränkt, daß sie nicht exakt nachweisen können, daß aufgrund einer bestimmten Idee A eine bestimmtes außenpolitisches Handeln B erfolgte. Statt dessen kommt es konstruktivistischen Ansätzen eher darauf an, außenpolitisches Verhalten zu verstehen und für plausibel zu erklären.[94] Moravcsik kritisiert Waevers Ansatz, indem er darauf aufmerksam macht, daß der Konstruktivismus keine Aussagen formuliere, die empirisch getestet werden

[87] Waever, Ole 2002, S. 31.
[88] Ebd., S. 17.
[89] Ebd., S. 32.
[90] Milliken, Jennifer 1999, S. 230.
[91] Waever, Ole 2002, S. 27.
[92] Nadoll, Jörg 2000, S. 11.
[93] Vgl. Checkel, Jeffrey 1997, S. 325.

können, es gebe keine Hypothesen, und Aussagen könnten nicht gegenüber plausiblen Alternativen getestet werden.[95] Waever räumt ein, daß sich nicht jede Einzelentscheidung mit seinem Modell erklären läßt.[96] Wichtig sei jedoch, daß es die allgemeine Entwicklung voraussagbar mache und Erklärungskraft vor allem für „Overall-policies“ besitze. Anstatt klarer Vorhersagen kann der Ansatz „nur“ angeben, welche Entwicklungen wahrscheinlich und welche unwahrscheinlich sind. Diese eher allgemeinen Schwachpunkte sind für die vorliegende Arbeit jedoch insofern nicht allzu problematisch, als der Ansatz andere Herangehensweisen nicht ausschließt und vornehmlich auf das „Verstehen“ und „Nachvollziehen“ von Außenpolitik abzielt. Inwieweit der Ansatz darüber hinausgehend Erklärungskraft besitzt, wird sich herausstellen und kann am Ende bewertet werden. Die Hauptschwachstelle des Ansatzes scheint der Verfasserin in der unklaren Beziehung zwischen Diskurs und Verhalten zu liegen, die nur sehr vage von Waever charakterisiert wird. Das hat zur Folge, daß auch die vorliegende Arbeit eine exakte Korrelation zwischen Diskurs und Verhalten nicht nachzuweisen vermag. Für die Fragestellung bedeutend und sehr hilfreich ist demgegenüber die Kategorisierung von Kontinuität und Wandel anhand des Schichtenmodells, darüber hinaus läßt der Ansatz genügend Raum für empirische Arbeit.

Bevor nun die Anwendung des Schichtendiskurs-Ansatzes von Waever auf die Forschungsfrage und Vorgehensweise der Arbeit näher erläutert wird, sei an dieser Stelle auf eine Grafik im Anhang (Abb.1) verwiesen, die das Waeversche Schichtenmodell überblicksmäßig zusammenfaßt.

2.4 Anwendung auf die Forschungsfrage und Implikationen für die Vorgehensweise

Obwohl Ole Waever diesen Ansatz speziell für europäische Staaten und ihre Konstruktionen von Europa entwickelt hat, wird immer wieder darauf hingewiesen, daß sich die Anwendbarkeit des Ansatzes keinesfalls auf Europapolitik beschränkt, sondern daß dieser theoretische Rahmen auch allgemein anwendbar sei.[97] Die Auswahl des Ansatzes scheint daher auch für die Analyse französischer Amerikapolitik geeignet, denn Waever betont: *„The*

---

[94] Ebd., S. 331.
[95] Vgl. Moravcsik, Andrew 1999, S. 677.
[96] Waever, Ole 2002, S. 28.
[97] Siehe Hansen, Lene 2002, S.2.

framework is not in principle limited to the study of Europe debates; one can think of its relevance in other geographical settings or for different questions of foreign policy.“[98]

Was die methodische Vorgehensweise betrifft, so liefert Waever in seinem Ansatz eine gewisse „Toolbox“ mit, die beschreibt, wie man den Ansatz auf andere Studien anwenden kann; zugleich bleibt aber viel Freiraum für empirische Untersuchungen:

> *„There is a creative element in the drawing up of the structure in each case. The theory posits a number of general features: the model should be layered, the three layers contain this and that, and the way actors interact with the structure is so and so. But the content of each layer in a specific case cannot be discovered by any formalised method.“*[99]

Da die verschiedenen Analysekriterien der drei Schichten selbst diskursiv konstruiert sind, sind sie aus dem Ansatz heraus nicht vorgeschrieben, sondern *„one has to find each individual country's unique constellation through concrete empirical textwork.“*[100] Wichtig dabei ist: *„One is tracing the country's own discursive construction of itself, one is not trying as an analyst to decide what a given state is according to a set of external, objective criteria.“*[101]

Die eigentliche Analyse beginnt erst beim dritten Level, die ersten beiden Level dienen hauptsächlich dazu, anhand von aussagekräftigen Beispielen aus verschiedenen Kontexten eine Struktur aufzubauen. Um Kontinuität und Wandel später zu untersuchen, ist der Vergleich über einen längeren Untersuchungszeitraum hinweg erforderlich. Im letzten, erklärenden Teil kommt es darauf an zu zeigen, wie die vorher erstellten Strukturen bestimmte Argumente und Positionen bedingen oder beschränken. Die Analyse sollte miteinbeziehen, wie sich Akteure sprachlich verhalten, um gegebenenfalls diskursive Strukturen zu ändern. Dieser Teil der Analyse ist damit eher an die Analyse des politischen Prozesses und der Akteure im traditionellen Sinne angelehnt, wobei die Strukturen aus dem ersten Teil als Analyseinstrumente benutzt werden.[102] Bei der Diskursanalyse wird versucht, durch sogenanntes „close reading“[103] semantische Strukturen herauszufiltern. Die einzelnen Texte sind dabei in Anlehnung an Jäger als ein „Diskursfragment“[104] zu sehen; mit einer gewissen Anzahl solcher Fragmente läßt sich so der gesellschaftliche Diskurs rekonstruieren. Zur Analyse von Level 1 und 2 schlägt Waever neben der eigenen Diskursanalyse auch den Rückgriff auf Sekundärliteratur vor, die aus einem ähnlichen Blickwinkel analysiert. Für die Auswahl des Textmaterials verweist Waever hauptsächlich auf Parteiprogramme,

---

[98] Waever, Ole 2002, S. 45.
[99] Ebd., S. 41.
[100] Ebd., S. 35.
[101] Ebd.
[102] Ebd., S. 42.
[103] Vgl. Waever, Ole, The Language of Foreign Policy, in: Journal of Peace Research 27/1990 3, S. 340.
[104] Jäger, Siegfried 1993, S. 181.

Parlamentsdebatten, Presseerklärungen von Regierung und Opposition, Reden führender Politiker, Debatten in führenden Zeitungen sowie Publikationen, die ebenfalls debattiert werden. Im Unterschied zur Rhetorikanalyse geht die Diskursanalyse weiter und beschränkt sich nicht auf die Analyse politischer Reden, sondern bezieht auch philosophische und literarische Texte gleichermaßen in die Analyse mit ein.[105]

Aufgrund dieser ansatz-inhärenten methodischen Toolbox läßt sich der Schichtendiskurs-Ansatz von Waever relativ problemlos auf die französische Amerikapolitik übertragen und impliziert folgende methodische und inhaltliche Vorgehensweise:
Zu Beginn der Analyse muß zunächst die „Diskursstruktur" in Frankreich genauer beleuchtet werden, da diskursive Prozesse in gewissem Sinne wiederum auf institutionellen Voraussetzungen beruhen. Eine Diskursstruktur bezeichnet den Weg, den ein außenpolitischer Diskurs typischerweise nimmt[106], da es in einer Nation meist bestimmte „privileged story-tellers"[107] gibt. Wenn es sich wie bei Frankreich um eine Demokratie handelt, kann davon ausgegangen werden, daß Diskurse maßgeblich von der Regierung bestimmt werden. In diesem Punkt wird daher auch der außenpolitische Entscheidungsprozeß in die Analyse miteingebunden.
Bei der Übertragung des oben genannten Ansatzes auf die französische Amerikapolitik werde ich mich im Folgenden für die Analyse der ersten Schicht auf die Frankreich-Analyse stützen, in der Ulla Holm die französische Konzeption von Staat und Nation schon genau untersucht und damit einen Teil der nationalen Identität beschrieben hat. Darauf aufbauend möchte ich besonders die *außen*politische Identität Frankreichs näher analysieren, denn aus dem französischen Grundverständnis von Staat und Nation folgt eine *„necessity of some external role, attached to the state"*.[108] Während es bei der außenpolitischen Identität Frankreichs in bezug auf Europa besonders auf nationalstaatliche Aspekte ankommt, spielen bei der außenpolitischen Identität Frankreichs in bezug auf die Vereinigten Staaten französische Vorstellungen über die Weltordnung eine ebenso bedeutsame Rolle. Solche Identitätselemente beziehen sich nur auf den Teil des Staates, der sich mit Außenpolitik und Internationalen Beziehungen beschäftigt. In diesen Basiskonzepten können z.B. Kategorien wie Macht oder Autonomie vorhanden sein, wobei hier besonders die französischen Erfahrungen aus der Nachkriegszeit maßgeblich sind, die die Konstruktion von Frankreich in Abgrenzung zu anderen mitbestimmen.

[105] Vgl. Holm, Ulla 1997.
[106] Vgl. Nadoll, Jörg 2000, S. 21.
[107] Milliken, Jennifer 1999, S. 236.
[108] Waever, Ole 2002, S. 34.

Im Falle französischer Europapolitik hat Holm bei der Analyse der zweiten Schicht die Konstruktionen der Beziehung Frankreich-Europa genauer untersucht und folgende Konzeptionen herausgefiltert: einmal eine externe Beziehung zwischen Frankreich und Europa, dann eine Verdoppelung von Frankreich im Sinne eines Europas als vergrößerten Frankreichs und schließlich eine komplette Verlagerung Frankreichs auf die europäische Ebene, bei der es keine Trennung mehr zwischen Frankreich und Europa gibt.[109] Die vorliegende Arbeit wird anstelle der Europapolitik die französische Amerikapolitik analysieren, demzufolge werden bei der Analyse der zweiten Schicht gleichermaßen französische Konstruktionen der französisch-amerikanischen Beziehungen im Mittelpunkt stehen. Diese müssen mit den in Level 1 herausgefilterten außenpolitischen Grundorientierungen kompatibel sein. In der dritten Schicht werden dann einige spezifische französische außenpolitische Maßnahmen gegenüber den USA im Vordergrund der Analyse stehen, die zeigen sollen, daß das französische außenpolitische Verhalten gegenüber den USA auf die oben genannten diskursiven Konzepte aus den tieferen Levels zurückführbar ist.

Bleibt noch festzustellen, von welchen Erwartungen die Arbeit ausgehen kann: Außenpolitisches Handeln soll anhand von Diskursen nachvollzogen werden; gezeigt wird, daß diese Basic Codes und diskursiven Konzeptionen Einfluß haben, aber nicht losgelöst von anderen ideellen und materiellen Faktoren. Danach soll mit Hilfe dieses Modells untersucht werden, inwiefern sich ein formatives Ereignis, nämlich die Terroranschläge des 11. September 2001, auf die französische Amerikapolitik auswirkt. Im Ergebnis soll Kontinuität oder Wandel anhand des Schichtenmodells aufgezeigt werden. Hierbei soll es, wie bereits mehrfach erwähnt, vor allem auf das Verstehen, nicht so sehr auf das Erklären ankommen. Unter Umständen kann am Schluß sogar ein Ausblick gewagt werden, ob es in Zukunft eher zu einer Annäherung oder Abgrenzung zwischen USA und Frankreich kommen wird und welche Entwicklungen wahrscheinlich und welche eher unwahrscheinlich sind.

3) Französische Amerikapolitik seit 1945

3.1 Grundelemente / „Basic Codes“ französischer Außenpolitik (Level 1)

3.1.1 Außenpolitische Diskursstruktur Frankreichs

Die außenpolitische Diskursstruktur eines Landes gibt an, welchen Weg ein Diskurs typischerweise nimmt. Dabei kommt es darauf an, die „privileged story-tellers“ anhand

[109] vgl. Holm, Ulla 1997 und 1999.

Verfassung und Verfassungspraxis[110] herauszufinden, d.h. vor einer Diskursanalyse herauszufiltern, welche Stimmen bei der außenpolitischen Entscheidung in Frankreich Gehör finden. Aus der französischen Verfassung ergeben sich als wichtige Diskursträger der französische Staatspräsident, der Premierminister und die Regierung, die Bürokratie, das Parlament und die Parteien.[111]

Gerade im Regierungssystem der V. Republik ist der Staatspräsident in bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik der wichtigste Diskursträger. Laut Verfassung wacht der Staatspräsident über die nationale Unabhängigkeit und die Integrität des Staatsgebiets (Art. 5 (2)). Des weiteren ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte und führt den Vorsitz in den obersten Räten und Ausschüssen für die Landesverteidigung (Art. 15). Zudem führt er internationale Vertragsverhandlungen und ratifiziert die Verträge (Art. 52). Hinzu kommt das Recht, über den Einsatz der Nuklearstreitkräfte zu befinden (Dekret des Ministerrats vom 14.1.1964). Es ist außerdem üblich, die Ämter des Außen- und des Verteidigungsministers mit Vertrauten des Präsidenten zu besetzen. Aufgrund dessen kommt dem Staatspräsidenten eine herausragende Stellung in der Außen- und Sicherheitspolitik zu, die man auch als „domaine réservé“ oder in etwas abgeschächter Form als „domaine privilégié“[112] zu bezeichnen pflegt.

Dagegen ist die institutionelle Stellung des Premierministers in diesem Bereich recht schwach ausgeprägt. Laut Verfassung leitet er zwar die Politik der Nation, aber die Verfassungspraxis räumt dem Premierminister in dieser Hinsicht nicht viel Handlungsspielraum ein. Nur in Zeiten der „Cohabitation“[113] kann es hier zu einer Verschiebung der Machthierarchie kommen. Besonders in der Europapolitik kam es zu einer Aufwertung der Regierung. Generell bilden in der Außen- und Sicherheitspolitik Staatspräsident, Außenminister und Verteidigungsminister das „dominante Diskursdreieck“[114]. Auch in der Bürokratie und in den Beraterkreisen läßt sich die gleiche Machtstruktur wiederfinden.[115]

Die institutionelle Stellung des Parlaments ist in der V. Republik eher schwach ausgeprägt, und die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik

---

[110] Zur Diskrepanz zwischen franz.Verfassungstext und Verfassungspraxis siehe: Kimmel, Adolf, Der Verfassungstext und die lebenden Verfassungen, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 306-325. Vgl. außerdem: Grote, Rainer, Das Regierungssystem der V. französischen Republik. Verfassungstheorie und -praxis (Beiträge zum ausländischen und vergleichenden öffentlichen Recht Bd.6), Baden-Baden 1995.

[111] Die folgende Beschreibung der außenpolitischen Diskursstruktur Frankreichs orientiert sich im wesentlichen an: Stahl Bernhard, Zur außenpolitischen Diskursstruktur in Frankreich, PAFE-Papier Trier 2001(b), http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/baumdocs/france_disk.pdf [11.12.02].

[112] Kimmel, Adolf, Verfassungsordnung und außenpolitische Entscheidung in der V. Republik, in: Elsenhans, Hartmut et al. (Hsg.), Frankreich-Europa-Weltpolitik, Opladen 1989,S. 111f.

[113] Cohabitation bedeutet, daß Staatspräsident und Regierung unterschiedlichen politischen Lagern angehören. In dieser Zeit kann es zu erheblichen Spannungen im Regierungssystem kommen.

[114] Stahl, Bernhard 2001 (b), S. 2.

sind zu vernachlässigen. Das Parlament kann auf die Entscheidungen des Staatspräsidenten keinen Einfluß nehmen, dieser läßt lediglich seine Botschaften verlesen. Dem Recht auf Kriegserklärung (Art. 35) kommt heutzutage keine große Bedeutung mehr zu. Demnach werden außen- und sicherheitspolitische Themen in der Assemblée Nationale eher selten debattiert; der außenpolitische Ausschuß wird von der Regierung nur in unzulänglicher Weise informiert und keineswegs an der Ausarbeitung der Politik beteiligt.[116] Die außenpolitischen Debatten wurden nach und nach ins Fernsehen verlagert, und es kam zu einer Mediatisierung der Außenpolitik. Weitere potentielle Diskursträger in westlichen Demokratien sind die Parteien.[117] Jedoch haben die Parteien wenig Einfluß auf die Regierungspolitik, lediglich Persönlichkeiten der Nichtregierungsparteien können als Diskursträger in außenpolitischen Diskursen relevant werden. Wichtig bleibt weiterhin festzustellen, daß sich Politiker sowie Intellektuelle zu außenpolitischen Themen vor allem in Nachrichten, Fernsehinterviews und Tageszeitungen äußern. Diese Quellen sind daher für eine Diskursanalyse unerläßlich. Insgesamt wurde beobachtet, daß die außenpolitische Diskursstruktur in Frankreich, bedingt durch die französische Verfassungspraxis, sehr eng ist[118]. Das bedeutet, daß bei einer außenpolitischen Diskursanalyse Frankreichs vorrangig Elitendiskurse zu untersuchen sind, wobei der französische Staatspräsident der wohl wichtigste Diskursträger ist.[119]

3.1.2 Außenpolitische Identitätselemente Frankreichs als „Basic Codes“ der französischen Außenpolitik

Was französische nationale Identität[120] betrifft, so lassen sich hier grundsätzlich zwei Dimensionen feststellen: eine interne, die den Kernbestand nationaler Identität darstellt, und darüber hinaus eine externe, die nationale Identität als Abgrenzung zu anderen sieht und nach außen, auf die internationale Umwelt des Staates, bezogene Identitätselemente enthält. Im Folgenden wird die externe Dimension von zentraler Bedeutung sein, zunächst aber wegen seiner Bedeutung und Auswirkung auf die externe Dimension ein paar Worte zum internen Kernbestand nationaler französischen Identität.

---

[115] Vgl. dazu Baillou, Jean, Les affaires étrangères, Paris 1962.
[116] Kimmel, Adolf 1989, S. 109.
[117] Einen Überblick über die franz. Parteien und das franz. Parteiensystem bietet: Schild, Joachim, Parteien, Parteiensystem und politische Konfliktklinien im Wandel, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 326-347.
[118] Stahl, Bernhard 2001(b), S. 5.
[119] Eine ähnliche außenpolitische Diskursstruktur Frankreichs legt auch R. Kempin ihrer Diskursanalyse zugrunde, vgl. Kempin, Ronja, France’s Discourses on NATO since the Kosovo-War, COPRI Working Paper 27/2001, http://www.copri.dk/publications/WP/WP%202001/27-2001.doc [30.12.02].

In einem Großteil der Sekundärliteratur wird darauf hingewiesen, daß das Konzept der *französischen Staatsnation* den Kernbestand nationaler französischer Identität schlechthin darstelle. Auch in den Werken von Ole Waever, Ulla Holm und Henrik Larsen[121], auf die sich die Arbeit in theoretischer Hinsicht bezieht, wird das Konzept der französischen Staatsnation als das zentrale Element der untersten Diskursschicht (Level 1) angenommen und rekonstruiert.[122] Das französische Nationalbewußtsein reicht zurück ins 14. Jahrhundert, jedoch das wohl bedeutendste historische Ereignis war die Französische Revolution von 1789.[123] Die zentrale Rolle eines starken politischen Staates bei der Entstehung der französischen Nation ist ein Grund für die enge Verbindung zwischen Staat und Nation, der französischen „Etat-Nation".[124] Vor der Revolution verkörperte der französische König die Nation, auch hier wurden Nation und Staat eins. Nation war in diesem Zusammenhang eher als politisches Konzept zu sehen. Der Staat wird grundsätzlich als Verkörperung republikanischer Werte angesehen[125], die es zu schützen und zu verteidigen gelte. Diese Vorstellung bewirkte maßgeblich die Notwendigkeit eines starken, interventionistischen Staates, um diese Werte zu schützen. Diese Traditionen gehen vor allem auf die Jakobiner zurück, wobei föderalistische Ansprüche sowohl von den Jakobinern als auch später von Napoleon abgewiesen wurden. Derartige Vorstellungen blieben auch im 20. Jahrhundert vorherrschend, gestärkt vor allem durch die Fünfte Republik, die ebenfalls eine Zentralisierung von Macht zum Kernstück hatte.

Zu der Idee der Nation kommt bei Frankreich außerdem die der „patrie", die sich auf die emotionale Beziehung zwischen Vergangenheit und kulturellen Wurzeln bezieht, was in gewissem Sinne vergleichbar mit der deutschen „Kulturnation" ist. Ein Hauptaspekt der französischen politischen Kultur ist der Individualismus, der die „Andersartigkeit Frankreichs" ausdrückt. Prägend hierfür sind zentrale Ereignisse der Nationalgeschichte (Glanzzeiten und traumatische Niederlagen), die als Erlebnis, Erinnerung oder oftmals

---

[120] Zur französischen nationalen Identität im Überblick vgl. das Standardwerk von Braudel, Fernand, L'identite de la France, Paris 1986.

[121] Vgl. dazu Larsen, Henrik 1997, S. 87-89.

[122] Ebenso geht auch R. Kempin vor, bei ihrer Anwendung des Waever-Ansatzes auf die französische NATO-Politik, vgl. Kempin, Ronja 2001, S. 8f.

[123] Einen Überblick über Gestalt und Auswirkungen der französischen Revolution gibt: Gérard, Alice, Ist die französische Revolution beendet?, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 45-61.

[124] Details zur Entwicklung der französischen Staatsnation siehe: Münch, Richard, Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 17-44.

[125] Vgl. Girling, John, France. Polictical and social change, London 1998, S. 48.

Mythen alle Franzosen betreffen.[126] Ohne diese kulturellen Wurzeln wäre die politische Nation ein „kaltes politisches Monster“[127]. Das Konzept der „patrie“ ist ein bedeutendes Element, das in allen Diskursen wiederzufinden ist und eng mit dem Konzept der Staatsnation zusammenhängt. Hier geht es um eine Form nicht-politischer Solidarität, die auch als *„la France profonde“* bezeichnet wird, eine ethnische Komponente, die den Zusammenhalt erhöht. Dieses Identitätselement der französischen Staatsnation schlägt sich auch heute noch diskursiv nieder, z.B. erklärte 1997 Innenminister Chévènement: „*The Identity of France is that of a Republic: a Frenchman or woman is a French citizen, neither more nor less. The citizen-nation is contrary to the ethnic nation. It is defined by a shared project and not by any mythical 'roots'*.“[128]

Was die externe Dimension nationaler Identität betrifft, so ergibt sich aus der starken Rolle des Staates im allgemeinen ebenso eine starke Rolle des Staates nach außen hin. Der Staat soll sichtbar sein als eine aktive Nation. Dabei steht im Zentrum des politischen Diskurses in Frankreich immer der Nationalstaat als Akteur, dessen Außenpolitik als eine Art „internationale Visitenkarte“[129] gesehen wird. Die externe Dimension ist sozusagen durch die interne Dimension bedingt. Im Folgenden sollen genau diese außenpolitischen Identitätselemente herausgearbeitet werden, auf die letztlich fast alle außenpolitischen Maßnahmen Frankreichs zurückzuführen sind. Diese muß man als Basic Codes[130] französischer Außenpolitik sehen, die auch trotz wechselnder Präsidenten mehr oder weniger konstant blieben und die im außenpolitischen Diskurs immer wiederzufinden sind, lediglich die konkreten Ausprägungen dieser Kerngedanken wechselten. Auf ihre Anwendung in verschiedenen Politikfeldern wird hingewiesen, um einleitend die französische Außenpolitik kurz anzudeuten (die dahinterstehenden Konzeptionen würden sich in Level 2 des Diskursschichtenmodells befinden), jedoch wird auf eine Beschreibung konkreterer außenpolitischer Maßnahmen bewußt verzichtet, da sie eine Analyse des dritten Levels implizieren würde und dies hier nicht in allen Feldern der französischen Außenpolitik geleistet werden kann.

Bei der außenpolitischen Identitätsstiftung kommt es gleichermaßen auf das Selbstverständnis und die Abgrenzung gegenüber anderen an. Es wird davon gesprochen, daß wohl kein Land

---

[126] Christadler, Marieluise, Frankreichs politische Kultur auf dem Prüfstand, in: Dies./Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 287f.

[127] Holm, Ulla, Det Franske Europa, Aarhus 1993, S. 26.

[128] Chévènement in einem Interview in Le Monde vom 26.06.1997, zitiert nach: Girling, John 1998, S. 168

[129] So bezeichnet Woyke treffend die französische Außenpolitik, siehe: Woyke, Wichard, Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand, Opladen 1987, S.13.

der Welt so präzise Vorstellungen über sich selbst, sowie über seinen Platz und seine Rolle in der Welt entwickelt hat wie Frankreich.[131] Um die Stärke der französischen Staatsnation nach außen hin zu präsentieren, wird im französischen Diskurs als grundlegendes Element die französische aktive Partizipation am Weltgeschehen angeführt. Das diskursiv konstruierte französische Selbstverständnis sieht Frankreich dabei stets als **aktiv handelnden Akteur**. Mitterrand brachte dies mit der Formel „*Handeln bedeutet existieren*“[132] auf den Punkt.[133] Der französische „esprit d'initiative“ wird im außenpolitischen Entscheidungsprozeß immer wieder angeführt und kann daher als eines der Basiskonzepte französischer Außenpolitik angesehen werden.

Im französischen Diskurs besonders auffallend ist darüber hinaus eine „*certaine idée de la France*“[134]. Diese „gewisse Idee von Frankreich“ ist immer mit einer „gewissen Idee von der Welt“ verbunden[135], denn es geht dabei immer um „***Frankreich in der Welt***“[136]. Dabei bedeutet „Frankreich in der Welt“ im französischen Diskurs zugleich „Frankreichs Weltpolitik“.[137] Es wird deutlich, daß die französische außenpolitische Identität immer durch eine Beziehung zur Welt konstruiert wird.[138] Diskursiv wird ein globaler außenpolitischer Machtanspruch Frankreichs erzeugt, wobei als maßgebliche Faktoren in französischen Abhandlungen meistens Demographie, Wirtschaft, geographische Lage und Geschichte Frankreichs angeführt werden[139], woraus dann nationale außenpolitische Interessen konstruiert werden können, denn: *„Geopolitics is what people make of it“*[140].

Frankreich sieht sich selbst als Weltmacht. Es herrscht ein allgemeiner Konsens in der französischen Gesellschaft darüber, daß Frankreich eine Rolle in der internationalen Politik

---

[130] Vgl. Larsen, Henrik 1997, S. 87.
[131] Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 443.
[132] Mitterrand, François, Réflexions sur la politique étrangère de la France, Paris 1986, S. 97.
[133] In zugespitzer Form kann das französische Selbstverständnis auch auf die Formel gebracht werden: *„Ich interveniere, also bin ich“* (Moïsi, Dominique, Welche transatlantische Zukunft?, in: Weidenfeld, Werner (Hsg.), Partnerschaft gestalten. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Bellevue-Gespräche II, Gütersloh 1997, S.107).
[134] De Gaulle, Charles, Mémoires de guerre. L'appel 1940-1942, Paris 1954, S. 7. Vgl. dazu Gordon, Philip H., A certain idea of France, Princeton 1993.
[135] Kolboom, Ingo/Stark, Hans, Frankreich in der Welt. Weltpolitik als Berufung?, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 445.
[136] So wird in französischen Analysen meist die französische Außenpolitik bezeichnet, z.B. in: Kessler, Marie-Christine, La politique étrangère de la France: acteurs et processus, Paris 1999, S. 144-165 oder in : Moreau Defarges, Philippe, La France dans le monde au XXe siècle, Paris 1994.
[137] Vgl. dazu Hoffmann, Stanley, La France dans le monde 1979-2000, in: Politique Etrangère 2/2000, S. 307f.
[138] Siehe: Fraisse, Robert 1999, S. 549.
[139] So z.B. Kessler, Marie-Christine 1999, S. 165. Allgemein zur Verwendung geopolitischer Faktoren im nationalen Diskurs siehe : Larsen, Henrik 1997, S. 23.
[140] In Anlehung an Alexander Wendt's *„Anarchy is what states make of it“* , übernommen von: Hoffmann, Arthur/Knowles, Vanda 1999, S. 5.

spielen solle. Oder wie de Gaulle es formulierte: „*La France, parce qu'elle le peut, parce que tout l'y invite, parce qu'elle est la France, doit mener au milieu du monde une politique qui soit mondiale*."[141] Das ist ebenso Ausdruck eines französischen „Sendungsbewußtseins", das später noch genauer anaylsiert werden wird. Dabei geht es Frankreich nicht nur um eine kleinere Rolle, sondern es geht um „*grands projets*". In diesem Zusammenhang wird immer wieder von den unterschiedlichen Präsidenten der französische „*Rang*" in der Welt betont. So sagte z.B. der französische Staatspräsident Mitterrand nach dem Golfkrieg: „*Je declare avec fierté que la France a tenu son role et son rang*"[142]. Dieser Diskurs wurde maßgeblich von de Gaulle beeinflußt, der deklarierte: „*Frankreich wäre nicht es selbst, wenn es nicht im ersten Rang wäre [...] Frankreich wäre nicht Frankreich ohne seine Größe*"[143]. Den Begriff der Weltmacht findet man im französischen Diskurs auch in etwas abgeschwächter Form besonders unter Pompidou als „mittlere Weltmacht" *(„puissance mondiale moyenne").*[144]
Das Selbstverständnis Frankreichs als wichtigen internationalen Akteurs[145] ist wohl das zentrale außenpolitische Identitätselement Frankreichs überhaupt. Es hat kaum eine wichtige Rede eines französischen Staatsmannes gegeben, in der eine außenpolitische Entscheidung nicht von dem Argument begleitet wurde, sie diene der Stärkung der Rolle Frankreichs in der Welt. Dabei taucht auch immer wieder das Argument der „*responsabilité internationale*" auf. Aus diesem Grunde wird auch davon gesprochen, daß es für Frankreich nicht mehrere außenpolitische Linien, sondern nur *eine* Linie geben könne. Sie habe zum Ziel, Frankreichs Gewicht und Rolle, das Gewicht und die Rolle einer unabhängigen Nation, in der Welt von heute und von morgen zu sichern. [146]

Dieses im außenpolitischen Diskurs zu findende Element manifestiert sich in wesentlichen Grundzügen des außenpolitischen Verhaltens Frankreichs. Frankreich sieht sich nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, zu Fragen der internationalen Politik Stellung zu beziehen. Aus diesem Anspruch heraus ist auch der französische Kolonialismus[147] in den 40er und 50er Jahren zu verstehen. Hier muß man den Indochina- und Suezkanal-Konflikt

---

[141] De Gaulle am 31.12.1963 in seiner Neujahrsansprache, zitiert in: Grosser, Alfred, Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München 1986, S. 400.
[142] Mitterrand am 3. März 1991, zitiert in Le Monde vom 5. März 1991, S. 6
[143] Gaulle, Charles de, Mémoires de Guerre, Paris 1954, S. 1.
[144] So äußerte sich z.B. Régis Debray, zitiert in Krosigk, Friedrich von 1999, S. 494.
[145] Vgl. dazu auch die Äußerungen Mitterrands bzgl. Frankreichs internationaler Präsenz, abgedruckt in Le Monde vom 21.12.1990, S.2.
[146] Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 446.
[147] Ein historischer Abriß über den französischen Kolonialismus bietet: Krosigk, Friedrich von, Frankreich: Koloniale Tradition und postkoloniale Transformation, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 484-500.

erwähnen, Algerien wurde erst 1962 in die Unabhängigkeit entlassen. Aber auch heute noch besitzt Frankreich Départements und Territorien außerhalb des Kontinents (DOM-TOM-Gebiete), die im außenpolitischen Diskurs als Argument häufig wiederzufinden sind. Eine weitere wichtige Ausprägung des genannten Identitätselementes ist das französische Mitspracherecht in internationalen Organisationen. Besonders aktiv beteiligt sich Frankreich an Institutionen wie UNO, KSZE/OSZE und natürlich EU. Auch hier versucht Frankreich ständig, französische Impulse in die Weltpolitik einzubringen, wobei die Präsenz Frankreichs als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat als Argument eine zentrale Stelle im Diskurs innehat.

Weiterhin zeigt sich Frankreich in allen Teilen der Welt aktiv. So unterhält es traditionell enge Verbindungen zu Osteuropa, besonders enge zu Afrika, den Entwicklungsländern generell und zum Nahen Osten. Diese Verbindungen sind oft bilateraler wie multilateraler Natur, in jedem Fall wird jedoch der Nationalstaat als Hauptakteur der internationalen Politik angesehen. In der Nahostpolitik ist Frankreich Initiator einer europäischen Politik, die manchmal eine französische „politique arabe“ impliziert. In der Afrikapolitik versucht Frankreich, seine ehemaligen Länder durch militärische, wirtschaftliche und kulturelle Mittel an sich zu binden (französisches „pré-carré“[148]). Hier zeigt sich Frankreichs Selbstverständnis als „handelnder Akteur“, so z.B. als „guter Makler“ zwischen Nord und Süd.[149]Auch in internationalen Konflikten tritt Frankreich im Krisenmanagement sehr aktiv auf, so z.B. im Golfkrieg oder auf dem Balkan.

Frankreichs Anspruch in der Weltpolitik manifestiert sich des weiteren durch häufige Verweise auf seine Stärke als moderne Industrie-, Technologie-, Dienstleistungs- und Agrarmacht, auf seine Bedeutung als Investitionsort ausländischen Kapitals sowie auf seine Präsenz in der Luft- und Raumfahrt. Hier ist es angebracht, nochmals darauf hinzuweisen, daß diese Elemente nicht unbedingt als Fakten zu sehen sind, denn sie sollen nicht die reale Stärke Frankreichs angeben, sondern es handelt sich dabei um Diskurselemente, die immer wieder auftauchen, wenn auf Frankreichs Macht in der Welt Bezug genommen wird. Im außenpolitischen Diskurs wird beispielsweise immer wieder Frankreich als Siegermacht im Zweiten Weltkrieg, Frankreich als eine der Vier Mächte, die nach dem Zweiten Weltkrieg für Berlin verantwortlich waren und ein Mitspracherecht in der „deutschen Frage“ hatten, oder Frankreich als einer der G7-Staaten hervorgehoben. Frankreich sieht sich selbst als unerläßlich auf der internationalen Bühne: „*La voix de la France est irremplaçable dans un*

[148] Darunter versteht man heute den französischen Einflußbereich in den ehemaligen Kolonien Afrikas, vgl. dazu Stahl Bernhard 2001(a), S. 12.
[149] Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 457.

certain nombre de domaines"[150]. Auch in französischen wissenschaftlichen Analysen findet man meist die Angabe, die sehr gut diesen „basic code" widerspiegelt: „*La France est une puissance à intérêts mondiaux*"[151]. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß sich die außenpolitische Identität Frankreichs primär in dem Anspruch, ein besonderer Akteur auf dem internationalen Parkett zu sein, manifestiert.

Etwas spezieller findet man darüber hinaus in nahezu jedem außenpolitischen Diskurs eine Bezugnahme auf Frankreichs „Größe", die zugleich ein französisches Selbstverständnis als Großmacht impliziert. Der Begriff der „**grandeur**", der eigentlich auf die Regierungszeit des französischen Sonnenkönigs Ludwig XIV. zurückgeht, wurde besonders unter de Gaulle wiederbelebt und geprägt. De Gaulles „grand design" lautete folgendermaßen: „*La France pouvait, dans ce sens, exercer une grande action, prendre une grande figure, servir grandement son intérêt et celui du genre humain*."[152] Größe, Rang und Status werden daher oft nur mit der Regierungszeit de Gaulles (1958-69) in Verbindung gebracht. Diese Elemente waren aber auch schon im Diskurs der Vierten Republik (1946-1958) erkennbar und haben sich auch nach de Gaulle als Diskursbestandteile verfestigt. So wird Frankreich beispielsweise im Verteidigungsweißbuch von 1994 auch als „grande puissance" bezeichnet.[153] Die Darstellung Frankreichs als „grande nation", die auf die Zeit Napoleons zurückgeht, wird dagegen im eigentlichen französischen Diskurs seltener benutzt, sie wird meistens von auswärtigen Beobachtern stereotypisch gebraucht.[154] Was Größe für Frankreich wirklich bedeutet, wird sehr gut deutlich in dem Wort von Pierre Nora: *„Frankreich mag eine Mittelmacht geworden sein, aber durch seine Geschichte ist es groß geblieben".*[155] Auch Charles de Gaulle erklärte: „*Etre grand, c'est soutenir une grande querelle*"[156]. Die diskursive Bedeutung des Begriffs „grandeur" wird erkennbar, wenn man sich vor Augen führt, daß Frankreichs „Größe" lediglich 1% der Weltbevölkerung und 0,5 % der Erdoberfläche ausmacht.[157] Es kommt hier hauptsächlich darauf an, wie die Fakten im Diskurs vermittelt werden. Ebenso wie der Großmachtstatus immer angestrebt wird, wird spiegelbildlich der Abstieg einer Großmacht sowie der kulturelle Niedergang, die im Diskurs häufig unter dem Stichwort „*le déclin*" thematisiert werden, permanent befürchtet.

---

[150] Deniau, Jean-François, Le rang de la France, in: Le Monde vom 7. September 1994.
[151] Baillou, S. 209 f.
[152] Charles de Gaulle, zitiert in: Girling, John 1998, S. 59.
[153] Vgl. Ministère de la Défense, Livre blanc sur la défense, Paris 1994.
[154] Vgl. dazu Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 443.
[155] Nora, Pierre, zitiert in: Christadler, Marieluise 1999, S. 289, Anmerkung 10.
[156] Gaulle, Charles de, Le Fil de l'Epée, Genf 1972, S.3.

Ein weiteres Element außenpolitischer Identität Frankreichs, das im engen Zusammenhang mit den dargestellten Elementen der Weltmacht und Großmacht steht, ist die französische Unabhängigkeit, die „**indépendence“**. Frankreich wird im Diskurs meist als „indépendent“ dargestellt, die „interdépendence“ der Staaten wird weit weniger thematisiert. So äußerte sich Chevènement 1989: *„Die Geschichte hat uns gelehrt, den wahren Wert nationaler Unabhängigkeit zu schätzen, und uns zuerst auf uns selbst zu verlassen, diese zu gewährleisten“.*[158] Das Element der „indépendence nationale“ wurde besonders in den Zeiten des Kalten Krieges von de Gaulle aufgebaut. Dabei fällt auf, daß das Argument der französischen Unabhängigkeit stets in bezug auf die Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde.[159] Dies war auch nach de Gaulle unter anderen Präsidenten und sogar nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch der Fall. Besonders in aktuellen europapolitischen Diskursen zeigt sich das Element der Unabhängigkeit in dem französischen Pochen auf nationale Souveränität. Diese Konstruktion von Unabhängigkeit von den Supermächten läßt auch ein französisches Gleichgewichtsdenken erkennen. Als außenpolitisches Ziel wird die Herstellung eines Mächtegleichgewichtes („*équilibre de force*“) angesehen, wobei Frankreich sich selbst als Gegengewicht („*contrepoids*“) gegen die Supermächte USA und Rußland im Kalten Krieg begriff.[160] Meist wird das Konzept des Gegengewichtes auch auf ein unabhängiges Europa unter französischer Führung ausgedehnt. In diesem Zusammenhang sieht sich Frankreich auch als „*Dritte Kraft*“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, was man besonders im sozialistischen Diskurs recht häufig findet.

Eng mit dem Element der französischen Unabhängigkeit verbunden ist die französische Einzigartigkeit oder der französische **Exzeptionalismus.** Man beachte, daß dem Wort *„exception“*, das „Ausnahme“ bedeutet, nicht, wie ebenfalls denkbar wäre, eine eher negative Bedeutung zukommt, es hat vielmehr diskursiv eine sehr positive Bedeutung erreicht, die sozusagen Ausnahme als „Vorbild“ meint. Es wird eine moralische Überlegenheit Frankreichs konstruiert, die im wesentlichen auf den Universalismus französischer Werte zurückgeführt wird. Frankreich beruft sich hier auf seine humanistische Tradition, auf die Werte der Aufklärung, Verfassungsstaat, Rechtsstaat, Demokratie, aktive Bürgerschaft und Menschenrechte. Besonders oft wird Bezug genommen auf die Französische Revolution unter Betonung der Schlagworte „*liberté, egalité, fraternité*“ oder der *„droits de l'homme et du*

---

[157] Daten übernommen von Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 444.
[158] Chevènement, Jean-Pierre, La défense de la France, la sécurité et l'avenir de l'Europe, in: Défense nationale, Juni 1989, S. 17.
[159] Vgl. Yost, David S., France, in: Murray, Douglas J./Viotti, Paul R. (Hsg.), The Defense policies of Nations. A comparative study, Baltimore und London 1994, S. 240.

citoyen". Die Bezugnahme auf diese französischen Werte, die auch als das „geistige Hexagon"[161] bezeichnet werden, findet man vor allem im französischen politischen Diskurs der 80er Jahre. Frankreich sieht sich als „Genie", das eine durch den Glauben an sich selbst begründete höhere Wirklichkeit darstellt.[162] Auf außenpolitischer Ebene kommt es Frankreich nun darauf an, diese universellen Werte auch in der internationalen Arena zu fördern, was sich zum Beispiel im französischen Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker manifestiert. Laut seines so konstruierten Selbstverständnisses verkörpert Frankreich diese universellen Werte und sieht sich deshalb als einzigartig an, weshalb man u.a. von einem französischen Exzeptionalismus sprechen kann. Es gibt eine „universelle französische Botschaft" und Frankreich besitzt „etwas mehr", was der französischen Staatsnation erlaubt, große Projekte als Stellvertreter der gesamten Menschheit durchzuführen. Frankreich sieht sich dabei als „Künder einer Wahrheit über die Verschiedenheit der Völker und Kulturen hinaus", sozusagen als „Geburtshelfer einer emanzipierten Welt".[163] De Gaulle formulierte das folgendermaßen: „*Unser Handeln ist auf Ziele gerichtet, die, eben weil sie französisch sind, dem Interesse aller Menschen entsprechen."*[164] Im Diskurs auffallend ist in dem Zusammenhang die Betonung der französischen *„mission civilisatrice*" und des „*rayonnement de la France*". Derartige Formulierungen sind Ausdruck eines **französischen Sendungsbewußtseins** und eines französischen Glaubens an Berufung und Schicksal, wie Jean Baillou folgendermaßen analysiert: „*Enfin, cette position est également fondée sur une sorte de vocation, longtemps incontestée, à la diffusion d'une culture specifique, inspirée d'un humanisme conçu comme extérieur aux contingences du temps et de l'espace, et servie par une langue particulièrement adaptée à l'expression des idées claires."*[165]

Frankreich besitzt einen politischen Willen „par excellence", diese universellen Werte auch in die Weltpolitik miteinzubringen. Man findet diese wertbezogenen französischen Diskurse daher vor allem in französischen Äußerungen im UN-Sicherheitsrat in bezug auf Menschenrechtspolitik.[166] Besonders deutlich wird es allerdings in der französischen auswärtigen Kulturpolitik. Sie soll die französische Sprache fördern („*la francophonie*") und die Ideale der Französischen Revolution in die Welt tragen.[167] Die französische Sprache wird

---

[160] Vgl. dazu Bailllou, Jean 1962, S. 210f.
[161] Fraisse, Robert, Zwischen Individualismus und Globalisierung. Zukunftsszenarien für die französische Identität, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 549.
[162] Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 444.
[163] Moreau-Defarges, Philippe 1994.
[164] De Gaulle am 31.12.1967, zitiert in: Grosser, Alfred 1984, S. 400f.
[165] Baillou, Jean 1962, S. 212.
[166] Vgl Kessler, Marie-Christine 1999, S.161.
[167] Stahl, Bernhard, Die französische Außenpolitik, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Frankreichs, 2001, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/baumdocs/france_verh.pdf [18.09.02], S. 1.

dabei immer noch als etwas Spezielles angesehen, war sie einst die Sprache der Eliten und der „zivilisierten“ Nationen Europas. Die Frankophonie ist die wichtigste Basis der kulturellen Kooperation zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien. Sie zeigt ein altes französisches Bemühen, auch kulturelles Kapital in der Außenpolitik zu nutzen. So haben Kultur und Sprache schon immer wichtige Funktionen übernommen im französischen Projekt der „mission civilisatrice“ und der Ausstrahlung („*rayonnement*“) der französischen Staatsnation.[168] So erklärt sich auch, warum die französische auswärtige Kulturpolitik ebenso Bestandteil der französischen Außenpolitik ist wie z.B. die Außenwirtschaftspolitik.[169] Gegenüber der Sicherheitspolitik nehmen diese Politikfelder jedoch einen geringeren Stellenwert ein.

Neben den genannten grundlegenden außenpolitischen Identitätselementen gibt es weiterhin noch einigere speziellere Elemente, die nach Erachten der Verfasserin dennoch Basic Codes der französischen Außenpolitik darstellen. Da sie eher speziellerer Natur sind und demnach ein Übergang zum relationalen Level 2 fließend ist, sollen diese Elemente hier nur ansatzweise umrissen werden; eine vertiefende Analyse würde auf eine Analyse des Level 2 (französische Konzeptionen von Europa und von Sicherheit) hinauslaufen, die an dieser Stelle nicht geleistet werden kann. So sieht sich Frankreich, das zugleich beansprucht, die älteste Nation Europas zu sein, auch als Herzstück Europas und noch weiter als Motor der europäischen Integration.[170] Auch darüber hinausgehend fühlt sich Frankreich als Teil einer westlichen Wertegemeinschaft, die besonders von Demokratie und Marktwirtschaft geprägt ist. Die Komponente **Europa** trägt sehr viel zum außenpolitischen Selbstverständnis Frankreichs bei und sollte deshalb an dieser Stelle nicht außer acht gelassen werden. Schon seit der Aufklärung war Europa im Diskurs von sehr großer Bedeutung für Frankreich: „*La France est indissolublement liée à l'Europe*“[171]. Die Europapolitik ist wohl der Hauptbestandteil der französischen Außenpolitik, da hier Frankreich als Gründerstaat der Europäischen Union seinem Selbstverständnis als aktiv handelnden Akteurs gerecht wird. In Bezug auf das Verhältnis Frankreich-Europa gibt es sehr verschiedene Vorstellungen (die sich in dem Schichten-Diskurs-Modell in dem zweiten Level befinden würden)[172]. Darunter lassen

[168] Vgl. Krosigk, Friedrich von 1999, S. 497.
[169] Zur Bedeutung der französischen auswärtigen Kulturpolitik, siehe: Kessler, Marie-Christine 1999, S. 369f.
[170] Einen kurzen, prägnanten Überblick über Frankreichs Verhältnis zu Europa bietet: Axt, Heinz-Jürgen, Frankreich in der Europäischen Union, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 465-483.
[171] Couve de Murville, Maurice, Une politique étrangère 1958-1969, Paris 1971, S. 53.
[172] Vgl. Holm, Ulla 1997 und 1999.

sich hauptsächlich zwei konkurrierende Diskurse über Europa[173] nachweisen. Die erste Variante sieht Europa lediglich als französisches Instrument an, während die zweite Variante Europa als eine Verlängerung Frankreichs darstellt, wobei die zentralen Elemente der französischen Staatsnation auf die europäische Ebene verlagert werden.[174] Die zweite Variante, die verstärkt seit Beginn der 80er Jahre zu beobachten ist, zeigt, daß das Identitätselement der französischen Unabhängigkeit mit dem Identitätselement Frankreich als Teil Europas kompatibel ist, und erklärt, warum Frankreich, obwohl es nach Unabhängigkeit strebt, eine europäische Integration (wenn auch nicht in allen Bereichen) befürwortet.[175] Es steht außer Frage, daß seit 1945 die europäische Integration einen Grundbaustein der französischen Außenpolitik darstellt, wobei sich Frankreich innerhalb Europas in einer Führungsrolle sieht.

Ein anderes Element läßt sich in der diskursiven Konstruktion von **Frankreich als Militärmacht** fassen. Der Schutz des Staates und die Integrität des Territoriums werden im französischen Diskurs meist als prioritär vor anderen Staatszielen angesehen. Das ist ebenfalls auf die Identitätskonstruktion einer nach außen hin starken Staatsnation zurückzuführen. Der größte Bestandteil außenpolitischer Diskurse ist in Frankreich im Bereich Sicherheit und Verteidigung wiederzufinden, wobei die militärische Komponente sehr stark im Vordergrund steht. Auch hier würde eine genaue Analyse der französischen Konzeption von Sicherheit auf eine Analyse des Level 2 hinauslaufen, die z.B. von Larsen geleistet wird.[176] Aufgrund seiner weittragenden Bedeutung für die französische Außenpolitik soll dennoch auch dieser Aspekt hier kurz erwähnt werden. Die von Mitterrand benutzte Wendung: „*La défense du sanctuaire national*“[177] bringt in dem Zusammenhang die hohe Bedeutung der Verteidigung des nationalen „Heiligtums“ zum Ausdruck. Die Verteidigung wird meist als die höchste Mission des Staates generell angesehen. Der besondere Aspekt der militärischen Elemente geht dabei maßgeblich auf die französische Geschichte zurück. Nach de Gaulle ist Frankreichs zweite Natur seit 14 Jahrhunderten die einer Militärmacht.[178] Sowohl bei der Französischen Revolution als auch 1871, 1940 und 1958 waren die militärischen Elemente von zentraler Bedeutung für die französische Staatsnation. Frankreich wurde mehrmals von Deutschland angegriffen, so daß durch solche traumatischen Erfahrungen der Geschichte die Stärkung der

[173] Kempin, Ronja 2001, S. 11f.
[174] Vgl. die Arbeiten von Ulla Holm sowie Risse, Thomas 2001, S. 12-15.
[175] Auf die gesamte Problematik dieses Spannungsverhältnisses kann hier nicht eingegangen werden. Es sei verwiesen auf die Arbeiten von Ulla Holm, Henrik Larsen und Ronja Kempin, die diese Frage in aller Ausführlichkeit behandeln.
[176] Vgl. Larsen, Henrik 1997, S. 115f.
[177] Mitterrand, François, zitiert bei: Kessler, Marie-Christine 1999, S. 164.

militärischen Verteidigung im Diskurs von jeher einen hohen Stellenwert hatte. Diese Grundorientierung blieb auch in der Neuorientierungsphase nach dem Ende des Kalten Krieges weitgehend unberührt. Pazifismus wird im französischen historischen Diskurs dagegen eher pejorativ bewertet. Verschiedene außenpolitische Entscheidungsträger bezeichneten Frankreich immer wieder als „*dritte Militärmacht der Welt*“[179], dieser basic code manifestiert sich auch in dem außenpolitischen Verhalten Frankreichs.[180] So unterhielt Frankreich Mitte der 90er Jahre mit über 500.000 Mann die größten Streitkräfte in Westeuropa.[181] Die eigene Atomstreitmacht, die im Diskurs als „force de frappe“ bezeichnet wird, bildet das Herzstück der französischen verteidigungspolitischen Aktivitäten. Auch die Bedeutung der französischen Rüstungsindustrie ist in diesem Zusammenhang zu sehen, und ein weiteres Beispiel, das Ausprägungen der beiden letztgenannten spezielleren Elemente gleichermaßen vereint, ist das französische Engagement bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zusammenfassend lassen sich folgende Basic Codes der französischen Außenpolitik, die im außenpolitischen Diskurs verankert sind, nachweisen: Zunächst ergibt sich aus der nationalen Identität Frankreichs als einer starken Staatsnation auch der französische Anspruch, diese Stärke nach außen hin zu repräsentieren. Frankreich sieht sich als international aktiver Akteur, als Großmacht oder gar als Weltmacht. Aufgrund dessen werden „Sollvorgaben“[182] als unabhängiger Staat und als Gegengewicht zu den Supermächten konstruiert, die sodann als außenpolitische Zielvorstellungen artikuliert werden. In engem Zusammenhang mit dem französischen außenpolitischen globalen Machtanspruch steht das französische Selbstverständnis als einer einzigartigen Nation, als Verkörperung universeller Werte. Das französische Sendungsbewußtsein vermittelt die Aufgabe, diese auch in der internationalen Arena in einer zivilisatorischen Mission zu fördern. Im allgemeinen läßt sich das beschriebene Phänomen unter dem Begriff des französischen Exzeptionalismus zusammenfassen, der häufig ein französisches Selbstverständnis eines auserwählten Vertreters der ganzen Menschheit impliziert.[183] Die genannten grundlegenden Orientierungen legen zugleich die Schwerpunkte französischer Außenpolitik fest, die in der Sicherheits- und

---

[178] Gaulle, Charles de, Mémoires de guerre, Paris 1954, S. 580.
[179] Vgl. Chevènement in Le Monde vom 14. Juli 1988, S. 11, Mitterrand bei einer Pressenkonferenz am 18. Mai 1989, sowie Charles Hernu in Le Monde vom 25.02.82, S.12, zitiert nach: Yost, David S. 1994, S. 238, Anm. 7 und 8.
[180] Vgl. dazu die überblicksmäßige Darstellung von Meimeth, Michael 1999.
[181] Stahl, Bernhard 2001, S. 8.
[182] Kissinger kommentierte diesen Vorgang wie folgt: *„Before it [France] can decide what it wishes to become, it has to rediscover what it is!“* (Kissinger, Henry A., The Troubled Partnership, New York 1965, S. 42.)
[183] Vgl. dazu Larsen, Henrik 1997, S. 8.

Verteidigungspolitik und als besonderem Handlungsfeld in der französischen Europapolitik zu finden sind. Die Betonung einzelner Politikfelder ist deshalb ebenfalls als Basic Code der französischen Außenpolitik zu sehen, da diese direkt mit den allgemeinen Grundorientierungen in Zusammenhang stehen und das französische Selbstverständnis in entscheidendem Maße geprägt haben. [184]

Die Basic Codes könnte man auch als Ausduck eines „Realismus" im Sinne von Hobbes begreifen[185]. Aus ihnen erfolgt diskursiv eine Konstruktion von französischen Interessen, deren Verteidigung und Bewahrung zum Hauptziel französischer Außenpolitik wird. Kessler faßt dies treffend zusammen: *„Au centre de la politique étrangère se trouvent donc des idées qui structurent les objectifs que se fixent les acteurs er les moyens qui leur sont dévolus."*[186]

Die Basic Codes werden von Kessler dabei als *„réferentiel de base"* bezeichnet. Was anfänglich als bloße gaullistische Prinzipien gesehen wurde, entwickelte sich diskursiv zu allgemein akzeptierten außenpolitischen Grundsätzen der französischen Außenpolitik. Genau diese machen die oft analysierte Kontinuität der französischen Außenpolitik seit 1945[187] aus und bilden die Grundlage für französische Europapolitik, Afrikapolitik, Nahostpolitik und nicht zuletzt für französische Amerikapolitik.

Am Schluß bleibt noch festzustellen, daß bei den Außenpolitiken der europäischen Staaten zunehmend eine Europäisierung stattfindet (im Rahmen der EPZ, GASP und ESVP). Dennoch lassen sich französische Positionen und Haltungen herausfiltern, da aufgrund obiger Basic Codes Frankreich auch in diesem Bereich seine Eigenständigkeit bewahrt hat.

3.2 Französische Konzeptionen von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen (Level 2)

3.2.1 Die französische Konstruktion: „Amerika ist anders"

Im französischen außenpolitischen Diskurs lassen sich unterschiedliche französische Vorstellungen[188] über Amerika wiederfinden. Einmal wird Amerika wertneutral als

---

[184] Ähnliche französische Identitätselemente findet auch Thomas Risse in seiner Analyse in: Risse, Thomas, A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in Maria Green Cowles, James A. Caporaso and Thomas Risse (eds), Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca 2001, S.211f.

[185] Kessler, Marie-Christine 1999, S. 186.

[186] Ebd., S. 186.

[187] Auch in der proklamierten „neuen" französischen Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges wurden diese Prinzipien auf neue Gegebenheiten zugeschnitten. Ein guter Überblick über die französische Außenpolitik seit 1945 findet sich bei: Woyke, Wichard 1987.

[188] Hierunter zählen auch sogenannte „Amerikabilder". Claus Leggewie argumentiert: *„Bilder spielen in der internationalen Politik eine herausragend, aber oft unterschätzte und analytisch vernachlässigte Rolle [...] Europa wird weit mehr beeinflusst durch das Bild, das es sich von Amerika macht, als durch Amerika selbst."*

Weltmacht oder Supermacht dargestellt, das andere Mal moralisch wertend als aggressive und Verderben über die Welt bringende Macht, jedes mal findet man aber im französischen Diskurs Elemente der Abgrenzung, wenn von den USA die Rede ist. Bei den diskursiven Konstruktionen von Amerika wird oft der Versuch unternommen, an einem Gegenbild „Amerika“[189] den eigenen Rang in der Welt zu bestimmen und die Abgrenzung von den USA trägt viel zum französischen Selbstverständnis („exception française“, „indépendence“) bei und dient so zur Festigung der in 3.1 erarbeiteten Basic Codes französischer Außenpolitik.
Nach Analyse des ersten Levels fällt auf, daß Frankreich und die USA von ihrem Selbstverständnis her gar nicht weit voneinander entfernt liegen, was Weltmachtanspruch, Sendungsbewußtsein und die zivilisatorische Mission angeht. Daher ist es besonders interessant zu untersuchen, welche Vorstellungen Frankreich von einer Nation konstruiert, die der eigenen sogar sehr ähnlich zu sein scheint. Es wird sich herausstellen, ob hier eher dem Sprichwort „Gleich und gleich gesellt sich gern“ oder dem physikalischen Gesetz der Abstoßung gleicher Pole Rechnung getragen wird und Konflikte quasi programmiert sind.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der französischen Rekonstruktion der mit Amerika gemeinsam erlebten Geschichte. Wie Diskurstheoretiker sagen: *„History consists of many different elements which have to be selected and made sense of“*[190]. Diese Selektion findet dann durch den politischen Diskurs statt, in dem eine bestimmte Vorstellung von Amerika konstruiert wird. Der Diskurs erzeugt damit auch bestimmte Bilder von den USA und ihrer Rolle in der Welt. In diesem Zusammenhang gibt es verschiedene historische Phasen[191], die besonders bedeutsam für die französisch-amerikanischen Beziehungen sind.[192] Die erste Phase beginnt bei der amerikanischen Revolution und der französischen Intervention 1778-1783. Die zweite Phase ist die des Ersten Weltkriegs, in der es verstärkt zu Konflikten zwischen Clemenceau und Wilson kam. Als dritte Phase schließt sich die des Zweiten Weltkriegs an, die besonders durch die französische Niederlage 1940 und die Intervention der Amerikaner geprägt ist. Die vierte Phase umfaßt die Regierungszeit de Gaulles, und die fünfte Phase kann man als „Post-de Gaulle“-Phase sehen, die immer noch anzudauern scheint. Ob die Ereignisse des 11. September 2001 eine weitere Phase eingeleitet haben, wird in Kapitel 4

Aber: *„ ... vor den Bildern kommen die Texte.“* (Leggewie, Claus, Amerikas Welt. Die USA in unseren Köpfen, Hamburg 2000, S. 20, 39, 67.)

[189] Vgl. dazu Strauss, David, Menace in the West, The Rise of French Anti-Americanism in Modern Times Westport 1978, S. 4f. (Hier findet sich eine ausführliche Darstellung solcher französischer Bilder 1776-1976).

[190] Vgl. Hoffmann/Knowles, S. 4.

[191] Phaseneinteilung wurde übernommen von: Kramer, Steven Philip, Les relations franco-américaines à l'épreuve de la crise au Kosovo, in: Politique Etrangère 2/2000, S. 360f.

[192] Einen Überblick über die Geschichte der französisch-amerikanischen Beziehungen bietet: Duroselle, Jean-Baptiste, Les données fondamentales des relations franco-américaines, in: Stratégique 2/1989, S. 55-64.

eingehend untersucht werden. Da die Nachkriegszeit und die Ära de Gaulles im Folgenden noch näher analysiert werden, sei an dieser Stelle der Hinweis auf diskursive Elemente angebracht, die sich auf die Geschichte vor 1945 beziehen. Das erste auffallende Element ist, daß im französischen Diskurs immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit nicht zuletzt den Franzosen zu verdanken haben.[193] Überspitzt kann dies auf die Formel gebracht werden: *„Je vous ai sauvé la vie, je ne l'oublierai jamais."*[194] Auch dem Argument, Europa und auch Frankreich hätten die Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur und die Freiheit im Kalten Krieg dem Einsatz der Amerikaner zu verdanken, wird in Paris entgegengehalten, im Zweiten Weltkrieg habe es immerhin der Bombardierung Pearl Harbors bedurft, um die Vereinigten Staaten von ihrer Neutralitätspolitik abzubringen.[195] Wird bei traditionellen Anlässen der französisch-amerikanische Zusammenhalt in der Geschichte gepriesen, so wird ebenso gerne verwiesen auf „*La Fayette, Rochambeau, les batailles livrées côté à côté en Picardie ou en Champagne..."*[196]. Auffallend ist, daß die amerikanische Anerkennung des Vichy-Regimes im Diskurs außer acht gelassen und so im nationalen Gedächtnis der gemeinsamen Geschichte eher ausgeblendet wird.

Hubert Védrine schrieb in seinem Buch *„Les mondes de François Mitterrand"*, das französische Verständnis der französisch-amerikanischen Beziehungen lasse sich nur nachvollziehen, wenn man die „strukturellen Bestandteile [der Beziehungen], ihre Wurzeln, die amerikanischen Gründungsmythen und die Geschichte der vergangenen Jahrzehnte im Gedächtnis behält".[197] Die rekonstruierten Erlebnisse der Vergangenheit tragen also entscheidend dazu bei, wie die Vereinigten Staaten von französischer Seite porträtiert werden.

Auf der einen Seite existiert in Frankreich eine weitreichende Faszination von Amerika.[198] Dabei wird auch oft im Diskurs ein positives Image der USA als des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten etabliert. So findet man im Diskurs des Außenministeriums die Beschreibung von Amerika als „*le pays le plus puissant, le plus avancé scientifiquement et l'un des plus*

---

[193] So z.B. im Nebensatz erwähnt bei Toinet, Marie-France 1985, S.45.

[194] So karikierte Alfred Grosser die französische Einstellung zu Amerika bei seinem Vortrag „Deutschland, Frankreich, Europa – Was nun?" am 03.02.02 an der Universität Trier.

[195] Nonnenmacher, Günther, Dosierte Konflikte – intakte Reibungsflächen. Frankreichs dialektisches Verhältnis zu den USA, in: Internationale Politik, 9/1998, S. 24. Vgl. ebenso Reynaud, Paul, Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles, München 1964, S. 150.

[196] Carisey, Maurice 1946, S. 191.

[197] Védrine, Hubert, Les mondes de François Mitterrand. A l'Elysée 1981-1995, Paris 1996, Kapitel IV.

[198] Vgl. dazu Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 461 sowie Willis, Frank Roy, The French paradox, Stanford 1982, S. 129.

créatifs du monde"[199]. Auch Mitterrand sprach von der amerikanischen Nation als einer Nation „voller Energie und Charakter"[200]. In diesem Zusammenhang ist auch der Ausdruck des Diplomaten Jean Hourcade zu sehen, der die Eroberung Algeriens und der Sahara als „unser Far West", „unsere Frontier" bezeichnete[201]. Der sonst kritisierte „Imperialismus" der USA wird hier als Maßstab oder sogar Vorbild französischen Handelns erwogen. Auch findet man im Gesellschaftsdiskurs Äußerungen bis hin zu: "*J'aime l'Amérique et les Américains*!"[202]. Dazu tragen besonders die Vorstellungen von den Vereinigten Staaten als einer idealen Demokratie bei. Der französische Diskurs sieht Amerika durchweg als „starkes Land" an, weshalb es oft als „*superpuissance*", „*toute-puissance*" oder „*hyperpuissance*"[203] bezeichnet wird. Während der Begriff "Supermacht" im Kalten Krieg vor allem auf militärische Stärke abzielte[204], impliziert "Hypermacht" eine Vorrangstellung auch in wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, im Sinne von "mentaler und mythischer Macht"[205]. Die amerikanische Stärke wird dabei nicht als schlecht beurteilt, denn, wie es Giscard d'Estaing ausdrückt: „*Il est bon que l'Amérique soit forte...*"[206] In Zeiten des amerikanischen Isolationismus wurde den Amerikanern oft ein *„désengagement"* vorgeworfen, woraus ersichtlich wird, daß ein starkes Amerika durchaus gewünscht wird. Die amerikanische Stärke erscheint also im französischen Diskurs als Vorbild und Bedrohung zugleich.[207] So wird die USA nicht nur als starke Macht, sondern vielmehr als hegemoniale oder dominante Weltmacht dargestellt: „*Die USA haben die Absicht, alles zu dirigieren, sie wollen die ganze Welt beherrschen*."[208] Die verschiedensten französischen Diskursträger schreiben den USA einen „animus dominandi"[209] zu und sehen sie als *„maîtres du monde"*[210]. Ebenso äußerte sich beispielsweise Hubert Védrine 1997:

> „*Le monde nouveau est marqué par une prédominance des Etats-Unis que l'on qualifie parfois d'hégémonie [...] La différence par rapport à l'état de choses antérieur est qu'il n'y a plus de*

---

[199] Diskurs im französischen Außenministerium 1984, zitiert bei: Grosser, Alfred, Affaires exterieures, Flammarion 1984, S. 312.
[200] Äußerung Mitterrands zitiert bei: Duignan, Peter/Gann, L.H., The United States and the New Europe 1945-1993, Cambridge/MA 1994, S. 80.
[201] Zitiert nach Kolboom, Ingo/Stark, Hans 1999, S. 444, Anm. 10.
[202] Carisey, Maurice, Images des Etats-Unis, Paris 1946, S.7.
[203] Dieser Begriff wurde von Hubert Védrine geprägt, vgl. Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S.3.
[204] vgl. die Definition von Stärke bei Boulding, Kenneth, National images and international systems, in: Journal of Conflict Resolution 3/1959, S.125.
[205] Froehly, Jean-Pierre, Geänderte Rollenverteilung in der Außenpolitik - Mehr Pragmatismus und dezentrales Handeln, in: DOKUMENTE Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 1/1999, S. 19.
[206] Giscard d'Estaing in Le Monde vom 29.Januar 1981, zitiert nach: Toinet, Marie-France 1985, S. 57, Anm.2.
[207] Vgl. Kuisel, Richard F., Seducing the French. The Dilemma of Americanization, Berkeley 1993, S.3 und Lacorne, Denis/Rupnik, Jacques/Toinet, Marie-France (Hsg.), L'Amérique dans les têtes. Un siècle des fascinations et d'adversions, Paris 1986.
[208] Chirac über amerikanische Hegemonie in Lateinamerika, zitiert in El Pais (Spanien) vom 13.03.1997, S. 13.
[209] Vgl. Hoffmann, Stanley 1974, S. 337.
[210] Couve de Murville, Maurice 1971, S. 48.

contrepoids [...] La France, qui est l'héritière d'une histoire prestigieuse, est potentiellement menacée par cette évolution du monde."[211]

Die amerikanische Hegemonie bedroht zum einen die französische Idee von einer Welt im Gleichgewicht und zum anderen das französische Identitätselement, eine Weltmacht zu sein. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines französischen Gegengewichtes. Wird die USA als alleinige Supermacht gesehen, so steht automatisch die französische Originalität auf dem Spiel. So formulierte ein französischer Botschafter die Frage: „*En quoi consiste ... l'originalité de la France dans un monde où l'on distingue une seule superpuissance*?"[212]

Über die Darstellung der USA als Hegemon hinaus geht die Darstellung der USA als eines agressiven imperialistischen Staats, der eine Bedrohung des Weltfriedens darstelle. Als hauptsächlicher Diskursträger einer solchen Argumentation fungiert die Kommunistische Partei.[213] Sie argumentiert, die USA seien, wie die anderen kapitalistischen Länder, von Natur aus aggressiv, versuchten, sich in die Angelegenheiten der UdSSR einzumischen, und stellten eine Bedrohung des Friedens dar.[214] Die USA seien ein imperialistischer Staat, der auf der ganzen Welt die Rolle des Polizisten spiele, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu unterdrücken und die Menschen ausbeuten zu können.[215] Auch in verschiedenen Äußerungen de Gaulles findet man die Vorstellung der USA als einer neoimperalistischen Macht wieder. Der amerikanische Imperialismus wird dabei stets in ideenpolitischer Konkurrenz stehend zu dem französischen Modell des *„Tiers Mondisme"* dargestellt.[216] Ebenso ist der Diskurs über Amerika im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich immer mit einer gewissen Skepsis verbunden. Hier spiegelt sich der in der Gesellschaft vordergründig immer wieder aufkommende Anti-Amerikanismus[217] wider. Besonders in den Debatten, in denen die Globalisierung als Ursache französische Zukunftsängste angesprochen wird, wird der Begriff der *„mondialisisation"* immer in Zusammenhang mit den USA gesehen.[218] Die

[211] Audition du ministre des Affaires étrangères Hubert Védrine devant la commission des Affaires Etrangères de l'Assemblée Nationale, Paris 26. Juni 1997, in: Politique étrangère de la France, Mai-Juin 1997, S. 219.
[212] Andréani, Jacques 1995, S. 892.
[213] Vgl. Palerme, Eric, Les rapports de la France et des Etats-Unis: domination et connivence, in: L'Impérialisme Français Aujourd'hui. Journées d'étude de la section de politique extérieure du Comité Central du Parti Communiste Français (22-23 Mai 1976), Paris 1977, S. 149-152.
[214] Meyer zu Natrup, Friedhelm B., Roter Gaullismus? Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei Frankreichs 1958-1981 (Studien zur Politik Bd.9), Paderborn 1983, S. 260.
[215] Ebd., S. 314.
[216] Vgl. Nonnenmacher, Günther, Dosierte Konflikte – intakte Reibungsflächen. Frankreichs dialektisches Verhältnis zu den USA, in: Internationale Politik, 9/1998, S. 21-25.
[217] Zur Definition des Begriffs „Anti-Amerikanismus" sowie seiner Entstehung und Ausmaßes sei verwiesen auf: Ellwood, David W., Comparative Anti-Americanism in Western Europe, in: Fehrenbach, Heide/Poiger, Uta G.(Hsg.), Transactions, Transgressions, Transformations. American Culture in Western Europe and Japan. New York 2000, S. 26-44.
[218] Vgl. Blunden, Margaret, France, in: Manners, Ian/Whitman, Richard (Hsg.), Foreign Policies of EU Member States, Manchester 2000, S. 22.

USA werden häufig verantwortlich gemacht für eine schnell voranschreitende Globalisierung, die negative Konsequenzen für den französischen Staat mit sich führe *(„le déclin des Etats-Nations“)*. So befürchtet Védrine ein Untergehen der französischen Nation im „Magma einer amorphen anglophonen internationalen Gesellschaft“.[219] Einerseits stellt man den technischen Fortschritt als positiv und nachahmenswert dar, andererseits findet die „American newness“ von einer französischen konservativen Haltung eine meist kritische Beurteilung. Auch was den wirtschaftlichen Bereich angeht, so werden Exzesse des „anglo-amerikanischen Ultraliberalismus“ angeprangert, gegen den es das französische Sozial- und Wirtschaftsmodell zu verteidigen gelte.[220] Hier wird Amerika oft als angelsächsisches Land gesehen, sozusagen als Verlängerung Großbritanniens, was ein Element traditioneller Rivalität impliziert.[221] Frankreich dagegen beruft sich auf seine wirtschaftliche Stärke in den *„Trente Glorieuses“*[222] mit dem französischen Wirtschaftsmodell.

Das gleiche lässt sich auch im kulturellen Bereich aufzeigen. Der „American way of life“ wird im französischen Diskurs stets kritisch betrachtet. Ängste werden vor allem erzeugt durch die Skepsis gegenüber amerikanischen postmodernen „consumerist values“, die die Werte der französischen Aufklärung untergraben würden.[223] Viele setzen die Modernisierung mit Amerikanisierung[224] gleich und verurteilen sie als „Fordism“ oder „Taylorism“. Ebenso wird das American Fast Food in der Gesellschaft fast durchgängig als „malbouffe“ bezeichnet und abgelehnt.[225] Die Ablehnung gegen amerikanische Produkte geht so weit, daß das Eurodisney in Paris als „kulturelles Tschernobyl“ bezeichnet wird.[226] Auch die amerikanische Sprache wird von Franzosen – gemessen an ihrer eigenen - durchweg als „naiv“ bezeichnet.[227] Ähnliche negative Vorstellungen von Amerika findet man auch im anti-amerikanistischen Diskurs französischer Intellektueller wie z.B. Jean-Paul Sartres.[228] Die Verschiedenheit Frankreichs und Amerikas wird im intellektuellem Diskurs auch auf andere Bereiche ausgedehnt. So begreift sich Frankreich als „laizistischen Staat“ im Gegensatz zu den USA, wo Religiosität in Verbindung mit dem Staat eine sehr große Rolle spielt. Parallelen werden

---

[219] Hubert Védrine, zitiert bei: Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 25.
[220] Vgl. dazu Chirac, Jacques, Französisches Memorandum für ein europäisches Sozialmodell, abgedruckt in : Blätter für deutsche und internationale Politik 41/1996 5, S. 632-636.
[221] Cogan, Charles G., Oldest Allies, Guarded Friends. The United States and France since 1940, Westport, 1994, S. 15.
[222] So wurden die 30 Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs von 1950-1980 bezeichnet
[223] Vgl. Larsen, Henrik 1997, S 103.
[224] Eine Warnung vor einer Amerikanisierung findet sich z.B. in der Deklaration „Demokratie 2000“, abgedruckt in Le Monde vom 11.12.1990, S. 2.
[225] Vgl. Sarkonak, Ralph, Editor’s Preface: Just how wide is the Atlantic Anyway, in: Ders. (Hsg.), France-USA. The Cultural Wars (Yale French Studies, Bd. 100) Newhaven 2001, S. 3.
[226] Leggewie, Claus, Amerikas Welt. Die USA in unseren Köpfen, Hamburg 2000, S. 15.
[227] Cogan, Charles 1994, S. 213.

lediglich gesehen zwischen dem amerikanischen Konzept der „citizenship“ und dem französischen Konzept der „citoyenneté“. Beide setzen keine Abstammung voraus, sondern verlangen von ihren Bürgern eine aktive Zustimmung zu ihrer Nation.[229] Im rechten intellektuellen Spektrum Frankreichs wird häufig der egalitäre Charakter des amerikanischen Multikulturalismus, die „mass culture“ und die Brutalität des amerikanischen Wettbewerbs angeprangert, das linke intellektuelle Spektrum verurteilt schärfer den amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus sowie den fehlenden Minderheitenschutz.

In diesem Bereich stellt man eine starke französische Ablehnung und Abgrenzung fest. „Amerika“ wird als „Anderer“ dargestellt.[230] Auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs wird die Einstufung der USA als einer europäischen Macht von Frankreich strikt zurückgewiesen. Französische und amerikanische Interessen seien daher auf keinen Fall identisch, oftmals sogar konträr. Dazu kommt, daß die Anzahl französischer Migranten nach Amerika sehr gering war[231], so daß es Frankreich daher besonders leicht fallen dürfte, die USA als „Anderen“ anzusehen. Im Folgenden soll untersucht werden, wie dieser „Andere“ im Diskurs charakterisiert wird, in welcher Beziehung Frankreich sich selbst gegenüber diesem „Anderen“ sieht und welche Idealvorstellungen Frankreich von dieser Beziehung erwartet.

3.2.2 Französische Konstruktionen der französisch-amerikanischen Beziehungen

Der „Andere“ Amerika wird im französischem Diskurs immer im Bezug auf die eigene Nation gesehen. Man stellt Amerika daher einmal als Freund und Partner, das andere mal als Verbündeten und hin und wieder auch als Rivalen oder sogar Feind dar. Dadurch ergeben sich bestimmte französische Konstruktionen der französisch-amerikanischen Beziehungen, die nebeneinander im Diskurs zu finden sind. Wie in Kapitel 2 festgestellt wurde, zeichnet sich dieser zweite relationale Level durch eine Konkurrenz verschiedener diskursiver Konstruktionen aus. Die Frage, welche dieser Konstruktionen sich auf handlungspolitischer Ebene niederschlägt, impliziert die Frage nach Diskurshegemonie und Diskursdominanz. Diese kann sich aufgrund interner Machtverschiebungen oder externer Ereignisse sehr schnell ändern und kann nur in Zusammenhang mit einer Analyse des außenpolitischen Verhalten

---

[228] Vgl. Sartre, Jean-Paul, „Pourquoi je refuse d’aller aux Etats-Unis“, in: Le Nouvel Observateur vom 01.04.1965.
[229] Leggewie, Claus 2000, S. 207.
[230] Zu diesem Schluß kommt auch R. Kempin in ihrer Analyse des französischen NATO-Diskurses, siehe: Kempin, Ronja 2001, S. 3.
[231] Vgl. Couve de Murville, Maurice 1971, S. 47.

Frankreichs im Level 3 beantwortet werden. Daher soll dier nur ein Überblick über die verschiedenen Konstruktionen gegeben werden, die seit 1945 immer wieder im Diskurs festzustellen sind.

Für die Schwierigkeiten in den französisch-amerikanischen Beziehungen findet man in der Sekundärliteratur unterschiedliche Erklärungsansätze. Die einen führen an, Franzosen und Amerikaner liebten sich so sehr, daß der kleinste Zwischenfall als Hochverrat angesehen werde. Marie-France Toinet beschreibt die französische Liebeserklärung an Amerika: „*Je t'aime un peu, beaucoup, passionnément, pas du tout*"[232], Pierre Verluise geht von einer Emotionskette „*amour-haine-mépris*" aus.[233] Andere sehen die Rivalität zwischen universellen Ideologien als Ursache für französisch-amerikanische Konflikte[234], während wieder andere mit der unzulänglichen Kenntnis des Gegenübers, die zu Mißverständnissen führe, argumentieren.[235] Die beiden Nationen seien sich so fremd, daß man sogar von „*strangers in a common western house*" sprechen könne.[236] Kulturforscher wiederum führen die Schwierigkeiten in den französisch-amerikanischen Beziehungen vor allem auf die Schwierigkeiten bei der gegenseitigen Durchdringung („strange interpermeability"[237]) der beiden Kulturen zurück. Andere Ansätze untersuchen vor allem die Position der beiden Staaten im internationalen System und konzentrieren sich auf das Zusammentreffen von Frankreichs Abstieg und Amerikas Aufstieg.[238] Einer der bekanntesten Forscher auf dem Gebiet der französisch-amerikanischen Beziehungen, Stanley Hoffman, zeigt die Entstehung der Konflikte anhand unterschiedlicher französischer und amerikanischer Perzeptionen auf.[239]

Die vorliegende Arbeit will der Stimme Frankreichs selbst Gehör verleihen[240] und durch eine Untersuchung des französischen außenpolitischen Diskurses französische Konstruktionen herausarbeiten, die dazu dienen, das französische außenpolitische Verhalten gegenüber den USA besser nachvollziehen zu können.

---

[232] Toinet, Marie-France, Valéry Giscard d'Estaing et les Etats-Unis, in : Cohen, Samy/Smouts, Marie-Claude (Hsg.), La politique exterieure de Valéry Giscard d`Estaing, Paris 1985, S. 45.

[233] Verluise, Pierre, Quelle France dans le monde au XXIe siècle?, http://www.diploweb.com/france/introgene.htm [10.4.02], Kapitel 1.1.

[234] Vgl. Nonnenmacher, Günther 1998.

[235] Vgl. Andréani, Jacques 1995, S. 891.

[236] Cogan, Charles 1994, S. 207.

[237] Nora, Pierre, America and the French Intellectuals, in: Daedalus, Winter 1978, S. 325.

[238] Vgl. Moreau-Defarges, Philippe, Les Etats-Unis et la France. La puissance entre mythes et réalités. Les notes de l'IFRI nr. 14, 1999, S. 7.

[239] Zur Rolle von Perzeptionen in den französisch-amerikanischen Beziehungen, vgl. Hoffmann, Stanley, Decline or Renewal? France since the 1930's, New York 1974, Kapitel 11.

[240] Eine ähnliche Vorgehensweise findet sich bei: Touraine, Marisol, La représentation de l'adversaire dans la politique extérieure française depuis 1981, in: Revue française de science politique 40/1993 10, S. 808.

Französisch-amerikanische Freundschaft

Im Diskurs der französischen außenpolitischen Eliten ist die Vorstellung von Amerika als „Freund" fest etabliert und quasi als Sediment unbezweifelbar geworden. Selbst in jedem noch so USA-kritischen Dokument wird davon ausgegangen, daß Amerika ein Freund ist und auch umgekehrt Frankreich ein Freund Amerikas. So betonte beispielsweise der französische Botschafter Andréani: „*Ce qui est certain, c'est que l'amitié (franco-américaine) est réelle...*"[241]. Ebenso bezeichnete auch Couve de Murville die französisch-amerikanische Freundschaft als „*une amitié que l'on qualifie de traditionelle, qui surtout est sincère.*"[242] Aber auch der oben erwähnte gesellschaftliche Anti-Amerikanismus scheint die außenpolitischen Eliten nicht unberührt gelassen zu haben, denn wenn man die semantische Bedeutung der französisch-amerikanischen „Freundschaft" näher beleuchtet, so wird man feststellen, daß diese Redeweise fast nur gemeint ist als ein Relikt, das traditionell zelebriert und diskursiv benutzt wird. Schließt man darauf, daß diese Konstruktion der französisch-amerikanischen Freundschaft ein Vertrauensverhältnis impliziere, so wird man durch Diskursanalyse eines Besseren belehrt, denn sowohl im kulturpolitischen als auch im wirtschaftspolitischen und auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskurs ist stets ein Mißtrauen gegenüber Amerika festzustellen.[243] Welche Bedeutung kommt aber nun dieser „Freundschaft" zu? In der französischen Konstruktion heißt „Freundschaft" wohl lediglich, daß gemäß einer Negativdefinition des Begriffs Frankreich und Amerika keinen Krieg gegeneinander führen, keinen beabsichtigen zu führen und keinen Angriff des Gegenübers befürchten[244]: *„On ne pourrait concevoir que la France et les Etats-Unis se fassent la guerre*"[245]. Die Konstruktion der französisch-amerikanischen Freundschaft schließt also die einer „französisch-amerikanischen Feindschaft" aus. Zwar wird in französischen Karikaturen die französisch-amerikanische Rivalität manchmal auch überspitzt als Feindschaft dargestellt, im außenpolitischen Diskurs taucht dieser Begriff aber fast nie in ernstgemeinter Form auf.

Französisch-amerikanische Rivalität

Die Konstruktion einer französisch-amerikanischen Rivalität folgt fast automatisch aus der in 3.2.1 gezeigten französischen Konzeption Amerikas als hegemonialer Supermacht. Diese Konzeption kollidiert direkt mit der französischen Idealvorstellung von der Welt als Mächtegleichgewicht, weshalb Frankreich sich seinem Selbstverständnis nach berufen fühlt,

---

[241] Andréani, Jacques, Les relations franco-américaines, in: Politique Etrangère 4/1995, S. 891.
[242] Couve de Murville, Maurice, Une politique étrangère 1958-1969, Paris 1971, S. 47.
[243] Öffentlich thematisiert wurde dies zum Beispiel im Kalten Krieg unter dem Stichwort der „Glaubwürdigkeitslücke der amerikanischen Sicherheitsgarantie".
[244] Zu diesem Schluß kommt auch Toinet, Marie-France 1995, S. 45.

als Gegengewicht zu der dominanten Supermacht Amerika zu fungieren. Auch da die von Amerika vermittelten Werte teilweise als gegensätzlich zu den französischen universellen Werten angesehen werden, ergibt sich automatisch die Konstruktion eines Rivalens, da die französischen Werte von amerikanischen bedroht würden und aufgrund von Frankreichs zivilisatorischer Mission diese Werte auch in der Welt gefördert werden sollten. Hier werden ganz klar die Basic Codes aus Level 1 deutlich, die Grundlage für Konstruktionen im zweiten Level sind. Besonders nach 1945 machte sich die „Schmach von Jalta" im französischen Diskurs bemerkbar, die den USA eine dominante Stellung in Europa einräumte und den französischen Einflußbereich minimierte. Um dieses Übergewicht auszugleichen, wurde Frankreich im Diskurs immer als Teil Europas bezeichnet, wobei dann Europa als Gegengewicht zu Amerika fungieren sollte. Deutlich wird, daß auch hier das Identitätselement Frankreich als Teil Europas aus Level 1 aufgegriffen wird. So bezeichnete Jacques Chirac „Europa als Pol der Macht"[246] und auch Präsident Giscard d'Estaing äußerte sich folgendermaßen:

> *„Bisher hat man in der Welt große Stimmen gehört, die Stimme der USA, die Stimme der Sowjetunion. Man erwartete, daß die anderen Stimmen sich nur in bezug auf diese große Stimmen erheben. Es ist sehr wichtig zu zeigen, daß es jetzt und von nun an besondere Verantwortungen für die europäischen Mächte gibt.*"[247]

Bei genauer Analyse fällt auf, daß Frankreichs Rivalität aber immer nur auf eine Gleichstellung mit den USA abzielt, Frankreich beabsichtigt nie, sich an die Stelle der USA zu setzen. So äußerte sich auch Hubert Védrine über den von den USA dominierten Friedensprozeß im Nahen Osten: „*...il faut que les Européens [...] soient disposés à agir ensemble en complémentarité des Etats-Unis*"[248]. Das Wort „komplementär" deutet dabei eher auf Aufgaben- und Verantwortungsteilung hin.

Kein französisch-amerikanisches Bündnis

Die Bezeichnung Amerikas als einen „Verbündeten" oder „Alliierten" taucht meist im französischen NATO-Diskurs auf. So äußerte sich Pompidou: *„Frankreich betrachtet sich nicht nur weiterhin als Freund der Vereinigten Staaten, sondern auch als Verbündeter."*[249] Der Begriff „Bündnis" wird aber im französischen Diskurs stets mit etwas Negativem in Verbindung gebracht. „Bündnis" bedeutet hier weniger Sicherheitsgarantie, sondern vielmehr

---

[245] Carisey, Maurice 1946, S.181.
[246] Zitiert bei Nonnenmacher, Günther 1998, S. 23.
[247] Zitiert bei Toinet, Marie-France 1985, S.46.
[248] Entretien avec le Club de la Presse d' Europe 1, in: Politique étrangère de la France, Mai-Juni 1997, S. 7.
[249] Äußerung Pompidous in seiner ersten Pressekonferenz, zitiert in: Woyke, Wichard 1987, S.71.

eine französische Gebundenheit, d.h. einen Verzicht auf Unabhängigkeit und Souveränität.[250] Diese negative Assoziation wird deutlich an der Überschrift, die Hubert Védrine wählte, um in seinem Buch „Les mondes de François Mitterrand“ das Kapitel über die französisch-amerikanischen Beziehungen zu überschreiben, nämlich: *„ami, allié, pas aligné“*[251]. Der Schutz *(„protection“)* der USA wurde stets als Form der Abhängigkeit bewertet, nur sehr selten als „globale Sicherheitsgarantie“ im Kalten Krieg. Auch mit dem Begriff *„allié“* im Rahmen der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft wird im französischen Diskurs eher Abhängigkeit impliziert als Verbundenheit im positiven Sinne des Wortes. Des weiteren fällt auf, daß immer, wenn der französischen Politik vorgeworfen wird, sie sei „*suiviste*“, eine Abhängigkeit von den USA verstanden wird. Daher ist es für Frankreich besser, das Rad neu zu erfinden, denn als „*suiviste*“ abgestempelt zu werden.[252] Dies würde dem Basic Code Frankreich als aktiv handelnder Akteur widersprechen, der Initiativen erfordert, nicht den Anschluß an bestehende Projekte. Auch die Befürchtung einer amerikanischen Hegemonie hat sich durch die Übernahme des engl. Wortes „leadership“ in den französischen Diskurs manifestiert. Ebenso wird der Vorschlag einer *„conciliation“* mit den Vereinigten Staaten immer mit einer Schwäche Frankreichs gleichgesetzt und eine Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz wurde vielmals als Unterwerfung unter eine US-Hegemonie verstanden. De Gaulle sah die NATO als „Deckmantel eines amerikanischen Protektorats in Europa“[253] an, mit Hilfe dessen die Amerikaner die Politik der Verbündeten bestimmten. Er fürchtete ein Europa als „Filiale der Großmacht USA“[254]. Dies wird deutlich in de Gaulles Memorandum 1958[255], das er persönlich an Präsident Eisenhower und Premierminister MacMillan richtete. Durch die „zur Gewohnheit gewordene Benutzung seines Luftraumes“[256] sah er die Souveränität Frankreichs in erheblichem Maße beeinträchtigt. Deshalb müsse Frankreich seinen Großmachtanspruch und seine Handlungsfreiheit in dem Bündnis sichern. Die französische Eigenständigkeit wird wieder in den Vordergrund der Debatten gestellt. So erklärte de Gaulle 1958 dem amerikanischen Außenminister Dulles: „*...ohne dem Bündnis mit Ihnen zu entsagen, will es [Frankreich] sein eigenes Ich bewahren und sein eigenes Handeln*

---

[250] vgl. Sauder, Axel, Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993), Baden-Baden 1994, S. 198.
[251] Védrine, Hubert 1996, Kapitel IV. Zur Thematik des „Non-Alignement“ vgl. auch: Burin des Roziers, Etienne, Le non-alignement, in: Barnavi, Elie/Friedländer, Saul (Hsg.), La politique étrangère du Général de Gaulle, Paris 1985, S. 63-74.
[252] „*Personne ne conteste la puissance des Etats-Unis. Ce n'est pas une raison pour penser que la France [...] suit simplement*.“ (Interview mit Jacques Chirac von TF1, Paris vom 10. 06.1999, abgedruckt in: Politique étrangère de la France, Juin 1999, S. 247).
[253] Äußerung De Gaulles in einer Pressekonferenz vom 21.02.1966, zitiert nach: Woyke, Wichard 1987, S.37.
[254] Äußerung De Gaulles, zitiert bei: Reynaud, Paul 1964, S. 130.
[255] Gaulle, Charles de, Memorandum vom 17.09.1958, abgedruckt in: Le Monde vom 26.06.1976.
[256] Dies schrieb er am 7.3.1966 in einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Johnson, zitiert in: Grosser, Alfred, Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, Müchen 1978, S.299.

bestimmen ... Damit kann unsere Verteidigung und unsere Politik unabhängig sein."[257] Außerdem „*...wollen wir unser Schicksal... in der eigenen Hand halten [...], ohne irgendeine Genehmigung von außen abzuwarten.*"[258] Vor diesem Hintergrund verkündete er 1959 auch das „Grundgesetz der Militärpolitik der V. Republik" vor Offizieren der Ecole Supérieure de Guerre in Paris: „*Die Verteidigung Frankreichs muß französisch sein [...] Sollte es anders sein ... so wäre es nicht möglich, bei uns einen Staat zu erhalten. Zu allen Zeiten beruht die Daseinsberechtigung der Regierung auf der Verteidigung der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit des Territoriums. Das ist ihr Ursprung. Vor allem in Frankreich.*"[259] Auch vier Jahre später findet man die gleichen Vorstellungen im Diskurs des Präsidenten, z.B. als er deklarierte: „*Wir wollen nicht, daß der Gigant des Westens uns lenkt, nicht einmal uns schützt.*"[260] Man findet derartige Vorstellungen ebenfalls in den Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluß Anfang der 80er Jahre wieder, in denen ebenfalls der Basic Code der französischen Unabhängigkeit in den Vordergrund gestellt wurde.

Französisch-amerikanische Partnerschaft

Da die Konstruktion eines „Bündnisses" im französischen Diskurs immer als negativ dargestellt wurde, favorisiert Frankreich vielmehr die Konstruktion einer französisch-amerikanischen „Partnerschaft"[261]. Die Bedeutung dieser Konzeption wird ersichtlich angesichts der Tatsache, daß das englische Wort „partnership" sogar in den französischen Diskurs aufgenommen wurde. Obwohl das Verhalten eines „Verbündeten" und das eines „Partners" durchaus identisch sein können, versteht man im französischen Diskurs unter dem Begriff „Partnerschaft" die Möglichkeit der Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Kooperation.[262] In einer „Partnerschaft" ist es zudem möglich, Kritik an dem Partner zu äußern, ohne jedoch das gemeinsame Bündnis in Frage zu stellen. So sieht sich Frankreich vor allem als „kritischer" Partner, der keine Scheu zeigt, Unmut über das Verhalten des anderen zu äußern. Außerdem ist in einer Partnerschaft ein gewisses Maß an Einflußnahme

---

[257] Gaulle, Charles de, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien/München/Zürich 1971, S. 255.
[258] Ebd. (Wiedergeburt), S. 259f.
[259] Zitiert nach: Weisenfeld, Ernst, De Gaulle sieht Europa – Reden und Erklärungen, Frankfurt a.M.1966, S. 27f.
[260] Äußerung De Gaulles am 28.09.1963, zitiert bei Reynaud, Paul 1964, S. 148.
[261] Vgl. Moïsi, Dominique, Welche transatlantische Zukunft?, in: Weidenfeld, Werner (Hsg.), Partnerschaft gestalten. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Bellevue-Gespräche II, Gütersloh 1997, S. 106.
[262] Vgl. dazu die Äußerung von Giscard d'Estaing: *„There is no contradiction between belonging to an alliance and pursuing an independent policy [...] If France were to align itself with some other country's policy, its policy would be simple, but it would cease to exist."* (Giscard d'Estaing, Fernsehinterview vom 26.02.1980, in: La Politique Etrangère de la France. Textes et documents, 1/1980, S. 105, zitiert bei Yost, David S. 1994, Anm.22.)

auf das Verhalten des Partners möglich. In diesem Sinne versucht Frankreich, die amerikanische Außenpolitik hin zu Multilateralismus anstatt Unilateralismus zu bewegen.[263] Frankreichs Rolle als kritisch-loyaler NATO-Partner kommt beispielsweise im Verteidigungsweißbuch von 1972 zum Ausdruck. Besonders die „atlantische Lobby", die sich vor allem aus Vertretern der bürgerlichen Parteien, aus dem Offizierkorps und aus der Industrie zusammensetzte, forderte eine kooperative Partnerschaft zwischen Frankreich und den USA. Im Zuge dieser Partnerschaft findet man im Diskurs auch die Betonung der transatlantischen „Gemeinschaft", und vereinzelt werden auch Frankreich und die USA zusammen als Teile der westlichen Gemeinschaft oder sogar der globalen Gemeinschaft gesehen. Ein Subdiskurs geht nicht nur von einer französisch-amerikanischen Partnerschaft aus, sondern in dem Maße, in dem Frankreich sich selbst als Europa fühlt, wird automatisch von einer europäisch-amerikanischen Partnerschaft ausgegangen. Dieser muß jedoch immer ein europäisch-amerikanisches Gleichgewicht zugrunde liegen. Frankreich sieht sich dabei selbst als unersetzlichen und auch verläßlichen Partner Amerikas an und betont immer wieder die Notwendigkeit des Dialogs mit Amerika. So will es aber auch von den USA als ihr Partner ernstgenommen werden. Denn fühlt es sich von Amerika als „Partner" übergangen, so tritt automatisch das Selbstverständnis als Großmacht von Level 1 zutage: „*La France considère qu'en tant que l'une des grandes puissances historiques et membre permanent du Conseil de sécurité, elle a un statut, qui la qualifie pour se prononcer sur les grandes questions mondiales*."[264]

Zusammenfassend läßt sich also sagen: Die französisch-amerikanische Freundschaft ist die meistgebrauchte Konstruktion, allerdings hat dies eher symbolischen Charaker und bedeutet im französischen Diskurs nicht viel mehr als die Abwesenheit von Krieg, was sich aber zu einer unantastbaren Konzeption herauskristallisiert hat. Dennoch ist eine französisch-amerikanische Rivalität unausweichlich, da die Vorstellung von Amerika als dominanter Supermacht sowohl mit der französischen Idealvorstellung eines Mächtegleichgewichts als auch mit dem französischen Selbstverständnis als Weltmacht kollidiert. Auch die Vorstellung eines Bündnisses mit Amerika stößt im französischen Diskurs nicht auf große Gegenliebe, da ein „Bündnis" dem französischen Autonomiestreben, das sich aus seinem Selbstverständnis als einer unabhängigen Macht ergibt, Grenzen setzt. Daher werden im französischen Diskurs Idealvorstellungen von einer französisch-amerikanischen und darüber hinausgehend von einer

[263] Vgl. Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 18f.
[264] Andréani, Jacques 1995, S. 894. Der französische Botschafter traf diese Äußerung in bezug auf die amerikanische Qualifikation Frankreichs als „Regionalmacht".

europäisch-amerikanischen Partnerschaft proklamiert, in der sich Kooperation und französischer Handlungsspielraum vereinbaren lassen. Diese verschiedenen Konzeptionen von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen bilden nun einen strukturellen Rahmen, innerhalb dessen sich die außenpolitischen Maßnahmen Frankreichs bewegen. Das soll nachfolgend anhand entscheidender Kooperations- und Konfliktfelder der französisch-amerikanischen Beziehungen aufgezeigt werden.

3.3 Französisches außenpolitisches Verhalten gegenüber Amerika (Level 3) als Ausprägung der Basic Codes aus Level 1 und der Konzeptionen aus Level 2

Die französische Amerikapolitik wird meist als erratisch und ambivalent bezeichnet, da sich Frankreich einmal kooperativ zeigt und das anderemal die Kooperation mit den USA verweigert. Zu Beginn soll die französische Amerikapolitik seit 1945 in den Bereichen Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik skizziert werden. Die Analyse des Levels 3 fällt hier (Kapitel 3.3.1) zunächst eher deskriptiv und ergebnisorientiert aus. In einem weiteren Schritt (Kapitel 3.3.2) soll danach gezeigt werden, in welcher Form sich die französischen Konstruktionen aus Level 2 in den konkreten außenpolitischen Maßnahmen wiederfinden lassen. Das Waeversche Modell soll hier auf die französische Amerikapolitik angewandt werden und zeigen, daß diskursive Konstruktionen aus Level 2 (der die Konstruktionen des Level 1 umfaßt) als struktureller Rahmen für französische außenpolitische Entscheidungen fungieren, da entsprechend dem Modell jede außenpolitische Maßnahme auf diese Konstruktionen zurückgeführt werden kann. Da das nicht für jede einzelne außenpolitische Entscheidung durchgeführt werden kann, werden die außenpolitischen Maßnahmen in verschiedene, immer wiederkehrende, Verhaltensmuster eingeteilt. Der Versuch einer Typologisierung soll eine bessere Einsicht in die Komplexität der ambivalenten Amerikapolitik verschaffen und zugleich zukünftiges französisches Verhalten vorhersehbarer machen.

3.3.1 Französisches Verhalten gegenüber Amerika in verschiedenen Politikfeldern

Sicherheitspolitik

Im Zentrum französischer Amerikapolitik steht die französische Sicherheitspolitik, was durch Frankreichs Selbstverständnis als Militärmacht bedingt ist.[265] In Sicherheitsfragen setzte sich Frankreich stets für Institutionen ein, in denen die USA keinen großen Einfluß ausüben

können, wie z.B. die WEU oder die OSZE[266]. Aufschluß über die französische Amerikapolitik im Bereich Sicherheit gibt aber vor allem eine Analyse der französischen NATO-Politik.[267] Besonders bedeutsam für die französisch-amerikanischen Beziehungen ist die NATO-Politik Frankreichs unter de Gaulle, die sich in drei Phasen einteilen läßt.[268] Von 1958 bis 1962 versuchte de Gaulle die NATO zu reformieren. Dabei war sein Ziel, den Einfluß Frankreichs zu erhöhen und eine Gleichberechtigung von Frankreich, Großbritannien und den USA zu erreichen. Zugleich wollte er die Abhängigkeit vom Schutz des amerikanischen Atomschirms beenden. Nachdem die französischen Vorschläge für ein Dreierdirektorium[269] von Frankreich, Großbritannien und den USA bei den letzteren wenig Gehör gefunden hatten, strebte de Gaulle von 1962 bis 1966 den Aufbau eines europäischen Europas unter französischer Führung an. Hinzu kam, daß Frankreich auch über die Strategieänderung der USA von der „massiven Vergeltung" zur „flexiblen Reaktion" nicht erfreut war. Die dritte Phase begann daher mit dem vollständigen Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO. Gleichzeitig begann de Gaulle eine Entspannungspolitik gegenüber den Ostblockstaaten einzuleiten, die von seinen Nachfolgern fortgesetzt wurde.[270] So begann er im Herbst 1959 mit dem Rückzug der französischen Mittelmeerflotte aus dem alliierten Oberbefehl. Weiterhin weigerte sich Frankreich, den USA die Dislozierung von Mittelstreckenraketen auf französischem Territorium zu genehmigen. Auch die von Algerien zurückkehrenden Truppen blieben unter französischem Oberbefehl und wurden nicht wieder in die militärische Organisation der NATO zurückgeführt. Frankreich setzte seine NATO-Rückzugspolitik fort, indem es 1963 seine Atlantikflotte aus der integrierten NATO-Kommandostruktur ausscheiden ließ. Ein weiterer Schritt zur nationalen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von den USA war der französische Entschluß zum Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht, der „force de dissuasion" oder „force de frappe".[271] Auch gegen die von den USA vorgesehene multilaterale Atomstreitmacht der NATO (MLF) äußerte Frankreich heftige Kritik.[272] Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Franzosen und

---

[265] Kramer, Steven Philip 1994, S. 88. Vgl. auch Grant, Robert P., The Changing Franco-American Security Relationship, Arlington 1993.
[266] Vgl. Yost, David 1994, S. 242.
[267] Einen Überblick über französische NATO-Politik während des Kalten Krieges bieten: Sirjacques, Françoise, Frankreich und die NATO, Frankfurt a.M., 1979, Rose, François de, European Security and France, London 1984, S. 41-56, Harrison, Michael M., The Reluctant Ally. France and Atlantic Security, Baltimore 1981.
[268] Woyke, Wichard 1987, S. 30f.
[269] Vgl. Vaïsse, Maurice, La grandeur, Paris 1998, S. 123f.
[270] Vgl. dazu Meimeth, Michael, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d' Estaing. Baden-Baden 1990.
[271] Vgl. Marinos, Nicolas, Les relations franco-américaines sous la présidence de Charles de Gaulle vue à travers le développement de la force de frappe française, Universität Kopenhagen, 15.12.2000, http://home.worldonline.dk/nicolas/Opg-fr-udr.PDF [30.12.02].
[272] Vgl. Vaïsse, Maurice 1998, S. 372f.

Amerikanern in der Nuklearpolitk.[273] Schließlich kündigte de Gaulle 1966 die militärische Mitgliedschaft in der NATO ganz auf. Seitdem verfolgt Frankreich eine mehr oder weniger eigenständige NATO- und Militärpolitik. Damit konnte nicht nur die Unabhängigkeit Frankreichs, sondern auch der französische Weltmachtanspruch gewahrt bleiben. De Gaulle kam es hauptsächlich darauf an, sich von dem amerikanischen Oberbefehl zu lösen, er trat deshalb nicht vollständig aus der NATO aus, und Frankreich blieb als westliches Land weiterhin Mitglied der NATO und behielt Sitz und Stimme im NATO-Rat. Auch nach dem Ausscheiden aus der militärischen Integration kam es zu einer engen militärischen Kooperation zwischen Frankreich und der Allianz, was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag. Frankreich hatte sozusagen einen „Sonderstatus" inne, der wiederum auf die „Exception française" des Levels 1 verweist.

Auch während der Präsidentschaft Pompidous kam es zu Kooperation und Konflikten in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Die französische Amerikapolitik im Hinblick auf die NATO war durch eine Wiederannäherung an das Bündnis bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der politischen und militärischen Entscheidungsfreiheit Frankreichs gekennzeichnet. Die Beziehungen zwischen den NATO-Stäben und den französischen Stäben wurden intensiviert.[274] Bei seinem Staatsbesuch in den USA 1970 sprach sich Pompidou sogar für die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf dem europäischen Kontinent aus. Giscard d'Estaing, dem der Ruf eines „Atlantikers" vorauseilte, erwies sich als genauso atlantisch wie sein Vorgänger auch, nur die Prioritäten hatten sich geändert.[275] Als 1973 Henry Kissinger in seinem Vorschlag zu einer neuen Atlantikcharta Frankreich als „regionale Macht" qualifizierte, reagierte Frankreich sehr empfindlich[276] und lehnte die Atlantikcharta ab. Daß Frankreich dadurch seinen Weltmacht- und Großmachtanspruch bedroht sah, kann man aus der Äußerung des Generalsekretärs der Gaullisten, Alain Peyrefitte, schlußfolgern, der die Kissinger-Vorschläge als ein neues Jalta interpretierte.[277] Frankreich ergriff daraufhin wieder die Initiative und legte einen eigenen Entwurf zu den atlantischen Sicherheitsbeziehungen vor. Schließlich wurde die Ottawa-Deklaration 1974 vom französischen Außenminister unterzeichnet, was von einigen als „document to bury the old franco-american quarrel" gesehen wurde.[278] So wurde ein Kompromiß erreicht, nämlich die amerikanische Anerkennung eines europäischen Beitrags zur nuklearen Abschreckung bei

[273] Vgl. dazu Cogan, Charles 1994, S. 122-146.
[274] Für Einzelheiten bzgl. Frankreichs Bindungen zur NATO-Integration, siehe: Greiff Burkhard, Die französische Sicherheitspolitik. Die Ära François Mitterrand, Frankfurt 1991, S. 98/99.
[275] Toinet, Marie-France 1985, S. 49.
[276] Ähnlich empfindlich reagierte Frankreich auch, als die USA die französische Résistance nicht anerkannten und sie als „the so-called free French" bezeichneten (vgl. Brinton, Crane 1968, S. 216).
[277] Alain Peyrefitte, in: NZZ vom 15.05.1973, zitiert nach Woyke, Wichard 1987, S. 74, Anm.9.

gleichzeitiger französischer Anerkennung der Unverzichtbarkeit der USA bei der Verteidigung Europas.

Die als ambivalent wahrgenommene Politik gegenüber den USA setzte sich auch unter Präsident Mitterrand fort.[279] Mitterrand befürwortetete 1979 sehr den NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung von Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen in Europa.[280] Auch sprach er sich 1983 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag nachhaltig für eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa aus. Konfliktstoff bot dagegen die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten Reagan 1983.[281] Frankreich lehnte diese ab, um die technologische Dominanz der USA zu verhindern. Der Diskurs von Chirac zu diesem Thema, der eine französische Partizipation am SDI-Programm befürwortete, war u.a. aus diesem Grund wahrscheinlich weniger erfolgreich.[282] Frankreich entwickelte daraufhin eigene Vorstellungen und legte 1984 dem Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen einen Vertragsentwurf für ein fünfjähriges Moratorium in der Entwicklung, Erprobung und Stationierung von weltraumgestützten Waffen und für das Verbot der Bekämpfung von Erdsatelliten auf hohen, geostationären Umlaufbahnen vor. Danach forcierte Frankreich als Alternative das europäische Projekt EUREKA (European Research Coordination Agency). Des weiteren widersetzte sich Mitterrand der Ausweitung der Aufgaben der NATO, da sie für ihn nur eine Ausweitung der amerikanischen Einflußsphäre zur Folge hatte. Französische Entscheidungsträger sprachen sich in diesem Zusammenhang gegen ein amerikanisches Veto-Recht bei europäischen politischen und militärischen Entscheidungen aus.[283] So kam es auf dem NATO-Gipfel 1990 besonders zu Streitigkeiten zwischen Frankreich und USA über das neue strategische Konzept der NATO. Ein weiterer Streitpunkt war auch das Eurocorps-Projekt[284], das ursprünglich nur Deutschland und Frankreich umfaßte und als von der NATO unabhängige Alternative von Frankreich gestartet wurde. Nach dem Scheitern der EVG wurden seitens Frankreichs immer wieder Versuche unternommen, einen europäischen Verteidigungsraum aufzubauen. So erklärte Chirac 1975:

> *„Sachant son sort lié à celui de l'Europe, la France entend jouer dans la défense du continent auquel elle appartient, un rôle à la mesure de ses capacités. Pour cela, nous ne pouvons nous*

---

[278] Cogan, Charles 1994, S.165.

[279] vgl. Carmoy, Guy de, French Defence and Foreign Policy and the Mitterrand Presidency, in: Goldstein, Walter (Hsg.), Fighting Allies. Tensions within the Atlantic Alliance, New York 1984, S. 109-125.

[280] Vgl. Tatu, Michel, French support for the Alliance, in: Godson, Joseph (Hsg.), Challenges to the Western Alliance, London 1984, S. 114-118.

[281] Vgl. Axt, Heinz-Jürgen 1999, S. 476.

[282] Vgl. Soofer, Robert M., Missile Defenses and Western European Security, Westport 1988, S. 23.

[283] Bozo, Frédéric, La France et l'OTAN, Paris 1991, S.196.

[284] eine ausführliche Beschreibung der französisch-amerikanischen Streitigkeiten über das Eurocorps findet sich bei Cogan, Charles 1994, S. 177-195.

contenter de ‚sanctuariser' notre propre territoire, il nous faut regarder au-delà de nos frontières."[285]

Das unterscheidet sich nicht allzusehr von der Haltung, die Frankreich 20 Jahre später einnahm: „*En effet, pour nous Français, et pour beaucoup d'Européens, la question de la réforme de l'OTAN est indissolublement liée à celle de l'émergence d'une identité européenne*."[286] Konflikte mit Washington waren allerdings programmiert, als 1990 der französische Außenminister Roland Dumas einen sicherheitspolitischen europäischen Pfeiler in Gestalt der WEU, quasi als französischen Gegenentwurf zur NATO, forderte.[287] Frankreich forderte den Ausbau der WEU als komplementäre, aber von der NATO unabhängige Institution.[288] Als es damit auf den erbitterten Widerstand Großbritanniens und der USA stieß, entschied sich Frankreich dafür, anstatt die NATO mit der WEU von außen zu umgehen, das Bündnis von innen zu verwandeln, was oft unter dem Stichwort „Wandel durch Annäherung" thematisiert wurde. Der Weg zur europäischen Autonomie führe – gleich dem Trojanischen Pferd – über die NATO.

Daher kam es in den 90ern insgesamt zu einer französischen Annäherung an die NATO[289]. So unterstützte Frankreich NATO-Aktionen wie 1992 die Schaffung eines nordatlantischen Kooperationsrates, 1993 die Partnerschaft für den Frieden und 1994 stimmte es nach anfänglicher Kritik[290] der Erweiterung ebenfalls zu. Während Clinton Polen, Ungarn und Tschechien den Vorzug gab, favorisierte Frankreich eher Rumänien und Slowenien und setzte sich für deren Aufnahme ins Bündnis ein. 1993 erklärte sich Frankreich dazu bereit, daß im Krisenfall französische Truppen unter NATO-Kommando operieren würden. Frankreich beteiligte sich anschließend auch an den Operationen der 1994 geschaffenen „Combined Joint Task Forces" (CJTF). Im Dezember 1995 kündigte Chirac sogar an, daß Frankreich bereit wäre, in die militärische Kommandostruktur der NATO zurückzukehren, allerdings unter der Bedingung einer weitreichenden Reform der NATO, die den Aufbau einer europäischen Verteidigungsidentität[291] innerhalb der NATO vorsah. 1995 kehrte Frankreich in den militärischen Ausschuß der NATO zurück[292], weitere Maßnahmen zur Reintegration

---

[285] Chirac, Jacques, Allocution du 10.02.1975, in: Défense nationale, Mai 1975.
[286] Andréani, Jacques 1995, S. 899.
[287] An dieser Stelle kann nicht auf alle französisch-amerikanischen Differenzen eingegangen werden, sondern nur grob die Amerikapolitik Frankreichs umrissen werden. Zu einer ausführlichen Darstellung sei verwiesen auf: Manfrass-Sirjacques, Françoise, Die französische Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (HSFK Report 2/99), Frankfurt/Main 1999.
[288] Sauder, Axel 1995, S. 198.
[289] Vgl. Kempin, Ronja 2001, S. 1f.
[290] Vgl. Cogan, Charles 1994, S. 185 und Sauder Axel 1995, S. 196.
[291] Zur Debatte einer ESVI vgl. Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 56f.
[292] Vgl. dazu Andréani, Gilles, Den Fuß in der Tür. Frankreich und das Atlantische Bündnis, in: Internationale Politik 7/1998, S. 27-32.

Frankreichs in die NATO wurden jedoch 1997 auf Eis gelegt[293], da man sich vor allem über die Frage des Südkommandos (AFSOUTH) nicht einig wurde.[294] Das Hauptziel französischer NATO-Politik in den 90er Jahren kann als Reform der NATO im Hinblick auf eine Neuverteilung der Verantwortung zwischen Europa und den USA bestimmt werden, der das Diskursmuster zugrunde liegt: „Eine stärkere NATO heute bedeutet ein stärkeres Europa von morgen"[295]. Dieses Diskursmuster hat sich wohl als dominant herausgebildet, es gab jedoch durchaus Stimmen, die die partielle Rückkehr Frankreichs in die NATO heftig anprangerten und einen Verlust des französischen Handlungsspielraums beklagten.[296]

Wirtschaftspolitik und Auswärtige Kulturpolitik

Ein ähnliches paradoxes Bild zwischen Rivaliät und Kooperation findet sich auch in der wirtschaftlichen und der kulturellen Dimension französischer Amerikapolitik, die hier nur in aller Kürze umrissen werden können.[297] Bevor die französische Wirtschaftspolitik gegenüber Amerika näher beleuchtet wird, sei zuerst auf die französische Kritik am amerikanischen Umgang mit Wirtschaftssanktionen verwiesen, die sich an die Kritik an unilateralen sicherheitspolitischen Maßnahmen der USA anschließt. So kam es zwischen Frankreich und Amerika zu Differenzen bezüglich der Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba, Iran und Libyen. Frankreich kritisierte zunächst den amerikanischen Versuch, eine US-dominierte Freihandelszone in Lateinamerika aufzubauen. Amerika reagierte mit dem Helms-Burton-Gesetz von 1996, das von dem französischen Minister Hervé de Charette ebenfalls heftig verurteilt wurde. Es sah Sanktionen für alle ausländischen Firmen vor, die mit Kuba Handel trieben. Die Mitterrand- und die Chirac-Regierung widersetzten sich beide dem amerikanischen Druck, die Wirtschaftsbeziehungen mit Kuba aufgrund amerikanischer extraterritorialer Sanktionsgesetze einzustellen. Im April 1997 unterzeichnete Frankreich sogar bilaterale Abkommen mit Havanna, um französische Firmen in Kuba zu schützen.[298] Ähnlich sah es auch mit den Beziehungen zu Iran und Libyen aus. Hier wurden durch den „Iran-Libya Sanctions Act" (ILSA) Sanktionen angedroht, und Frankreich war einer der ersten Staaten, die harsche Kritik daran äußerten. Kühn wurde den Amerikanern von französischer Seite mitgeteilt: „We do not accept the principle of extra-territorial application

[293] Kempin, Ronja 2001, S. 2.
[294] Vgl. Petra, James/Morley, Morris 2000, S.57.
[295] Moïsi, Dominique 1997, S. 108.
[296] So z.B. P. Quilès, J.P. Chevènement und J. Baumel, zitiert bei Manfrass-Sirjacques, Françoise 1999, S. 18/19.
[297] Für eine ausführliche Analyse der wirtschaftlichen Dimension französischer Amerikapolitik siehe: Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 69-115.
[298] Petra, James/Morley, Morris 2000, S.63.

of national laws."[299] Ebenso wie im verteidigungspolitischen Bereich wurde auch hier stets der amerikanische Unilateralismus von französischer Seite angeprangert.

Weiterhin läßt sich grundsätzlich eine gewisse Rivalität der französischen und amerikanischen Wirtschaftsmodelle aus französischer Sicht feststellen, wobei Frankreich stets Washingtons Doktrin des freien Marktes kritisierte. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg war jedoch von Rivalität keine Rede, im Gegenteil beanspruchte Frankreich 1947 Marshall-Plan-Hilfe von den USA aufgrund des Blum-Byrnes-Agreements von 1946.[300] Der französische Außenminister Georges Bidault bat sogar um zusätzliche Übergangshilfe bis 1948, wobei im Diskurs sehr stark die Gefährdung der französischen nationalen Souveränität angesprochen wurde.[301] Die Rivalität trat erst in der französischen Wirtschafts- und vor allem Währungspolitik der 60er Jahre offen zutage.[302] In diesem Zusammenhang ist der französische „Goldkrieg" gegen die USA von 1965 zu sehen, bei dem Frankreich gemäß den Regeln des internationalen Währungssystems alle Dollars in Gold eintauschte.[303] Eine ähnliche Blockadepolitik Frankreichs war auch nach dem „Währungsschock" von Washington 1971 zu beobachten. Hintergrund war primär die von Nixon vorgenommene Entkopplung von Dollar und Gold, zusätzlich hatte er eine zehnprozentige Importabgabe auf bestimmte von Westeuropa exportierte Güter durchgesetzt.[304] In ähnlicher Weise kam es zu französisch-amerikanischen Konflikten in der Ölpreiskrise von 1973, die im Gefolge des 4. Nahost-Kriegs auftrat. Damals lieferten sich die Außenminister Jobert und Kissinger heftige Wortgefechte. Kissinger setzte sich verstärkt für eine Lobby der ölverbrauchenden Länder ein, während Frankreich auch die ölproduzierenden, vielfach arabischen Länder in die Vereinigung miteinbeziehen wollte.[305] Neben dieser Phase einer eher konfrontativen Politik kam es 1975 überraschenderweise zu einer Kooperation seitens Frankreichs, als die französische „Compagnie internationale pour l'informatique" mit der amerikanischen Firma Honeywell-Bull fusionierte, was in der französischen Presse die Schlagzeile „Lieber die USA als Europa" zur Folge hatte.[306] Auch auf der 1975 erstmals in Rambouillet einberufenen Gipfelkonferenz der sechs wichtigsten westlichen Industrieländer kam es zu einer Harmonisierung der französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Dennoch blieben Konfrontationen nie aus. So versuchte Frankreich vergeblich 1982 auf der Versailler Weltwirtschaftskonferenz die USA zu einer Veränderung ihres wirtschafts- und

[299] Zitiert bei Petras, James/Morley, Morris 2000, S. 64.
[300] Vgl. dazu Tint, Herbert 1972, S. 12-27.
[301] Cogan, Charles 1994, S. 69.
[302] Vgl. Vaïsse, Maurice 1998, S. 396f.
[303] Vgl. Couve de Murville, Maurice 1971, S. 143f.
[304] Vgl. Moreau-Defarges, Philippe 1999, S. 28.
[305] Zu französisch-amerikanischen Differenzen in der Energiepolitik vgl. Cogan, Charles 1994, S.164f.

währungspolitischen Handelns zu zwingen. Streitpunkt war, wie auch 1985, besonders die Neue Weltwirtschaftsordnung. Seit den 80er Jahren baute Frankreich ähnlich wie in der sicherheitspolitischen auch in der wirtschaftlichen Dimension Europa, in Form der EG, als ein wirtschaftliches Gegengewicht zu den USA auf. Frankreich setzte sich zielstrebig für eine einheitliche europäische Währung ein, die dem Dollar Konkurrenz schaffen sollte. 1997 äußerte Frankreich beim G7-Gipfel von Denver heftigen Widerstand gegen die Übertragung des amerikanischen Sozial- und Wirtschaftsmodells auf Europa. Insgesamt ist in den 90er Jahren die französische Wirtschaftspolitik stets auf eine Abwehr der von der USA forcierten Globalisierung gerichtet, die für Frankreich zwangsläufig eine Amerikanisierung der Märkte nach sich zieht.

Mit seiner Wirtschaftspolitik gegenüber den USA ist die Kulturpolitik Frankreichs gegenüber den USA eng verbunden. So brachte Frankreich beispielsweise die Frage auf, inwieweit Erzeugnisse der Kultur als Handelsgüter zu betrachten sind und entsprechenden Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) unterworfen werden sollten.[307] Kulturelle Güter und Dienstleistungen aus dem audiovisuellen Bereich könnten nicht wie andere behandelt werden. Laut Außenminister Alain Juppé geht es nicht darum, Schranken gegen amerikanische Produktionen zu errichten, sondern lediglich darum, den kulturellen Initiativen Europas eine Chance zu geben.[308] Im allgemeinen regen sich gerade im kulturellen Bereich heftige französische Widerstände gegen eine „Amerikanisierung“, wobei den USA häufig ein „kultureller Imperialismus“ vorgeworfen wird.[309] Einen besonderen Aspekt stellt hierbei die Verteidigung der französischen Sprache und der „Frankophonie“ dar. Aus diesem Grund führte die Académie Française einen erbitterten Kampf gegen den Einzug der anglo-amerikanischen Sprache ins Französische. So wurde unter Kultusminister Jacques Toubon 1994 ein Gesetz erlassen, das den Gebrauch von Fremdsprachenwörtern ohne französische Übersetzung sogar unter Strafe stellte.[310]

---

[306] Vgl. Grosser, Alfred 1978, S. 211.
[307] Vgl. Nonnenmacher, Günther 1998, S. 25.
[308] Juppé, Alain, Schwerpunkte der französischen Außenpolitik, in: Europa-Archiv 24/1993, S. 697.
[309] Vgl. Moïsi, Dominique, The Trouble with France, in: Foreign Affairs, May-June 1998, S. 94. Zu Einzelheiten vgl. Mathy, Jean-Philippe, French Resistance: The French-American Culture Wars, Minneapolis 2000.
[310] Im Zuge dessen wurde z.B. Computer in „Ordinateur“ umgetauft, vgl. Leggewie, Claus 2000, S. 71.

3.3.2 Erkennbare Verhaltensmuster in der französischen Amerikapolitik

Unabhängigkeit von Amerika

a) französische Unabhängigkeit

In der Beschreibung der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimension französischer Amerikapolitik stand bei vielen Anlässen stets eine französische Politik der Unabhängigkeit von Amerika im Vordergrund, die den basic code Unabhängigkeit aus Level 1 deutlich widerspiegelt. Auch Frankreichs Selbstverständnis als Großmacht oder gar Weltmacht konnte bei der Festlegung der Ziele der französischen Außenpolitik sowie deren Umsetzung im außenpolitischen Handeln beobachtet werden. Frankreich verfolgte nicht nur eine Politik der Unabhängigkeit, sondern auch des Ausgleichs, um die diskursiv betonte Dominanz der USA (Level 2) zu unterbinden. Direkt nach 1945 verspürte Frankreich eine starke Unzufriedenheit mit der bipolaren Nachkriegsordnung, weil diese die führende Stellung der Vereinigten Staaten ebenso verankerte wie den internationalen Bedeutungsverlust Frankreichs[311]. Obwohl sich Frankreich auf eine amerikanische Präsenz in Europa einließ, um die Einbindung Deutschlands zu sichern, blieb Amerika immer eine „kritische Größe in der sicherheitspolitischen Gleichung" Frankreichs.[312] Am stärksten manifestierte sich dieser Unabhängigkeitsanspruch in dem Rückzug Frankreichs aus der militärischen Kommandostruktur der NATO und dem Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht. Insgesamt ist das festgestellte Verhaltensmuster jedoch als grundlegender Baustein französischer Amerikapolitik anzusehen.

b) europäische Unabhängigkeit

Gemäß Frankreichs Selbstverständnis als Teil Europas (Level 1) wird die Unabhängigkeit Frankreichs von Amerika auch auf die Unabhängigkeit Europas von Amerika übertragen. Dabei spielen die Konzeptionen von Europa als Verlängerung Frankreichs und als Instrument der Einflußmaximierung, die den Widerspruch zwischen Unabhängigkeitsstreben und Streben nach europäischer Integration auflösen, eine erhebliche Rolle.[313] Europa wird von französischer Seite vor allem als Gegengewicht zu den „nichteuropäischen" USA (Level 2) benutzt, um ein „transatlantisches Gleichgewicht" zu erreichen. Der Gedanke eines unabhängigen Europas zeigt sich in dem immer wieder formulierten französischen Drängen auf ein „europäisches Europa", im Unterschied zu einem „atlantischen Europa". Der darüber

[311] Axt, Heinz-Jürgen 1999, S. 470.

[312] Meimeth, Michael, Frankreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik im neuen Umfeld – Interessen, Konzeptionen, Handlungsspielräume, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 502.

hinausgehende Anspruch eines Europas als Gegengewicht zeigte sich wohl am deutlichsten in der französischen Ablehnung des SDI-Projektes und im Aufbau eines europäischen EUREKA-Programmes, um so ein „technologisches Jalta“ zu verhindern. Die stete französische Forderung nach dem Aufbau eines europäischen Verteidigungsraumes ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Kooperation mit Amerika

Das nächste erkennbare Verhaltensmuster, das der französischen Amerikapolitik zugrunde liegt, ist kooperatives Verhalten gegenüber den USA. Dieses Verhalten erweist sich als kompatibel mit den durch Level 2 vorgegebenen Konzeptionen von französisch-amerikanischer Freundschaft und Partnerschaft. Es beginnt mit einer heimlichen nuklearen Kooperation mit den USA[314] und manifestiert sich in seiner deutlichsten Form in der französischen Unterstützung Amerikas in Krisenzeiten. Denn wenn das Essentielle, nämlich Frieden und Freiheit, auf dem Spiel standen, waren sich Frankreich und USA meistens einig:[315] *„Les Français discutent, contestent, mais finalement ils sont là.“*[316] So unterstützte Frankreich Amerika in der Berlinkrise[317] und versicherte in der Kubakrise: „*La France sera aux côtés des Etats-Unis*“[318]. Ebenso verhielt sich Frankreich sehr kooperativ gegenüber Amerika im Golfkrieg, im Bosnienkrieg und im Kosovokrieg.[319] Im Golfkrieg wurde die Kooperation deutlich, als französische Truppen unter amerikanischem Kommando operierten und amerikanische B52-Bomber französische Militärflughäfen benutzen durften.[320] Insgesamt kam es im Golfkrieg zu einem „Tridominium“ von Frankreich, den USA und Großbritannien, womit Frankreich gut leben konnte. Im Bosnienkonflikt war die französische Politik stets auf gemeinsame Aktionen der Europäer und der Amerikaner gerichtet[321], Frankreich forderte

---

[313] Vgl. die Arbeiten von Ulla Holm, Henrik Larsen und Ronja Kempin.

[314] Ullman vertritt die These, die USA hätten den nuklearen Streitkräften Frankreichs ab 1969 fünfzehn Jahre lange heimlich beträchtliche Unterstützung geleistet. Weder die französische noch die amerikanische Regierung gibt aber das Vorhandensein etwaiger Abkommen zu. Vgl: Ullmann, Richard H., USA und Frankreich. Die verdeckte nukleare Beziehung, in: Europa-Archiv 11/1989, S. 331-350.

[315] Couve de Murville, Maurice 1971, S. 119. Vgl. auch Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 9.

[316] So soll Margaret Thatcher zu Ronald Reagan gesagt haben, zitiert bei: Moreau-Defarges, Philippe 1999, S. 62.

[317] Vgl. Vaïsse, Maurice 1998, S. 145f.

[318] De Gaulle zitiert bei Couve de Murville, Maurice 1971, S. 108.

[319] Zur Kooperation im Balkan vgl: Varwick, Johannes, Frankreich auf dem Balkan, in: Rill, Bernd (Hsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen, Hanns Seidel Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr.21, München 2000, S. 101-111.

[320] Vgl. Kramer, Steven Philip, The French Question, in: The Washington Quarterly, Autumn 1991, S. 84. Vgl. außerdem Burmester, Kai, Atlantische Annäherung – Frankreichs Politik gegenüber der NATO und den USA, in: Maull, Hanns W./Meimeth, Michael (Hsg.), Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1997, S. 92-112.

[321] So ging das Ultimatum von Sarajewo im Januar 1994 beispielsweise auf eine französisch-amerikanische Initiative zurück, vgl. dazu Racine, Bruno, Für ein transatlantisches Gleichgewicht. Frankreich, NATO und europäische Verteidigungspolitik, in: Internationale Politik 2/1998, S. 21f.

sogar eine aktivere Beteiligung der USA.[322] Französische Truppen agierten unter NATO-Oberbefehl in den Operationen Deny Flight, Deliberate Force und der IFOR. Schließlich wurde die französische Brigade auch in die Kosovo Force voll integriert. Frankreich nahm mit mehr als 90 Kampfflugzeugen an den NATO-Luftangriffen im Kosovo teil und führte selbst 10% der Luftangriffe aus.[323] Präsident Chirac betonte hierbei die französische Autonomie (keiner der 22.000 Luftangriffe geschah ohne französische Zustimmung) bei gleichzeitiger Kooperation mit der NATO.[324] Frankreich bevorzugte damals die Ad-Hoc-Kooperation in Form einer dafür geschaffenen „Kontaktgruppe". Generell läßt sich feststellen, daß Frankreich stets eine Kooperation im Rahmen eines „Konzerts der Großmächte" favorisiert. So hatte man auch nach dem Zweiten Weltkrieg ergebnislos versucht, die Siegermächte dauerhaft in Form eines *'diréctoire'* zusammenzubringen. Später gelang unter französischer Ägide eine Institutionalisierung im Rahmen der sieben größten Wirtschaftsmächte (G7). [325] Französische Kooperation mit den USA im Sinne einer von Frankreich angestrebten „Partnerschaft" setzt jedoch voraus, daß Frankreich von den USA auch als Partner und Weltmacht ernstgenommen wird. Frankreich sieht es als Bedingung für eine Kooperation an, bei gemeinsamen Operationen jederzeit konsultiert und informiert zu werden. Nur allzuoft wird den USA von seiten Frankreichs eine Politik der vollendeten Tatsachen vorgeworfen, die die französische Kooperationsbereitschaft erheblich reduziert.

Opposition gegen Amerika

Selbst wenn Frankreich grundsätzlich eher eine Kooperation mit den USA anstrebt, so kommt es doch häufig zu französisch-amerikanischen Divergenzen, so daß Frankreichs Politik der grundsätzlichen Kooperation doch in eine Politik der Opposition gegen amerikanische Politik umschlägt. Diese französische Politik der Opposition betrifft häufig Situationen internationaler Politik, in denen Frankreich und Amerika als international handelnde Akteure aufeinandertreffen. Wenn man das Waeversche Modell heranzieht, kann man sagen: Frankreich als unabhängige Weltmacht und berufene Nation (Level 1) trifft auf die Supermacht Amerika, was eine französisch-amerikanische Rivalität (Level 2) quasi zwangsläufig zur Folge hat. Dies macht sich meist in Detailfragen der internationalen Politik bemerkbar, wie in der oben beschriebenen NATO-Politik, Außenwirtschaftspolitik und der

[322] Kramer, Steven Philip, Does France still count? The French Role in the New Europe (The Washington Papers 164), Washington 1994, S. 96.
[323] Kempin, Ronja 2001, S. 2.
[324] *„Frankreich hat nicht an einem amerikanischen Krieg teilgenommen"*, vgl. Interview mit dem Staatspräsidenten Jacques Chirac von TF1, Paris vom 10. 06.1999, abgedruckt in: Politique étrangère de la France, Juin 1999, S. 247.
[325] Vgl. Stahl, Bernhard 2001(a), S. 10.

auswärtigen Kulturpolitik deutlich wurde. Darüber hinaus findet man eine französische Politik der Opposition vor allem gegen die US-Außenpolitik in Vietnam, im Nahen Osten, der Golfregion, Afrika und Lateinamerika, die im Folgenden kurz skizziert werden soll. In allen genannten Bereichen kritisierte Frankreich die amerikanische Außenpolitik aufs schärfste und nahm die Rolle eines „gnadenloses Weltgerichts gegen die USA“ ein.[326] In fast allen Fällen wurde den USA hegemoniales und unilaterales Handeln vorgeworfen.

Im Vietnamkrieg forderte Frankreich stets ein neutrales Südostasien, unter Betonung der Prinzipien der Unabhängigkeit, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Nicht-Intervention. Amerika sei eine auswärtige Interventionsmacht, die sich nicht in interne Konflikte Südostasiens einzumischen habe, was sie auch im französischen Indochinakrieg zuvor unterlassen habe, obwohl sie damals sich hätte einmischen müssen. In seiner spektakulären Rede von Pnom Penh forderte de Gaulle am 01.09.1966 faktisch den Abzug der US-Streitkräfte aus Vietnam in einer angemessenen Frist, um zu Friedensverhandlungen zu gelangen. Die französische Kritik endete 1968, als es zu einem Waffenstillstand kam und die USA sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt hatten. Bei den nachfolgenden Friedensverhandlungen in Paris nahm Frankreich sogar die Rolle eines neutralen Vermittlers ein.[327]

In der Außenpolitik gegenüber Iran und Irak widersetzte sich Frankreich der amerikanischen Strategie gegen sogenannte „Schurkenstaaten“.[328] So kritisierte Frankreich die amerikanische Politik des „dual containment“, die eine Eindämmung sowohl des Iraks als auch des Irans vorsah, und forderte statt dessen den verstärkten Einsatz von Diplomatie anstatt von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran[329] oder von Militär gegen den Irak. Die französische Opposition zur amerikanischen Politik wurde 1997 deutlich, als die amerikanische Politik die Aufhebung der Sanktionen von der Entfernung Saddam Husseins abhängig machte. Frankreich brach seine Beziehungen zum Irak gemäß der Strategie „Engagement anstatt Eindämmung“ nicht ab und empfang 1995 als erstes westliches Land nach dem zweiten Golfkrieg den irakischen Außenminister Tariq Aziz in Paris. Nach Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak 1996 beendete Frankreich seine Teilnahme an der Überwachung der 1991 eingerichteten nördlichen „No-Fly-Zone“, mit der Begründung, diese sei längst keine humanitäre Intervention mehr, sondern es handele sich um eine militärische Operation ohne

[326] Woyke, Wichard 1987, S. 53.
[327] Sullivan, Marianna P., France´s Vietnam Policy. A study in French-American relations, Westport 1978, S. 115f.
[328] vgl. Beltran, Jacques/Parmentier, Guillaume, Les Etats-Unis face aux Etats „voyous“, in: Les Echos vom 04.08.2000 sowie Beltran, Jacques, U.S. „rogue“ policy isn’t the French way, in: Los Angeles Times vom 16.10.2000.

UN-Mandat.[330] In der Waffeninspektoren-Krise von 1997/98 schloß die französische Politik eine eigene Beteiligung an eventuellen Militärschlägen vollkommen aus, betonte jedoch, daß der Irak die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu beachten habe. Zugleich machte Frankreich die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen von der irakischen Kooperation mit den UN-Waffeninspektoren abhängig.

In ähnlicher Weise übte Frankreich scharfe Kritik an der amerikanischen Nahostpolitik.[331] Besonders während des Yom-Kippur-Kriegs vom Oktober 1973 kam es zu verschärften Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und den USA. Frankreich wandte sich gegen die einseitige amerikanische Unterstützung Israels und kritisierte die fehlende Konsultation und Information der europäischen Staaten. Es verbot den USA das Überfliegen französischen Territoriums, um Waffen nach Israel zu bringen. Außerdem startete es eine europäische Initiative und forderte den Rückzug Israels aus den besetzten arabischen Gebieten. Auch in den späteren Krisenzeiten in Nahost setzte es sich stets für eine stärkere Beteiligung Europas an den Friedensverhandlungen ein. Frankreich forderte insbesondere eine gleichberechtigte Vermittlerrolle Europas und nicht nur eine unterstützende Rolle, wie sie von Großbritannien und Deutschland gefordert wurde.[332] Es versuchte, der historischen französischen Affinität zu den arabischen Staaten entsprechend die Anliegen der Palästinenser ebenso zu berücksichtigen, und sprach sich für die Schaffung eines palästinensischen Staates und für eine starke militärische Präsenz der Internationalen Gemeinschaft im Nahen Osten aus. So strebte es 1996 einen Sitz in der „monitoring group“ an, die die Vorgänge zwischen Israel und der Hizbollah überwachen sollte. Die französische Präsenz in der Krisenregion wurde auch durch die Reisen Chiracs dorthin unterstrichen, während die Nahostpolitik der USA 1997 von Außenminister Védrine als „zu passiv“ kritisiert wurde.[333]

Schließlich läßt sich eine ähnliche französische Opposition auch in der Afrika- und Lateinamerikapolitik erkennen. In der Afrikapolitik ergaben sich Konflikte mit den USA, als diese die Öffnung des frankophonen Afrikas und multilaterales Krisenmanagement forderten. Frankreich bestand jedoch auf der Aufrechterhaltung seiner besonderen Beziehungen zu dem „précarré“ und kritisierte heftig Clintons „trade not aide“-Ansatz.[334] Besonders Algerien wurde wiederholt zum Zankapfel französisch-amerikanischer Treffen, zum letzten Mal zur

---

[329] Zur französischen Politik gegenüber dem Iran vgl.: Moïsi, Dominique, French Foreign Policy: The Challenge of Adaptation, in: Foreign Affairs 67/1988 1, S. 158f.

[330] Gordon, Philip, The transatlantic allies and the changing Middle East (Adelphi Paper 322), Oxford 1998, S.56.

[331] Zu Frankreichs Rolle in der Nahostdiplomatie vgl. Hubel, Helmut, Frankreich als Vermittler in Nahost?, in: Rill, Bernd (Hsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen (Hanns Seidel Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr.21), München 2000, S. 91-99.

[332] Gordon, Philip, The transatlantic allies and the changing Middle East, a.a.O., S. 35.

[333] Petras, James/Morley, Morris 2000, S. 60.

Zeit der Wahlkrise 1992, als Frankreich die Militärregierung Algeriens unterstützte, während die USA Gespräche mit der islamistischen Opposition aufnahmen. Anders als in Afrika unterstützte Frankreich in den restlichen Gebieten der Dritten Welt stets eine Politik der Unabhängigkeit. So kritisierte de Gaulle 1965 die amerikanische Intervention im Karibikstaat Santo Domingo und proklamierte während seines Kanada-Besuchs 1967: „*Es lebe das freie Québec*“, um gegen die Hegemonialpolitik der USA zu protestieren. Diese Politik, die sich generell auch als „gegenseitiges Steinewerfen“[335] charakterisieren läßt, könnte noch an zahlreichen Einzelmaßnahmen aufgezeigt werden[336], ein Überblick soll jedoch genügen.

3.4 Fazit

Um die verschiedenen Elemente der französischen Amerikapolitik im Waeverschen Schichten-Modell nocheinmal in Erinnerung zu rufen, weise ich auf Abbildung 2 hin (siehe Anhang), die die Anwendung des Modells auf die französische Amerikapolitik in graphischer Form zusammenfaßt. Als außenpolitische Identitätselemente Frankreichs ließen sich durch Diskursanalyse, aufbauend auf dem französischen Identitätselement der Staatsnation, die folgenden Basic Codes aus Level 1 feststellen: Frankreich als Groß- und Weltmacht, unabhängige Macht, berufene Nation, Teil des Westens und Teil Europas. Amerika wird im französischen Diskurs als „Anderer“ gesehen, von dem sich Frankreich weitgehend abgrenzt, nämlich als Hypermacht, als Hegemon, als Bedrohung französischer Werte, als nichteuropäische Macht, wenngleich als Teil des Westens. Aus französischer Sicht ergeben sich bei Kombination dieses Selbstverständnisses mit dem Amerikaverständnis hauptsächlich vier Konstruktionen französisch-amerikanischer Beziehungen: die traditionelle Freundschaft, die Rivalität, ein transatlantisches Gleichgewicht (wobei Frankreich hier meist auf die europäische Ebene gehoben wird) sowie die Partnerschaft. Ein Bündnis als Diskurskonstruktion ist eher unvorstellbar, da sich dies als nicht kompatibel mit dem Selbstverständnis Frankreichs als unabhängiger Macht erweist. Daher favorisiert Frankreich grundsätzlich die Konzeption einer französisch-amerikanischen bzw. europäisch-amerikanischen Partnerschaft. Ein Überblick über das französische außenpolitische Verhalten gegenüber Amerika, untergliedert einmal in verschiedene Politikfelder und das anderemal in verschiedene Verhaltensmuster, hat gezeigt, daß das außenpolitische Verhalten Frankreichs in jedem Falle kompatibel mit den Basic Codes aus Level 1 und den Konstruktionen aus Level 2

[334] Ebd.
[335] Brinton, Crane 1968, S. 226.

zu sein scheint, obwohl ein genauer Zusammenhang zwischen Diskurs und Verhalten nicht hergeleitet werden kann. Grundsätzlich lassen sich drei Formen außenpolitischen Verhaltens Frankreichs gegenüber Amerika herausarbeiten[337], die sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern kompatibel zueinander sind und sogar aufeinander aufzubauen scheinen. Zuallererst ergibt sich eine Politik der Unabhängigkeit Frankreichs bzw. Europas, die mit dem Basic Code „Unabhängigkeit" aus Level 1 übereinstimmt. Auf einer nächsten Stufe findet man eine Politik der grundsätzlichen Kooperation, die wohl in Krisenzeiten am deutlichsten hervorzutreten vermag. Aus französischer Sicht schließt das Streben nach Autonomie eine ausgedehnte Kooperationsbereitschaft nicht aus, die französische Autonomiefähigkeit ist sogar deren Voraussetzung.[338] In vielen Einzelfragen macht sich jedoch eine Politik der französischen Opposition gegen amerikanische Politik bemerkbar, denn „the devil is often in the detail", und französisch-amerikanische Differenzen sind an der Tagesordnung.[339] Frankreich ist dennoch stets um eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA im Sinne einer „Partnerschaft" bemüht, aber die französischen Identitätselemente machen eine französische Amerikapolitik der Kooperation nicht immer einfach.[340] Die Lösung, die Frankreich Ende der 90er Jahre für den Umgang mit den USA gefunden hat, liegt in einem offenen Dialog mit den USA und einem „Management der unterschiedlichen Standpunkte".[341] Da sich die vorliegende Arbeit der französischen Amerikapolitik auf dem Wege einer Analyse der Stimme Frankreichs angenähert hat, endet der erste Teil der Arbeit hier auch mit einem Zitat des ehemaligen französischen Außenministers Védrine, der die französische Sichtweise von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen Ende der 90er Jahre auf den Punkt bringt:

> *„Transatlantic relations will always be marked by disputes ... Yes, these are problems. But we have procedures for dealing with them ... This means saying we disagree or raising questions without having a blowup ... It is not a catastrophe and doesn't destroy our overall relationship. In our view, being a friend and ally does not mean going along with the US automatically, especially when unilateral decisions go contrary to our interests. We will continue urging the United States to move in the direction of multilateralism!"*[342]

---

[336] Als Beispiele seien hier genannt die französische Opposition gegen UNO-Interventionen im Gaza-Streifen, im ehemaligen Belgisch-Kongo und Zypern sowie die französische Verweigerung der Übergflugrechte 1986 bei Militärschlägen gegen Libyen.

[337] Moreau-Defarges unterscheidet 6 verschiedene Formen französischer Amerikapolitik: *1) la demande d'un partenariat égal avec les Etats-Unis, 2) La contestation (La France a le droit de s'exprimer sur toute questions), 3) L'affirmation d'une indépendence réelle, 4)La quête d'un allié de réequilibrage 5) La construction d'un pôle européen susceptible d'exister face aux/contre les Etats-Unis et 6) un comportement de bon allié* (vgl. Moreau-Defarges, Philippe 1999, S. 20/21.)

[338] Zu diesem Schluß gelangt auch Sauder, Axel 1995, S. 189.

[339] Kramer, Steven Philip 1994, S. 98.

[340] Moreau-Defareges stellt in diesem Zusammenhang die rhetorische Frage: *"Mais comment renoncer à sa substance historique, à son être intime?"* (Moreau-Defarges, Philippe 1999, S. 9)

[341] Védrine, Hubert, De l'utilité de la France (entretien), in: Politique Internationale 78/1998, S. 46.

[342] Védrine in einem Interview über die französisch-amerikanischen Beziehungen am 15.05.2000, abgedruckt in: Europe, July/August 2000, S. 12-14.

4) Auswirkungen der Terroranschläge des 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik

4.1 Der 11. September 2001 als „formatives Ereignis" für die französische Außenpolitik?

Nachdem die französische Amerikapolitik von 1945 bis 2000 im ersten Teil der vorliegenden Arbeit erörtert wurde, sollen nun in einem zweiten Teil die Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 auf die französische Amerikapolitik untersucht werden. Bevor ich diese Fragestellung näher erläutere, blicke ich zunächst auf die erste Hälfte des Jahres 2001 zurück, damit man die Ausgangssituation versteht, in die völlig unerwartet die Terroranschläge in den USA fielen.

Nach der Jahrtausendwende war die französische Amerikapolitik in Kontinuität mit den 90er Jahren hauptsächlich durch eine französische Politik der Opposition gegenüber Amerika geprägt. Von französischer Seite wurde zwar eine transatlantische „Partnerschaft" angestrebt, aber innerhalb dieser Partnerschaft äußerte Frankreich immer wieder Kritik an der amerikanischen Außenpolitik. Auch im Diskurs flammte die französische Sorge über Amerika besonders unter der Bush-Administration wieder auf[343]. Der wurde von französischer Seite Isolationismus und Indifferenz gegenüber weltpolitischen Problemen[344] vorgeworfen, weiterhin kritisierte Frankreich eine unilateralistische Haltung der USA bei der Nicht-Ratifikation des Kyoto-Protokolls, dem Rückzug aus dem ABM-Vertrag, der Ablehnung des Protokolls über das Verbot bakteriologischer Waffen, der Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofes sowie der Weigerung des US-Kongresses, den Vertrag zum Verbot von Atomtests zu ratifizieren. Auch das National-Missile-Defense-Programm (NMD) war Frankreich schon seit längerem ein Dorn im Auge. [345] Sieben Tage vor den Anschlägen des 11. September wurde wie zuvor die amerikanische Haltung als „Leadership à la carte"[346] kritisiert, und das Konfliktpotential in den französisch-anerikanischen Beziehungen war eher hoch als niedrig einzustufen. Die französische Kritik war zwar insgesamt sachlich und nicht so sehr emotional, was man als ein Zeichen der Reife bezeichnen könnte, dennoch war

[343] Moïsi, Dominique, La diplomatie américaine à l'heure de Bush, in: Ouest-France vom 15.01.2001, sowie Montbrial, Thierry de, Bush, cris et tâtonnements, in: Le Figaro vom 18.05.2001.
[344] Moïsi, Dominique, Amérique 2000, in: Ouest France vom 29.05.2000.
[345] Vgl. Beltran, Jacques, Clarification Wanted. Europeans confused on Missile Defense, in: The Washington Times vom 05.03.2001.
[346] Beltran, Jacques, Le leadership „à la carte" des Etats-Unis, in: Le Figaro vom 04.09.2001. Vgl. auch Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume 2002, S. 37.

Frankreich fest von seiner Mission überzeugt, die USA in ihre Schranken zu verweisen: *„Il est temps de reprendre notre bâton de pèlerin... !“*[347]

Am 11. September 2001 kommt es dann zu terroristischen Anschlägen von ungekanntem Ausmaß auf amerikanischem Boden. Als Drahtzieher der Anschläge wird Osama Bin Laden und das Terroristennetzwerk Al Kaida ausgemacht. Auf eine ausführliche Beschreibung des Ereignisses soll an dieser Stelle verzichtet werden, da es hier darauf ankommt, wie Frankreich dieses Ereignis erlebt und im Diskurs bewertet. Untersucht werden soll, ob der 11. September sogar zu einem „formativen Ereignis“ wird, aufgrund dessen Frankreich sein Konzept von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen neu formuliert.

Zunächst erfolgt eine Präzisierung des in der Einleitung nur kurz erläuterten Begriffs des „formativen Ereignisses“ und eine Klarstellung, in welchem Zusammenhang er mit dem gewählten diskurstheoretischen Ansatz steht. „Formative Ereignisse“ sind externe Ereignisse, die tiefgreifende Wirkungen auf die diskursiven Konstrukte einer Gesellschaft ausüben. In anderen konstruktivistischen Ansätzen werden diese Ereignisse auch als „critical junctures“ bezeichnet, durch diese es zu einer Umorientierung in der Außenpolitik eines Landes kommen könne.[348] Boulding nennt solche Ereignisse „reorganizing events“ und charakterisiert sie so:

> *„Certain events – like the German invasion of Belgium in 1914, the Japanese attack on Pearl Harbor in 1941, the American use of the Atom bomb at Hiroshima and Nagasaki, the merciless destruction of Dresden, and the Russian success with Sputnik – have profound effects and possibly long-run effects on reorganizing the various national images.“*[349]

Dabei handelt es sich um Krisensituationen, die durch gravierende externe Ereignisse ausgelöst werden, die dann im innergesellschaftlichen Diskurs thematisiert werden. Solche Ereignisse, die außerhalb der Diskursgemeinschaft liegen, werden erst durch den gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß mit Bedeutung versehen. Hierdurch wird eine diskursive Auseinandersetzung mit den eigenen Zielen und der eigenen Identität erst möglich. Wenn also ein solches “reales Ereignis” zu einem “diskursiven Ereignis” wird, wird es als formativ angesehen.[350]

Solche formativen Ereignisse haben meist einen “Politikwandel” zufolge. Kalevi Holsti vermutet das vor allem bei „Big Bangs“: *„Große Ereignisse zeigen [...] dramatischen und in historischen Momenten komprimierten Wandel an. Was große Ereignisse als Indikatoren erwarten lassen, sind historische Brüche, Diskontinuitäten und das Auslösen fundamentaler*

---

[347] Montbrial, Thierry de, Europe-Etats-Unis: le temps de l’allégeance, in: Le Figaro vom 25.06.2001.
[348] Vgl. Marcussen, Martin et al., Constructing Europe? The Evolution of French, British and German Nation-State Identities, European University Institute Florence 28.09.1998 sowie Risse, Thomas, Regionalism and Collective Identities: The European Experience, a.a.O.
[349] Vgl. Boulding, Kenneth 1959, S.128.
[350] Vgl. Nadoll, Jörg 2000, S. 7 und 22.

Transformationsprozesse.“[351] Es sei hier aber noch einmal daran erinnert, daß Wandel kein objektives Merkmal ist, sondern abhängig von Fragestellung und theoretischem Ansatz. Generell verstehen Sozialkonstruktivisten laut Risse *„außenpolitischen Wandel im Zusammenhang mit der Veränderung kollektiver Identitäten und als Wechsel der den Handlungen zugrunde liegenden Normensysteme. […] Außenpolitischer Wandel wird imWechselspiel zwischen Ideen einerseits und sozialen Institutionen sowie diskursiven Prozessen andererseits analysiert“.*[352] Im Folgenden soll sich „Wandel“ aber lediglich auf das in Kapitel 2 erörterte Diskurs-Schichten-Modell von Ole Waever beziehen. Waever läßt einen Wandel in drei Stufen zu: eine Oberflächenveränderung des außenpolitischen Verhaltens in Level 3, zusätzlich eine Veränderung diskursiver Konstruktionen in Level 2, zum radikalen Wandel kommt schließlich eine Veränderung der kollektiven Identität und der Basic Codes aus Level 1 hinzu.

Die Frage nach den Auswirkungen der Ereignisse des 11. September beschäftigt seither viele Wissenschaftler aus der Forschungsgemeinde der Internationalen Beziehungen, sie ist aber erst in unzureichendem Maße geklärt, weshalb die vorliegende Arbeit mit einer Analyse der Auswirkungen des 11. September auf die französische Amerikapolitik einen kleinen Beitrag dazu leisten will. Französische Forscher sprechen von einer durch den 11. September ausgelösten *„perturbation brutale du système international“.* Aber wie nachhaltig sind die Auswirkungen? Es wird oft die Frage gestellt, ob es in Zukunft ein „vor und nach dem 11. September“ geben wird.[353] Handelt es sich bei den Auswirkungen des 11. September für Frankreich wirklich um einen so oft proklamierten historisch fundamentalen Bruch?[354] Es ist sehr schwierig, die Bedeutung des 11. September für Frankreich und seine Außenpolitik zu einem frühen Zeitpunkt nach diesem Tag anzugeben. Louis Gautier schreibt dazu: *„Pour juger du 11 septembre correctement, il faut considérer factuellement l'évènement, son caractère inédit, et ses dommages impressionnants. Il faut aussi envisager sa force emblématique considérable.“*[355] Gautier geht davon aus, daß diese Ereignisse das kollektive Gedächtnis der Nation prägen und immer wieder als gemeinsamer Bezugspunkt dienen werden. Das würde dafür sprechen, daß der 11. September zu einem „formativen Ereignis“ auch für Frankreich geworden ist. Dieser Eindruck scheint sich zu bestätigen, wenn man sich anschaut, wieviel in Frankreich zum 11. September publiziert worden ist, sowohl in Form

[351] Holsti, Kalevi zitiert in Medick-Krakau 1999, S.8.
[352] Risse, Thomas 1999, S. 45/46.
[353] Gautier, Luis, La sécurité internationale et la défense de la France après le 11 septembre 2001, in: Revue politique et parlementaire 104/2002 1, S. 3.
[354] Montbrial, Thierry de, Une rupture historique fondamentale, in: Le Figaro, 18.10.2001.
[355] Gautier, Luis 2002, S.3.

wissenschaftlicher Analysen als auch im Gesellschaftsdiskurs.[356] Im Verteidigungsausschuß der Assemblée Nationale wurde ein eigener Arbeitskreis gebildet, der einen 150seitigen Informationsbericht über die Konsequenzen der Terroranschläge des 11. September 2001 für Frankreich ausgearbeitet hat.[357] Das Vorwort des Berichtes beginnt mit der Aussage, daß das 21. Jahrhundert am 11. September 2001 aufgehört zu haben scheint. Danach werden zunächst Ursachen und Ausmaße der Terroranschläge beleuchtet, anschließend wird auf die Situation und Politik der Vereinigten Staaten eingegangen und schließlich die Situation Frankreichs nach dem 11. September analysiert, woraus dann verschiedene Vorschläge für französische Positionen und Aktionen formuliert werden. In ähnlicher Weise soll auch im Folgenden vorgegangen werden:

Zunächst überprüft die Arbeit, ob und inwiefern sich Frankreichs außenpolitisches Verhalten allgemein und speziell gegenüber Amerika (Level 3) nach dem 11. September 2001 verändert hat, und untersucht anschließend, welche Auswirkungen der 11. September auf den französischen Diskurs hatte. Dabei werden sowohl Regierungsdiskurs als auch Gesellschaftsdiskurs und Wissenschaftsdiskurs mit in die Analyse einbezogen, um eine möglichst adäquate Darstellung der diskursiven Konzepte in Frankreich herauszuarbeiten. In der Analyse der außenpolitischen Diskursstruktur Frankreichs in Kapitel 3.1.1 wurde festgestellt, daß Staatspräsident, Premierminister und Außen- oder Verteidigungsminister die dominanten Diskursträger sind. Bei der Diskursanalyse nach dem 11. September sollte man die Auswahl der Diskursträger jedoch ausweiten, da sich besonders der Gesellschaftsdiskurs zu außenpolitischen Themen ebenfalls enorm ausgeweitet hat und auch Auswirkungen auf den Regierungsdiskurs haben kann. Denn im Regierungsdiskurs kann nur das gesagt werden, was als kollektive Referenzpunkte von der ganzen Gesellschaft anerkannt ist. Der Gesellschaftsdiskurs ist daher noch eine Stufe unter dem Regierungsdiskurs zu sehen, der am engsten mit Frankreichs außenpolitischem Verhalten in Zusammenhang steht. Der Wissenschaftsdiskurs ist ebenfalls von Bedeutung, da besonders nach dem 11. September eine

---

[356] An dieser Stelle ein kurzer Einblick in die Fülle französischer Publikationen zum 11. September:

1) Monographien: Adler, Alexandre, J'ai vu finir le monde ancien, Paris 2002, Colombani, Jean-Marie, Tous Américains ? Le Monde après le 11 septembre 2001, Paris 2002, English, Christian/Thibaud, Frédéric, Mardi 11 septembre 2001: ce jour où le monde a changé, Paris 2001, Goujon, Emmanuel, Depuis le 11 septembre : récit, Paris 2001, Jeambar, Denis, La première guerre du XXIe siècle, Paris 2001 sowie Messadié, Gerald, Mourir pour New York?, Paris 2002.
2) Zeitschriftendossiers zum 11. September in Commentaire 24/2001, Débat 12/2001, Défense Nationale 12/2001 und 1/2002, Esprit 11/2001 und 12/2001, La Revue Internationale et Stratégique 45/2002, Le Monde Diplomatique – Manière de voir 12/2001, Politique Etrangère 4/2001, Politique Internationale 93/2001 sowie in Revue des deux mondes 2/2002.

[357] Assemblée Nationale, Rapport d'information déposé par la Commission de la défense nationale et des forces armées, en conclusion des travaux d'une mission d'information sur les conséquences pour la France des attentats du 11 septembre 2001 (n°3460), 12.12.2001, http://www.ladocfrancaise.gouv.fr/ [11.03.03].

enge Zusammenarbeit zwischen Regierungsvertretern und wissenschaftlichen Instituten im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik Frankreichs besteht. Die Analysen der großen französischen Think Tanks wie z.B. IFRI (Institut Français des Relations Internationales) und IRIS (Institut des Relations Internationales et Stratégiques) in Paris werden daher in engerem Rahmen ebenfalls berücksichtigt. Insgesamt hat die Verfasserin die französische Amerikapolitik nach dem 11. September 2001 in drei Phasen unterteilt: die erste ist unmittelbar nach dem 11. September, die zweite umfaßt die militärischen Operationen in Afghanistan von Oktober bis Dezember 2001, und die dritte Phase könnte man als die der Irak-Krise bezeichnen, die sich über das ganze Jahr 2002 hinzog und einen ersten Höhepunkt in der UN-Resolution 1441 im November fand. Die Einteilung in diese Phasen wurde entsprechend den Wendepunkten in der Diskursanalyse vorgenommen, eine fast identische Phaseneinteilung findet sich auch in der Analyse von Justin Vaïsse zum selben Thema.[358] Da der theoretische Ansatz von Waever die Korrelation zwischen Diskurs und Verhalten nicht eindeutig beschreibt, soll die Frage an dieser Stelle noch offengelassen werden und Kontinuität und Wandel in Verhalten und Diskurs nebeneinander untersucht werden.

4.2 Erste Phase: Französische Amerikapolitik unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001

4.2.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3)

Solidarität mit Amerika

Das außenpolitische Verhalten Frankreichs unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 läßt sich als sehr emotional beschreiben und ist durch eine spontane Solidarität mit den USA gekennzeichnet. Die Pariser Bevölkerung versammelt sich spontan vor der Botschaft der Vereinigten Staaten in Paris, um ihre Solidarität mit Amerika auszudrücken.[359] Ein ähnliches Verhalten macht sich auch im Elysée-Palast bemerkbar, als man dort die amerikanische Nationalhymne spielt. Um die französische Solidarität ganz offen zu bekunden, reist Staatspräsident Chirac am 18. September nach New York und ist so der erste Staatspräsident, der ein Zeichen der Solidarität auf amerikanischem Boden überbringt. Er fliegt in einem Hubschrauber zusammen mit New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani über die Ruinen des World Trade Centers und verspricht die „totale Unterstützung“

[358] Seine Einteilung sieht folgendermaßen aus (vgl. Vaïsse, Justin 2003):
1) „Le triomphe de l’amour“: de l’esprit du 12 septembre à la campagne d’Afghanistan
2) „Le prince travesti“: une guerre sans les alliés, octobre-décembre 2001
3) „La dispute“: retour des malentendus, de l’antiaméricanisme et de la francophobie, janvier-mai 2002

Frankreichs.[360] Überall wiederholt Staatspräsident Chirac immer wieder: *„La France sera aux côtés des Etats-Unis"*[361] und wählt dabei die gleiche Formulierung, die 30 Jahre zuvor schon de Gaulle in der Kuba-Krise benutzt hat, um John F. Kennedy die französische Unterstützung zuzusichern. Das französische Verhalten ist geschlossen, allerdings macht sich die Cohabitation versteckt doch bemerkbar, da die Solidaritätsbekundungen aus Regierungskreisen etwas zaghafter und zurückhaltender geäußert werden als vom Staatspräsidenten. Besonders Premierminister Jospin und Verteidigungsminister Richard betonen, daß es sich dabei nicht um eine unbedingte französische Zustimmung zu jedweden militärischen Plänen der Bush-Administration handele. [362]

Die französische Solidarität mit Amerika wird noch unterstrichen durch Frankreichs Agieren zugunsten Amerikas in den internationalen Organisationen EU, NATO und UNO. So unterstützt Frankreich als europäischer Staat die europäischen Solidaritätsbekundungen in allen Institutionen der EU und demonstriert Geschlossenheit mit den anderen europäischen Staaten.[363] Ähnlich verhält sich Frankreich auch in der NATO. Hier wird zum erstenmal in der Geschichte Artikel 5 des Washingtoner Vertrages im Sinne einer euroäischen Unterstützung Amerikas aktiviert, was bedeutet, daß ein bewaffneter Angriff gegen einen Mitgliedsstaat als Angriff gegen alle Staaten verstanden wird, diese also einer Beistandspflicht gegenüber dem Alliierten Amerika unterliegen. Allerdings sieht Artikel 5 weiterhin vor, daß jeder Staat selbst entscheiden kann, in welcher Weise er sich unterstützend beteiligt. Diese Aktivierung des Artikels 5 hat besonders symbolischen Charakter, und Frankreich spricht sich sofort dafür aus. Auch im Rahmen der UNO zeigt sich Frankreich besonders aktiv, denn es hat zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz des UN-Sicherheitsrates inne, und so kommt es, daß ausgerechnet der französische Repräsentant eine Resolution vorschlägt, die die Anschläge des 11. September als eine „Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit" im Sinne des Artikels 7 der UN-Charta einstuft und so das Recht

---

[359] Justin Vaïsse vergleicht dies mit 1865, als Abraham Lincoln ermordet wurde und die amerikanische Botschaft in Paris sofort von der Bevölkerung belagert wurde (vgl. Vaïsse, Justin 2003).
[360] Chirac, Jacques 18.09.2001.
[361] Chirac, Jacques, Interview accordée par le Président Jacques Chirac à CNN, 13.09.01, www.ambafrance-us.org [03.04.02]
[362] Vgl. Vernet, Daniel, Matignon est plus prudent que l'Elysée sur un éventuel engagement militaire, in: Le Monde vom 26.09.2001
[363] Für Reaktionen der EU (Ministerrat, Kommission und Parlament) siehe: Monaco, Annalisa**,** Response of the European Union to the Terrorist Attacks in the US: Summary of statements and initiatives, with questions to consider, Centre for European Security and Disarmament – Briefing Paper, 28.09.2001, http://www.cesd.org [11.03.03]. Für französischen Beitrag zur europäischen Antwort auf die terroristischen Bedrohungen siehe: Assemblée Nationale, Rapport d'information déposé par la Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne sur les mesures prises par l'Union européenne à la suite des attentats terroristes aux Etats-Unis (n°3332), 15.10.2002, www.ladocfrancaise.gouv.fr [11.03.03].

der Vereinigten Staaten auf Selbstverteidigung bestätigt und die Basis für eine internationale Koalition liefert.[364] Frankreich stimmt daraufhin für eine UN-Resolution (Resolution 1368), die die Terroranschläge nicht nur verurteilt, sondern auch einen amerikanischen Verteidigungsschlag im Sinne des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen legitimiert. Am 28. September wird daraufhin im UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1373 zum Kampf gegen den Terrorismus ebenfalls einstimmig verabschiedet.

Kampf gegen den Terrorismus

Unmittelbar nach dem 11. September ist die französische Außenpolitik mit Amerika solidarisch und steht ganz im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus. Die Herstellung und Erhaltung der Sicherheit in Frankreich wird zum Leitprinzip des außenpolitischen Handelns. In diesem Zusammenhang wird der Vigipirate-Plan zum Schutz der breiten Öffentlichkeit aktiviert, außerdem trifft man zusätzlich Maßnahmen zur Überwachung der Häfen und der Zugänge zum Meer (Vigimer) sowie Maßnahmen zum Schutz der Nukleareinrichtungen. Der Vigipirate-Plan wurde ursprünglich 1978 konzipiert; dabei handelt es sich um einen *„plan de vigilance, de surveillance et de centralisation du renseignement“*. Er wurde am 12. September 2001 in seiner höchsten Stufe „renforcé“ zum Schutz der inneren Sicherheit durch die Regierung aktiviert. Auch im innereuropäischen Bereich verstärkt Frankreich seine Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten in Justiz und Inneren Angelegenheiten, die dritte Säule des Maastrichter Vertrages wurde quasi reaktiviert. Eine gute französische Kooperation in Sachen Justiz und Polizei wird auch im Rahmen von Interpol geleistet, und die französischen Sicherheitsdienste liefern einen großen Beitrag zur Auffindung der terroristischen Netze weltweit.

Der französische Kampf gegen den Terrorismus gilt nicht nur der Aufrechterhaltung der inneren, sondern auch der der äußeren Sicherheit. Hier agiert Frankreich hauptsächlich in der sogenannten „Anti-Terror-Koalition“. Dabei handelt es sich um einen spontanen Zusammenschluß von Staaten, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: den internationalen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus. Frankreich beteiligt sich daran hauptsächlich durch Ad-hoc-Kooperation in einem Konzert der Großmächte, häufig kommt es zu Absprachen mit den anderen großen Staaten USA und Großbritannien. An einer institutionalisierten Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP oder der NATO zeigt sich Frankreich weniger interessiert, so daß das französische Verhalten auf eine Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik hinausläuft. Die französische Position, die zur Bekämpfung des Terrorismus überall proklamiert wird, lautet: Einbeziehung ziviler

[364] Frankreichs Verhalten in der UNO, siehe: Vaïsse, Justin 2003.

Komponenten und regionale Konfliktlösung. Frankreich betont immer wieder, daß der Einsatz allein von militärischen Mitteln nicht ausreichend sei, daß es vielmehr auf den Einsatz ziviler Mittel ankomme. Die Polizei-, Steuer- und Finanzpolitik sei ebenso wichtig, denn man müsse im Kampf gegen den Terrorismus vor allem gegen die Finanzierung des Terrorismus ankämpfen. Dennoch schließt Frankreich eine französische Partizipation an den Militärschlägen in Afghanistan nicht aus. Zugleich spricht es sich für die Erarbeitung von neuen Sicherheitskonzepten nach dem 11. September aus, die neue Formen des Krieges miteinbeziehen. Daneben wird das Ziel „regionale Konfliktlösung" zum Hauptbestandteil der französischen Position, die darauf abzielt, nicht nur die Symptome des Terrorismus zu bekämpfen, sondern die Ursachen ausfindig zu machen und die bestehenden Konflikte zu lösen. In diesem Zusammenhang wird von französischer Seite auf den andauernden Nahostkonflikt verwiesen und die Schaffung eines palästinensischen Staates gefordert.

Insgesamt sind alle außenpolitischen Handlungen Frankreichs nach dem 11. September Ausdruck einer transatlantischen Annäherung und Kooperation. Wie bereits in früheren Krisenzeiten, zeigt sich Frankreich Seite an Seite mit Amerika und demonstriert durch symbolische Akte französisch-amerikanische Geschlossenheit und Freundschaft. Etwaige Meinungsverschiedenheiten in der Wirtschaftspolitik werden von dem gemeinsamen Ziel der Bekämpfung des Terrorismus überlagert. Eine Politik der französischen Unabhängigkeit ist im September 2001 nicht festzustellen, allerdings darf man nicht vergessen, daß das französische Handeln zum großen Teil in der Anti-Terror-Koalition ausgetragen wird, die nicht mit den institutionellen Zwängen der NATO zu vergleichen ist und für Frankreich von vorneherein einen großen Handlungsspielraum zuläßt. Aber auch eine französische Politik der Opposition ist in nur ganz schwachem Maße erkennbar. Zunächst begrüßte Frankreich den sich abzeichnenden Multilateralismus, den George W. Bush mit der Gründung der Anti-Terror-Allianz anstatt eines Alleingangs wählte. Doch rasch erkannte Frankreich dieses amerikanische Verhalten als „multilatéralisme à la carte" und kritisierte die amerikanische Haltung als „multilateralist if possible, unilateralist when necessary".[365] Auch wenn die Fahne der Kooperation hochgehalten wird, macht Frankreich dennoch deutlich, daß es als Partner im Kampf gegen den Terrorismus ernstgenommen werden will und einen amerikanischen Unilateralismus ablehnt.

[365] Beltran, Jacques/Parmentier, Guillaume 2001, S. 786.

4.2.2 Französische diskursive Konstruktionen (Level 2 und 1)

Im Folgenden sollen verschiedene diskursive Konstruktionen ermittelt werden, die in Frankreich sofort nach dem 11. September die öffentlichen Debatten beherrschten. Als Subdiskurs wird zunächst die französische Konzeption der Terroranschläge des 11. September 2001 untersucht, um zu sehen, inwiefern das reale Ereignis zum diskursiven Ereignis wird und welche Bedeutung es damit für Frankreich bekommt. Im Anschluß daran sollen die schon im ersten Teil der Arbeit herausgearbeiteten Konzeptionen von Amerika und den französisch-amerikanischen Beziehungen (Level 2) im Diskurs untersucht werden. Das dient dazu, etwaige Veränderungen oder Kontinuitäten vor und nach dem 11. September 2001 zu ermitteln. In einem letzten Schritt soll die unterste Stufe des Waeverschen Modells (Level 1) ebenfalls miteinbezogen werden. Veränderungen in diesen Basic Codes, die Ausdruck einer nationalen Identität sind, sind eher unwahrscheinlich, aber nicht von vorneherein völlig auszuschließen. Zur Diskursanalyse sollte noch gesagt werden, daß der Regierungsdiskurs bei der Textauswahl im Vordergrund steht, Gesellschafts- und Wissenschaftsdiskurs aber auch in die Analyse mit einfließen werden. Es sei darauf hingewiesen, daß die Terroranschläge des 11. September in eine Zeit der französischen Cohabitation fallen, was bei der Diskursanalyse ebenfalls zu berücksichtigen ist, da der Premierminister als Diskursträger dadurch einen noch höheren Stellenwert einnimmt als in Zeiten der Nicht-Cohabitation. Eine umfassende Veränderung der außenpolitischen Diskursstruktur Frankreichs ist nach dem 11. September nicht festzustellen, es fällt lediglich auf, daß auch im französischen Parlament relativ viele Diskussionen über die französische Außenpolitik geführt werden, daß aber das Parlament bei wichtigen Entscheidungen wie einem militärischen Eingriff vorher nicht unbedingt konsultiert wird, sondern eher nach Beginn militärischer Operationen von der Regierung informiert wird. Auch die französischen Regierungsparteien bleiben als Diskursträger eher von geringerer Bedeutung, nur einzelne Politiker sind als Diskursträger herauszuarbeiten, da sie manchmal vom dominanten Diskurs abweichen. Bleibt festzustellen, daß nach dem 11. September der französische Staatspräsident Chirac, Premierminister Jospin, Außenminister Védrine und Verteidigungsminister Richard das dominante Diskursviereck bilden.

11. September 2001 - „Rien ne sera plus comme avant“

Die Redewendung „Nichts ist mehr, wie es einmal war“ ist kurz nach den Anschlägen die wohl gebräuchlichste Formulierung, wenn in Frankreich vom 11. September die Rede ist. Der historische Charakter des Ereignisses wird im Diskurs immer wieder ausgesprochen. Die

Anschläge werden als *„césure dans la marche du monde“*[366] bezeichnet oder es werden häufig Aussagen getroffen wie: *„Le 11 septembre 2001, nous sommes entrés dans un nouveau monde aussi sûrement que nous l'avions fait le 9 novembre 1989 ... Il y aura un avant et un après 11 septembre 2001.“*[367] Es wird der Beginn einer neuen Weltordnung proklamiert, und was Amerika betrifft, so werden besonders im Gesellschaftsdiskurs Vergleiche aufgestellt mit Pearl Harbor, der amerikanischen Bedrohung durch die sowjetischen Sputniks, dem Vietnamkrieg oder der Ermordung Kennedys. Es fällt auf, daß jetzt ganz andere Daten aus der amerikanischen Geschichte mit Amerika identifiziert werden als zuvor. Trotz zahlreicher Vergleiche wird dennoch die „Neuheit“ der Ereignisse ebenso herausgestellt. Man spricht von einer neuen Bedrohung oder auch einer neuen Form des Krieges.[368] Auch im Wissenschaftsdiskurs wird der 11. September als wichtiges Datum in den Internationalen Beziehungen dargestellt, strittig ist, ob er wirklich als „rupture“ anzusehen ist. Pascal Boniface vom IRIS in Paris argumentiert schon kurz nach den Terroranschlägen, der 11. September 2001 sei zweifelsohne ein wichtiges Ereignis in den internationalen Beziehungen, dennoch stelle dies keinen historischen Bruch dar, denn die USA seien noch genauso mächtig wie zuvor, die regionalen Konfliktherde der Welt unverändert und der internationale Terrorismus ein Phänomen, das schon vor dem 11. September existierte. Das Ereignis habe somit nicht die gleiche historische Bedeutung wie der Fall der Berliner Mauer, der in der Tat eine neue Ära einläutete.[369] Ähnlich sieht das auch Außenminister Hubert Védrine, der an verschiedenen Stellen wiederholt: *„Les problèmes qui se posaient dans le monde avant le 11 septembre se posent après et ils sont toujours là“*[370]. Während Jospin darauf verweist, daß der 11. September Nationen, Völker und Religionen verbindet, denkt Védrine „realistischer“ und bezeichnet das Datum als „Neuverteilung der Karten“ auf geostrategischer Ebene.[371] Fast alle sind sich aber einig, daß die Angriffe eine Kriegssituation darstellen – auch wenn es sich dabei um einen „postmodernen Krieg“[372] handelt, und sehen darin eine Herausforderung, die auf globaler Ebene bekämpft werden muß.

Neben der historischen Bedeutung des Ereignisses werden außerdem meist die Definition und die Ursachen von Terrorismus diskutiert. Dabei entwickeln sich im Gesellschaftsdiskurs häufig apokalyptische Visionen, in denen der Terrorismus als barbarische Handlungsweise

---

[366] Dieckhoff, Alain, Ondes de choc, in: Le Monde Diplomatique – Manière de voir 60/2001 12, S.2.
[367] Moïsi, Dominique, Etats-Unis: l'hyperfragilité de l'hyperpuissance, in: Les Echos, 13.09.2001, eine ähnliche Formulierung siehe : Moïsi, Dominique, C'est la guerre du terrorisme international, in: La Tribune, 12.09.2001.
[368] Vgl. Dieckhoff, Alain 2001, S.2.
[369] Boniface, Pascal, The Lessons of September 11, in: International Spectator 36/2001 4, S. 13.
[370] Védrine, Hubert, Entretien du Ministre avec Europe 1, 14.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[371] Äußerung Védrines in der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 09.10.2001.

von Dämonen oder als Brutalität dunkler Mächte dargestellt wird und die den 11. September zu einem Mythos werden lassen. Auch Chirac sagt über den Terrorismus: *„Il doit être considéré comme une aberration qui doit être extirpée de la civilisation mondiale"*[373]. Die meisten betrachten den Terrorismus jedoch nicht als solches, sondern bringen ihn stets mit verschiedenen Ursachen in Verbindung: „Terrorismus ist nicht spontan. Er ist die bittere Frucht politischer Phänomene"[374]. Besonders im Gesellschaftsdiskurs, aber auch im Elitendiskurs wird der 11. September immer wieder in den Zusammenhang mit Globalisierung gebracht. So bezeichnet man den 11. September beispielsweise als tragische Auswirkung der Globalisierung und stellt fast poetisch fest, es könne kein „Atoll von Frieden und Wohlstand in einem Ozean von Misere und Gewalt" geben.[375] Die Anschläge des 11. September werden oft als Rache der Globalisierungsverlierer an den Globalisierungsgewinnern gesehen. Überall findet man die Aussage, der 11. September enthülle internationale Ungleichgewichte, wobei die grundlegende französische Vorstellung, die Welt müsse sich im Gleichgewicht befinden, hier wieder zum Vorschein kommt. Védrine verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen regionalen Konflikte, die auf dieser Welt schon seit langem bestehen und noch immer ungelöst sind.[376] Von einigen wird daher der Anschlag besonders im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gesehen.[377] Die einen sehen die Terroranschläge als Anschläge gegen die gesamte zivilisierte Welt und ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß Frieden und Freiheit einen Preis haben, nämlich die Verwundbarkeit der Gesellschaft. Andere wiederum sehen den 11. September als Ausdruck einer Revolution gegen das Modell, das Amerika verkörpert, und gegen die bestehende Ordnung, dessen Herzstück Amerika darstellt. In diesem Zusammenhang wird das Ereignis sogar mit dem französischen „Sturm auf die Bastille" verglichen und der revolutionäre Charakter der Anschläge in den Mittelpunkt gerückt.[378]

Im Gegensatz zum amerikanischen Diskurs findet man in Frankreich das Wort „ennemi" nicht als Hauptbestandteil des Diskurses wieder. Das Agieren der Al Kaida wurde zwar verurteilt, stand aber nicht im Mittelpunkt der Debatten. Alle politischen Entscheidungsträger warnen vor einem Kampf der Kulturen gegen den Islam und weisen auf die notwendige

---

[372] Moïsi, Dominique, C'est la guerre du terrorisme international, in: La Tribune, 12.09.2001.
[373] Chirac, Jacques, 13.09.2001.
[374] Boniface, Pascal 2001, S. 17.
[375] Boniface, Pascal 2001, S. 16.
[376] Védrine, Hubert, Entretien avec „Le Grand Jury RTL – Le Monde – LCI", 16.09.2001, http://www.diplomatie.gouv.fr [10.12.01].
[377] So der französische Botschafter Dorin, Bernard, Ambassadeur de France, Les suites des attentats du 11 septembre 2001, http://www.diploweb.com/p5dori2.htm [18.12.02].
[378] Vgl. Montbrial, Thierry de, Un terrorisme révolutionnaire et nationaliste, in: Le Figaro, 4.10.2001.

Unterscheidung zwischen Islam und radikalem Islamismus hin.[379] Besonders Védrine warnt mehrmals davor, in einen „Teufelskreis“ zu fallen und die Anschläge als Ausdruck eines Kampfes der Kulturen zu interpretieren[380], und auch Jospin warnt mehrmals vor einem „Kreuzzug“.[381] Insgesamt stellt man fest, daß Frankreich als Heimat von fünf Millionen Muslimen besonders sensibel reagiert, wenn die Attentate in Zusammenhang mit Religion gestellt werden. Das Wort, das den Gesellschaftsdiskurs nach den Terroranschlägen des 11. September in Frankreich am meisten prägt, da es in den ersten Wochen nach den Anschlägen täglich gebraucht wird, ist „*réfléchir*“, was soviel wie Nachdenken bedeutet. Nachdenken worüber? Im Folgenden soll untersucht werden, welche französischen Konzeptionen von Amerika, von den französisch-amerikanischen Beziehungen und schließlich von Frankreich selbst durch das Nachdenken über den 11. September entstanden sind und sich im Diskurs manifestieren.

„L'Amérique vulnérable et hyperfragile“ (Subdiskurs Level 2)

War bisher Amerika von Frankreich aus fast immer als „Anderer“ gesehen worden, so stehen nun die Gemeinsamkeiten mit Amerika im Vordergrund. Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September fühlt sich Frankreich an seine eigenen schmerzlichen Erfahrungen mit Terrorismus erinnert und eng verbunden mit den USA. Wurde einst Amerika von Frankreich noch als Bedrohung empfunden, so herrscht nun das Gefühl vor, daß Amerikaner und Franzosen im gleichen Boot sitzen. Nur eine Minderheit trennt im Diskurs zwischen „*eux* [Américains] *et nous* [Français]“[382]. Werden Daten aus der gemeinsamen französisch-amerikanischen Geschichte erwähnt, so schwelgen die Franzosen zunächst in Erinnerungen an La Fayette und die amerikanische „Befreiung“ nach der Landung in der Normandie. Die Faszination Amerika wird wiederbelebt und die positiven Errungenschaften des Landes gepriesen. Es ist die Rede von Amerika als Verkörperung der Demokratie, des technologisch hoch entwickelten Industriestaats und des Okzidents schlechthin. Besonders die Stadt New York wird beschrieben als Symbol der Offenheit, der Toleranz und der Dynamik.[383] Der Diskurs des Staatspräsidenten Chirac zeigt das in seiner deutlichsten Form, als er New York so rühmt: „*ville-phare de la liberté, du brassage des cultures et des peuples, de l'espoir et de l'inventivité humaine, ville cosmopolite que tant de liens unissent à notre pays*“.[384]

---

[379] Vgl. Dieckhoff, Alain 2001, S.2.
[380] Vgl. Védrine, Hubert zitiert in Le Monde vom 18.09.2001.
[381] Jospin, Lionel, Allocution du Premier Ministre Lionel Jospin à l'Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale – Extraits, 24.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[382] Halimi, Serge, Tous américains?, in: Le Monde diplomatique 48/2001 10, S. 32.
[383] Moïsi, Dominique, Etats-Unis: l'hyperfragilité de l'hyperpuissance, in: Les Echos, 13.09.2001.
[384] Chirac, Jacques, Allocution du Président Jacques Chirac devant la Communauté Française, 19.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Auch was die Beurteilung der amerikanischen Außenpolitik angeht, so betonen viele französische Entscheidungsträger hoffnungsvoll eine Umorientierung der amerikanischen Außenpolitik hin zu Multilateralismus und Engagement in regionaler Konfliktbekämpfung. Viele hoffen, daß die Terroranschläge Amerika in dem Sinne verändern würden, wie es auch Pearl Harbor tat, nämlich in Richtung Öffnung, Internationalismus und Multilateralismus. So werden Zeichen der Hoffnung in der amerikanischen Außenpolitik besonders hervorgehoben, wie beispielsweise die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Pakistan, die amerikanische Schuldenzahlung an die UNO sowie die Anerkennung eines palästinensischen Staates.[385] Frankreich wünscht ein so engagiertes Amerika und begrüßt den neuen Aktivismus der USA ausdrücklich, habe es sich doch zuvor unter Bush viel zu sehr aus der internationalen Politik zurückgezogen.[386] Alles in allem entspricht die Darstellung Amerikas im französischen Diskurs der ersten Tage nach den Anschlägen dem Idealbild eines transatlantischen Partners.[387]

Die Eigenschaft, die jedoch den französischen Amerikadiskurs am meisten prägt, ist die der Verwundbarkeit *(„vulnérabilité")* oder Zerbrechlichkeit *(„fragilité")*.[388] *„Face à l'hyperterrorisme, l'hyperpuissance américaine s'est révélé hyperfragile."* [389] Äußerungen dieser Art prägen den Diskurs in allen Ebenen. Auch Védrine betont : *„Ce qui frappe [...] c'est de découvrir que le territoire américain est vulnérable et que ce n'est pas une forteresse absolument inviolable."*[390] Das Bild der USA als Zielscheibe *(„cible")* wird ebenfalls sehr gebräuchlich.[391] Auffallend ist, daß Amerika im französischen Diskurs meist in einer passiven Rolle beschrieben und als unschuldiges Opfer dargestellt wird, was bisher selten der Fall war. Chirac spricht von den Amerikanern als *„premières victimes"*[392] und stellt fest: *„La violence frappe des innocents"*[393]. So stellen auch die ersten französischen wissenschaftlichen Analysen heraus, daß dies das erste Mal seit 1812 war, daß die USA auf ihrem eigenen Territorium von einem externen Feind angegriffen wurden und die Zahl der Toten dabei an einem Tag dreimal größer war als in Pearl Harbor und einem Achtel der Opfer des Vietnam-Krieges gleichkomme.[394] Die Verwundbarkeit der USA zeige sich auch darin, daß die

---

[385] Védrine, Hubert, Entretien du Ministre avec France2 – Question Ouverte, 20.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[386] Ebd.
[387] Vgl. Vaïsse, Justin 2003.
[388] Nur vereinzelt hatten französische Diskursträger schon in den Jahren zuvor von einer besonderen Verwundbarkeit der USA durch Terrorismus gesprochen, so z.B. Dominique Moïsi 1997, S. 109.
[389] Moïsi, Dominique, Etats-Unis: l'hyperfragilité de l'hyperpuissance, in: Les Echos, 13.09.2001.
[390] Védrine, Hubert 14.09.2001.
[391] Vgl. z.B. Montbrial, Thierry de, Les leçons de la vulnérabilité, in: Le Figaro, 18.09.2001.
[392] Chirac, Jacques 13.09.2001.
[393] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[394] Boniface, Pascal, The Lessons of September 11, in: International Spectator 36/2001 4, S. 14.

Anschläge genau die Symbole amerikanischer Macht trafen: die militärische Macht des Pentagons, die wirtschaftliche Macht des World Trade Centers, auch beinahe das Zentrum nationaler und internationaler politischer Macht: das Weiße Haus. Manche gingen sogar so weit, die Terroranschläge als Vergewaltigung („*viol*“) Amerikas zu bezeichnen, was wohl ein noch drastischeres Bild der Verwundbarkeit impliziert.
Diese Eigenschaft der Verwundbarkeit scheint auf den ersten Blick überhaupt nicht vereinbar mit der Konzeption einer Supermacht Amerika zu sein. Einige Diskursträger unternehmen jedoch den Versuch, die Verwundbarkeit mit dem Phänomen der Supermacht zu vereinbaren, und erklären die Terroranschläge gerade als Konsequenz eines übermächtigen Auftretens der USA, das von den Unterdrückten in der asymmetrischen Beziehung in Form eines Racheaktes bestraft wurde. So schmückt Justin Vaïsse das Bild der Vergewaltigung Amerikas noch näher aus und bezeichnet den 11. September als *„perte d'innocence qui sanctionne la fin de cette période d'hégémonie heureuse“*.[395] In diesem Zusammenhang wird in Frankreich immer wieder die Frage nach der Mitschuld Amerikas an den Terroranschlägen aufgeworfen.[396]

Auf die Frage, ob die Terroranschläge des 11. September auch Europa hätten treffen können, findet man im französischen Diskurs unter denjenigen, die noch zwischen *„eux“* und *„nous“* unterscheiden, meistens die Antwort, daß die Anschläge ganz klar Amerika galten. Was nicht eindeutig im Diskurs beantwortet wird, ist: Sollten die Anschläge Amerika treffen für das, was Amerika ist, oder für das, was Amerika tut? Jedenfalls werden im französischen Diskurs nicht wenige Stimmen laut, die die amerikanische Außenpolitik vor dem 11. September 2001 beschuldigen, regionale Konflikte vernachlässigt und so die Entstehung von Terrorismus begünstigt zu haben. Der Abgeordnete der Grünen Noëlle Mamère beschrieb Osama Bin Laden als „Monster“, das von der amerikanischen Außenpolitik gezeugt wurde.[397] Diese an die Frankenstein-Filme angelehnte Formulierung drückt eine Schuldzuweisung an die USA aus. Die amerikanische Politik wird ebenfalls von dem ehemaligen französischen Außenminister Roland Dumas kritisiert, der die Anschläge in Zusammenhang mit der amerikanischen Nahostpolitik sieht.[398] Viele Franzosen werden auch nicht müde, darauf hinzuweisen, daß Amerika noch kurz vor den Attentaten sich aus dem OECD-Programm

[395] Vaïsse, Justin 2001, S. 177.
[396] Vgl. Clemons, Steven C., Les Etats-Unis victimes de leur excès de puissance, in: Le Monde Diplomatique – Manière de voir 60/2001 12, S.4.
[397] Mamère, Noëlle in einem Interview mit France3 Corse, zitiert in: Bacqué, Raphaëlle, Droite et gauche refusent un engagement sans condition derrière les Etats-Unis, in: Le Monde, 17.09.2001.
[398] Aussagen Roland Dumas abgedruckt in Le Monde vom 17.09.01.

gegen Geldwäsche und Steuerparadiese zurückgezogen hatte[399]. Die Anschläge seien zwar nicht unbedingt vorhersehbar gewesen, jedoch hätten die USA besser daran getan, in Sicherheitsdienste zu investieren, anstatt in technologische Überlegenheit. Prävention und Solidarität wären wesentlich besser gewesen, anstatt nun Bestrafung und Vergeltung.[400]

Im Diskurs fällt auf, daß entsprechend der Konzeption der „*hyper-puissance*" Amerika nun die Ereignisse des 11. September als Form eines „*hyper-terrorisme*" bewertet werden.[401] Dies impliziert nicht nur einen formellen, sondern auch einen inhaltlichen Zusammenhang derart, daß Hyperterrorismus die Konsequenz der Hypermacht Amerikas sein könnte. Ein anderesmal wird der 11. September als *„terrorisme new look"*[402] bezeichnet. Auffallend ist auch hier, daß gerade in dem Zusammenhang mit Terrorismus ein anglo-amerikanischer Zusatz gewählt wurde, was doch die französische Sprache gar nicht gerne tut. Des weiteren werden auch einige pejorative Bilder für Amerika gebraucht, wenn z.B. Amerika als *„La Mecque de la mondialisation financière"*[403] oder als Inbegriff des Kapitalismus bezeichnet wird. Daneben bringen auch einige wenige ganz andere als die oben genannten historischen Daten in Verbindung mit Amerika nach dem 11. September. Nicht nur Pearl Harbor oder die Ermordung Kennedys werden angesprochen, sondern auch die zahlreichen Militäraktionen der USA der vergangenen Jahre in Grenada, Libyen, Panama, Irak, Somaili, Haiti, Afghanistan, Sudan und Jugoslawien.[404] Auch die Darstellung Amerikas als Hegemon sowohl im militärischen als auch im ökonomischen und kulturellen Bereich wird nicht vollständig aus dem Diskurs nach dem 11. September ausgeblendet. Viele Diskursträger befürchten sogar nach dem 11. September eine Stärkung des amerikanischen Imperiums, das fortan noch stärker als bisher unilateral handeln werde.[405] In diesem Zusammenhang wird gerne auf das immer stärker ansteigende Verteidigungsbudget der Amerikaner hingewiesen, dessen Abstand zum französischen Verteidigungsbudget sich immer mehr vergrößert. Der 11. September sei geradezu ein Anlaß für die Bush-Administration gewesen, die „leadership" der Supermacht USA auszubauen. Diese Argumente werden vor allem im Zusammenhang mit der französischen Angst vor einem unüberlegten Militärschlag der USA in Afghanistan genannt, von dem viele befürchten: *„les Etats-Unis vont répliquer de la manière la plus brutale"*.[406]

---

[399] Beltran, Jacques/Parmentier, Guillaume, Les Etats-Unis à l' épreuve de la vulnerabilité, in: Politique étrangère 4/2001, S. 782.
[400] Boniface, Pascal 2001, S. 18.
[401] Vgl. Vaïsse, Justin, Diplomatie américaine: un nouveau leadership? L'Hyper-puissance au défi de l'Hyper-terrorisme, in: Politique Internationale, 11/2001, S. 177-189.
[402] David, Dominique, 11 septembre: premières leçons stratégiques, in: Politique étrangère 4/2001, S. 766.
[403] Ebd., S. 766.
[404] Halimi, Serge 2001, S.32.
[405] Vaïsse, Justin, 2001, S. 180.

„Nous sommes tous Américains“ (Level 2)

Die erste Zeit unmittelbar nach den Attentaten erlebt man im französischen Diskurs als eine Zeit der Einstimmigkeit und Zusammengehörigkeit, die in diesem Ausmaß wohl einzigartig in der Geschichte der französisch-amerikanischen Beziehungen ist. Dieses Phänomen wird von einigen Wissenschaftlern als *„l'esprit du 12 septembre“*[407] bezeichnet. Die dominante französische Konstruktion der französisch-amerikanischen Beziehungen ist die einer Gemeinschaft, die man im engeren Sinne als eine Schicksalsgemeinschaft begreifen könnte. *„Nous sommes tous américains“*[408]! So titelt der Chefredakteur von Le Monde am Tag nach den Terroranschlägen, um die französische Solidarität mit den Amerikanern auszudrücken. Nach Umfrageergebnissen tut er das nicht zu Unrecht, denn 96% der Franzosen erklären sich zu diesem Zeitpunkt völlig solidarisch mit Amerika und der amerikanischen Regierung. Ein Konzept der Zusammengehörigkeit ist besonders bei der Medienberichterstattung zu spüren.[409] In fast allen französischen Tageszeitungen[410] und in der Radioberichterstattung[411] ist die Formel *„Nous sommes tous des Américains“* zu finden, von französischem Anti-Amerikanismus keine Spur. Lediglich von einigen Diskursträgern wird bezweifelt, daß plötzlich alle Franzosen Amerikaner geworden sind.[412] Was im Gesellschaftsdiskurs oft gehört wird, das spricht Staatspräsident Chirac ganz offen aus: *„Depuis le 11 septembre, tous les Français ont dans leur coeur une part d'Amérique“*[413]. Direkt nach den Anschlägen wird in der Fernsehberichterstattung fast permanent die amerikanische Uhrzeit eingeblendet und wird Teil der französischen Normalität. Amerika ist mit einem Mal ein starkes Stück näher zu Frankreich gerückt. Die Medienberichterstattung der französischen Korrespondenten läuft sogar teilweise auf englisch, was zuvor in der französischen Gesellschaft ganz verpönt war. Im gesamten Diskurs ist plötzlich von *„nous“* und *„tous“*[414] die Rede, auch in den Verlautbarungen Chiracs liegt jetzt die Betonung auf Gemeinsamkeit: *„Ensemble nous ferons face! [...] C'est face aux épreuves de l'histoire que le lien unissant la France et les Etats-Unis*

---

[406] Moïsi, Dominique, C'est la guerre du terrorisme international, in: La Tribune, 12.09.2001.
[407] Vgl. Vaïsse, Justin 2003.
[408] Colombani, Jean-Marie, Nous sommes tous américains, in: Le Monde, 13.09.2001.
[409] Vgl. die Antwort der Politologin und Journalistin Nicole Bacharand in einem Interview auf France Inter am 18.09.2001: „And remember this: We are all Americans!“, zitiert bei: Halimi, Serge 2001, S. 32.
[410] Als Beispiele seien hier genannt die Beiträge von Jean-Marie Colombani in Le Monde, Serge July in Libération, Michel Schifres in Le Figaro, Jean Daniel in Le Nouvel Observateur, Claude Imbert in Le Point und Denis Jeambar in L'Express in der Woche vom 11.09.2001.
[411] Vgl. zahlreiche Radioberichte bei France Inter oder France-Musiques.
[412] Vgl. Mondzain, Marie-José, Je ne me sens pas américaine, in: Le Monde, 18.09.2001 oder Solé, Robert, Tous Afghans?, in: Le Monde, 22.09.2001.
[413] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[414] Vgl. Chirac, Jacques, Allocution du Président de la République, 11.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

s'est toujours montré le plus solide. Il est indéfectible."[415] Auch Premierminister Jospin spricht poetisch von einem historischen Band zwischen Amerika und Frankreich und stellt fest: *„Le peuple américain a su combattre avec nous aux heures les plus difficiles de notre histoire. Alors qu'il est aujourd'hui dans le malheur, nous nous tenons à ses côtés.*"[416] Wenige Wochen später drückt er dieses Konzept noch präziser aus und bezeichnet Amerika als „*nation alliée à qui nous devons la victoire sur le nazisme, le peuple ami avec lequel nous partageons l'affirmation de l'ideal démocratique*".[417] Von einem französischen Unabhängigkeitsstreben scheint keine Spur mehr zu sein, und Außenminister Védrine verkündet als Dritter im Bunde die französische Solidarität mit Amerika. Der gesamte Regierungsdiskurs beschreibt geschlossen eine Konzeption der französisch-amerikanischen Gemeinschaft, maßgebliche Schlagwörter dabei sind : Freundschaft[418], Vertrauen anstatt Mißtrauen[419], Einheit und Partnerschaft[420] sowie Verantwortung[421]. Daneben wird auch die Metapher „Familie" sehr oft gebraucht : Chirac spricht von der französischen *„fraternité"* innerhalb einer internationalen Familie[422], einige Kommentatoren sprechen auch von einem französischen mütterlichen Verhalten gegenüber dem Sprößling Amerika.[423] Die familiäre Verbindung zwischen den beiden Nationen wird noch weiter ausgebaut, als sogar von der französischen Hauptstadt Paris als New Yorks „Nachbar" und „Bruder" geredet wird. Darüber hinaus wird auch das Konzept des „Westens" als Wertegemeinschaft wiederbelebt, in der Demokratie, Menschenrechte und Freiheit verankert sind.[424]

Neben diesen emotional aufgebauten Konzepten findet man zur gleichen Zeit in den französischen Köpfen auch ein eher rational gedachtes Konzept französisch-amerikanischer Partnerschaft. Frankreich will als Partner Amerikas ernstgenommen werden, in einem Moment, in dem die USA auf Hilfe angewiesen sind. Frankreich weiß, daß man im Ernstfall in einer Partnerschaft immer zusammenhalten muß: *„Il y a un point sur lequel il ne peut pas y avoir des divergences de vues, où il ne peut pas y avoir de différences*"[425]. Insgesamt gibt sich Frankreich im Diskurs seinem Partner gegenüber sehr aufgeschlossen und versucht sogar,

---

[415] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[416] Jospin, Lionel 24.09.2001.
[417] Jospin, Lionel, Discours du Premier Ministre Lionel Jospin à l'Assemblée Nationale, 03.10.01, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[418] Jospin, Lionel 24.09.2001.
[419] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[420] Védrine, Hubert 20.09.2001.
[421] Jospin, Lionel 24.09.2001.
[422] Chirac, Jacques, 13.09.2001.
[423] In diesem Zusammenhang wurde der Begriff „maternage" von Michel Schneider geprägt.
[424] Chirac, Jacques/Bush, George W. Point de presse conjoint des Présidents Jacques Chirac et George W. Bush, 18.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[425] Chirac, Jacques, 13.09.2001.

die USA zu verstehen. Auf amerikanische Ausdrücke wie „Kampf des Guten gegen das Böse" reagiert Védrine:

> *„Je ne crois pas qu'il faille prendre au pied de la lettre ces formulations. C'est un mode d'expression qui est trés caractéristique de la politique américaine et qui peut surprendre parfois en Europe [...] Il y a une façon de s'exprimer que nous devons être capables de décoder, c'est la façon de parler en Amérique."*[426]

Frankreich versteht darüber hinaus unter einer transatlantischen Partnerschaft auch eine Aufteilung der Verantwortung. Während Amerika mit dem Kampf gegen den Terrorismus beschäftigt sei, könne Europa größere Verantwortung für die Sicherheit auf dem alten Kontinent übernehmen. Die französische Hoffnung auf gute Zusammenarbeit in dieser Partnerschaft wird immer wieder unterstrichen: *„Si nous agissons ensemble, Américains et Européens, nous avons plus de chance par y parvenir [...] un nouveau moment commence."*[427]

Diese Zusammenarbeit erhofft sich Frankreich in Form einer Koalition; der Gebrauch des Wortes *„coalition"* deutet darauf hin, daß Frankreich seinen Handlungsspielraum bewahren möchte und zugleich zur Kooperation bereit ist. Jedoch wird auch das Verhalten Amerikas in dieser Koalition von einigen wenigen kritisch bewertet und diese Koalition als Einschränkung der französischen Unabhängigkeit angesehen: *„Après avoir réclamé la liberté de conduire une politique étrangère dictée par leurs seuls intérêts, les Etats-Unis exigent en effet ... une solidarité sans faille, l'alignement de leurs alliés."*[428] Während Chirac durchweg Amerika und Frankreich als enge Verbündete bezeichnet, betont Außenminister Védrine, daß Frankreich als Verbündeter Seite an Seite und nicht hinter den USA stehe, was sehr deutlich eine Gleichwertigkeit der beiden Staaten ausdrückt.[429] Des weiteren unterstreicht Védrine, daß Frankreich jederzeit das Recht habe, die amerikanische Politik zu diskutieren und unter Umständen zu kritisieren, denn Frankreich sei ein unabhängiger und freier Verbündeter Amerikas: *„nous qui sommes alliés des Etats-Unis, amis et alliés, certes pas aligné comme nous le disons toujours – nous avons notre liberté".*[430] Dieser französische Anspruch auf Unabhängigkeit von Amerika macht sich in noch stärkerer Form auch im einem nicht-dominanten Diskurs innerhalb Frankreichs Parteienlandschaft bemerkbar, am deutlichsten formuliert von Alain Juppé (RPR) und François Hollande (PS)[431]. Hollande betont, daß Frankreich seine *„singularité"* und seine Identität bewahren müsse. Es müsse ganz klar der

---

[426] Védrine, Hubert 20.09.2001.
[427] Védrine, Hubert 20.09.2001.
[428] Halimi, Serge 2001.
[429] *„Aux côtés, pas derrière eux, nous sommes de vrais alliés"* (Védrine, Hubert 20.09.2001).
[430] Védrine, Hubert 16.09.2001.
[431] Vgl. Bacqué, Raphaëlle, Droite et gauche refusent un engagement sans condition derrière les Etats-Unis, in: Le Monde, 17.09.2001.

Unterschied beachtet werden zwischen Mitleid mit dem amerikanischem Volk auf der einen Seite und Unterstützung der amerikanischen Regierungspolitik auf der anderen Seite. Einen ähnlich kritischen Diskurs findet man auch in den Diskussionsforen der Anti-Globalisierungs-Vereinigungen, die in Frankreich sehr stark vertreten sind. Die Kommunistische Partei erklärt sich hingegen solidarisch mit den Amerikanern, lediglich die Formulierung „nous sommes tous américains" wollen sie ersetzen durch „we are all citizens of the world". Auch Robert Hue trennt dabei sehr scharf zwischen dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung.[432] Das rechte Parteienspektrum zeigt sich insgesamt am atlantischsten, was in folgender Aussage von Charles Pasqua zum Ausdruck kommt: *„à partir du moment où les Etats-Unis ont été victimes d'une agression terroriste de cette importance et demandent à leurs alliés naturels leur soutien, il est normal que nous le leur donnions"*[433].

„La France - un pays civilisé" (Level 1)

Nachdem nun das französische Selbstverständnis als einer unabhängigen Staatsnation schon ausführlich bei der Analyse des Levels 2 herausgestellt wurde, braucht es an dieser Stelle nicht mehr erneut analysiert, sondern nur noch als Basic Code in Erinnerung gerufen zu werden.[434] Durch die Terroranschläge des 11. September wurden aber tiefgreifende Fragen im Diskurs aufgeworfen, die die französische Identität betreffen. Die erste Frage, die sich nach dem 11. September stellt, ist die, ob Frankreich ebenfalls bedroht ist und ebenso verwundbar wie Amerika ist. Die Antworten auf diese Frage, die im französischen Diskurs diskutiert werden, müssen selbstverständlich im Zusammenhang mit den Diskurskonstrukten vom 11. September aus dem zweiten Level gesehen werden. Frankreich wäre ebenfalls bedroht, wenn man davon ausgeht, daß der Anschlag nicht nur Amerika galt, sondern auf die gesamte westliche Welt gerichtet war. Dazu äußert sich Chirac: „*Non, ce n'est pas la puissance américaine qui a été atteinte. C'est la dignité de l'Homme, c'est la fragilité de l'être, c'est le principe même de la vie*".[435] Für ihn bedeutet das: Heute ist es New York, morgen kann es Paris sein.[436] Auch Jospin sieht Frankreich bedroht, wenn der Anschlag als Angriff auf Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einzustufen ist.[437]

---

[432] Vgl. die Ausführungen von Robert Hue in Le Monde vom 15.09.2001.
[433] Pasqua, Charles, zitiert in: Bacqué, Raphaëlle, Droite et gauche refusent un engagement sans condition derrière les Etats-Unis, in: Le Monde, 17.09.2001.
[434] Vgl. dazu der Vollständigkeit halber die Mindermeinung von Edouard Balladur, nach den Attentaten sei französischer Souveränismus völlig altmodisch geworden. (Balladur, Edouard, zitiert in: Bacqué, Raphaëlle, Droite et gauche refusent un engagement sans condition derrière les Etats-Unis, in: Le Monde, 17.09.2001.)
[435] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[436] Chirac, Jacques/Annan, Kofi, Point de presse conjoint du Président Jacques Chirac et du Sécrétaire Général des Nations Unies Kofi Annan, 19.09.01, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].
[437] Jospin, Lionel 24.09.2001 und 3.10.2001.

In dieser Debatte sieht sich Frankreich selbst immer als Teil des Westens und vor allem als Teil der zivilisierten Welt, als *„pays civilisé“*.[438] Nimmt man an, wie dies von einigen vertreten wird, daß die Terroranschläge das Produkt einer entwickelten Wohlstandsgesellschaft sind, dann wäre Frankreich in diesem Sinne ebenfalls bedroht. Geht man weiterhin davon aus, daß die Anschläge unter Umständen zu einem Kampf der Kulturen oder zur Schaffung eines Feindbildes Islam führen können, dann wäre Frankreich in diesem Moment ebenfalls bedroht. Die diskursive Konzeption von Frankreich als Einwanderungsland, Heimat von fünf Millionen Muslimen und dem Islam als zweitstärkster Religion in Frankreich wird in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt und die französische Verbundenheit mit den arabischen Staaten unterstrichen. Frankreich sieht sich dabei selbst als multikulturelle Gesellschaft, als Gesellschaft der Toleranz und Offenheit.[439] Die Werte, für die Frankreich steht und die in der französischen Gesellschaft verankert sind, sind Demokratie, Respekt für die Mitmenschen, Akzeptanz von Unterschieden, Solidarität und Dialog. Denn wenn von Frankreich gesprochen wird, werden die arabischen Einwanderer immer miteinbezogen.[440] Dieser Idealfall wird oft proklamiert, im kleineren Maßstab wird allerdings auf die Terroranschläge vom 11. September hin durchaus Kritik an Frankreichs Einwanderungspolitik geübt und darauf hingewiesen, daß nur solche Menschen die französische Staatsbürgerschaft erlangen sollten, die sich „der französischen Gesellschaft angepaßt haben, der französischen Sprache mächtig sind, sich in der französischen Geschichte auskennen und die gesellschaftlichen Regeln Frankreichs akzeptieren“.[441] Unter diesem Gesichtspunkt werden auch verstärkt die französischen Erfahrungen mit Terrorismus besprochen. Im Dezember 1994 weitete sich nämlich der islamistische Terrorismus durch die Entführung einer Air-France-Maschine auch auf Frankreich aus, und schon 1994 wurde der internationale Terrorismus im Verteidigungsweißbuch als die „wichtigste nicht-militärische Bedrohung der Sicherheit Frankreichs“[442] bezeichnet. Gerade Frankreich zeigt sich sehr sensibel, was islamistischen Terrorismus betrifft, da allein zwischen 1986 und 1996 23 Terroranschläge in Frankreich verübt wurden, die auf radikale islamistische Bewegungen zurückzuführen sind.

Neben diesen gesellschaftlichen Aspekten wird als weiteres Identitätselement Frankreichs durch die Terroranschläge vom 11. September das der französischen Staatsnation angesprochen. Betrachtet man den Anschlag als Anschlag von nichtstaatlichen Akteuren auf

[438] Chirac, Jacques 13.09.2001.
[439] Chirac, Jacques 19.09.2001.
[440] Védrine, Hubert 3.10.2001.
[441] Äußerung Philippe de Villiers (Übersetzung der Verfasserin), zitiert in: Bacqué, Raphaëlle, Droite et gauche refusent un engagement sans condition derrière les Etats-Unis, in: Le Monde, 17.09.2001.

Staaten, so wäre Frankreich ebenfalls bedroht. Daß in diesem Falle die Bedrohung von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht, widerspricht zudem Frankreichs zentraler Annahme, daß die Akteure der internationalen Politik hauptsächlich Nationalstaaten sind. Frankreichs Identität und Aufgabe als „Staat" wird daher erneut im öffentlichen Diskurs debattiert, geht es doch um das wichtigste Element der französischen Identität überhaupt. Die Sicherheit des Staates gilt weiterhin als oberstes Ziel der Politik, sogar in noch etwas stärkerem Maße als vorher. Der „Schutz des Territoriums" wird als wichtigste Aufgabe des Staates angesehen, wobei die französische Armee den *„coeur de la nation"* bildet.[443] Unter diesem Aspekt wird auch das französische Selbstverständnis als Militärmacht wieder aktiviert. In ähnlicher Weise macht sich das französische Identitätselement „international handelnder Akteur" weiterhin im Diskurs bemerkbar. Die internationale Präsenz Frankreichs unterstreicht man in allen Reden, und man demonstriert die französische Entschlossenheit zu handeln: *„Elle [la France] fera ce qui doît être fait"!*[444] Jospin fügt an, daß Frankreich trotz der Ereignisse des 11. September einen kühlen Kopf bewahren müsse, um eine Perspektive für ein handlungsfähiges Frankreich zu entwickeln.[445] In einem weniger starken Ausmaß wird auch die französische Identität Frankreichs als Teil Europas im Diskurs nach dem 11. September bestätigt. Frankreich sieht sich vor allem als Teil jenes Europas, das in der Welt nach dem 11. September eine bedeutende Rolle zu spielen hat *(„l'Europe puissance").* Hier wird beispielsweise an eine gemeinsame europäische Politik mit französischer Führungsrolle gegenüber den arabischen Staaten und dem Nahen Osten oder an eine europäische Friedenssicherung auf dem Balkan gedacht. Aufgrund des 11. September wird die kollektive Dimension von Politik immer wieder in den Vordergrund gestellt, und für Frankreich kann das nur eine europäische Politik bedeuten.

4.2.3 Zwischenergebnis

Bei der Analyse des außenpolitischen Verhaltens Frankreichs gegenüber Amerika fällt zunächst auf, daß es unmittelbar nach dem 11. September 2001 sehr emotional ist und die französische Solidarität mit Amerika und den französischen Kampf gegen den Terrorismus bedeutet. Fuhr in den Tagen zuvor das französische Verhalten noch auf Oppositionskurs zur amerikanischen Politik, so steht nun die französische Außenpolitik ganz im Zeichen der Kooperation. Die Unabhängigkeit des französischen Handelns ist nur leicht eingeschränkt, da

---

[442] Livre blanc sur la défense, Paris 1994, S. 38.
[443] Jospin, Lionel 24.09.01.
[444] Chirac, Jacques 11.09.2001.
[445] Jospin, Lionel 24.09.01.

die Kooperation entweder auf bilateraler Ebene oder in dem losen Zusammenschluß der Anti-Terror-Koalition erfolgt. Alle diese Verhaltensformen sind jedoch schon im ersten Teil der Arbeit festgestellt worden, das bedeutet, das französische Verhalten hat sich nicht komplett verändert, es hat sich lediglich eine Verschiebung der bereits existierenden französischen Handlungsformen gegenüber Amerika ergeben. Ein ähnliches französisches Verhalten wurde schon zuvor in internationalen Krisenzeiten festgestellt, so z.B. in der Kubakrise, als Amerika ebenfalls bedroht wurde und Frankreich Amerika seine Unterstützung zusicherte. Es hat den Anschein, als ob nach dem 11. September die französisch-amerikanischen Beziehungen einen historischen Höhepunkt erreicht hätten.[446] Die französische Außenpolitik scheint generell keine großen Veränderungen aufzuweisen: Frankreich zeigt sich nach wie vor sehr aktiv auf internationaler Ebene, wobei die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Priorität genießt, hinter der die Wirtschaftspolitik zurückstehen muß. Die UNO bleibt weiterhin präferierter Handlungsrahmen Frankreichs, lediglich das Handeln in der NATO und der EU wird etwas reduziert zugunsten bilateralen Handelns. Es fällt in diesem Zusammenhang auf, daß Frankreich nach dem 11. September nicht auf die sonst immer vorangetriebene ESVP zurückgreift und auf eine einheitliche europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verzichtet. Bleibt festzuhalten, daß es innerhalb des Levels 3 eine Verschiebung hin zur Verhaltensform der Kooperation und insbesondere der Solidarität gibt, während ein französischer Handlungsspielraum von vorneherein in der Anti-Terror-Koalition gewahrt wird und eine oppositionelle Haltung gegenüber Amerika zu diesem Zeitpunkt nicht nötig ist, da die amerikanische Position von französischer Seite ausdrücklich begrüßt wird.[447]

Was die diskursive Ebene in der ersten Phase anbelangt, so kann man zunächst einmal keine entscheidenden Veränderungen in der außenpolitischen Diskursstruktur Frankreichs erkennen, mit der Ausnahme, daß Frankreichs Gesellschaftsdiskurs in Fragen der Außenpolitik zugenommen hat. Durch die Terroranschläge des 11. September entsteht ein neuer Subdiskurs, der das reale Ereignis in ein diskursives Ereignis umwandelt. Der dominante Diskurs, der in der Überschrift bereits angedeutet wurde, läßt sich unter der Formel „Rien ne sera plus comme avant“ zusammenfassen. Die historisches Bedeutung des 11. September wird dermaßen in den Vordergrund des Diskurses gestellt, daß man von einem formativen Ereignis für Frankreich ausgehen kann. Lediglich die Auswirkungen bleiben noch

[446] Vgl. *„A l'aube d'une nouvelle phase historique, les relations franco-américaines sont à leur zénith.“(*Vaïsse, Justin, Etats-Unis: le regain francophobe, in: Politique Internationale 97/2002, S. 97).
[447] Vgl. die Analyse von Gordon, Philip H./Benedict Suzan, France 2001.

abzuwarten.[448] Die Definitionen und Ursachen von Terrorismus, die in Frankreich debattiert werden, sind ebenfalls bedeutsam für die Analyse, da auch sie das diskursive Amerikabild prägen. Als dominante Position läßt sich herausarbeiten, daß die Ursache in der Vernachlässigung regionaler Konflikte, besonders im Nahen Osten, zu suchen seien, die dringend gelöst werden müßten und eine Reduzierung des Ungleichgewichtes in der Welt erforderten. Weitgehende Einigkeit besteht auch darüber, daß der Islam als Religion in keinem Zusammenhang mit den Anschlägen stehe.

Das nach dem 11. September diskursiv konstruierte französische Amerikabild weicht von dem bisher vorherrschenden entscheidend ab. Neu ist hauptsächlich, daß Amerika durchweg als „verwundet" dargestellt wird. Wurde Amerika bisher meist als „Anderer" identifiziert, so werden nun Amerika und Frankreich als Teile eines Ganzen wahrgenommen. Das Konstrukt dieses Ganzen ist einmal der „Westen" oder der „Okzident", das andere Mal die „zivilisierte Welt". Die französische Faszination von Amerika, die bisher latent immer vorhanden war, wird wiederentdeckt, und von Amerika wird mit einem Male ein deutlich positiveres Bild gezeichnet als zuvor. Einige wenige bleiben jedoch amerika-skeptisch und diskutieren eine mögliche amerikanische Mitverschuldung des 11. September aufgrund der vorhergehenden amerikanischen Außenpolitik. Die Verhältnisse der konkurrierenden Diskurse, die man vereinfachend „Pro-Amerika" und „Contra-Amerika" nennen könnte, sind nach dem 11. September vertauscht. Der pro-amerikanische Diskurs ist unmittelbar nach dem 11. September zum dominanten Diskurs aufgestiegen, der von einem Idealbild des amerikanischen Partners ausgeht. Dieser Subdiskurs beeinflußt maßgeblich das Konzept der französisch-amerikanischen Beziehungen. „Nous sommes tous américains" ist hier das entscheidende und meist gebrauchte Schlagwort. Neben der traditionellen französisch-amerikanischen Freundschaft taucht der Begriff der „Gemeinschaft" auf, einmal in Form der Schicksalsgemeinschaft angesichts einer externen Bedrohung, das anderemal in Form einer Koalition, die gemeinsam handelt. Das Konzept eines transatlantischen Gleichgewichts wird nicht explizit ausgesprochen, klingt aber in dem erweiterten Konzept einer transatlantischen Partnerschaft meist mit. Die Konzeption der französisch-amerikanischen Rivalität verschwindet hingegen ganz aus dem Diskurs. Im zweiten Level sind also Verschiebungen der konkurrierenden Diskurse spürbar, insgesamt wird ein engeres französisch-amerikanisches Verhältnis konstruiert, in dem sich der Atlantik auf die Breite eines Flusses reduziert.

[448] Vgl. zur Prägekraft dieses „absoluten Ereignisses" die These von Baudrillard, Jean, Esprit du terrorisme, in : Le Monde, 05.11.2001.

Gibt es allerdings solche Verschiebungen auch in Level 1 des Waeverschen Modells? Hier ist festzustellen, daß alle vorher beobachteten Identitätsmerkmale weiterhin im Diskurs vorhanden sind: Frankreichs Selbstverständnis als Staatsnation, als Verkörperung republikanischer und universeller Werte, als internationale agierende Großmacht, als Militärmacht sowie als Teil des Westens und als Teil Europas. Der Basic Code der französischen Unabhängigkeit tritt am deutlichsten hervor. Neu dazu kommen die Identitätsmerkmale Frankreich als zivilisiertes Land und Frankreich als Einwanderungsland von Muslimen unter Betonung der französischen multikulturellen Gesellschaft. Dieser Aspekt der französischen Identität war zuvor sehr wohl latent in Frankreichs Diskurs vorhanden, jedoch vielmehr im innenpolitischen als im außenpolitischen Diskurs des Landes. Baute zuvor der außenpolitische Diskurs primär auf dem internen Identitätselement der Staatsnation auf, so spielt nun auch das interne Identitätselement der multikulturellen Gesellschaft im außenpolitischen Diskurs eine große Rolle, das sich dann in dem außenpolitischen Basic Code Frankreich als Verkörperung bestimmter Werte wie Demokratie, Achtung der Menschenwürde etc., die auf internationaler Ebene eingehalten werden müssen, niederschlägt. Eine Zusammenfassung ergibt also, daß während der ersten Phase nach dem 11. September in der diskursiven Ebene kein radikaler Wandel erkennbar ist, allerdings gibt es nicht unbedeutsame Verschiebungen in den Konzeptionen von Level 2 und geringfügige Modifikationen in Level 1.

4.3 Zweite Phase: Französische Amerikapolitik nach den Militärschlägen der USA (Oktober bis Dezember 2001)

Auch wenn die militärischen Operationen in Afghanistan noch nicht einmal einen Monat nach den Terroranschlägen vom 11. September begannen, geht die Verfasserin dennoch vom Beginn einer neuen Phase aus, da sich besonders auf der diskursiven Ebene leichte Veränderungen zum September ergaben. Einen wirklich großen Wendepunkt gibt es jedoch erst am 29. Januar 2002, als der amerikanische Präsident Bush die neue Sicherheitsdoktrin Amerikas ankündigt. Vor diesem Hintergrund gesehen, erscheint die zweite Phase als kurzes Intermezzo zwischen zwei bedeutenden Abschnitten der französisch-amerikanischen Beziehungen, nämlich dem der französischen Kooperation nach dem 11. September und dem der französischen Opposition in der Irak-Krise.

4.3.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3)

Militärische Partizipation Frankreichs

Noch bevor die Militäroperationen in Afghanistan beginnen, bietet Frankreich seine militärische Partizipation an, jedoch geknüpft an Bedingungen. Diese sind zum einen die Präzision der Operation und zum anderen eine gemeinsame Absprache, welche Ziele getroffen werden sollen. Außerdem setzt sich Frankreich dafür ein, daß die amerikanische Antwort in einem rechtlichen und multilateralen Rahmen ablaufen soll. Frankreich befürwortet eine Militäroffensive, die unmittelbar auf die Talibanhochburgen gerichtet ist, und nennt als Ziele der Operation die Zerschlagung des terroristischen Netzes von Bin Laden, die Zerstörung der militärischen Infrastruktur, die Ausschaltung der Flugabwehr sowie die Vernichtung von Camps, in denen Menschen für Terrorangriffe trainiert werden.[449] Der französische Premierminister Jospin betont immer wieder die Notwendigkeit einer „kanalisierten" Gegenoffensive, die eher moderat ablaufen solle.[450] Washington reagiert aber nur sehr zögerlich darauf und vermittelt den Eindruck, eher ohne die Alliierten vorgehen zu wollen. Auf sein Unterstützungsangebot erhält Frankreich lange Zeit keine Antwort, was zu ersten französischen Frustrationen führt.[451] So zeigt sich, daß Frankreich als Partner ernstgenommen werden will, wenn es seine Kooperation einmal angeboten hat.

Zunächst führen die USA tatsächlich die militärischen Operation fast alleine aus, die Europäer und speziell Frankreich leisten vor allem politische Unterstützung. Am 7. November protestieren jedoch die europäischen Staatschefs gegen den Alleingang, und von diesem Zeitpunkt an werden europäische Truppen miteinbezogen. Das spielt sich größtenteils im Zentralkommando der US-Armee (CENTCOM) in Tampa/Florida ab, wo auch Frankreich seine Präsenz durch General Jean-Paul Raffenne demonstriert.[452] Insgesamt gliedert sich Frankreichs militärische Partizipation in Afghanistan in drei Bereiche[453]. Zum einen nimmt Frankreich an der Operation „Enduring Freedom" teil, die direkt von den USA geplant und durchgeführt wird. Der französische Teil dieser Operation wird auch unter dem Namen „Héraclès" geführt. Dabei nimmt das französische Militär an Operationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft teil und wirkt sowohl an Aufklärungsmissionen als auch an Kampfmissionen mit. Die späteren Missionen werden im Rahmen der ISAF (International Security and Assistance Force) in Kabul durchgeführt, die aufgrund der UN-Resolution 1386

---

[449] Vgl. die Ausführungen von Verteidigungsminister Richard in der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 9.10.2001.
[450] Vgl. Godement, François, Après le 11 septembre: la riposte et sa cible, in: Politique étrangère 4/2001, S. 806.
[451] Vgl. Vaïsse, Justin 2003.
[452] Ebd.
[453] Vgl. die Ausführungen von General Ranson, in: Après le 11 septembre : conséquences stratégiques pour la France. 1re partie – „Le constat", Colloque CEDN-FRS, in: Défense Nationale 58/2002 10, S. 181f.

gebildet wurde. Davon ist der französische Teil der Operation unter dem Namen „Pamir“ bekannt, der ca. 500 Soldaten umfaßt. Parallel dazu werden in einer auschließlich französisch-amerikanischen Operation afghanische Einheiten gebildet, die unter dem Namen „Epidote“ agieren. Zusätzlich setzt Frankreich später rund ein Viertel seiner Seestreitkräfte in der Operation „Enduring Freedom“ ein.[454] Am 13. November wird Kabul von den Amerikanern eingenommen, so daß es anschließend zu einer Aufgabenteilung zwischen Amerika und Europa kommt: Amerika übernimmt weiterhin die militärischen Operationen, während sich die europäischen Staaten und insbesondere Frankreich um die Friedenskonsolidierung und Rekonstruktion des Landes bemühen. Dabei werden allerdings weitgehend die Aktivitäten der EU-Staaten nicht mehr koordiniert, und es scheint darauf anzukommen, welcher europäische Staat sich am solidarischsten gegenüber Amerika zeigt.[455] Vielfach entsteht eine Konkurrenz zwischen den Engländern in Bagram und den Franzosen, die vom 2. Dezember 2001 bis 31. Januar 2002 in Mazar-i-Sharif stationiert sind. Auch für Frankreich steht das nationale Handeln im Vordergrund, obwohl es sich zuvor noch vehement für eine gemeinsame Politik der Europäer in Form der ESVP eingesetzt hat.

Trotz der französischen Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus wird von französischer Seite auch wieder Kritik an der US-amerikanischen Politik geäußert. So gibt es beispielsweise französisch-amerikanische Unstimmigkeiten darüber, wie mit den in Afghanistan festgenommenen Taliban umgegangen werden soll, die die USA nach Kuba zum Stützpunkt Guantanamo gebracht haben. Hauptstreitpunkt ist die Tatsache, daß die USA diesen Festgenommenen nicht den Status der Kriegsgefangenen zuerkennt, der durch die Genfer Konvention abgedeckt ist.[456]

Der Kampf gegen den Terrorismus geht weiter

Frankreich zeigt sich aber nicht nur auf militärischer Ebene aktiv im Kampf gegen den Terrorismus, wenngleich die französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der neuen Situtation angepaßt wird. Dabei geht es um eine Anpassung der militärischen und technologischen Mittel bei gleichzeitiger Verbesserung des juristischen Rahmens sowie einer Neudefinition der europäischen diplomatischen und militärischen Ambitionen.[457] Zu diesem Zweck wird in Frankreich ein „Modell 2015“ ausgearbeitet, das die Einbeziehung des Militärs in Missionen innerer Sicherheit regelt sowie Instrumente der Koordination ziviler und

[454] Für genaue Zahlen siehe: Ministère de la Défense, French Military Contribution to the Fight against Terrorism, Communiqué from the French Ministry of Defense, 07.03.2002, http://www.info-france-usa.org [08.04.02].
[455] Vgl. Vaïsse, Justin 2003.
[456] Ebd.

militärischer Komponenten vorsieht. Hierzu zählen auch der Einsatz von Helios-Satelliten der zweiten Generation, eine Ausweitung der Kapazitäten im Bereich „*frappe dans la profondeur*“ und eine Erhöhung der Ausgaben für Forschung im Bereich der biologischen Verteidigung.[458]

Auch nach außen hin zeigt sich Frankreich in allen Bereichen sehr aktiv. Zusammen mit den anderen europäischen Staaten übernimmt es die amerikanischen Verantwortungsbereiche im Krisengebieten des ehemaligen Jugoslawiens und meistert eigenständig die Probleme in Mazedonien. Außerdem spielt es eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung terroristischer Netzwerke, da Frankreich die Anti-Terror-Koalition mit Geheimdienstauskünften aus erster Hand beliefert.[459] Von zentraler Bedeutung sind dabei die französischen Einheiten der DST und DGSE, die sich sehr gut mit den islamistischen Netzwerken und besonders denen der Al Kaida auskennen, da sie schon seit den Attentaten 1995 verstärkt Recherchen durchgeführt haben und somit den USA einen Schritt voraus sind. Die französischen Geheimdienste unterhielten während der Recherchen auch enge Beziehungen zur Nordallianz. Diese Daten werden mit Hilfe des französischen Militärsatelliten Helios kombiniert, so daß sie genaue Informationen über Taliban Trainig Camps liefern, die dann von der US-Air-Force angegriffen werden können. In ähnlicher Weise zeigt sich Frankreich kooperativ bei der Zusammenarbeit mit den USA auf polizeilicher und gerichtlicher Ebene.

Auch mit den anderen europäischen Staaten arbeitet Frankreich eng zusammen und unterstützt jegliche europäischen Bestrebungen im Kampf gegen den Terrorismus. So werden auf der außerordentlichen Ratssitzung am 19. Oktober in Gent 79 konkrete Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus verabschiedet und die Resolution 1373 in das Europäische Gemeinschaftsrecht aufgenommen. Darüber hinaus beweist Frankreich auch sehr viel Eigeninitiative und präsentiert einen eigens entwickelten „Aktionsplan Afghanistan“, der den politischen Wiederaufbau Afghanistans betrifft. Der Plan sieht vor, günstige Bedingungen zu schaffen, um es den Afghanen zu ermöglichen, wieder selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Gerade Frankreich beteiligt sich verstärkt an den humanitären Hilfsaktionen in Flüchtlingslagern in Pakistan, Tadschikistan und im Iran, die durch EU und UNO koordiniert werden. Nicht nur die Regierung, sondern auch diverse französische NGOs beteiligen sich daran, und Frankreich gibt rund 226 Millionen Francs für humanitäre Hilfsaktionen in Afghanistan aus.

---

[457] Gautier, Luis 2002, S. 2-21.

[458] Für Details des Anpassungskonzeptes sowie Angaben zum französischen Verteidigungshaushalt vgl. Gautier, Luis 2002, S. 17f.

[459] Vgl. Vaïsse, Justin 2003.

4.3.2 Französische diskursive Konstruktionen (Level 2 und 1)

Mit Beginn der militärischen Operationen in Afghanistan beginnt sich auch der französische Diskurs graduell zu verändern. Die Übergänge sind zugegebenermaßen fließend und auch die Diskurskonstruktionen der ersten Phase unmittelbar nach den Anschlägen nicht völlig verschwunden. Dennoch sind Veränderungen im Diskurs erkennbar, die an dieser Stelle kurz dargestellt werden sollen. Insgesamt ist der französische Diskurs etwas weniger emotional gefärbt, und das Diskurskonstrukt vom 11. September als wichtigem historischen Einschnitt wird langsam relativiert. Besonders der französische Außenminister Védrine läßt des öfteren verlauten, daß sich durch den 11. September nicht viel verändert habe, denn die grundlegenden Konflikte habe es vorher schon gegeben und sie seien immer noch zu lösen. Dies gelte besonders für den Nahostkonflikt, von dem er sagt: *„Nous n'avons pas attendu le 11 septembre pour nous engager de toutes nos forces dans la paix au Proche-Orient.“*[460] Außerdem gebe es noch viele andere Konflikte in der Welt, die Frankreich nicht erst durch den 11. September wahrgenommen habe. Auch Bin Ladens Propaganda sei in Frankreich schon seit Jahren bekannt gewesen, von einer Überraschung ist keine Rede mehr: „*Tout cela, nous savons, nous le disons depuis des années*“.[461]

Was die Militäraktion in Afghanistan betrifft, so betont Védrine, daß sie aus sich heraus notwendig sei und daher der französische Einsatz nicht auf Solidarität gegenüber den Amerikanern zurückzuführen sei. Was immer wieder als wichtiger Punkt herausgestellt wird, ist, daß es sich dabei nicht um einen Krieg *gegen* Afghanistan handele, sondern um eine Intervention *in* Afghanistan, die gegen Bin Laden gerichtet sei. Der französische Premierminister Jospin zeigt sich dagegen zurückhaltender, was das militärische Engagement in Afghanistan angeht, und äußerte wie auch einzelne Mitglieder aller französischen Parteien, Sorgen um die Zivilbevölkerung in Afghanistan und um die Effektivität der Militäraktionen.[462] So wird im französischen Diskurs der Fall von Kabul keineswegs als amerikanischer „Sieg“ gewertet, da die Ursachen des Terrorismus weiterhin noch bestehen, sondern statt dessen auf die humanitäre Katastrophe in Afghanistan verwiesen.[463] Die Kommunistische Partei unter Robert Hue lehnt sogar eine französische militärische Partizipation gänzlich ab. Auch aus Kreisen der Grünen wird geäußert, daß Krieg nicht das richtige Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus sei, sondern internationale Gesetze zum

---

[460] Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères Hubert Védrine avec „France Inter“ et „France Info“, 08.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].
[461] Ebd.
[462] Jospin, Lionel, Réponse du Premier Ministre Lionel Jospin à une question d'actualité à l'Assemblée Nationale, 09.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].
[463] Chirac, Jacques, Intervention télévisée du Président de la République, 07.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Kampf gegen Armut notwendig seien. Diese Einstellung wird von einem großen Teil der Gesellschaft mitgetragen, besonders in der Banlieue, wo der Anteil an Muslimen ziemlich hoch ist.

Auch im Subdiskurs „Amerika“ bahnen sich zu dem Zeitpunkt leichte Veränderungen an. Während die Regierung die Reaktion der Vereinigten Staaten durchaus als unausweichlich und notwendig darstellt[464], verfolgt man im Gesellschaftsdiskurs das amerikanische Verhalten mit Unbehagen und beurteilt es konträr unter dem Aspekt „Auge um Auge, Zahn um Zahn“[465]. Besonders in den Medien ist seit Oktober 2001 ein eher negatives Amerikabild auf dem Vormarsch[466], das sich vor allem an den immer stärker zunehmenden USA-feindlichen Analysen aus Ländern der dritten Welt orientiert, zu denen Frankreich traditionell enge Verbindungen unterhält.[467] Der Dauerkritikpunkt des amerikanischen Unilateralismus wird an keiner Stelle ausgelassen, und die amerikanische Einstellung „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ wird ebenfalls stark verurteilt. Die Anzahl der USA-kritischen Artikel in der Tagespresse nimmt wieder zu[468], und auf einmal wird auch die amerikanische Außenpolitik bezüglich der Ablehnung des Kyoto-Protokolls wieder diskutiert.[469] Als so das Idealbild des transatlantischen Partners relativiert wird, entstehen auch wieder leichte Veränderungen in den Konstruktionen der französisch-amerikanischen Beziehungen. Die zuvor proklamierte „völlige Solidarität“ der Franzosen mit den Amerikanern sieht man nun in einem ganz anderen Licht. Eine französische Solidarität am 11. September sei durchaus vereinbar mit einer Nicht-Solidarität Frankreichs am 8. Oktober, man könne sich solidarisch mit den Vereinigten Staaten erklären, wenn diese angegriffen würden, dürfe sich aber nicht blind der amerikanischen Reaktion anschließen. *„Solidarité totale, mais engagement conditionnel“*[470]! Auch Védrine ließ verlauten, der französische Kampf gegen den Terrorismus geschehe keinesfalls aus Solidarität zu Amerika, sondern weil er im französischen Interesse liege. Daher werde eine Kooperation mit den USA nur unter bestimmten Bedingungen angestrebt.[471] Des weiteren stellt man den internationalen Charakter der Beziehungen in den Vordergrund. Mal ist von euro-atlantischen Beziehungen die Rede, und mal wird als Handlungsrahmen ausschließlich die UNO gesehen. In der Partnerschaft ist der Handlungsspielraum für Frankreich besonders wichtig, schließlich entwickelt Frankreich

---

[464] Védrine in Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, 09.10.2001.
[465] *„Oeil pour oeil...“* in: Halimi, Serge 2001, S. 32
[466] Chomsky, Noam, Cette Amérique qui n’apprend rien, in: Le Monde vom 22.11.2001.
[467] So z.B. Fahari A., Tant pis pour l’Oncle Sam, in: L’Expression/Alger.
[468] Als Beispiel sei verwiesen auf folgenden Artikel: Montbrial, Thierry de, Un terrorisme révolutionnaire et nationaliste, in: Le Figaro, 4.10.2001.
[469] Lepetit, Pierre, Peut-on mettre en oeuvre Kyoto sans les Etats-Unis?, in: Les Echos, 07.11.2001.
[470] Äußerung von Alain Juppé in der Sitzung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 09.10.2001.
[471] Védrine, Hubert 10.10.2001.

seine eigenen Vorstellungen, wie der Terrorismus zu bekämpfen ist[472], nämlich man müsse das Übel an den Wurzeln bekämpfen, anstatt gegen bloße Symptome vorzugehen.

Wenn es um Frankreichs Selbstverständnis geht, steht auch in dieser zweiten Phase das der französischen Unabhängigkeit ganz klar im Vordergrund. Daneben steht auch Frankreichs Handlungsfähigkeit und internationale Einflußnahme ganz hoch im Kurs. Als sich Präsident Bush für einen palästinensischen Staat ausspricht, verweisen französische Entscheidungsträger gerne darauf, daß dies die Haltung der Europäer seit drei Jahren und die Frankreichs seit 19 Jahren sei.[473] Besonders Hubert Védrine zeichnet im Diskurs ein sehr aktives Selbstbild von Frankreich: *„La France est l'un des pays qui a le plus agi pour que l'on essaie de surmonter ces maladies du monde"* und *„La politique étrangère de la France est la plus engagée pour résoudre ces problèmes"*[474]. Während er sein Land bei den Militäroperationen zur besonderen Wachsamkeit aufruft, zeigt sich der Abgeordnete Pierre Lelouche (RPR) besorgt darüber, daß Frankreich in Zukunft unter „ferner liefen agieren und an internationaler Bedeutung verlieren würde". [475] Bei diesen Debatten wird ebenfalls das Selbstverständnis Frankreichs als Militärmacht recht häufig angesprochen. Für Frankreich, so sind sich fast alle einig, haben die Angriffe von Al Kaida auf amerikanischem Boden das Gesicht des Krieges verändert. Durch seine militärische Partizipation in Afghanistan wird auch deutlich, daß Frankreich an die Grenze seiner militärischen Kapazitäten stößt. Es werden Vergleiche zwischen amerikanischen und französischen Fähigkeiten gezogen und eine öffentliche Diskussion unter dem Stichwort *„L'armée française est-elle nulle?"*[476] geführt.
Eine weitere Debatte, die im Zusammenhang mit Frankreichs Militärmachtsanspruch geführt wird, ist die, was mit der französischen Atomstreitmacht nach dem 11. September geschehen solle. Ist sie morgen noch von Bedeutung, wenn es zum Einsatz antiballistischer Systeme kommt? Wie soll man sie gegen nichtstaatliche Akteure einsetzen? Das sind einige der Fragen, die aufgeworfen werden. Aber schließlich wird im größten Teil des Diskurses der essentielle Beitrag der französischen Atomstreitmacht zur Sicherheit Frankreichs und Europas als prioritär angesehen, und so lautet die Begründung für einen Erhalt der französischen Atomstreitmacht: *„Parce que nos armes nucléaires constituent une garantie pour la survie de notre Nation face à une puissance hostile et un moyen de résistance ou de riposte en cas de*

---

[472] *„Nous avons notre conception sur la façon d'èradiquer le terrorisme"* (Védrine, Hubert 10.10.2001).
[473] Vgl. Äußerung Védrines in der Sitzung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 09.10.2001.
[474] Védrine, Hubert 08.10.2001 und Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec le journal „L'Humanité", 10.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].
[475] Lellouche, Pierre, zitiert in: Aux armes citoyens?, in: The Economist, 13.10.2001, S. 33.
[476] Vgl. den Beitrag von Bruno Tertrais in: Après le 11 septembre : conséquences stratégiques pour la France. 1re partie – „Le constat", Colloque CEDN-FRS, in: Défense Nationale 58/2002 10, S. 191.

chantage ou d'agression"[477]. Natürlich spielt auch Frankreichs Weltmachtanspruch dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Jedoch wird dabei die Frage debattiert: Bis wohin will Frankreich gehen? Will die französische Armee in jedem Teil der Erde einsatzbereit sein? Bisher ist der französische Handlungsbereich nämlich mehr oder weniger beschränkt gewesen auf die Zone vom Golf von Guinea bis zum Persischen Golf, wobei das Herzstück der französischen Sicherheitspolitik in Europa und besonders im Mittelmeerraum liegt. Im Rest der Welt kooperiert Frankreich mit anderen Staaten lediglich bei Aktionen der Friedenserhaltung und kurzfristigen Hilfsaktionen. Neben diesen Aspekten erlebt auch Frankreichs Selbstverständnis als europäische Macht und Teil Europas einen Aufschwung im französischen Diskurs seit den Militäroperationen in Afghanistan, wo sich durchaus keine Kooperation der europäischen Staaten abzeichnet. Von den Verfechtern nationaler Eigenständigkeit wird hier argumentiert, daß eine gemeinsame europäische Politik zu sehr die französischen Ambitionen einenge. Dem wird entgegengehalten, daß Frankreichs nationales Gewicht alleine nicht ausreiche, um auf Ausmaß und Ergebnis der Konflikte in entscheidendem Maße einzuwirken. Hier wird der Europadiskurs aus den 70er und 80er Jahren wiederbelebt, der Europa lediglich als Instrument zur Vergrößerung des französischen Einflusses ansieht. Der bisher vorherrschende Europadiskurs, der eine Verlagerung der französischen Staatsnation auf die europäische Ebene vorsieht, scheint derweilen im französischen Diskurs verschwunden zu sein. Die Unabhängigkeit nationalen Handelns steht nun im Vordergrund, und auch die französischen Bestrebungen, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter auszubauen, werden relativiert, als von Védrine zu hören ist: *„Es war nie davon die Rede, ein europäisches Expeditionscorps zu schaffen, das in der Lage wäre, am anderen Ende der Welt einzugreifen"*[478].

4.3.3 Zwischenergebnis

Bei dieser zweiten Phase, die die militärischen Operationen in Afghanistan von Oktober bis Dezember 2001 umfaßt, handelt es sich offensichtlich um eine Übergangsphase, in der sich die französisch-amerikanischen Beziehungen nach ihrem Zenit im September nun wieder in einer Abwärtsbewegung befinden. Das französische außenpolitische Verhalten steht im Zeichen der militärischen Partizipation in Afghanistan und allgemein im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus. Frankreich zeigt sich sehr aktiv und versucht, seine Sicherheitspolitik der neuen Situation der asymmetrischen Bedrohung anzupassen. Frankreich

[477] Gautier, Luis 2002, S. 16.
[478] Äußerung Védrines in der Sitzung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten am 09.10.2001.

verhält sich auch weiterhin kooperativ gegenüber den Vereinigten Staaten, indem die französischen Geheimdienste einen beträchtlichen Beitrag zur Aufdeckung der terroristischen Netzwerke von Bin Laden leisten. Die ausdrückliche französische Solidarität mit Amerika wird allerdings dabei in den Hintergrund gestellt. Das französische Handeln ist eigenständig und enthält klare Bedingungen für eine Kooperation. Hat Frankreich diese einmal angeboten, will es als Partner Amerikas auch ernstgenommen werden. Entstehen daran Zweifel, zögert Frankreich nicht, Kritik an der amerikanischen Haltung zu äußern. Das ist aber, verglichen mit der Zeit vor dem 11. September, nichts Neues. Was dagegen umso mehr ins Gewicht fällt, ist, daß Frankreich bei seinem Vorgehen in Afghanistan keineswegs eine Koordination mit den anderen europäischen Staaten anstrebt. Auch die französische Kooperation mit den EU-Staaten in Brüssel im Kampf gegen den Terrorismus verläuft eher auf symbolischer Ebene. Insgesamt kann man das französische Verhalten als sehr aktiv einstufen, das auf einer Kooperation unter bestimmten Bedingungen beruht, die zum jetzigen Zeitpunkt von den USA noch weitgehend eingehalten werden.

Sind bei der Analyse des außenpolitischen Verhaltens Frankreichs im Vergleich zum September bislang nur geringfügige Unterschiede bemerkbar, so wurden in der Diskursanalyse doch etwas stärkere Unterschiede aufgedeckt. Das „absolute Ereignis“ vom 11. September wird im Diskurs nun relativiert und seine historische Bedeutung abgeschwächt. In etwas zugespitzter Form könnte man sagen, daß entsprechend dem französischen Diskurs der 11. September für die Konfliktherde dieser Welt ein Tag wie jeder andere gewesen ist. Man spürt, daß in Frankreich das Leben weitergeht und allmählich alles wieder seinen normalen Gang hat. Auch der Gesellschaftsdiskurs zu Fragen der Außenpolitik nimmt wieder ab. So wie die Militäroperationen von einigen durchaus kritisiert werden, so verschlechtert sich auch insgesamt das französische Amerikabild. Am Idealbild vom transatlantischen Partner werden Schwächen aufgedeckt, und das Konzept der französisch-amerikanischen Gemeinschaft, das im September auf einer völligen Solidarität der Franzosen mit den Amerikanern beruhte, wird nun abgelöst von dem einer „Interessengemeinschaft“. Gehen die Emotionen zurück, so bleibt als gemeinsames Interesse lediglich die Bekämpfung des Terrorismus übrig. Das Modell der Ehe aus wahrer Liebe wird zur Vernunft- oder Zweckehe, in der eigene Vorstellungen vorrangig sind. Das französische Selbstverständnis geht dabei von einem sehr aktiven französischen Staat aus, der sich entsprechend seinem Sendungsbewußtsein für den Frieden in der Welt einsetzt. Neben dem unverändert gebliebenen Weltmachtanspruch wird ein anderer heftig debattiert, aber nie wirklich ernsthaft in Frage gestellt: der der französischen Militärmacht. Zukunft der französischen Atomstreitkraft und der französischen militärischen Einsatzgebiete hin oder her, man ist sich

sicher, daß Frankreich als Militärmacht einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Europa auch in Zukunft leisten muß. Anders verhält es sich jedoch mit dem Selbstverständnis Frankreichs als Teil Europas. Hier wird Europa wieder als Einschränkung der französischen Souveränität verstanden und damit ein Widerspruch aufgewärmt, der zuvor durch das auf die europäische Ebene verlagerte Konzept der französischen Staatsnation überwunden war. Erneut wird Europa lediglich als Instrument zur Verstärkung des französischen Gewichts verstanden. Alleine daran wird deutlich, daß es auf der diskursiven Ebene alles andere als einen Stillstand gibt, insgesamt zeichnet sich ein *„retour à la normale“*[479] ab, in der sich der französische Basic Code der Unabhängigkeit am nachhaltigsten durchzusetzen scheint.

4.4 Dritte Phase: Französische Amerikapolitik in der Irak-Krise (ab Januar 2002)

4.4.1 Außenpolitisches Verhalten (Level 3)

Noch während die Militäroperationen in Afghanistan andauern, kommt es am 29.01.02 zu einem Wendepunkt in der „Post-11.-September-Ära“. Die schon seit Oktober wieder abnehmende französische Solidarität mit Amerika scheint plötzlich erloschen, als am 29. Januar 2002 US-Präsident Bush seine Rede zur Lage der Nation verliest, in der er eine neue Sicherheitsstrategie der USA ankündigt und eine „Achse des Bösen“ deklariert, die aus den „Schurkenstaaten“ Iran, Irak und Nordkorea bestehe. Der Kampf gegen den Terrorismus solle ausgeweitet werden zu einem Kampf gegen die Regime, die Massenvernichtungswaffen produzieren, wobei ein „Präemptivkrieg“ legitimiert wird.

Daraufhin äußert Frankreich heftige Kritik an den amerikanischen Vorhaben. Paris wirft Washington in einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Außenministern eine Vereinfachung der Dinge *(„simplisme“)* vor, die alles über den einzigen Kamm der Terrorismusbekämpfung schere und andere regionale Konflikte und den Kampf gegen die Armut in der Welt vernachlässige. Auch die Idee der „Präemption“ als legitimer Verteidigung wird von Frankreich abgelehnt. Diese französische Oppositionshaltung gegenüber den amerikanischen Bestrebungen, die mancherorts wieder einmal als „anti-amerikanischer Reflex“ gedeutet wird, ist eine eindeutige Fortsetzung der bisherigen französischen Irakpolitik.[480] Sie war seit 1991 auf den Erhalt der Stabilität der Golfregion und im Nahen Osten, auf die Achtung der Autorität des UN-Sicherheitsrates und auf die Vermeidung eines humanitären Desasters in der irakischen Zivilbevölkerung gerichtet. Bisher hat Frankreich

[479] vgl. Vaïsse, Justin 2003.

immer darauf bestanden, daß der Irak den internationalen Verpflichtungen aus Resolution 687 nachkommen muß, insbesondere der zur Zerstörung aller nuklearen, biologischen und chemischen Waffen sowie der, die UN-Inspekteure wieder ins Land zu lassen. Auch 2002 wird der Irak von Frankreich durchaus noch als eine Bedrohung gesehen, zumal sich Frankreich und Amerika einig darüber sind, daß der Irak versucht hat, Massenvernichtungswaffen aufzubauen, die nicht in die Hände von Terroristen gelangen dürfen. Jedoch sieht Frankreich in den Waffeninspekteuren eine angemessene Kontrolle und zeigt sich skeptisch gegenüber den amerikanischen Plänen, das Regime von Saddam Hussein zu stürzen, da eine Post-Saddam-Zeit zu viele Ungewißheiten berge. Frankreich erklärt, daß nur der Sicherheitsrat die Anwendung von Gewalt legitimieren könne, daß diese aber nur als letztes Mittel zum Schutz der irakischen Zivilbevölkerung in Betracht käme. Im Gegensatz zu Deutschland lehnt Frankreich zwar den Rückgriff auf Gewaltanwendung nicht völlig ab, dennoch lautet die französische Antwort auf die Herausforderungen des 11. September und die amerikanische unilateralistische Lösungsstrategie:

> *„La paix peut et doît être recherchée par d'autres moyens, ceux de la négociation volontariste pour la résolution des conflits régionaux ou l'élaboration d'instruments de sécurité collective, et plus généralemnet ceux d'une mondialisation régulée, favorisant le partage et le développement commun des richesses et des cultures"*[481].

Die erste Hälfte des Jahres 2002 bleibt von diesen nicht nur französisch-amerikanischen, sondern europäisch-amerikanischen Differenzen[482] beherrscht, wobei Frankreich und die USA im Mai 2002 eine einheitliche Position bezüglich der Sanktionen gegen den Irak finden, die sich in der Resolution 1409 manifestiert.

Auch die wirtschaftlichen Streitpunkte, die zuvor von der Solidarität im Kampf gegen den Terrorismus überlagert und quasi auf Eis gelegt wurden, treten nun im März wieder verstärkt zutage. Für Konfliktstoff sorgen die amerikanische Erhöhung der Zölle auf Textilien und vor allem auf Stahl von 8% auf 30% sowie die amerikanische Erhöhung der Subventionen im Agrarbereich. Frankreich fühlt sich provoziert, so daß es sofort mit wirtschaftlichen Repressalien gegenüber Washington droht. Des weiteren gibt es französisch-amerikanische Differenzen bezüglich der Nahostpolitik. Frankreich wirft Amerika eine einseitige Unterstützung der Politik Sharons vor und gibt sich mit seiner Forderung nach einem palästinensischen Staat eher pro-palästinensisch, was den amerikanischen Vorwurf des Antisemitismus zur Folge hat.

---

[480] Beltran, Jacques, French policy toward Iraq, U.S.-France Analysis Series, September 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].
[481] Gautier, Luis 2002, S. 21.
[482] Eine gute Analyse der euro-amerikanischen Differenzen findet sich bei: Gordon, Philip H., Iraq: the transatlantic debate, Occasional Paper 39, Institute for Security Studies (ISS), November 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Daneben geht aber die französische militärische Partizipation und Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan weiter. Im März 2002 nimmt Frankreich an den Operationen Anaconda und Harpoon teil, gemeinsame Basen werden in Kirgisistan und Tadschikistan errichtet, wo Mirage 2000, Herkules und Transall eingesetzt werden. Im Mai 2002 sind ca. 4500 französische Soldaten in der Region, von denen 500 zur IFAS in Kabul gehören.[483] Allerdings macht Frankreich auch hier sein unabhängiges Handeln deutlich, indem es einige Angriffsziele, die der französischen Luftwaffe zugeteilt waren, verweigert, da sie nach Erachten Frankreichs eine zu hohe Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellten.[484] Im Gefolge dieser militärischen Operationen versucht Frankreich seine militärischen Kapazitäten auszubauen und die Sicherheit im Land durch die Einrichtung eines speziellen Ministeriums für Innere Sicherheit zu verbessern. Im Juli 2002 erfolgt zunächst eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben für 2002, und im Herbst 2002 (erstaunlicherweise genau am 11. September) wird die neue „Loi de Programmation Militaire“ (LPM) angenommen. Dabei handelt es sich um ein Dokument, in dem die Verteidigungsausgaben für die nächsten sechs Jahre festgelegt werden, in Anlehnung an das schon bestehende Modell 2015.[485] Die französische Aktivität manifestiert sich außerdem auch in Initiativen im europäischen Bereich. Als europäischer Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus wird im April 2002 auf Initiative Frankreichs der Barcelona-Prozeß reaktiviert, der eine Kooperation mit den Mittelmeerstaaten Nordafrikas im Kampf gegen den Terrorismus vorsieht.[486] Auf NATO-Ebene geschieht derweil recht wenig im Kampf gegen den Terrorismus, nichtsdestotrotz wird aber auch die NATO-Politik zum Zankapfel zwischen Franzosen und Amerikanern. Im September 2002 äußert die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie Besorgnis über die von den USA vorgeschlagene NATO Response Force. Sie stellt heraus, daß die ESVP bereits über eine Rapid Reaction Force verfüge, und betont die Notwendigkeit des Ausbaus der ESVP und einer Kooperation zwischen NATO und ESVP. Außerdem sei es sehr gefährlich, die NATO in das Konzept von Präemptivschlägen mithineinzuziehen.[487]

Während es so in er ersten Hälfte des Jahres 2002 in fast allen Politikfeldern zu kleineren Streitigkeiten zwischen Paris und Washington kommt, scheint sich im Sommer eine

[483] Eine genaue Übersicht des französischen Beitrags zur Operation Enduring Freedom (Stand 14.März 2002) siehe Anhang, Abb.3. (am 23.Mai wird das Mandat der IFAS durch UN-Resolution 1413 um weitere 6 Monate verlängert).
[484] Vgl. Le Monde vom 11.03.2002.
[485] Details zum französischen Verteidigungshaushalt siehe: Durand, Etienne de, French Security Policy under the New Government, U.S.-France Analysis Series, Brookings Institution, November 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].
[486] Vgl. Suzan, Benedicte, The Barcelona Process and the European Approach to Fighting Terrorism, U.S.-France Analysis Series, Brookings Institution, Mai 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Annäherung zwischen den Regierungen in der Irak-Frage anzudeuten. Frankreich bleibt bei seiner Position der kollektiven Sicherheit, die sich auf internationales Recht, die Kooperation von Staaten sowie die Autorität des UN-Sicherheitsrates stützt [488], jedoch schließt es die Anwendung von Gewalt als letztem Mittel zur Entwaffnung des Iraks nicht völlig aus und zieht sogar eine französische Beteiligung an einem durch UN-Mandat legitimierten Vorgehen in Erwägung, indem Staatspräsident Chirac verkündet: „*Rien n'est impossible si c'est décidé par la communauté internationale, sur la base de preuves indiscutables*".[489] Nachdem US-Präsident Bush dann am 12. September 2002 in seiner Rede vor der UNO offiziell die Abrüstung des Iraks gefordert hat, wirkt Frankreich in den darauffolgenden Wochen und Monaten durch sein Agieren im UN-Sicherheitsrat maßgeblich auf den Gang der internationalen Geschehnisse in der Irak-Frage ein.[490] Dabei nimmt es zu Beginn quasi eine Vermittlerrolle ein, zwischen den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern Rußland und China gegenüber den USA und insbesondere zwischen Deutschland und den USA. Zusammen mit Rußland, China und Deutschland spricht sich Frankreich für die friedliche Abrüstung des Iraks aus und erarbeitet Vorschläge für eine friedlichen Alternative gegenüber dem Krieg. Frankreich fordert eine UN-Resolution, die auf die Entwaffnung des Iraks durch UN-Waffeninspekteure zielt, aber unilaterale Aktionen der USA verhindert und keinen Automatismus zum Krieg, sondern eine Chance auf Frieden enthält. Falls der Irak die Kooperation verweigern würde, sieht die französische Forderung eine „zweite Stufe" vor, in der der UN-Sicherheitsrat erneut über das weitere Vorgehen entscheiden solle. Im Falle einer irakischen Verletzung der Resolution 1441 will Frankreich seiner Verantwortung nachkommen; bevor es aber zu kriegerischen Handlungen kommt, verlangt Frankreich eine vorherige erneute Abstimmung im Sicherheitsrat. Mit diesen Forderungen kann sich Frankreich schließlich gegenüber den USA durchsetzen, und am 8. November 2002 wird die UNO-Resolution 1441 einstimmig angenommen, was vielfach als diplomatischer Erfolg Frankreichs interpretiert wird.[491]

Der Irak zeigt sich daraufhin kooperativ, so daß die UN-Inspekteure ihre Arbeit wieder aufnehmen. Trotzdem macht Amerika auf „Schattenzonen" in den Waffenberichten des Iraks aufmerksam, und die Fronten im UN-Sicherheitsrat verhärten sich, als sich abzeichnet, daß

---

[487] Michèle Alliot-Marie, zitiert in: Le Monde, 26.09.2002.

[488] Vgl. Rede Raffarins, zitiert in: Kempin, Ronja, The new NATO Response Force: Challenges for and Reactions from Europe, COPRI Working Paper 29/2002, http://www.copri.dk/publications/Wp/WP%202002/29-2002.doc[30.12.02].

[489] Chirac, Jacques, Extraits de l'entretien de M. Jacques Chirac accordé au New York Times, 09.09.2002, http://www.defense.gouv.fr [14.03.03], vgl. dazu: vgl. Gordon, Philip H., Bridging the Atlantic Divide, in: Foreign Affairs, 82/2003 1, S. 70.

[490] Frankreichs UNO-Politik in der Irak-Frage, siehe: Tardy, Thierry, La France et l'ONU. Entre singularité et ambivalence, in: Politique Etrangère 4/2002, S. 943f.

die USA die Waffeninspektionen als keine ausreichende Kontrolle ansehen und ein militärisches Vorgehen in Erwägung ziehen. Frankreich, das ab 1. Januar 2003 die Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat innehat, spricht sich daraufhin mit China und Rußland gegen einen Krieg im Irak aus und behält seine Position bei.[492] Im Februar 2003 unternimmt es erneut einen Versuch zu konstruktiver Opposition, indem es den Vorschlag macht, das Inspektionsregime im Irak zu verstärken und auszuweiten, um mit massiver UN-Präsenz die Abrüstung des Iraks auf friedlichem Wege zu erreichen. Zugleich macht es deutlich, daß es dem britisch-amerikanischen Entwurf einer zweiten Resolution, die einen Krieg vorsieht, auf keinen Fall zustimmen wird, und droht mit seinem Veto, das 1956 zum letzten Mal gegen die USA eingelegt worden ist.[493] Ein unilateraler Krieg wird von Frankreich streng verurteilt, dennoch stellt Chirac klar, daß die Überflugrechte der USA im Kriegsfall ohne UN-Mandat bestehenblieben, daß sich aber Frankreich in keinster Weise an Militäroperationen beteiligen werde.[494] Diesesmal bleibt die französische Diplomatie allerdings erfolglos: ohne eine zweite Resolution stellt US-Präsident Bush Saddam Hussein ein Ultimatum, den Irak zu verlassen. Als dieser ablehnt, beginnt Amerika am 20. März 2003 den Krieg.

4.4.2 Französische Diskurskonstruktionen (Level 2 und 1)

Nicht nur das außenpolitische Verhalten Frankreichs hat sich rapide von der Kooperation hin zur Opposition und Kooperationsverweigerung gegenüber Amerika entwickelt, auch im Diskurs lassen sich ähnliche Tendenzen erkennen. Auffallend dabei ist, daß sich insgesamt der Gesellschaftsdiskurs zu außenpolitischen Fragen in der Irak-Krise wieder sehr stark ausweitet, meist infolge von externen Faktoren. Eine erste Ausweitung des Diskurses zeichnet sich nach der Bush-Rede vom 29.01.2002 im Februar ab, die in den nächsten Monaten wieder leicht abnimmt und sogar vom Besuch des US-Präsidenten am 26.Mai in Paris nicht sehr beeinträchtigt wird. Ein nächster Höhepunkt im Amerikadiskurs Frankreichs liegt im September 2002, nachdem zum einen Richard Cheney am 26.08.2002 bei seiner Rede vor Veteranen in Nashville die amerikanische Kriegsbereitschaft klar demonstriert hat und zum anderen der Jahrestag der Terroranschläge des 11. September sich nähert. In den darauffolgenden Monaten bleibt der Amerikadiskurs angesichts eines drohenden Krieges im

---

[491] Vgl. Gordon, Philip H./Vaïsse, Justin, Une victoire franco-américaine, in: Le Monde, 13.11.02.
[492] Vgl. Gordon, Philip H./Vaïsse, Justin, Irak: La France face à ses responsabilités, in: Le Figaro, 03.02.03.
[493] „*La France ne l'acceptera pas et donc refusera cette solution*" (Chirac, Jacques, Interview télévisée sur France2 et TF1 du Président de la République, 10.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].
[494] Chirac, Jacques, Declaration by Jacques Chirac, President of the Republic, 18.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03] sowie Villepin, Dominique de, Déclaration du ministre des Affaires étrangères, 17.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].

Irak sehr stark, nicht zuletzt unterstützt durch zahlreiche Anti-Kriegs-Demonstrationen der Bevölkerung.

Neben dieser Abhängigkeit des französischen Diskurses vom amerikanischen Diskurs ist der Einfluß eines internen Faktors auf den französischen Amerikadiskurs nicht ganz auszuschließen, nämlich der der französischen Wahlen 2002. Hier werden drei der vier wichtigsten Diskursträger ausgetauscht, neuer Premierminister ist Jean-Pierre Raffarin, neuer Außenminister Dominique de Villepin und neue Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie. Der wichtigste Diskursträger, nämlich der Staatspräsident Jacques Chirac, bleibt aber gleich, und insgesamt sind keine allzu großen Diskursveränderungen nach dem Diskursträgerwechsel spürbar. Einzig und allein die Stellung des französischen Premierministers verliert in der angebrochenen Zeit der Nicht-Cohabitation an Bedeutung, und seine Aussagen weisen keine markanten Unterschiede zu der des Präsidenten auf.

Der 11. September als „Illusion“

Nachdem die Bedeutung des 11. September im Diskurs Ende 2001 immer mehr abgewertet wurde, kann man sagen, daß sich dieser Trend auch im Laufe der Jahres 2002 fortsetzt, mit einer kurzen Unterbrechung am Jahrestag der Anschläge, am 11. September 2002. Insgesamt geht man in französischen Debatten nun davon aus, daß die Prägekraft dieses Datums generell überbewertet wurde, und sieht den 11. September als „Illusion“.[495] Die Illusion bestehe darin, daß die mit dem 11. September verbundenen Probleme, Risiken und Bedrohungen bereits vorher existierten und durch den 11. September lediglich „enthüllt“ wurden.[496] Diese minimalistische Sichtweise geht davon aus, daß es internationale Veränderungen 1989/90 gab, aber nicht am 11. September 2001. Auch der Wissenschaftsdiskurs verweist darauf, daß es nach dem 11. September „nichts Neues“ gebe, daß der 11. September lediglich eine sicherheitspolitische Interdependenz enthüllt habe.[497] Als Ursachen für die Terroranschläge werden in Frankreich mehr als zuvor die Armut in der Welt, die Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd und der falsche Umgang mit der Globalisierung herangezogen. Vielfach wird das Argument gebraucht, die Auswirkungen der Anschläge seien nur deshalb so hoch eingeschätzt worden, weil es sich um die USA als Opfer gehandelt habe. Der Jahrestag der Anschläge wird in Frankreich erneut zu einem Tag der gemeinsamen Reflexion unter dem

[495] Geprägt wurde diese Konzeption besonders durch den französischer Asienspezialisten Olivier Roy.
[496] Védrine bezeichnet den 11.09. als „révelateur“ (Védrine, Hubert, Allocution du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, lors de la Conférence de l'Institut de Relations Internationales et Stratégiques, 13.03.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [20.03.02].)
[497] Vgl. David, Dominique, Un an après le 11 septembre: dix fenêtres qui s'ouvrent sur un monde pas si neuf, in Politique étrangère 3/2002, S. 561-570.

Stichwort *„Le 11 septembre, un an après“*.[498] Danach findet man im Diskurs auch vereinzelte Aussagen, die darauf hindeuten, daß es doch eine Zeit „vor“ und „nach“ dem 11. September gebe. Die französische Verteidigungsministerin betont, daß es nach dem 11. September 2001 noch wichtiger für Europa sei, mit den USA zu handeln, wenn notwendig, aber auch alleine handeln zu können, wenn die USA nicht betroffen sind.[499] Und der französische Regierungsbeamte Dominique Moïsi beschreibt die transatlantische Post-11.-September-Zeit: „ein durch den 11. September erneuertes Amerika unter Präsident Bush mit einer missionarisch religiösen Einstellung trifft auf ein neues erweitertes Europa, das auf der Suche nach seiner Identität ist.“[500] Jedoch vermittelt der Diskurs schon wenige Monate nach den Anschlägen das Gefühl, daß sich die Zeiten geändert haben[501], daß nicht mehr die Anschläge des 11. September diskutiert werden, sondern die amerikanische „Illusion“, daß eine Entwaffnung des Iraks dem Kampf gegen den Terrorismus diene.

Frieden, Recht und Moral anstatt Krieg und Gewalt im Irak

In Frankreich geht man davon aus, daß der Irak nicht in die Anschläge des 11. September verwickelt ist, und sieht diesen Krieg daher nicht als Teil des Kampfes gegen den Terrorismus. Dem amerikanischen Diskurs von den sogenannten „Schurkenstaaten“ *(„Etats voyous“)* steht man in Frankreich ohnehin eher skeptisch gegenüber. Schon seit Beginn zeigt der dominante französische Gesellschaftsdiskurs, daß ein möglicher Krieg im Irak und jegliche Anwendung von Gewalt abgelehnt wird. Fast 77% der französischen Bevölkerung sprechen sich gegen einen Krieg aus. Auch der Regierungsdiskurs ist gekennzeichnet durch eine Betonung des Friedens, des Rechts und der Moral, die am besten in einer multipolaren Weltordnung gewahrt seien.[502] Eine Gewaltanwendung sei nur legitimiert bei einer Kooperation der Staaten, der Achtung des Völkerrechts und der Autorität des UN-Sicherheitsrates. Die Argumente gegen einen Krieg, die immer wieder verwendet werden, sind: die Region bleibe instabil, man schaffe durch einen Krieg einen gefährlichen Präzedenzfall für die unilaterale Anwendung von Gewalt, außerdem seien zivile Opfer zu befürchten.

---

[498] Vgl. den Sammelband von Boniface, Pascal (Hsg.), Le 11 septembre, un an après, Paris 2002, bei dem viele französische außenpolitische Entscheidungsträger mitgewirkt haben.
[499] Rede von Verteidigungsministerin Aillot-Marie vor der National Defense University in Washington, zitiert in: Kempin, Ronja, The new NATO Response Force: Challenges for and Reactions from Europe, a.a.O.
[500] Äußerung Dominique Moïsis ausgestrahlt im ARD-Politmagazin „Monitor“ am 13.02.2003.
[501] *„Nous sommes aujourd'hui dans un contexte assez différent de celui d'il y a quelques mois“,* Déclaration du porte-parole du Quai d'Orsay, Participation militaire française en Afghanistan, 05.03.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [13.03.02].
[502] Vgl. Villepin, Dominique de am 8., 10. und 12. November 2002.

Der französische Außenminister de Villepin argumentiert im UN-Sicherheitsrat noch weitergehend, daß nämlich ein Krieg dem weltweiten Terrorismus sogar Auftrieb geben werde.[503] Dabei sind keine großen Diskursunterschiede zwischen Regierung und Opposition festzustellen. Der sozialistische Diskurs fordert ganz klar die Verhinderung von Krieg, und im Prinzip sind sich – mit Ausnahme des früheren Ministers Alain Madelin – alle Parteien einig, daß eine Gewaltanwendung gegen den Irak völkerrechtlich nicht legitimiert ist.[504] Frankreich vertraut vielmehr auf die Kontrolle der Waffeninspekteure, und der französische UN-Botschafter Jean-David Lévitte verweist gerne darauf, daß die Inspektoren früher mehr Waffen zerstörten als die USA während des gesamten zweiten Golfkriegs.[505] In die gleiche Richtung geht auch Präsident Chiracs Mahnung, daß die Golfregion keinen neuen Krieg brauche[506], und auch Außenminister de Villepin wiederholt: *„La force seule est une force vaine", „la guerre ne doit être que le dernier recours et le Moyen-Orient n'a pas besoin d'une nouvelle guerre".*[507]

Amerika = Unilateralismus ≠ Multilateralismus = Frankreich (Subdiskurs L. 2)

Was wie eine mathematische Gleichung aussieht, ist nichts anderes als die vorherrschende Diskurskonstruktion von Amerika, die davon ausgeht, daß Frankreich und Amerika unterschiedliche Außenpolitiken betreiben, also auch an sich unterschiedlich sind. Das in Kapitel 2 festgestellte Diskurskonstrukt „Amerika ist anders", das nach dem 11. September 2001 fast ganz verschwunden war, ist nun an die Diskursoberfläche zurückgekehrt. Insgesamt ist der Diskurs nun dominiert von einem Amerika der Unterschiede, nicht mehr von einem Amerika der Gemeinsamkeiten mit Frankreich. Dies fängt an, indem Amerika in Frankreich nicht mehr mit „Demokratie", sondern in erster Linie mit „Todesstrafe" assoziiert wird. Deswegen wird es beispielsweise als *„pays peu civilisé"* oder als *„pays où rien ne compte que l'argent"* bezeichnet.[508] Diese Abgrenzung macht sich besonders im kulturellen Bereich bemerkbar, wo die amerikanische Kultur in der französischen Gesellschaft wieder als fremd und Hollywood als Bedrohung der französischen *„exception"* empfunden wird. Die Irak-Krise 2002 nagt so tief am vormals so positiven Amerikabild der Franzosen, daß es fast in ein

[503] Villepin, Dominique de 19.09.2002.
[504] Wiegel, Michaela, Paris verschafft sich Gehör, in: FAZ, 14.02.2003.
[505] Jean-David Lévitte in der Konferenz „France after the Elections" der Brookings Institution am 24.06.2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].
[506] Zitiert in Le Monde vom 16.10.02.
[507] Villepin, Dominique de 10.11.2002 und 12.11.2002.
[508] Suleiman, Erza, Une superpuissance à influencer, in: Libération, 02.09.02.

„Feindbild“ umschlägt.[509] So kommt es, daß der französische Anti-Amerikanismus seit Februar 2002 wieder sehr stark thematisiert wird und die französischen Publikationen zu diesem Thema ansteigen.[510]

Überall wird die amerikanische Weltsicht als eine „andere“ dargestellt, für die kein französisches Verständnis aufgebracht werden kann: „*Ils dessinent le monde sous des couleurs que notre histoire ou notre position géostratégique ne nous ont pas apprises [...] Le malaise ne nous oppose pas ici directement aux Etats-Unis. Mais ces derniers représentent [...] un monde différent du nôtre.*“[511] Und auch der französische Außenminister Védrine fügt, wenn es um amerikanische Vorstellungen geht, hinzu: „*Ce n'est pas notre vision du monde*“.[512] Was hier meist als amerikanische Weltanschauung bezeichnet wird, bezieht sich fast ausschließlich auf die unilateralistische Haltung Amerikas und seine Doktrin: „America first“. Diese Einstellung wird dem französischen Multilateralismus gegenübergestellt und die Abgrenzung Frankreichs von Amerika unterstützt. Unter dem Schlagwort „Unilateralismus“ wird den Amerikanern vorgeworfen, ihre Partner und Alliierten zu vernachlässigen und die ihnen nach dem 11. September entgegengebrachte Solidarität zu verspielen.[513] Amerika verwechsele das Bilden von Koalitionen mit Multilateralismus[514] und gebrauche die Globalisierung als Instrument, um seine Hegemonie auszubauen. Es gibt im Jahr 2002 sehr viele französische Zeitungsartikel, die eine unilateralistische Haltung der USA verurteilen.[515] Die Vereinigten Staaten benutzten ihre Macht, wenn sie es für notwendig erachteten, zu ihren Bedingungen und zu einem Zeitpunkt, zu dem es ihnen paßt. Dabei wird die Liste der unilateralen Aktionen der USA, die im französischen Diskurs aufgegriffen werden, immer länger:

> *„le refus du Traité de banissement des expérimentations nucléaires, de la Convention sur la vérification des armes biologiques, du Protocole de Kyoto; dénonciation du Traité ABM de 1972; invention d'un droit sui generis pour Guantanamo; contestation générale des procédures d'arms control; refus du Tribunal pénal international; marginalisation de l'Alliance atlantique quand elle ne correspond pas exactement aux besoins de Washington; glissement vers un concept de guerre préventive et un concept nucléaire préemptif dans la dernière Nuclear Posture Review, etc.“*[516]

---

[509] „*Depuis un an, l'image des Etats-Unis s'est fortement dégradée en France*“, in: Le Monde, 11.09.2002. Vgl. dazu auch: Bureau, François, L'étranger dans le champ de vision des Français, in: Politique Etrangère 4/2002, S. 899-914.

[510] Vgl. hierzu die Publikationen: Roger, Philippe, L'ennemi américain. Généalogie de l'anti-américanisme français, Paris 2002, Revel, Jean-François, L'obsession anti-américaine, Paris 2002 und David, Dominique, „Pourquoi sommes-nous anti-américains?“, in : Etudes 398/2003 1, S. 9-20.

[511] David, Dominique 2003, S. 18.

[512] Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec „France Inter – Question Directe“, 06.02.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

[513] „*Les Etats-Unis dilapident le capital de sympathie qu'ils avaient recueilli lors des attentats du 11 septembre*“, Schlagzeile in Le Monde vom 18. Februar 2002.

[514] Dies wird oft als „Multilateralismus à la carte“ bezeichnet.

[515] Vgl. z.B. Amalric, Jacques, L'Amérique démesurée, in: Libération, 07.09.2002.

[516] David, Dominique 2003, S. 13.

In diese Aufzählung reiht sich die französische Kritik an der amerikanischen Politik in der Irak-Frage ein. Amerikas Irak-Politik wird als falsch beurteilt, da sie nur an Symptomen arbeite, anstatt mit einer langfristigen Politik die Wurzeln auszureißen. Während ganz zu Beginn des Jahres 2002 noch einige die Hoffnung hatten, daß es Amerika nicht wirklich ernst meinte mit einem Krieg gegen den Irak[517], wird die amerikanische Politik im Laufe des Jahres immer mehr als Bedrohung für den Weltfrieden empfunden. Chevènement soll geäußert haben, daß das wahre Ziel der US-Politik das Öl sei und das wahre Problem auf dieser Welt amerikanischer Unilateralismus heiße. Die Anti-Terror-Koalition sei nichts weiter als ein Instrument der Freund-Feind-Trennung Amerikas. Der französische Wissenschaftler Pascal Boniface, Direktor des IRIS in Paris, äußert in zahlreichen Interviews, daß Amerika die Bedrohung durch den Irak bewußt übertreibe, um seine Politik zu rechtfertigen. Abgesehen von einzelnen Verfechtern der amerikanischen Politik[518], wird diese im französischen Wissenschaftsdiskurs durchweg kritisiert. Zudem wird herausgearbeitet, daß Amerika nach wie vor eine *„hyperpuissance“*[519] darstelle und daß vor allem das Gewicht des Pentagons seit dem 11. September sogar zugenommen habe.[520] Amerika wird auch als *„puissance lourde et massive“* bezeichnet, was sich auf die amerikanische Dominanz im diplomatischen, militärischen, ökonomischen, kulturellen und technologischen Bereich bezieht.[521] Dominique David definiert Amerika daher zunächst als *„étrange puissance d'un troisième type“*, die er später näher beschreibt als *„puissance référente“*, was bedeutet, daß Amerika der Maßstab sei, an dem alles gemessen werde, daß es also den Ton in der internationalen Politik angeben könne.[522]

„La divorce?“ (L. 2)

Die Darstellung Amerikas als des „Anderen“ wirkt sich auch maßgeblich auf die französischen Vorstellungen von den französisch-amerikanischen Beziehungen aus. Das nach dem 11. September 2001 plötzlich kreierte Konstrukt *„Nous sommes tous Américains“* wird nun massiv in Frage gestellt. Genau ein Jahr später, am 11. September 2002, spricht der Autor dieses Konzeptes, Jean-Marie Colombani, auf der Titelseite von Le Monde davon, daß in

[517] Vgl. den optimistischen Beitrag von Beltran, Jacques, Saddam et la valse hésitation de Bush, in: Le Figaro, 19.01.02.
[518] Taheri, Amir, George Bush et „l'axe du mal", in: Politique Internationale 96/2002, S. 69-88.
[519] Dies wird von Védrine immer wieder als „Tatsache“ bestätigt, vgl. Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec le quotidien „Libération“, 01.03.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].
[520] Vgl. die Analyse von Desportes, Vincent, Un an après, une Amérique plus forte, in: Défense Nationale 58/2002 10, S. 203 f.
[521] David, Dominique 2002, S. 563.
[522] David, Dominique 2003, S. 12. Vgl. dazu auch: David, Dominique, Puissance dominante, puissance réferente, hyperpuissance ?, Intervention faite à l'université de Québec à Montréal dans le cadre d'un colloque organisé par l'Observatoire sur les Etats-Unis, 04.06.2002, www.ifri.org [15.01.03].

Frankreich der Eindruck entstehe, *„nous sommes tous devenus antiaméricains"*[523]. Das Konstrukt wird hier sogar in sein Gegenteil verkehrt. Auf die Frage, ob wir immer noch alle Amerikaner sind oder ob diese Zeit vorbei ist, findet Jean-Marie Colombani in einer Konferenz die Antwort, daß es eine Zeit für Kritik und eine Zeit für Solidarität gibt.[524] Nun ist in Frankreich offensichtlich die Zeit der Kritik gekommen. Dies bedeutet für die meisten auch eine Zeit der Trennung *(„divorce")*. Wurden Frankreich und Amerika gleich nach dem 11. September 2001 noch als Teile eines Ganzen gesehen, so wird nun dieses Gemeinsame nur noch sehr verschwommen wahrgenommen, man spricht von einem „gemeinsamen kulturellen Bad" der Europäer und Amerikaner.[525] Werden beim Besuch des US-Präsidenten Bush am 26.Mai 2002 in Paris und in der Normandie noch symbolisch Gemeinsamkeiten beider Staaten und Völker in Erinnerung gerufen[526], so werden doch Differenzen ersichtlich. Insgesamt wird im französischen Diskurs ein eher negatives und pessimistisches Bild der französisch-amerikanischen Beziehungen gemalt. In geographischen Metaphern spricht man davon, daß der Atlantik breiter wird *(„la dérive des continents")*, daß Wolken über dem Atlantik aufziehen und daß Risse in der französisch-amerikanischen Architektur auftauchen, die auf ein Erdbeben hindeuten.[527] In diesem Zusammenhang wird verstärkt der amerikanische Analytiker Robert Kagan diskutiert, der im Sommer 2002 in der Policy Review einen Artikel zu diesem Thema veröffentlicht hat, wovon Exzerpte in Le Monde, Commentaire und Libération abgedruckt wurden. *„Le gap"* zwischen Europa und Amerika wird zum Schlagwort der Debatte.

Am 11. September 2002, dem Jahrestag der Terroranschläge, zeigt sich Frankreich mit gemischten Gefühlen. Im Diskurs zeichnet sich ein minimaler Rückfall in den *„Esprit du 11 septembre"* ab, als Chirac dem amerikanischen Volk seine Freundschaft und Treue versichert. In der gleichen Ausgabe der Libération werden neben Solidaritätsbekundungen aber auch amerikakritische Artikel abgedruckt und solche, in denen von einer Scheidung *(„divorce")* zwischen Europa und Amerika zu lesen ist.[528] In Le Monde wird vor allem an die humanitäre Katastrophe und die menschlichen Opfer der Anschläge erinnert, was den aufkommenden

---

[523] Jean-Marie Colombani, in Le Monde vom 11.09.2002.

[524] Vgl. France after the Elections, Konferenz der Brookings Institution vom 24.06.2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

[525] Äußerung Colombanis in der o.g. Konferenz der Brookings Institution.

[526] „*le lien profond entre l'Europe et les Etats-Unis*" und „*la solidarité entre les deux rives de l'Atlantique*" (Chirac, Jacques, Conférence de presse conjointe du président de la République, M. Jacques Chirac et du président des Etats-Unis d'Amérique, M. George W. Bush – Propos de M. Chirac, 26.05.2002, in: Politique Etrangère de la France, Mai/Juin 2002, S. 52-54.)

[527] Garcin, Michel, Etat et enjeux des relations franco-américaines, in: Revue des deux mondes 9/2002, S. 106-114. Und : Pisar, Leah, Nuages sur l'Atlantique, in: Revue des deux mondes 9/2002, S. 115-121.

[528] Vgl. die Artikel von Salman Rushdie, Patricia Tourancheau und François Godement in der Tageszeitung Libération vom 12.09.2002.

französischen „Anti-Amerikanismus“[529] etwas relativiert. Da Amerika aber aus französischer Perspektive durch seine zahlreichen Alleingänge jede Solidarität verspielt hat, treten nun wieder andere Konzepte an die Stelle des französisch-amerikanischen Solidaritätskonzeptes.[530]

Zum erstenmal seit den Terroranschlägen wird das Konzept der französisch-amerikanischen Rivalität und der Compétition wiederbelebt. So wird ständig das französische Verteidigungsbudget an dem amerikanischen gemessen und das europäische Modell Galileo als Alternative zum amerikanischen GPS angepriesen. In der aktuellen Irak-Krise sieht man den UN-Sicherheitsrat als Kampfarena für Bush und Chirac an[531], und Dominique David betrachtet die europäischen Staaten (mit Frankreich an der Spitze) als *„compétiteurs dans une même course à la modernité, qui doivent se garder, face auc Etats-Unis, leurs propres cartes et leur capacité d'indépendance“*.[532] Dabei greifen mehrere Diskursträger die Idee eines unabhängigen Europas als *„contrepoids indispensable“* wieder auf.[533] In diesem Falle wird das unabhängige Frankreich wieder auf die europäische Ebene verlagert, denn aus Regierungskreisen wird stets betont, daß es sich bei den aktuellen Querelen in der Irak-Frage nicht um französisch-amerikanische Differenzen handele, sondern primär um Differenzen zwischen Europa und Amerika. Trotz des Aufschwungs diverser Rivalitätskonzepte sieht man jedoch die französisch-amerikanische Partnerschaft als Idealkonzept an. Diese Partnerschaft sei zwar momentan etwas beeinträchtigt, müsse aber wieder aufgebaut und repariert werden. Das Diskursprodukt „Partnerschaft“ trägt die Zielvorstellung in sich, unabhängig nebeneinander existieren zu können und dabei eigene Weltanschauungen zu haben.[534] Frankreich nimmt in dieser Partnerschaft quasi eine Kontrollfunktion wahr, um ein Gleichgewicht sicherzustellen. Dem französischen Problem, daß Amerika alleine über Gut und Böse in der Welt entscheiden will, soll so Rechnung getragen werden. „*Les Etats-Unis ne peuvent pas décider tout seuls, c'est notre monde à nous tous*“.[535] Frankreich müsse deshalb seine Rolle als „lautester Kritiker“ und *„alliée rebelle“* wahrnehmen: „*S'il faut un peu*

---

[529] Der sogenannte „Anti-Amerikanismus“ richtet sich in den seltensten Fällen gegen Amerika als solches, vielmehr gegen die amerikanische Regierung und die amerikanische Politik.

[530] Die Solidarität nach dem 11. September sei auch nicht aus sich heraus entstanden, *sondern „l'ennemi nous poussait à son côté“* (David, Dominique 2003, S. 12).

[531] Vgl. die Schlagzeile „Chirac fait reculer Bush“ in Le Monde vom 19.10.2002.

[532] David, Dominique, Sécurité: l'après New York, Paris 2002, S. 100.

[533] Vgl. auch Lequesne, Christian, L'Europe, contrepoids indispensable, in: Libération, 09.09.02.

[534] Vgl. Védrine, Hubert, Entretien du ministre français des affaires étrangères avec „France-Info“, 30.01.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

[535] Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires átrangères avec LCI, 25.02.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02], vgl. auch die Aussage Jospins: „*Il faut simplement éviter un système par lequel les Etats-Unis décideraient seuls du bien et du mal et s'arrogeraient à la fois le pouvoir du procureur, du juge et du policier...*“ (Jospin, Lionel, Entretien du Premier Ministre Lionel Jospin avec le journal „Libération Maroc“, 18.03.2002, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].)

hausser le ton pour se faire entendre, on le fera."[536] „*Quand coopérer avec les Etats-Unis s'avère difficile, assumer des désaccords avec eux est inscrit dans le modèle français.*"[537] Besonders innerhalb der NATO verlangt Frankreich die Herstellung einer „vollen Partnerschaft", die gegenseitige Konsultationen und konzertiertes Handeln erfordere. Die bisherigen Defizite werden heftig kritisiert in der Rede der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie „Warum Amerika und Europa sich gegenseitig brauchen", die sie vor der National Defense University in Washington gehalten hat. Sie betont hier, daß ein gemeinsamer Kampf auch gemeinsame Entscheidungen erfordert.[538] Nicht nur die eigene Handlungsfreiheit, sondern auch die Vorstellung, aufeinander angewiesen zu sein, klingt in der französischen Konzeption von Partnerschaft mit: „*Dans la plupart des problèmes du monde, on a besoin d'être avec eux. Il faut inlasssablement faire pression, s'expliquer, les convaincre et ne pas hésiter à dire ce que nous pensons*"[539]. Und deshalb geht besonders der französische Regierungsdiskurs noch einen Schritt weiter und folgert, daß man die gemeinsamen Ziele nicht aus den Augen verlieren dürfe[540] und daß die traditionelle Freundschaft mit dem amerikanischen Volk aufrechterhalten werden müsse. Die momentane Irak-Krise sei eher als „Psychodrama" anzusehen, das eine Belastungsprobe für die französisch-amerikanische Partnerschaft darstelle, aus dem aber auf keinen Fall die Kurzschlußreaktion der „Scheidung" resultieren dürfe. Daher appelliert der französische Außenminister de Villepin auch angesichts des drohenden Krieges an die gemeinsamen Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz.[541]

Französisches Selbstverständnis auf dem Prüfstand: „Qui est la France?" (L. 1)

Das Jahr 2002 ist insgesamt gekennzeichnet durch ein diskursives In-Frage-Stellen der französischen Identität, wobei häufig auf die Phase des „l'après-11 septembre" explizit Bezug genommen wird.[542] In verschiedenen französischen Fachzeitschriften erscheinen Dossiers zum Thema *„Qui est la France?"* oder, speziell auf die außenpolitische Identität Frankreichs ausgerichtet, zum Thema *„Quelle politique étrangère pour la France?"*[543] Auch in aktuellen

---

[536] Védrine, Hubert 06.02.2002.
[537] Jospin, Lionel, zitiert in: Libération, 02.04.02.
[538] Rede von Verteidigungsministerin Aillot-Marie vor der National Defense University in Washington, zitiert in: Kempin, Ronja, The new NATO Response Force, a.a.O.
[539] Védrine, Hubert 06.02.2002.
[540] Villepin, Dominique de 10.11.2002.
[541] Villepin, Dominique, Réunion du Conseil de Sécurité. Discours de Dominique de Villepin, Ministre des Affaires étrangères, 07.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].
[542] „Dans les débats de l'après-11 septembre, les Européens expriment ce qu'ils sont..." (David, Dominique 2003, S. 17).
[543] Vgl. die Ausgabe 5/2002 von „Revue des deux mondes", die Ausgabe 4/2002 von „Politique Etrangère" sowie die Ausgabe 5/2002 der „Revue politique et parlementaire" mit dem Titel *„France 2002: Mutations et ruptures"*.

französischen Publikationen zum 11. September wird beschrieben, wie dieser die französische Identität in Frage zu stellen scheint:

> *„Tout d'un coup, le monde nous expliquait que le territoire n'était plus la référence majeure des stratégies nationales – alors que toutes nos actions diplomatiques, militaires depuis Richelieu, avaient ses limites pour horizon [...] Cette France qu'on disait puissance parce qu'elle était nucléaire, voyait se dissoudre quelques références essentielles de sa culture stratégique, c'est-à-dire de sa manière de penser ses rapports au monde."*[544]

Auffallend ist, daß in dieser Zeit, in der die französische Identität selbst den Diskurs bestimmt, tatsächlich fast alle der in Kapitel 3 herausgearbeiteten Basic Codes der französischen Außenpolitik diskutiert werden. Wie das letzte Zitat beweist, wird auf das grundlegende Konzept der französischen Staatsnation Bezug genommen, dieses jedoch nie in Frage gestellt. Im innenpolitischen Bereich diskutiert man außerdem das seit dem 11. September immer mehr hervortretende Selbstverständnis Frankreichs als Einwanderungsland und multikulturelle Gesellschaft. Als Heimat von vielen arabischen Einwanderern und mediterranes Land fühlt sich Frankreich traditionell verbunden mit dem *„monde arabe"*. Nach den antisemitischen Attentaten auf Synagogen im März und April 2002 und der Zunahme von anti-arabischem Rassismus bei den Anhängern Le Pens im Wahlkampf 2002, wird immer wieder davor gewarnt, die Differenzen zwischen jüdischen und arabischen Gesellschaften in die französische multikulturelle Gesellschaft zu übertragen.[545] Neben diesen internen Elementen finden sich auch die außenpolitischen Basic Codes in der aktuellen Debatte wieder. Vor allem das Selbstverständnis Frankreichs als einer Weltmacht und eines globalen Akteurs wird sehr stark forciert. So spricht die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie bei der Parlamentsdebatte über das militärische Programmgesetz fortwährend von „*le rôle de la France dans le monde*", begründet das französische Handeln mit dem Argument „*pour tenir son rang*" und stellt schließlich fest: „*La France est, après les Etats-Unis, la deuxième puissance par ses engagements militaires*".[546] Darüber hinaus diskutiert man immer wieder das französische internationale Gewicht, Wörter wie *„poids"* und *„peser"* beherrschen den französischen Diskurs, wenn in allen Facetten Frankreichs ökonomisches, kulturelles und diplomatisches Gewicht besonders im UN-Sicherheitsrat hervorgehoben wird. Dabei kommt auch das französische Sendungsbewußtsein wieder ins Spiel, als der französische Premierminister Raffarin das französische Agieren im Sicherheitsrat mit der französischen Verantwortung, den Frieden in der Welt zu bewahren, begründet.[547]

---

[544] David, Dominique, Sécurité: l'après New York, Paris 2002, S. 124.
[545] Vgl. Wieviorka, Michel, The Effects of a War Foretold: The War in Iraq and French Society, U.S.-France Analysis Series, Januar 2003, http://www..brookings.edu [06.03.03].
[546] Vgl. Assemblée Nationale, 28.11.2002.
[547] Raffarin, Jean-Pierre, Intervention à l'Assemblée en préambule du débat sur l'Irak, 26.02.2003, http://www.premier-ministre.gouv.fr [20.03.03].

Das nächste außenpolitische Identitätselement Frankreichs, das in den Debatten 2002 immer wieder zum Vorschein kommt, ist das der französischen Unabhängigkeit. Es wurde besonders von Premierminister Raffarin bei seiner Rede vor dem Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale (IHEDN) in Paris herausgehoben: „*D'abord, notre défense est et reste autonome, elle n'est pas solitaire. La référence de nos choix militaires comme de nos choix politiques reste l'Europe. Le respect de nos engagements internationaux est notre cohérence*." Autonomie bedeutet den Ausführungen Raffarins zufolge die Fähigkeit zu handeln, wenn immer eine Bedrohung besteht, sei es zusammen mit Verbündeten, mit Partnern oder alleine. Er unterstreicht unmißverständlich: „*La France reste libre de rejoindre toutes coalitions. C'est sa liberté*."[548] Das Konzept der Unabhängigkeit wird auf ganz Europa übertragen, denn wenn die Welt heute ein starkes Amerika brauche, dann brauche sie auch ein starkes, unabhängiges Europa. Während der damalige Außenminister Védrine noch zu Beginn des Jahres das gewohnte Konzept der *„Europe puissance"*[549] benutzt, so wird im Laufe des Jahres das französische Verhältnis zu Europa unter ganz anderen Gesichtspunkten diskutiert. Daß Frankreich sich als *Teil* Europas definiert, bleibt weiterhin unangetastet, jedoch sieht sich Frankreich plötzlich nicht mehr als *Herz* Europas, da sich dieses angesichts der bevorstehenden Osterweiterung deutlich nach rechts verlagere. Frankreich befürchet, daß sich die Mehrheit der neuen Mitgliedsstaaten eher nach Washington als nach Brüssel wenden werde, so daß Frankreich letztendlich nur noch ein Teil des *„Vieux continent"*, des sogenannten „ursprünglichen Europas", sein werde.

Das nächste Identitätselement, das mit den anderen eng zusammenhängt und insbesondere in bezug auf die Zeit nach dem 11. September gebraucht wird, ist das der französischen Militärmacht. Die Diskussion, die schon im Oktober angestoßen wurde, geht weiter und wird vor allem unter den Schlagworten *„la crise post-11 septembre 2001"* und *„nouveau défi"* geführt. Darüber wird beispielsweise in einem Kolloquium gestritten, das von der „Fondation pour la recherche stratégique" (FRS) in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift „Défense Nationale" (RDS) am 25.06.02 in Paris organisiert wurde und an dem zahlreiche hochrangige französische Militärs teilnehmen[550]. Thematisch geht es zunächst um die innere Sicherheit Frankreichs und die Anpassung der französischen Verteidigungsstruktur. Hier wird z.B. diskutiert, ob die französische DOT („Défense opérationnelle du territoire"), die von der französischen Regierung im Falle einer externen Bedrohung eingesetzt werden kann, zu einer

[548] Rede Raffarins, zitiert in: Kempin, Ronja 2002.
[549] Védrine, Hubert 13.03.2002.
[550] Zusammenfassung abgedruckt in: Défense Nationale 58/2002 10, S.149-202. Die Diskursträger sind im einzelnen: Christian Quesnot (RDN), Pierre Dolo (DGGN), Patrick Thouverez (CDAOA), Yves Lagane

Art „Homeland Defense“ nach amerikanischem Vorbild ausgeweitet werden soll. In einem zweiten Teil des Kolloquiums[551] geht es hauptsächlich um die Frage, ob ein neues französisches Verteidigungsweißbuch notwendig ist. Vorgeschlagen werden unter anderem zwei neue Weißbücher: ein europäisches Verteidigungsweißbuch und ein Weißbuch zur Inneren Sicherheit. Ein weiterer Aspekt der Diskussion um die französische Militärmacht betrifft die Frage, ob die Aufgaben der französische Armee zukünftig auf Krieg ausgerichtet oder lediglich Aufgaben im Sinne der Petersberg-Missionen sein sollen. Hier wird von vielen ein französischer Abstieg („*déclin*“) befürchtet, der die französische Großmacht zur „*puissance moyenne*“ verkommen lasse.[552] Während in der Irak-Krise große Einigkeit besteht, daß Frankreich kein pazifistisches Land sei[553], geht die Diskussion um die französische Atomstreitmacht weiter. Auch hier scheint man sich inzwischen einig darüber geworden zu sein, daß sie als Kernstück der französischen Verteidigung unbedingt beibehalten werden muß, da der Terrorismus nicht die einzige Bedrohung ist, sondern daneben auch die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen besteht. Außerdem bleibt die französische Atomstreitkraft eng mit anderen französischen Identitätselementen verbunden: „*Le statut nucléaire de la France renforce sa position sur la scène internationale. Il contribue à lui garantir son siège au Conseil de Sécurité. Enfin, il préserve son autonomie stratégique, qui lui offre une liberté d'action politique indéniable...*“[554]

4.4.3 Zwischenergebnis

Die dritte Phase der „Zeit nach dem 11. September“ wird am 29. Januar 2002 eingeleitet, als US-Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation von einer „Achse des Bösen“ spricht, die die „Schurkenstaaten“ Irak, Iran und Nordkorea umfasse. Nun ist der Zauber verflogen, und es kommt zu einer Rückkehr zur Normalität, wobei französisch-amerikanische Streitigkeiten an der Tagesordnung sind. Die sich abzeichnende französische Opposition macht deutlich, daß die französische Politik häufig als *Reaktion* auf eine amerikanische *Aktion* erfolgt. Im Kampf gegen den Terrorismus zeigt sich Frankreich weiterhin engagiert und auch kooperativ, jedoch ist die französische Außenpolitik und auch

(EMM/OPL), Jean-Claude Cousseran (DGSE), André Ranson (DRM), Jean-Patrick Gaviard (EMA) und Bruno Tertrais (FRS).

[551] Zweiter Teil abgedruckt in: Défense Nationale 58/2002 11, S.93-126. Hier sind die Diskursträger Philippe Mallard (CGA), François Heisbourg (FRS), André Soubirou (CDES) und Yves Boyer (FRS).

[552] Vgl. Äußerung von General Quesnot, a.a.O., S. 151. Vgl. auch Frachon, Alain, Une puissance poids moyen, in: Le Monde, 14.04.02.

[553] Chirac, Jacques 10.03.2003.

[554] Tandonnet, Jean, La dissuasion nucléaire française après le 11 septembre, in: Défense Nationale 58/2002 5, S. 24.

Außenwirtschaftspolitik auf Konfrontationskurs mit der amerikanischen Politik, was an die französische Politik unter de Gaulle in der Zeit des Vietnamkriegs erinnert. Im Mittelpunkt steht dabei Frankreichs Agieren als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat, der Handlungsrahmen der NATO wird für die französische Außenpolitik dagegen eher nebensächlich. In der UNO fungiert Frankreich sowohl als Vermittler als auch als Sammelpunkt der Opposition (was es zum Zentrum der „Koalition der Unwilligen“ macht) und kann so mit verstärktem Gewicht eigene Initiativen einbringen. Die Verabschiedung der UN-Resolution 1441 ist als erster Erfolg der konstruktiven französischen Diplomatie zu sehen, jedoch kann sich Frankreich langfristig nicht gegen die amerikanische Politik behaupten und ein militärisches Vorgehen der USA im Irak ohne UN-Mandat nicht verhindern. Insgesamt erinnert das französische Verhalten im Laufe des Jahres 2002 sehr stark an die Kritik an den USA vor dem 11. September 2001, im Jahr 2003 wird die französische Opposition gegen Amerika teilweise noch massiver als je zuvor.

Was den Diskurs anbetrifft, so weitet sich der außenpolitische Diskurs in Frankreich mit der Irak-Krise immer mehr aus. Dem 11. September als Wendepunkt der internationalen Politik wird mittlerweile jedoch keine große Bedeutung mehr zugeschrieben, die frühere Sicht eher als „Illusion“ entlarvt. Der dominante Diskurs sieht keine Verbindung zwischen den Terroranschlägen des 11. September und dem Irak, so daß ein Krieg gegen den Irak weitgehend abgelehnt und statt dessen die Einhaltung von Frieden, Recht und Moral gefordert wird. Amerikas Politik beschreibt man als eine unilateralistische, die nicht den französischen Vorstellungen von Multilateralismus und einer multipolaren Welt entspricht. Deshalb wird Amerika wieder als „der Andere“ und sogar als Bedrohung empfunden, und französische Abgrenzung und französischer Anti-Amerikanismus werden sichtbar. Ebenso vergrößert sich auch die Distanz im Konzept der französisch-amerikanischen Beziehungen, wobei sogar eine Trennung oder Scheidung diskutiert wird. Das Konzept der Freundschaft hält man symbolisch aufrecht, daneben werden aber die Konzepte der Rivalität und des transatlantischen Gleichgewichtes mit einem unabhängigen Europa als Gegengewicht wiederbelebt, was auf eine Rückkehr zu dem Zustand vor dem 11. September 2001 hindeutet. Was ebenfalls bleibt, ist das Idealkonzept einer französisch-amerikanischen Partnerschaft, die nun wiederhergestellt werden soll.

Stärker als vor dem 11. September diskutiert man allerdings in der Irak-Krise 2002 das französische Selbstverständnis, wenn es um französische Stärken und Schwächen in der Zeit nach dem 11. September geht. In der internen Identitätsdimension wird das grundlegende Element der französischen Staatsnation bestätigt und zusätzlich das Element der multikulturellen Gesellschaft diskutiert. Was die externe Dimension anbelangt, so werden fast

alle in Kapitel 3 festgestellten Basic Codes der französischen Außenpolitik in der Irak-Frage aufgegriffen. Die Identitätselemente der französischen Unabhängigkeit, des französischen Sendungsbewußtseins und der französischen Weltmacht werden in ihrer Essenz keineswegs angetastet, sondern im Diskurs bestätigt. Das ehemalige Selbstverständnis Frankreichs als „Großmacht“ wird nun reduziert zu einer französischen „Mittelmacht“, was aber keine allzu großen Veränderungen bedeutet. Das Konzept der französischen Militärmacht wird im Laufe des Jahres 2002 noch stärker ausgebaut, während das Element „Frankreich als Teil Europas“ leicht modifiziert wird zum Element „Frankreich als Teil des *alten* Europas“.
Abschließend läßt sich feststellen, daß sowohl die Verhaltensebene als auch die Diskursebene Merkmale aufweisen, die allesamt schon vor dem 11. September existierten. Die Gewichtung der einzelnen Elemente untereinander, die sich nach dem 11. September zunächst verlagert hat, ist nun wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt.

4.5 Zusammenfassung

In Form einer Tabelle (Abbildung 4), auf die ich an dieser Stelle hinweisen möchte, werden die wesentlichen Ergebnisse der Analyse des Kapitels 4 von mir noch einmal zusammengefaßt. Abbildung 4 zeigt das französische außenpolitische Verhalten gegenüber den USA sowie den französischen Diskurs – nach verschiedenen Levels geordnet – nach dem 11. September 2001 in den verschiedenen Phasen. Verfolgt man das außenpolitische Verhalten Frankreichs, so stellt man nach dem 11. September einen plötzlichen und abrupten Übergang von einem Verhalten der kritischen Opposition zu einem Verhalten der „totalen Solidarität“ und Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus fest. Nach Beginn der amerikanischen militärischen Kampfhandlungen in Afghanistan verändert sich das französische Verhalten minimal hin zu einer „bedingten“ Kooperation bei der französischen militärischen Partizipation im Kampf gegen den Terrorismus. Im Januar 2002 schlägt das Verhalten Frankreichs schließlich wieder um in eine kritische Opposition gegenüber der amerikanischen Irak-Politik, während die französische Kooperation mit den USA in Sachen Geheimdienst, Justiz sowie in Afghanistan weiterläuft. In der Mitte des Jahres 2002 ist man dann wieder zur Normalität zurückgekehrt. Allerdings schlägt nun der Zeiger in die andere Richtung aus, denn die französische Kritik und Kooperationsverweigerung wird immer schärfer, je deutlicher sich das amerikanische Bestreben, mit militärischer Gewalt gegen den Irak vorzugehen, abzeichnet. Nach dem Höhepunkt der französisch-amerikanischen

Beziehungen steuert man bei Kriegsbeginn am 20. März 2003 geradewegs auf einen nie gekannten Tiefstpunkt der französisch-amerikanischen Beziehungen zu.
Auch die Diskursanalyse beschreibt eine ähnliche Wellenbewegung. Geht man zunächst in Frankreich davon aus, daß der 11. September mit einem Schlag die Welt verändert habe, so stellt man ab Oktober immer mehr fest, daß sich an den Problemen und Ungerechtigkeiten in der Welt durch den 11. September nichts verändert hat und die Bedrohung durch den Terrorismus nichts Neues ist. Im Laufe des Jahres 2002 werden die eigenen anfänglichen Überlegungen als Illusion entlarvt und revidiert. Vor allem wird kein Zusammenhang zwischen den Terroranschägen des 11. September und dem Irak gesehen, weshalb ein Krieg gegen den Irak nicht als Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus gesehen wird. Auch im Amerikabild zeichnen sich leichte Verschiebungen ab. Gleich nach dem 11. September wird Amerika von den Franzosen als „einer von ihnen“ entdeckt, da es plötzlich verwundbar ist und auf die Stufe der „Normalsterblichen“ gestellt wird. Schon kurze Zeit später beginnt das entdeckte Idealbild zu bröckeln, werden erste Schwachstellen, nämlich unilaterale Tendenzen, bemängelt. Schließlich wird Amerika nur noch ausschließlich über sein unilaterales Handeln definiert, was mit den französischen Zielvorstellungen von Multilateralismus kollidiert, so daß Amerika fortan wieder als „Anderer“ empfunden wird. Das nach dem 11. September 2001 entstandene Konzept der Gemeinschaft entwickelt sich währenddessen über den Zwischenschritt einer Interessengemeinschaft hin zu einer zerstörten Partnerschaft, die es zu reparieren gelte. Bleibt noch das französische Selbstverständnis. Darin sind unmittelbar nach dem 11. September nur minimale Veränderungen spürbar, die bisherigen Identitätselemente bleiben weiter erhalten, lediglich das Element „Frankreich als Teil des Westens“ wechselt zur Ausprägung „Frankreich als Teil der zivilisierten Welt“. Am stärksten treten in der Folge die Basic Codes der französischen Unabhängigkeit, der französischen Weltmacht und der französischen Militärmacht in den Vordergrund. Im Laufe der Irak-Krise wird Frankreichs außenpolitische Identität heftig debattiert. Die drei genannten Identitätselemente werden dabei immer wieder bestätigt, lediglich das spezielle Verhältnis Frankreichs zu Europa scheint neu konstruiert zu werden. Dies ist aber nicht nur auf die Spaltung der Europäer in der Irak-Frage zurückzuführen, sondern weit eher auf die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union.

5) Ergebnis und Schlußfolgerungen

An dieser Stelle soll zunächst die Frage noch einmal aufgegriffen werden, ob es sich nun bei den Terroranschlägen des 11. September 2001 tatsächlich um ein „formatives Ereignis“ handelt. Geht man davon aus, daß bei einem formativen Ereignis ein reales Ereignis in ein diskursives umgewandelt wird, wodurch es zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen außenpolitischen Identität kommt, so muß man die Frage für den 11. September in bezug auf die französische Außenpolitik zunächst einmal bejahen. Die Definition des formativen Ereignisses geht weiterhin davon aus, daß es zu einem Politikwandel kommen *kann*, womit die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit wieder aufgeworfen wäre: Welche genauen Auswirkungen hat nun der 11. September auf die französische Amerikapolitik, inwiefern kann man von Kontinuität und/oder Wandel sprechen? Dieser Frage hat sich die Verfasserin mit Hilfe des Kopenhagener Diskurs-Schichten-Modells genähert, was zu dem Ergebnis führt, daß kein radikaler Wandel nach dem 11. September erkennbar ist. Bei einem radikalen Wandel würde das außenpolitische Verhalten nicht mehr in dem Handlungsrahmen liegen, der zuvor schon durch den Diskurs abgesteckt wurde, was z.B. bei einer französischen Unterordnung unter Amerika oder einem Abbruch der Beziehungen zu Amerika der Fall wäre. Nach dem 11. September findet man lediglich eine sprunghafte Verschiebung von der Verhaltensform der Opposition hin zur Kooperation, die jedoch auf bisher nicht gekannte Ausmaße ansteigt, d.h. der bisherige Handlungsrahmen wird etwas erweitert, so daß die französisch-amerikanischen Beziehungen im September 2001 einen Zenit erreichen. Zugleich fungiert der 11. September aber als Katalysator für einige Nebenaspekte der französischen Amerikapolitik und bleibt so nicht ganz ohne Bedeutung. Zum einen wird die französische Priorität der Sicherheit und Verteidigung als höchstem Staatsziel gefestigt, zum anderen wechselt der Handlungsrahmen von der NATO zur UNO und an die Stelle eines gemeinsamen europäischen Vorgehens tritt bilaterales Handeln.

Ein weiterer Faktor ist jedoch die Dauer der Auswirkungen des 11. September auf die französische Amerikapolitik. Eine Analyse mehrerer Phasen hat sowohl im Verhalten als auch im Diskurs deutlich gemacht, daß die sprunghaften Veränderungen nach dem 11. September schon rasch wieder zurückgehen und daher nicht als langfristige, dauerhafte, sondern nur als kurzfristige, situationsbezogene Veränderungen zu deuten sind. Also handelt es sich ganz eindeutig nicht um einen „historischen Bruch“, sondern nur um ein Ereignis „mittlerer Reichweite“ für die französische Außenpolitik. Grob gesagt: in Frankreich (das sich als Teil des Westens definiert) nichts Neues!

Bedeutet dies einfach, daß sich die Geschichte wiederholt, daß Frankreichs spontane Solidarität nach dem 11. September einer der Fälle ist, in denen Frankreich sich immer dann auf die Seite Amerikas stellt, wenn Frieden und Freiheit auf dem Spiel stehen, wie es beispielsweise in der Kuba-Krise der Fall war?[555] In ähnlicher Weise könnte man auch die aktuelle französische Oppositionshaltung mit dem Verhalten Frankreichs im Vietnam-Krieg vergleichen. Obwohl Chirac häufig als „zweiter de Gaulle" bezeichnet wird, kann man von einer solchen Wiederholung ähnlicher Abläufe nicht ausgehen. Eines zeichnet sich jedoch ab: Frankreichs außenpolitisches Verhalten gegenüber Amerika ist stets abhängig von der Position Amerikas selbst bzw.von deren diskursiver Abbildung. Wird Amerika als „*bedroht*" gezeichnet, so wird das grundlegende Konzept der französisch-amerikanischen Freundschaft aktiviert und das außenpolitische Verhalten in Richtung Kooperation gelenkt. Wird dagegen Amerikas Verhalten als „*Bedrohung*" gezeichnet, so werden andere Diskurskonzepte, wie z.B. das der Rivalität oder das des transatlantischen Gleichgewichtes, aktiviert. Das Konzept, das sowohl mit dem „*bedrohten* Amerika" als auch mit dem „*bedrohenden* Amerika" am besten in Einklang gebracht werden kann, ist das der französisch-amerikanischen Partnerschaft, das sowohl Hilfe als auch Einflußnahme bedeutet. Das dürfte wohl ein Grund dafür sein, daß dieses Konzept von Frankreich als Idealkonzept gesehen und angestrebt wird. Nur so kann auch das Paradoxon, das sich durch die französischen Verhaltensformen des unabhängigen Handelns, der Zusammenarbeit und der Kooperationsverweigerung ergibt, aufgelöst werden.

Diese Ausführungen zeigen, daß eine Analyse des Diskurses tatsächlich zum „Verstehen" von Außenpolitik beiträgt. Durch den Diskurs wird zwar ein sehr breiter Handlungsrahmen gespannt, aber die von Waever explizit angesprochene Eigendynamik des Diskurses kann in der vorliegenden Analyse gut beobachtet werden. Die Eigendynamik des Diskursmusters „Kein Krieg gegen den Irak" hat sich als so hoch herausgestellt, daß es der französischen Regierung unmöglich gewesen wäre, einen Krieg gegen den Irak zu befürworten, denn dazu hätte ihr die Legitimationsbasis gefehlt. Hier wird also deutlich, daß der Diskurs durchaus beschränkt, was gesagt werden kann und was nicht. Welche der konkurrierenden Diskurskonzepte sich zu dominanten entwickeln, hängt neben der Eigendynamik des Diskurses nicht zuletzt von externen situativen Faktoren ab, wie in der vorliegenden Arbeit vom amerikanischen Verhalten, vom irakischen Verhalten oder eben von den

[555] Dieser Überlegung widerspricht Bruno Tertrais: *„notre position après le 11 septembre avait été très différente de ce qu'elle a été lors des grandes crises de la guerre froide."* (in: „Après le 11 septembre : conséquences stratégiques pour la France. 1re partie – „Le constat", a.a.O., S. 191).

Terroranschlägen. Je nachdem wie diese situativen Faktoren in den Diskurs übersetzt werden, werden unterschiedliche Diskurskonzepte aktiviert. Diesem Phänomen wurde in der vorliegenden Arbeit insofern Rechnung getragen, als die Umsetzung der aktuellen Ereignisse in den Diskurs in einem eigenen Punkt, als Zwischenschritt zwischen Diskurs und Verhalten (quasi als „Level zweieinhalb"), analysiert wurde. Dieser Schritt wurde zwar in dem Waever-Modell nicht eigens vorgesehen, jedoch ist er aus der Logik des Ansatzes heraus nicht auszuschließen. Bleibt noch die zu Beginn aufgedeckte Schwachstelle des Ansatzes im Bezug auf das konkrete Verhältnis zwischen Diskurs und Verhalten. Generell gilt hier eine Grundvoraussetzung der französischen Außenpolitik: „Existieren bedeutet Handeln". Dabei beeinflussen die genannten situativen Faktoren nicht nur, welche Diskurskonzeptionen aktiviert werden, sondern die vorhandenen Diskurskonzeptionen bedingen auch in reziproker Weise, wie externe Faktoren gedeutet werden. Zu speziellen Themen der Außenpolitik, wie z.B. zum Terrorismus, werden dann konkrete Regierungspositionen entworfen, die noch in enger Verbindung mit den Diskurskonzeptionen stehen, aber als französische Position in Verhandlungen schon Teil des französischen außenpolitischen Handelns sind.

Es soll hier ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen werden, daß dieser diskurs-konstruktivistische Ansatz kompatibel mit anderen Theorien und Herangehensweisen an das Thema ist. Auf meine Frage, ob der 11. September 2001 die französische Amerikapolitik verändert habe, antwortet auch der französische Wissenschaftler Jacques Beltran vom Französischen Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) in Paris mit einem deutlichen „Nein". Nach seiner Einschätzung habe sich nichts Wesentliches verändert, sowohl gesellschaftlichen Anti-Amerikanismus auf der einen Seite als auch eine Ablehnung der unilateralen Außenpolitik der Bush-Administration habe es vorher und nachher gegeben. Die anfängliche Solidarität nach dem 11. September habe sich zu einem Dialog der Tauben entwickelt, was in der Irak-Krise dazu geführt habe, daß Frankreich selbst keine Verbindung zwischen den Terroranschlägen und dem Irak sehe und also auch nicht wahrnehme, wie hoch die Bedrohung ist, der sich Amerika ausgesetzt fühlt.[556] Auch die französische Verteidigungsministerin kommt zum gleichen Ergebnis. Auf die Frage, ob sich die Beziehungen Frankreichs zu den Vereinigten Staaten seit dem 11. September 2001 verändert haben, antwortet sie: *„Nein. Die Beziehung war immer ein bißchen speziell. Wir sehen die Vereinigten Staaten als ein befreundetes Land an, wir vergessen nicht, was sie für uns getan haben. Das bedeutet nicht, daß wir in allem übereinstimmen und daß wir nicht bei einer Reihe von Angelegenheiten unterschiedlicher Ansicht wären."*[557]

[556] Gespräch mit Jacques Beltran am 26.02.2003 im IFRI, Paris.
[557] Gespräch der französischen Verteidigungsministerin Alliot-Marie abgedruckt in: FAZ, 08.02.03.

Daß sich nach dem 11. September keine wesentlichen Veränderungen in der französischen Amerikapolitik feststellen lassen, hat die vorliegende Arbeit deutlich gemacht. Nach dem Höhepunkt der französisch-amerikanischen Beziehungen steuert man aber bei Kriegsbeginn am 20. März 2003 geradewegs auf einen nie gekannten Tiefstpunkt dieser Beziehungen zu. Diese Folgen bleiben noch abzuwarten, allerdings sind sie für das Ergebnis der vorliegenden Arbeit insofern ohne Belang, als sie lediglich in den Auswirkungen der amerikanischen Irakpolitik bestehen und nicht mit den Auswirkungen des 11. September 2001 zu verwechseln sind. Dennoch soll zum Schluß ein kurzer Ausblick gewagt werden, der in Einklang mit dem durch den Diskurs definierten Verhaltensrahmen steht. Zu Recht wird die Frage aufgeworfen, ob Frankreich seine Politik der Opposition fortsetzen oder sich schließlich doch noch auf die Seite Amerikas schlagen wird. Das wird wohl von externen situativen Faktoren abhängen. Sollte der Irak chemische Waffen einsetzen (sofern er überhaupt welche besitzt), wäre es vorstellbar, daß Frankreich die dann „bedrohten“ Amerikaner gegen den Irak unterstützen würde. Sollten extrem viele Zivilisten bei dem Krieg ums Leben kommen, würden sich die französisch-amerikanischen Differenzen wohl weiter verstärken. Sehr wahrscheinlich ist jedoch, daß Frankreich seinen internationalen Einfluß zurückzugewinnen versucht, indem es sich dafür einsetzt, im Rahmen der UNO an einem Wiederaufbau des Irak beteiligt zu sein, und die Vertiefung und Realisierung der ESVP voranzutreiben sucht. Ebenso wird sich Frankreich auf lange Sicht bemühen, die Beziehungen zu Amerika in Form einer Partnerschaft zu verbessern und aktuelle Spannungen zu überwinden.

Hiermit versichere ich, Sonja Schwarz, geboren am 26.07.1979, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig, ohne fremde Hilfe sowie unter Angabe sämtlicher Hilfsmittel verfaßt habe. Ferner bestätige ich, daß die Arbeit weder in dieser noch in ähnlicher Form schon einmal zu Prüfungszwecken vorgelegt worden ist.

Trier, den 09. April 2003

Anhang:

Abbildung 1:
Diskurs-Schichten-Modell nach Ole Waever

Abbildung 2:
Anwendung des Diskurs-Schichten-Modells auf die französische Amerikapolitik

Abbildung 3:
Französischer militärischer Beitrag zur Operation „Enduring Freedom“, Stand: 14.03.2002

Abbildung 4:
Zusammenfassung des französischen außenpolitischen Verhaltens sowie der dominanten französischen Diskurse nach den Terroranschlägen des 11.09.2001

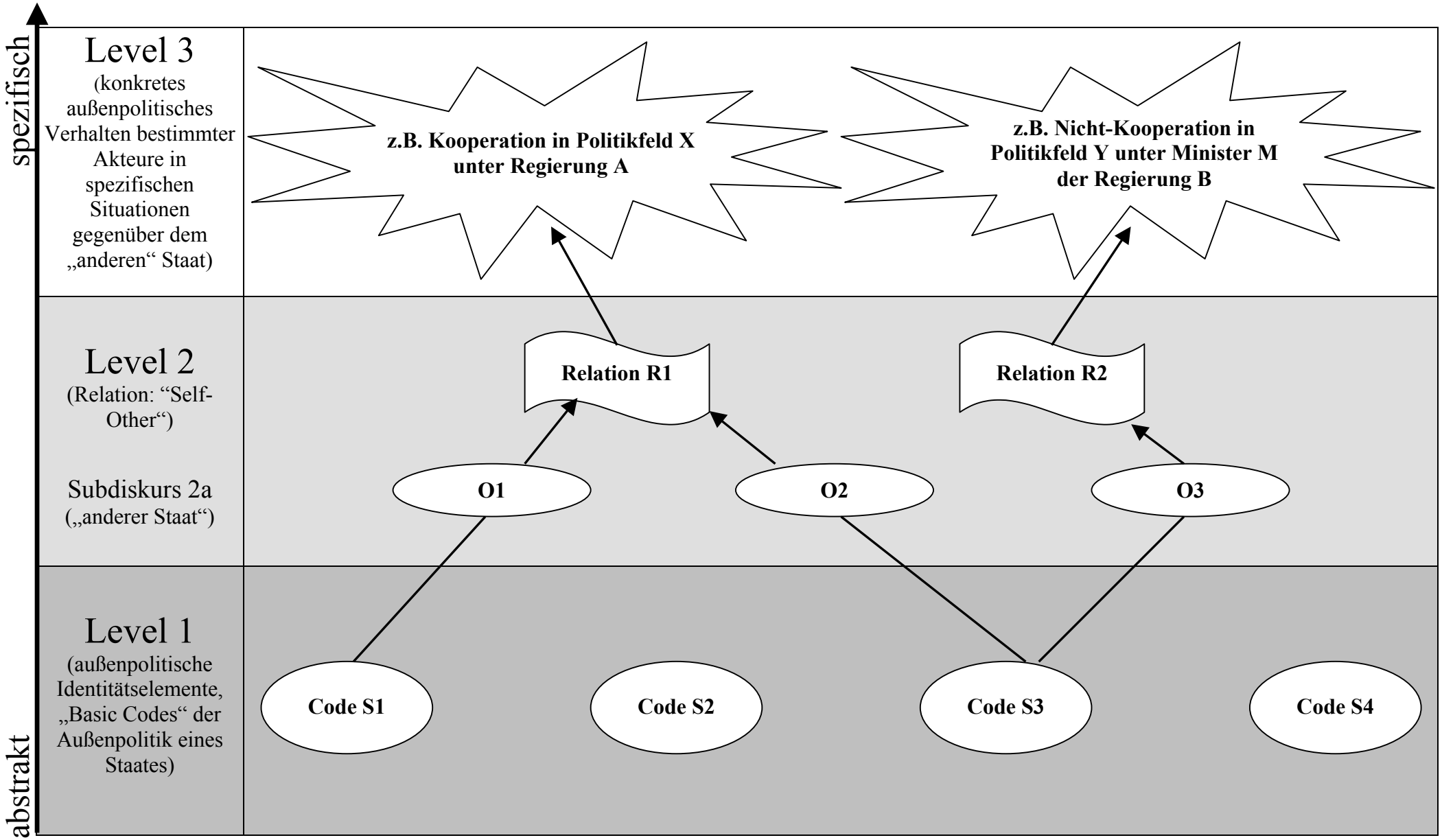

Abbildung 1: Diskurs-Schichten-Modell nach Ole Waever (Quelle: eigene Darstellung)

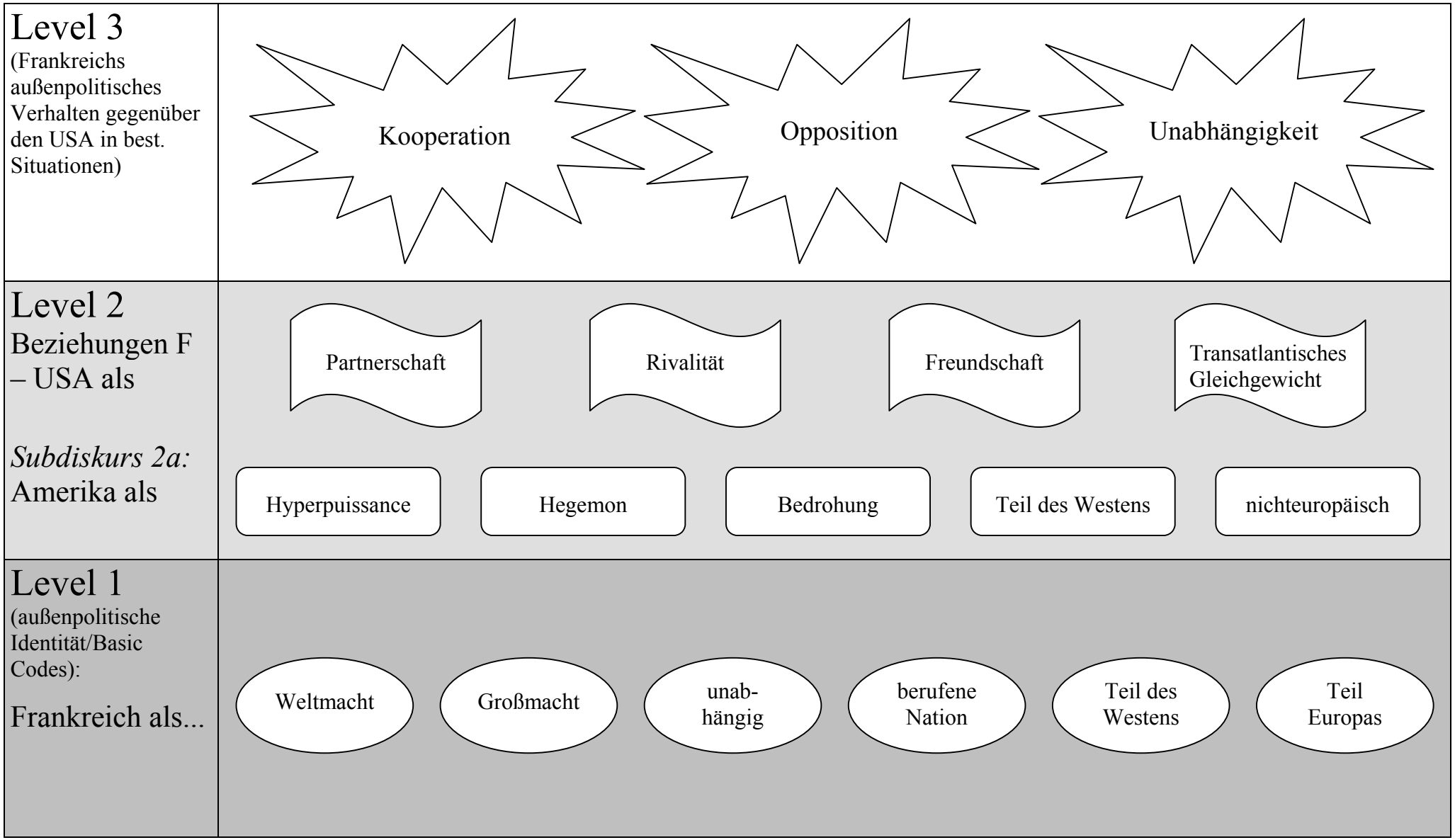

Abbildung 2: Anwendung des Diskurs-Schichten-Modells auf die französische Amerikapolitik (Quelle: eigene Darstellung)

AIR FORCES	GROUND FORCES	NAVAL FORCES
C-160 and C-130 transport aircraft in Dushanbe, Tajikistan provide airlift and humanitarian support	460 soldiers to support the airbase operations at Manas, Kyrgyzstan and 100 soldiers to support operations in Dushanbe, Taijikistan	1 Carrier Battle Group (3500 personnel): 1 aircraft carrier (Charles De Gaulle) 1 Guided Missile Destroyer 2 frigates 1 nuclear attack submarine 1 oiler
2 KC-135 tanker aircraft Manas, Kyrgyzstan to provide aerial refueling (160 missions)	240 soldiers to provide area security at Mazar-e-Sharif (until February 2002)	Aircraft aboard the Charles De Gaulle 16 Super Etendard fighter bombers (220 missions) 7 Rafale fighters 2 Hawkeye E-2C Aerial Early Warning Aircraft (100 missions) 2 Dauphin naval helicopters 2 Puma special operations search and rescue helicopters
6 Mirage 2000 fighters in Manas, Kyrgyzstan to provide close air support for ground forces (45 missions)	500 soldiers participating in the International Security and Assistance Force (ISAF) in Kabul	
2 Atlantique maritime surveillance aircraft in Djibouti for intelligence, surveillance and reconnaissance missions	15 planning personnel at Central Command in Tampa, Fla.	1 Landing Ship, 1 Corvette, 1 Frigate and 2 Support Ships providing Maritime Intelligence
2 French officers serving as air coordinators at the Regional Air Movement Control Center	Special Forces - Unacknowledged	1 Frigate, 1 oiler in the Arabian Sea for Leadership Interception Operations
AWACS early warning aircraft as backfill for NATO AWACS deploying to the U.S.		
2 Mirage IV reconaissance aircraft (77 missions until February 2002)		

Abbildung 3:
Französischer militärischer Beitrag zur Operation „Enduring Freedom“, Stand: 14.03.2002

(Quelle: Shapiro, Jeremy, The role of France in the war on terrorism, in: Foreign Policy Studies, Brookings Institutions, Mai 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].)

	Außenpolitisches Verhalten (Level 3)	**Diskursives Ereignis „11.09.“**	**Subdiskurs „Amerika“ (Level 2a)**	**Französisch-amerikanische Beziehungen (Level 2)**	**Außenpolitische Identität – „Basic Codes“ (Level 1)**
Phase 1 (unmittelbar nach dem 11.09.2001)	Kooperation: - Soldiarität mit Amerika - Kampf gegen den Terrorismus	Historische Bedeutung: *„Rien ne sera plus comme avant“*	- Amerika als „einer von uns“ - neue Verwundbarkeit - Verkörperung der Demokratie (Idealbild)	Gemeinschaft: *„Nous sommes tous Américains“*	Frankreich als Teil des Westens und der zivilisierten Welt
Phase 2 (Militäroperation in Afghanistan, ab Oktober 2001)	Bedingte Kooperation: - Milit. Partizipation in Afghanistan - Zusammenarbeit der Geheimdienste	Konflikte in der Welt bleiben durch den 11.09. unverändert	Unilaterale Züge als Schwachstellen	Interessen-gemeinschaft	- Französische Unabhängigkeit - Weltmacht - Teil des Westens
Phase 3 (Irak-Krise, ab Januar 2002)	Opposition gegen die amerikanische Irak-Politik	11.09. als „Illusion“: - keine Veränderungen in der Welt - Kein Zusammenhang 11.09. und Irak	Amerika = unilaterales Handeln = anders	- Rivalität - zerstörte Partnerschaft („*divorce*“?)	*„Qui est la France?“:* - unabhängige Macht - Weltmacht - Militärmacht

Abbildung 4: Zusammenfassung des französischen außenpolitischen Verhaltens sowie der dominanten französischen Diskurse nach den Terroranschlägen des 11.09.2001 (Quelle: eigene Darstellung)

Literaturverzeichnis:

PRIMÄRLITERATUR*

(*Die folgende Textauswahl wurde der Diskursanalyse zugrundegelegt. Internetdokumente befinden sich auf beigefügter Cd-Rom.)

Adler, Alexandre, J'ai vu finir le monde ancien, Paris 2002.

Amalric, Jacques, L'Amérique démesurée, in: Libération, 07.09.2002.

Andréani, Jacques, Les relations franco-américaines, in: Politique Etrangère 4/1995, S. 891-902.

Après le 11 septembre : conséquences stratégiques pour la France. 1re partie – „Le constat", Colloque CEDN-FRS, in: Défense Nationale 58/2002 10, S.149-202.

Après le 11 septembre: conséquences stratégiques pour la France. 2e partie – „L'adaptation de la politique de défense et des moyens militaires", Colloque CDN-FRS, in: Défense Nationale 58/2002 11, S.93-126.

Assemblée Nationale, 2ème séance du jeudi 28 novembre 2002, compte rendu analytique officiel, http://www.assemblee-nationale.fr [05.03.03].

Assemblée Nationale, Rapport d'information déposé par la Commission de la défense nationale et des forces armées, en conclusion des travaux d'une mission d'information sur les conséquences pour la France des attentats du 11 septembre 2001 (n°3460), 12.12.2001, http://www.ladocfrancaise.gouv.fr/ [11.03.03].

Assemblée Nationale, Rapport d'information déposé par la Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne sur les mesures prises par l'Union européenne à la suite des attentats terroristes aux Etats-Unis (n°3332), 15.10.2002, www.ladocfrancaise.gouv.fr [11.03.03].

Baudrillard, Jean, Esprit du terrorisme, in : Le Monde, 5.11.2001.

Beltran, Jacques, Saddam et la valse hésitation de Bush, in: Le Figaro, 19.01.2002.

Beltran, Jacques, Le leadership „à la carte" des Etats-Unis, in: Le Figaro, 04.09.2001.

Beltran, Jacques/Parmentier, Guillaume, Les Etats-Unis face aux Etats „voyous", in: Les Echos, 04.08.2000.

Beltran, Jacques/Parmentier, Guillaume, Les Etats-Unis à l' épreuve de la vulnerabilité, in: Politique étrangère 4/2001, S. 777-792.

Boniface, Pascal (Hsg.), Le 11 septembre, un an après, Paris 2002.

Boniface, Pascal, The Lessons of September 11, in: International Spectator 36/2001 4, S. 13-19.

Chevènement, Jean-Pierre, La défense de la France, la sécurité et l'avenir de l'Europe, in: Défense nationale, Juni 1989.

Chirac, Jacques, Declaration by Jacques Chirac, President of the Republic, 18.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].

Chirac, Jacques, Interview télévisée sur France2 et TF1 du Président de la République, 10.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].

Chirac, Jacques, Extraits de l'entretien de M. Jacques Chirac accordé au New York Times, 09.09.2002, http://www.defense.gouv.fr [14.03.03].

Chirac, Jacques, Conférence de presse conjointe du président de la République, M. Jacques Chirac et du président des Etats-Unis d'Amérique, M. George W. Bush – Propos de M. Chirac, 26.05.2002, in: Politique Etrangère de la France, Mai/Juin 2002, S. 52-54.

Chirac, Jacques, Intervention télévisée du Président de la République, 07.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Chirac, Jacques, Allocution du Président Jacques Chirac devant la Communauté Française, 19.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Chirac, Jacques/Annan, Kofi, Point de presse conjoint du Président Jacques Chirac et du Sécrétaire Général des Nations Unies Kofi Annan, 19.09.01, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Chirac, Jacques/Bush, George W., Point de presse conjoint des Presidents Jacques Chirac et George W. Bush, 18.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Chirac, Jacques, Interview accordée par le Président Jacques Chirac à CNN, 13.09.01, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Chirac, Jacques, Allocution du Président de la République, 11.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Chirac, Jacques, Interview mit TF1, Paris vom 10. 06.1999, abgedruckt in: Politique étrangère de la France, Juin 1999, S. 247.

Chirac, Jacques, Französisches Memorandum für ein europäisches Sozialmodell, abgedruckt in : Blätter für deutsche und internationale Politik 41/1996 5, S. 632-636.

Chirac, Jacques, Allocution du 10.02.1975, in: Défense nationale, Mai 1975.

Colombani, Jean-Marie, Tous Américains ? Le Monde après le 11 septembre 2001, Paris 2002.

Colombani, Jean-Marie, Nous sommes tous américains, in: Le Monde, 13.09.2001.

Couve de Murville, Maurice, Une politique étrangère 1958-1969, Paris 1971.

David, Dominique, „Pourquoi sommes-nous anti-américains?“, in : Etudes 398/2003 1, S.9-20.

David, Dominique, Puissance dominante, puissance réferente, hyperpuissance ?, Intervention faite à l'université de Québec à Montréal dans le cadre d'un colloque organisé par l'Observatoire sur les Etats-Unis, 04.06.2002, www.ifri.org [15.01.03].

David, Dominique, Sécurité: l'après New York, Paris 2002.

David, Dominique, Un an après le 11 septembre: dix fenêtres qui s'ouvrent sur un monde pas si neuf, in: Politique étrangère 3/2002, S. 561-570.

David, Dominique, 11 septembre: premières leçons stratégiques, in: Politique étrangère 4/2001, S. 765-775.

Déclaration du porte-parole du Quai d'Orsay, Participation militaire française en Afghanistan, 05.03.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [13.03.02]

Deniau, Jean-François, Le rang de la France, in: Le Monde vom 7. September 1994.

Dieckhoff, Alain, Ondes de choc, in: Le Monde Diplomatique – Manière de voir 60/2001 12, S.2.

Dorin, Bernard, Ambassadeur de France, Les suites des attentats du 11 septembre 2001, http://www.diploweb.com/p5dori2.htm [18.12.02].

English, Christian/Thibaud, Frédéric, Mardi 11 septembre 2001: ce jour où le monde a changé, Paris 2001.

Frachon, Alain, Une puissance poids moyen, in: Le Monde, 14.04.02.

Gaulle, Charles de, Le Fil de l'Epée, Genf 1972.

Gaulle, Charles de, Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958-1962, Wien/München/Zürich 1971.

Gaulle, Charles de, Memorandum vom 17.09.1958, abgedruckt in: Le Monde vom 26.06.1976.

Gaulle, Charles de, Mémoires de guerre. L'appel 1940-1942, Paris 1954.

Giscard d'Estaing, Fernsehinterview vom 26.02.1980, in: La Politique Etrangère de la France. Textes et documents, 1/1980.

Goujon, Emmanuel, Depuis le 11 septembre : récit, Paris 2001.

Halimi, Serge, Tous américains?, in: Le Monde diplomatique 48/2001 10, S.32.

Jeambar, Denis, La première guerre du XXIe siècle, Paris 2001.

Jospin, Lionel, Entretien du Premier Ministre Lionel Jospin avec le journal „Libération Maroc“, 18.03.2002, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Jospin, Lionel, Réponse du Premier Ministre Lionel Jospin à une question d'actualité à l'Assemblée Nationale, 09.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Jospin, Lionel, Discours du Premier Ministre Lionel Jospin à l'Assemblée Nationale, 03.10.01, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Jospin, Lionel, Entretien du Premier Ministre Lionel Jospin avec Ouest-France – Extraits, 27.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Jospin, Lionel, Allocution du Premier Ministre Lionel Jospin à l'Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale – Extraits, 24.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Jospin, Lionel, Entretien du Premier Ministre avec TF1, 12.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Juppé, Alain, Schwerpunkte der französischen Außenpolitik, in: Europa-Archiv 24/1993, S. 693-700.

Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Anhörung des Außenministers Hubert Védrine und des Verteidigungsministers Alain Richard, über die Militärschläge als Antwort auf die Attentate in den USA, 9.10.2001, http://www.assemblee-nationale.fr [10.12.01].

Lepetit, Pierre, Peut-on mettre en oeuvre Kyoto sans les Etats-Unis?, in: Les Echos, 7.11.2001.

Lequesne, Christian, L'Europe, contrepoids indispensable, in: Libération, 09.09.02.

Messadié, Gerald, Mourir pour New York?, Paris 2002.

Ministère de la Défense, French Military Contribution to the Fight against Terrorism, Communiqué from the French Ministry of Defense, 07.03.2002, http://www.info-france-usa.org [08.04.02].

Ministère de la Défense, Livre blanc sur la défense, Paris 1994.

Ministère de la Défense, Livre blanc sur la défense, Paris 1972.

Mitterrand, François, Réflexions sur la politique étrangère de la France, Paris 1986.

Moïsi, Dominique, Etats-Unis: l'hyperfragilité de l'hyperpuissance, in: Les Echos, 13.09.2001.

Moïsi, Dominique, C'est la guerre du terrorisme international, in: La Tribune, 12.09.2001.

Moïsi, Dominique, La diplomatie américaine à l'heure de Bush, in: Ouest-France vom 15.01.2001.

Moïsi, Dominique, Amérique 2000, in: Ouest France vom 29.05.2000.

Monaco, Annalisa, Response of the European Union to the Terrorist Attacks in the US: Summary of statements and initiatives, with questions to consider, Centre for European Security and Disarmament – Briefing Paper, 28.09.2001, http://www.cesd.org [11.03.03].

Montbrial, Thierry de, Un terrorisme révolutionnaire et nationaliste, in: Le Figaro, 04.10.2001.

Montbrial, Thierry de, Les leçons de la vulnérabilité, in: Le Figaro, 18.09.2001.

Montbrial, Thierry de, Bush, cris et tâtonnements, in: Le Figaro, 18.05.2001.

Montbrial, Thierry de, Europe-Etats-Unis: le temps de l'allégeance, in: Le Figaro, 25.06.2001.

Palerme, Eric, Les rapports de la France et des Etats-Unis: domination et connivence, in: L'Impérialisme Français Ahjourd'hui. Journées d'étude de la section de politique extérieure du Comité Central du Parti Communiste Français (22-23 Mai 1976), Paris 1977, S. 149-152.

Raffarin, Jean-Pierre, Intervention à l'Assemblée en préambule du débat sur l'Irak, 26.02.2003, http://www.premier-ministre.gouv.fr [20.03.03].

Sartre, Jean-Paul, „Pourquoi je refuse d'aller aux Etats-Unis", in: Le Nouvel Observateur vom 01.04.1965.

Taheri, Amir, George Bush et „l'axe du mal", in: Politique Internationale 96/2002, S. 69-88.

The Brookings Institution, Conference „France after the Elections", 24.06.2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Vaïsse, Justin, Diplomatie américaine: un nouveau leadership? L'Hyper-puissance au défi de l'Hyper-terrorisme, in: Politique Internationale, 11/2001, S. 177-189.

Védrine, Hubert, Allocution du ministre des Affaires étrangères, M. Hubert Védrine, lors de la Conférence de l'Institut de Relations Internationales et Stratégiques, 13.03.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [20.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec le quotidien „Libération", 01.03.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires átrangères avec LCI, 25.02.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec „France Inter – Question Directe", 06.02.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du ministre français des affaires étrangères avec „France-Info", 30.01.2002, http://www.ambafrance-us.org [20.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec le journal „L'Humanité", 10.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères Hubert Védrine avec „France Inter“ et „France Info“, 08.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [21.03.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec le quotidien „Le Parisien“, 03.10.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec TV5, 26.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre avec France2 – Question Ouverte, 20.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Védrine, Hubert, Entretien avec „Le Grand Jury RTL – Le Monde – LCI“, 16.09.2001, http://www.diplomatie.gouv.fr [10.12.01].

Védrine, Hubert, Entretien du Ministre avec Europe 1, 14.09.2001, http://www.ambafrance-us.org [03.04.02].

Védrine, Hubert, Interview with Foreign Minister of France (15.05.2000), in : Europe, July/August 2000, S. 12-14.

Védrine, Hubert, De l'utilité de la France (entretien), in: Politique Internationale 78/1998, S. 41-64.

Védrine, Hubert, Entretien avec le Club de la Presse d' Europe 1, in: Politique étrangère de la France, Mai-Juni 1997.

Védrine, Hubert, Les mondes de François Mitterrand. A l'Elysée 1981-1995, Paris 1996.

Villepin, Dominique de, Déclaration du ministre des Affaires étrangères, 17.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].

Villepin, Dominique, Réunion du Conseil de Sécurité. Discours de Dominique de Villepin, Ministre des Affaires étrangères, 07.03.2003, http://www.ambafrance-us.org [20.03.03].

Villepin, Dominique de, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec France Inter, 12.11.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [27.03.03].

Villepin, Dominique de, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec l'hebdomadaire „Le Journal du Dimanche“, 10.11.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [27.03.03].

Villepin, Dominique de, Entretien du Ministre des Affaires étrangères avec TF1, 08.11.2002, http://www.diplomatie.gouv.fr [27.03.03].

Weisenfeld, Ernst, De Gaulle sieht Europa – Reden und Erklärungen, Frankfurt a.M.1966.

PRESSE

(aus folgenden Zeitungen wurden Artikel für die Fertigstellung dieser Arbeit verwandt):

El País

Financial Times

Frankfurter Allgemeine Zeitung

La Tribune

L'Express

Le Figaro

Le Monde

Le Nouvel Observateur

Le Point

Les Echos

Libération

Los Angeles Times

Ouest France

The Economist

The Washington Times

SEKUNDÄRLITERATUR

Adler, Emanuel, Constructivism and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hsg.), Handbook of International Relations, London 2002, S. 95-118.

Adler, Emanuel, Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: European Journal of International Relations 3/1997 3, S. 319-363.

Andréani, Gilles, Den Fuß in der Tür. Frankreich und das Atlantische Bündnis, in: Internationale Politik 7/1998, S. 27-32.

Axt, Heinz-Jürgen, Frankreich in der Europäischen Union, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-

Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 465-483.

Baillou, Jean, Les affaires étrangères, Paris 1962.

Beltran, Jacques, French policy toward Iraq, U.S.-France Analysis Series, September 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Beltran, Jacques, Clarification Wanted. Europeans confused on Missile Defence, in: The Washington Times vom 05.03.2001.

Beltran, Jacques, U.S. „rogue“ policy isn't the French way, in: Los Angeles Times vom 16.10.2000.

Blunden, Margaret, France, in: Manners, Ian/Whitman, Richard (Hsg.), Foreign Policies of EU Member States, Manchester 2000, S. 19-43.

Boulding, Kenneth, National images and international systems, in: Journal of Conflict Resolution 3/1959, S.120-131.

Bozo, Frédéric, La France et l'OTAN, Paris 1991.

Braudel, Fernand, L'identite de la France, Paris 1986.

Brenner, Michael/Parmentier, Guillaume, Reconcilable Differences. U.S.-French Relations in the New Era, Washington 2002.

Brinton, Crane, The Americans and the French, Cambridge/Massachusetts 1968.

Bureau, François, L'étranger dans le champ de vision des Français, in: Politique Etrangère 4/2002, S. 899-914.

Burin des Roziers, Etienne, Le non-alignement, in: Barnavi, Elie/Friedländer, Saul (Hsg.), La politique étrangère du Général de Gaulle, Paris 1985, S. 63-74.

Burmester, Kai, Atlantische Annäherung – Frankreichs Politik gegenüber der NATO und den USA, in: Maull, Hanns W./Meimeth, Michael (Hsg.), Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1997, S. 92-112.

Buzan, Barry et al., Security: A new Framework for Analysis, Boulder 1998.

Carisey, Maurice, Images des Etats-Unis, Paris 1946.

Carlsnaes, Walter, Foreign Policy, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hsg.), Handbook of International Relations, London 2002, S.331-349.

Carmoy, Guy de, French Defence and Foreign Policy and the Mitterrand Presidency, in: Goldstein, Walter (Hsg.), Fighting Allies. Tensions within the Atlantic Alliance, New York 1984, S. 109-125.

Checkel, Jeffrey T., The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50/1997, S. 324-348.

Childers, Joseph/Hentzi, Gary, The Columbia Dictionary of Modern Literary and Cultural Critcism, New York 1995.

Christadler, Marieluise, Frankreichs politische Kultur auf dem Prüfstand, in: Dies./Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 287-305.

Clemons, Steven C., Les Etats-Unis victimes de leur excès de puissance, in: Le Monde Diplomatique – Manière de voir 60/2001 12, S.4.

Cogan, Charles G., Oldest Allies, Guarded Friends. The United States and France since 1940, Westport, 1994.

Costigliola, Frank, France and the United States. The Cold Alliance since World War II, New York 1992.

Cruz, Consuelo, Identity and Persuasion. How Nations remember their Pasts and make their Futures, in: World Politics 52/2000 2, S. 275-312.

Diez, Thomas, Perspektivenwechsel. Warum ein „postmoderner“ Ansatz für die Integrationsforschung doch relevant ist, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 139-148.

Diez, Thomas, Speaking „Europe“: The Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6/1999 4, S. 598-613.

Dijk, Teun A. van, Handbook of discourse analysis Vol. I, London 1988.

Donati, Paolo R., Political Discourse Analysis, in: Diani, Mario/Eyerman, Ron (Hsg.), Studying collective action, London 1992, S. 136-167.

Duignan, Peter/Gann, L.H., The United States and the New Europe 1945-1993, Cambridge/MA 1994.

Durand, Etienne de, French Security Policy under the New Government, U.S.-France Analysis Series, Brookings Institution, November 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Duroselle, Jean-Baptiste, Les données fondamentales des relations franco-américaines, in: Stratégique 2/1989, S. 55-64.

Ellwood, David W., Comparative Anti-Americanism in Western Europe, in: Fehrenbach, Heide/Poiger, Uta G.(Hsg.), Transactions, Transgressions, Transformations. American Culture in Western Europe and Japan. New York 2000, S. 26-44.

Foucault, Michel, The Archeology of Knowledge, London 1972.

Fraisse, Robert, Zwischen Individualismus und Globalisierung. Zukunftsszenarien für die französische Identität, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 543-556.

Froehly, Jean-Pierre, Geänderte Rollenverteilung in der Außenpolitik - Mehr Pragmatismus und dezentrales Handeln, in: DOKUMENTE Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Nr. 1/1999, S. 18-22.

Garcin, Michel, Etat et enjeux des relations franco-américaines, in: Revue des deux mondes 9/2002, S. 106-114.

Gautier, Luis, La sécurité internationale et la défense de la France après le 11 septembre 2001, in: Revue politique et parlementaire 104/2002 1, S. 2-21.

Gérard, Alice, Ist die französische Revolution beendet?, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 45-61.

Girling, John, France. Polictical and social change, London 1998.

Godement, François, Après le 11 septembre: la riposte et sa cible, in: Politique étrangère 4/2001, S. 801-809.

Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hsg.), Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca 1993.

Gordon, Philip H., Bridging the Atlantic Divide, in: Foreign Affairs 82/2003 1, S. 70-83.

Gordon, Philip H./Vaïsse, Justin, Irak: La France face à ses responsabilités, in: Le Figaro, 03.02.03.

Gordon, Philip H./Vaïsse, Justin, Une victoire franco-américaine, in: Le Monde, 13.11.02.

Gordon, Philip H., Iraq: the transatlantic debate, Occasional Paper 39, Institute for Security Studies (ISS), November 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Gordon, Philip H./Benedict Suzan, France, the United States and the War on Terrorism, Washington 2001 (http://www.brookings.edu/fp/cusf/analysis.terrorism.htm [20.03.2002].

Gordon, Philip, The transatlantic allies and the changing Middle East (Adelphi Paper 322), Oxford 1998.

Gordon, Philip H., A certain idea of France, Princeton 1993.

Grant, Robert P., The Changing Franco-American Security Relationship, Arlington 1993.

Greiff Burkhard, Die französische Sicherheitspolitik. Die Ära François Mitterrand, Frankfurt 1991.

Grosser, Alfred, Frankreich und seine Außenpolitik 1944 bis heute, München 1986.

Grosser, Alfred, Affaires exterieures, Flammarion 1984.

Grosser, Alfred, Das Bündnis. Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg, Müchen 1978.

Grote, Rainer, Das Regierungssystem der V. französischen Republik. Verfassungstheorie und –praxis (Beiträge zum ausländischen und vergleichenden öffentlichen Recht Bd.6), Baden-Baden 1995.

Hansen, Lene, Introduction, in: Hansen, Lene/Waever, Ole (Hsg.), European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States, London 2002.

Hansen, Lene, Slovenian Identity: State Building on the Balkan Border, in: Alternatives 21/1996 4, S. 473-495.

Harnisch, Sebastian, Außenpolitiktheorie nach dem Ost-West-Konfliktes. Stand und Perspektiven der Forschung (Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr.7), Trier 2002.

Harrison, Michael M., The Reluctant Ally. France and Atlantic Security, Baltimore 1981.

Hennekinne, Loic/Fitchett, Joseph, La relation franco-americaine apres le 11 septembre 2001, in: La Revue Internationale et Stratégique 45/2002, S. 13-20.

Hoffmann, Arthur/Knowles, Vanda, Germany and the Reshaping of Europe. Identifying interests – the role of discourse analysis, ESCR-IGS Discussion Paper 1999/9.

Hoffmann, Stanley, La France dans le monde 1979-2000, in: Politique Etrangère 2/2000, S. 307-317.

Hoffmann, Stanley, Decline or Renewal? France since the 1930's, New York 1974.

Hollis, Martin/Smith, Steve, Explaining and Understanding International Relations, Oxford 1990.

Holm, Ulla, Det Franske Europa, Aarhus 1993.

Holm, Ulla, The French Europe. A discourse analysis of the relation between the concept of State-Nation and Europe, PhD thesis, University of Aarhus 1999.

Holm, Ulla, The French Garden Is No Longer What It Used To Be, in: Jørgensen, Knud Erik (Hsg.), Reflective Approaches to European Governance, London 1997, S. 128-145.

Hubel, Helmut, Frankreich als Vermittler in Nahost?, in: Rill, Bernd (Hsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen (Hanns Seidel Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr.21), München 2000, S. 91-99.

Hülsse, Rainer, The discursive construction of identity and difference – Turkey as Europe's Other? Discussion paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Mannheim, 26-31. März, 1999.

Jäger, Siegfried, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg 1993.

Jetschke, Anja/Liese, Andrea, Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 149-179.

Kempin, Ronja, The new NATO Response Force: Challenges for and Reactions from Europe, COPRI Working Paper 29/2002, http://www.copri.dk/publications/Wp/WP%202002/29-2002.doc[30.12.02].

Kempin, Ronja, France's Discourses on NATO since the Kosovo-War, COPRI Working Paper 27/2001, http://www.copri.dk/publications/WP/WP%202001/27-2001.doc [30.12.02].

Kessler, Marie-Christine, La politique étrangère de la France: acteurs et processus, Paris 1999.

Kimmel, Adolf, Der Verfassungstext und die lebenden Verfassungen, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 306-325.

Kimmel, Adolf, Verfassungsordnung und außenpolitische Entscheidung in der V. Republik, in: Elsenhans, Hartmut et al. (Hsg.), Frankreich-Europa-Weltpolitik, Opladen 1989, S. 107-115.

Kissinger, Henry A., The Troubled Partnership, New York 1965.

Kramer, Steven Philip, Les relations franco-américaines à l'épreuve de la crise au Kosovo, in: Politique Etrangère 2/2000, S. 359-374.

Kramer, Steven Philip, Does France still count? The French Role in the New Europe (The Washington Papers 164), Washington 1994.

Kramer, Steven Philip, The French Question, in: The Washington Quarterly, Autumn 1991, S. 83-96.

Krosigk, Friedrich von, Frankreich: Koloniale Tradition und postkoloniale Transformation, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 484-500.

Kuisel, Richard F., Seducing the French. The Dilemma of Americanization, Berkeley 1993.

Lacorne, Denis/Rupnik, Jacques/Toinet, Marie-France (Hsg.), L'Amérique dans les têtes. Un siècle des fascinations et d'adversions, Paris 1986.

Lapid, Yosef, The Third Debate: On the prospects of international theory in a post-positivist era, in: International Studies Quarterly 33/1998 3, S. 235-254.

Larsen, Henrik, British and Danish European Policies in the 1990s: A Discourse Approach, in: European Journal of International Relations 5/1999 4, S. 451-483.

Larsen, Henrik, Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe, London/New York 1997.

Ledwidge, Bernard, De Gaulle et les Américains, Flammarion 1984.

Leggewie, Claus, Amerikas Welt. Die USA in unseren Köpfen, Hamburg 2000.

Manfrass-Sirjacques, Françoise, Die französische Sicherheitspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (HSFK Report 2/99), Frankfurt/Main 1999.

Marcussen, Martin et al., Constructing Europe? The Evolution of French, British and German Nation-State Identities, European University Institute Florence 28.09.1998.

Marinos, Nicolas, Les relations franco-américaines sous la présidence de Charles de Gaulle vue à travers le développement de la force de frappe française, Universität Kopenhagen, 15.12.2000, http://home.worldonline.dk/nicolas/Opg-fr-udr.PDF [30.12.02].

Mathy, Jean-Philippe, French Resistance: The French-American Culture Wars, Minneapolis 2000.

Medick-Krakau, Monika, Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Dies. (Hsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 3-31.

Meimeth, Michael, Frankreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik im neuen Umfeld – Interessen, Konzeptionen, Handlungsspielräume, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 501-519.

Meimeth, Michael, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre: Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d' Estaing. Baden-Baden 1990.

Mélandri, Pierre, Une certaine alliance. Les Etats-Unis et l'Europe 1973-1983, Paris 1988.

Meyer zu Natrup, Friedhelm B., Roter Gaullismus? Die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Kommunistischen Partei Frankreichs 1958-1981 (Studien zur Politik Bd.9), Paderborn 1983.

Milliken, Jennifer, The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research Methods, in: European Journal of International Relations 5/1999 2, S. 225-254.

Moravcsik, Andrew, Is something rotten in the state of Denmark? Constructivism and European integration, in: Journal of European Public Policy 6/1999 4, S. 669-681.

Moïsi, Dominique, The Trouble with France, in: Foreign Affairs, May-June 1998, S. 94-104.

Moïsi, Dominique, Welche transatlantische Zukunft?, in: Weidenfeld, Werner (Hsg.), Partnerschaft gestalten. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, Bellevue-Gespräche II, Gütersloh 1997, S. 105-111.

Moïsi, Dominique, French Foreign Policy: The Challenge of Adaptation, in: Foreign Affairs 67/1988 1, S. 151-164.

Moreau-Defarges, Philippe, Les Etats-Unis et la France. La puissance entre mythes et réalités. Les notes de l'IFRI nr. 14, 1999.

Moreau Defarges, Philippe, La France dans le monde au XXe siècle, Paris 1994.

Morozov, Viatcheslav, The Baltic States in Russian foreign policy discourse: can Russia become a Baltic country?, St. Petersburg 2001.

Münch, Richard, Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 17-44.

Nadoll, Jörg/Stahl, Bernhard/Boekle, Henning, Identität, Diskurs und vergleichende Analyse europäischer Außenpolitiken. Theoretische Grundlegung und methodische Vorgehensweise. PAFE-Arbeitspapier 1, Trier Dezember 2000, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm [18.09.02].

Nadoll, Jörg, Diskursanalyse und Außenpolitikforschung. PAFE-Arbeitspapier 2, Trier Dezember 2000, http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/pafe.htm [18.09.02].

Neumann, Iver B., Collective Identity Formation: Self and Other in International Relations, in: European Journal of International Relations 2/1999 2, S.139-174.

Neumann, Iver B., Russia and the Idea of Europe. A study in Identity and International Relations, London 1996.

Nonnenmacher, Günther, Dosierte Konflikte – intakte Reibungsflächen. Frankreichs dialektisches Verhältnis zu den USA, in: Internationale Politik, 9/1998, S. 21-25.

Nora, Pierre, America and the French Intellectuals, in: Daedalus, Winter 1978, S. 325-335.

Petras, James/Morley, Morris, Contesting hegemons: US-French relations in the "New World Order", in: Review of International Studies 26/ 2000, S. 49-67.

Pisar, Leah, Nuages sur l'Atlantique, in: Revue des deux mondes 9/2002, S. 115-121.

Racine, Bruno, Für ein transatlantisches Gleichgewicht. Frankreich, NATO und europäische Verteidigungspolitik, in: Internationale Politik 2/1998, S. 19-24.

Revel, Jean-François, L'obsession anti-américaine, Paris 2002.

Reynaud, Paul, Ehrgeiz und Illusion. Die Außenpolitik de Gaulles, München 1964.

Risse, Thomas, A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in Maria Green Cowles, James A. Caporaso and Thomas Risse (eds), Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca 2001, S.198-216.

Risse, Thomas, Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik – Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hsg.), Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 33-57.

Risse, Thomas, Regionalism and Collective Identities: The European Experience, Paper zum Workshop "El estado del debate contemporáneo en Relaciones Internacionales", Buenos Aires/Argentina, 27.-28. Juli 2000.

Ritzenhofen, Medard, Der Krieg und die Cohabitation. Alle gegen den Terrorismus, jeder für sich, in: DOKUMENTE 6/2001, S. 450-453.

Roger, Philippe, L'ennemi américain. Généalogie de l'anti-américanisme français, Paris 2002.

Rose, François de, European Security and France, London 1984.

Sarkonak, Ralph, Editor's Preface: Just how wide is the Atlantic Anyway, in: Ders. (Hsg.), France-USA. The Cultural Wars (Yale French Studies, Bd. 100) Newhaven 2001.

Sauder, Axel, Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993), Baden-Baden 1994.

Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia, Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/1994 1, S. 139-169.

Schild, Joachim, Parteien, Parteiensystem und politische Konfliktklinien im Wandel, in: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hsg.), Länderbericht Frankreich. Geschichte-Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 360), Bonn 1999, S. 326-347.

Shapiro, Jeremy, The role of France in the war on terrorism, in: Foreign Policy Studies, Brookings Institutions, Mai 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Shapiro, Michael J., Textualizing Global Politics, in: DerDerian, James/Shapiro, Michael J., International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Toronto 1989, S. 11-22.

Shapiro, Michael J., Language and Political Understanding. The Politics of Discursive Practices, New Haven/London 1981.

Sirjacques, Françoise, Frankreich und die NATO, Frankfurt a.M., 1979.

Smith Steve, Wendt's World, in: Review of International Studies 26/2000 1, S. 151-163.

Soofer, Robert M., Missile Defenses and Western European Security, Westport 1988.

Stahl, Bernhard, Die französische Außenpolitik, PAFE-Paper zum Verhaltensprofil Frankreichs, 2001(a), http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/baumdocs/france_verh.pdf [18.09.02].

Stahl Bernhard, Zur außenpolitischen Diskursstruktur in Frankreich, PAFE-Papier Trier 2001(b), http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/pafe/docs/baumdocs/france_disk.pdf [11.12.02].

Strauss, David, Menace in the West. The Rise of French Anti-Americanism in Modern Times Westport 1978.

Suleiman, Erza, Une superpuissance à influencer, in: Libération, 02.09.02.

Sullivan, Marianna P., France´s Vietnam Policy. A study in French-American relations, Westport 1978.

Suzan, Benedicte, The Barcelona Process and the European Approach to Fighting Terrorism, U.S.-France Analysis Series, Brookings Institution, Mai 2002, http://www.brookings.edu [15.01.2003].

Tandonnet, Jean, La dissuasion nucléaire française après le 11 septembre, in: Défense Nationale 58/2002 5, S. 19-27.

Tardy, Thierry, La France et l'ONU. Entre singularité et ambivalence, in: Politique Etrangère 4/2002, S. 931-947.

Tatu, Michel, French support for the Alliance, in: Godson, Joseph (Hsg.), Challenges to the Western Alliance, London 1984, S. 114-118.

Tint, Herbert, French Foreign Policy since the Second World War. London 1972.

Toinet, Marie-France, Valéry Giscard d'Estaing et les Etats-Unis, in : Cohen, Samy/Smouts, Marie-Claude (Hsg.), La politique exterieure de Valéry Giscard d`Estaing, Paris 1985, S. 45-66.

Touraine, Marisol, La représentation de l'adversaire dans la politique extérieure française depuis 1981, in: Revue française de science politique 40/1993 10, S. 808-818.

Ullmann, Richard H., USA und Frankreich. Die verdeckte nukleare Beziehung, in: Europa-Archiv 11/1989, S. 331-350.

Vaïsse, Justin, La double inconstance - L'impact des attentats du 11 septembre 2001 sur les relations franco-américaines," in : Melandri, Pierre/Ricard, Serge (Hsg.), Les relations franco-américaines au XXe siècle, Paris (im Erscheinen, 2003).

Vaïsse, Justin, Etats-Unis: le regain francophobe, in: Politique Internationale 97/2002, S. 97-114.

Varwick, Johannes, Frankreich auf dem Balkan, in: Rill, Bernd (Hsg.), Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen, Hanns Seidel Stiftung, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nr.21, München 2000, S. 101-111.

Verluise, Pierre, Quelle France dans le monde au XXIe siècle?, 2001, http://www.diploweb.com/france/introgene.htm [10.4.02].

Vernet, Daniel, Matignon est plus prudent que l'Elysée sur un éventuel engagement militaire, in: Le Monde vom 26.09.2001

Waever, Ole, Identity, Communities and Foreign Policy. Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Hansen, Lene/Waever, Ole (Hsg.), European Integration and National Identity. The Challenge of the Nordic States, London. 2002, S.20-49.

Waever, Ole, Explaining Europe by decoding discourses, in: Wivel, Anders (Hsg.), Explaining European Integration, Copenhagen 1998, S. 100-146.

Waever, Ole, Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hsg.), European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London 1995.

Wæver, Ole, The Language of Foreign Policy, in: Journal of Peace Research 27/1990 3, S. 335-343.

Waever, Ole, Three Competing Europes: German, French, Russian, in: International Affairs 66/1990 3, S. 477-499.

Waltz, Kenneth, Theory of International Politics, New York 1979.

Weldes, Jutta, Constructing National Interests, in: European Journal of International Relations 2/1996 3, S. 275-318.

Wiegel, Michaela, Paris verschafft sich Gehör, in: FAZ, 14.02.03.

Wieviorka, Michel, The Effects of a War Foretold: The War in Iraq and French Society, U.S.-France Analysis Series, Januar 2003, http://www.brookings.edu [06.03.03].

Willis, Frank Roy, The French paradox, Stanford 1982.

Wodak, Ruth/Ludwig, Christoph, Challenges in a changing world – issues in critcal discourse analysis, Wien 1999.

Woyke, Wichard, Frankreichs Außenpolitik von de Gaulle bis Mitterrand, Opladen 1987.

Yost, David S., France, in: Murray, Douglas J./Viotti, Paul R. (Hsg.), The Defense policies of Nations. A comparative study, Baltimore und London 1994, S. 233-277.

Zehfuß, Maja, Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für internationale Beziehungen 5/1998 1, S. 109-137.

Abkürzungsverzeichnis:

ABM	Anti Ballistic Missile
AFSOUTH	Allied Forces Southern Europe
Abb.	Abbildung
Anm.	Anmerkung
Bzgl.	Bezüglich
Bzw.	Beziehungsweise
CENTCOM	Central Command
CJTF	Combined Joint Task Forces
DGSE	Direction Générale de la Sécurité Extérieure
DOM-TOM	Départements d'outremer – Territoires d'outremer
DOT	Défense Opérationnelle du Territoire
DST	Direction de la Surveillance du Territoire
Ebd.	Ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EUREKA	European Research Coordination Agency
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FRS	Fondation pour la Recherche Stratégique
G7	Gruppe der Sieben (größten Industrienationen)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IFOR	Implementation Force
Ifri	Institut Français des Relations Internationales

IHEDN	Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale
ILSA	Iran Libya Sanctions Act
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
IRIS	Institut des Relations Internationales et Stratégiques
ISAF	International Security Assistance Force
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LPM	Loi de Programmation Militaire
MLF	Multilateral Force
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental Organization
NMD	National Missile Defense
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PS	Parti Socialiste
RDN	Revue Défense Nationale
RPR	Rassemblement pour la République
SDI	Strategic Defense Initiative
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN/ UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
Vgl.	Vergleiche
WEU	Westeuropäische Union
WTO	World Trade Organization
z.B.	zum Beispiel